

Wien, Montag dem 1. Dezember 1924-

Entfallende Sprechstunden. Am kommenden Donnerstag entfallen die Sprechstunden bei allen Stadträten wegen dienstlicher Verhinderung.

Vergrößerung eines städtischen Kindergartens.

Der städtische Kindergarten in Ottakring, Seitenberggasse der in einem dichtbevölkerten Industrieviertel gelegen ist, bedarf schon seit langem einer Vergrößerung, da schon seit geraumer Zeit eine Anzahl vorgemerkter Kinder nicht mehr aufgenommen werden konnte. Nunmehr ist es gelungen, dem ersten Stock des Hauses, in dem sich der Kindergarten befindet, für diesen einzubeziehen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die unzulängliche und unhygienische Gasbeleuchtung durch elektrisches Licht ersetzt werden. Die Kosten der Installation und Renovierungen belaufen sich auf 75 1/2 Millionen Kronen.

Wien im August. Wien hatte am letzten Augusttage wie die Beiträge zur Statistik der Stadt Wien berichten, eine Bevölkerung von 1,768.710 Einwohnern. Der Uberschuss der Geburten über die Todesfälle betrug 410 und zwar 229 männliche und 181 weibliche. Es starben in Wien insgesamt 1788 Personen. Auf tausend Einwohner berechnet entfallen im August dieses Jahres (ausschliesslich der Ortsfremden) 10.52 Todesfälle gegenüber

11.44 Todesfällen im Juli dieses Jahres und 10.39 Todesfällen im August des vorigen Jahres. Es fanden in Wien in diesem Monate 1939 Eheschliessungen statt (im Juli 1678 und im August 1923 betrug diese Zahl 1675). Darunter waren 232 Ziviltrauungen. Es wurden im Berichtsmónate 2198 lebende Kinder geboren (im Juli 2227 und im vorigen August 2179). Schliesslich enthält der Bericht noch Daten über den Fremdenverkehr. Im August sind in Wien in Hotels 51.357 Fremde abgestiegen (gegen 46.378 im Vormonate) und in Privatwohnungen, Pensionen und Sanatorien 5.615 (im Vormonate 5.307) zusammen sind also in Wien 56.664 Personen angekommen. Die meisten Fremden kamen wieder aus den österreichischen Bundesländern, der Tschechoslovakei, Ungarn und dem Deutschen Reich.

Herkunftsbezeichnung bei gebrannten geistigen Getränken. Der Magistrat macht auf die am 1. Dezember 1924 in Kraft getretene Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr vom 16. Oktober 1924, B.G.BI. Nr. 385, aufmerksam, der zufolge gebrannte geistige Getränke, versüsst oder unversüsst, in Flaschen oder in anderen flaschen ähnlichen Gefässen, nur unter Erleichterlichmachung der örtlichen Herkunft gewerbmässig verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gesetzt werden dürfen.

Städtische Kochkurse. An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, beginnen ab 1. Jänner 1925 ein dreimonatiger Vormittagskochkurs für feinere Küche, täglich und ein gleichfalls 3 dreimonatiger Abendkochkurs, zweimal wöchentlich. Einschreibungen an Wochentagen von 10 bis 3 Uhr, Samstag von 10 bis 1 Uhr bei der Schulleitung.

Wiederbelegung der Schachtgräber auf dem Baumgartner Friedhof.

Nach dem 1. Jänner 1925 werden die Schachtgräber in den Gruppen A bis K des Baumgartner Friedhofes wiederbelegt. An Stelle dieser Gräber gelangen eigene Gräber zur Anlage. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Schachtgräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig; die beständigen Gesuche sind bis längstens 15. Dezember 1924 bei der Magistratsabteilung 12 (I., Rathausstrasse 9) einzubringen. Auf verspätet überreichte Eingaben kann keine Rücksicht genommen werden. Nach dem 1. Jänner 1925 werden die Grabkreuze von diesen Schachtgräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt und an entsprechender Stelle gelagert. Sie werden innerhalb eines Jahres jenen Parteien ausgefolgt, die ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen und die Abräumungskosten ersetzen. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde Wien nach freiem Ermessen.

Goldene Hochzeiter: In der vorigen Woche überreichte Stadtrat Spaiser in Vertretung des Bürgermeisters den Ehepaaren, Karl und Maria Böhm I., Franz und Maria Hartmann III., Leopold und Gertrud Matzka XII., Franz und Leopoldine Lukes XIV., Karl und Anna Virilli XV., Ferdinand und Katharina Kufner XVI., Mathias und Katharina Labiska XVII., Sebastian und Theresia Klobauch XIX., Johann und Marianne Auer XII., Mathias und Theresia Widke XII., anlässlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit die Ehrangabe der Gemeinde Wien.

Wien, Dienstag den 2. Dezember 1924.

Die Schulärzte- Der schulärztliche Dienst, dessen Einführung seinerzeit von der Bevölkerung auf das Freudigste begrüßt worden war, soll nunmehr ausgestaltet und verbessert werden. Bisher waren 41 Schulärzte tätig, von denen jeder in neun bis fünfzehn Schulen die Systematischen ^{Beihen} ^{aller} ^{untersuchungen} Schulkinder sowie die jeweilige Untersuchung der von den Klassenlehrern vorgestellten Kinder durchzuführen und von Fall zu Fall hygienische Ratschläge zu erteilen hatte. Nunmehr wird jeder Schularzt gleichmässig 12 Schulen zugeweiht erhalten, in denen er eine tägliche zweistündige Sprechstunde haben wird. Der schulärztliche Dienst in den Hilfsschulen Wiens und die psychiatrisch-neurologischen Spezialuntersuchung ^{werden nach wie vor} von eigenen fachlich ausgebildeten Ärzten versehen. Diese Reform des schulärztlichen Dienstes beansprucht ein Mehrerfordernis von 150 Millionen Kronen, Insgesamt ^{werden} von der Gemeinde für den schulärztlichen Dienst im laufenden Jahre 488 Millionen Kronen ausgegeben.

Subventionen der Gemeinde für Wohlfahrtsinstitutionen.
In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde auf Antrag des Gemeinderates Hiess dem Verein „Hauskrankenpflege“ eine Subvention von 10 Millionen Kronen bewilligt. Dieser Verein der sich zur Aufgabe gestellt hat, armen Kranken unentgeltlich häusliche Pflege beizustellen, hat im Jahre 1923 in Wien 31 Pflegestationen mit 48 Krankenschwestern und ausserhalb Wiens in Niederösterreich 45 Pflegestationen ^{mit} 55 Krankenschwestern erhalten. Die Fürsorge des Vereines kam 4.000 Personen zugute, die den ganzen Tag über und wenn es sich notwendig erwies, auch Nächte hindurch betreut wurden. Ferner wurde, gleichfalls auf Antrag des Gemeinderates Hiess dem Kaiser Franz Josef Ambulatorium und Jubiläumsspital in der ^{Sandwirtgasse} ~~anlässlich~~ ^{anlässlich} der Feier seines fünfzigjährigen Bestandes eine ausserordentliche Zuwendung von 25 Millionen Kronen gewährt.

Erhöhung des Gemeindebeitrages für die „Zentrale der freien Fürsorge.“ Der „Fürsorgenachweis“ hat im laufenden Jahre von der Gemeinde eine Subvention erhalten, die in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses ^{zusammen} auf 34 Millionen Kronen erhöht wurde. Auf der einen Seite hatte sich infolge der Wirtschaftskrise eine gesteigerte Tätigkeit des Fürsorgenachweises als notwendig erwiesen, auf der anderen Seite sind Beiträge beteiligter Vereine und auch ausländischer Organisationen ausgeblieben, sodass das Wirken dieser, für die freie Fürsorge wichtigen Institution ohne die Unterstützung der Gemeinde in Frage gestellt wäre. Die Zahl der Ende dieses Jahres im Fürsorgenachweis verzeichneten Familien beträgt bereits 77.299 gegen 46.817 Familien zu Ende des vorigen Jahres. Der Prozentsatz der mehrfach behandelten Familien macht 15% aus. Besonders die Bezirksjugendämter kommen oft in die Lage, die Hilfe der freien Fürsorge ergänzend in Anspruch zu nehmen und gebrauchen daher die Vermittlung des Fürsorgenachweises.

Warnung vor einem Schwindler. Zu Wiener Baufirmen kommt in letzter Zeit öfters ein blonder, ungefähr 28 jähriger Mann, der sich als Leopold Ranz, Neffe des Stadtrates Siegel und Angestellter der Stadtbauamts-Direktion ausgibt. Er fordert die Firmen zur Offertabgabe auf, verspricht ihnen Aufträge und verlangt dann Stempelgelder oder versucht eine Summe Geldes als Darlehen zu erhalten. Wie schon dieses Vorgehen zeigt, handelt es sich um einen Schwindler. Es werden daher alle Unternehmungen, bei denen er versprechen könnte, gewarnt.

Wien, Montag den 1. Dezember 1924-

Entfallende Sprechstunden. Am kommenden Donnerstag entfallen die Sprechstunden bei allen Stadträten wegen dienstlicher Verhinderung.

Vergrößerung eines städtischen Kindergartens.

Der städtische Kindergarten in Ottakring, Seitenberggasse der in einem dichtbevölkerten Industrieviertel gelegen ist, bedarf schon seit langem einer Vergrößerung, da schon seit geraumer Zeit eine Anzahl vermehrte Kinder nicht mehr aufgenommen werden konnte. Nunmehr ist es gelungen, dem ersten Stock des Hauses, in dem sich der Kindergarten befindet, für diesen einzubeziehen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die unzulängliche und unhygienische Gasbeleuchtung durch elektrisches Licht ersetzt werden. Die Kosten der Installierung und Renovierungen belaufen sich auf 75 ½ Millionen Kronen.

Wien im August. Wien hatte am letzten Augusttage wie die Beiträge zur Statistik der Stadt Wien berichtet, eine Bevölkerung von 1.768.710 Einwohnern. Der Ueberschuss der Geburten über die Todesfälle betrug 410 und zwar 229 männliche und 181 weibliche. Es starben in Wien insgesamt 1788 Personen, auf tausend Einwohner berechnet entfallen im August dieses Jahres (ausschliesslich der Ortsfremden) 10'52 Todesfälle gegenüber

11'44 Todesfällen im Juli dieses Jahres und 10'39 Todesfällen im August des vorigen Jahres. Es fanden in Wien in diesem Monate 1939 Eheschliessungen statt (im Juli 1678 und im August 1923 betrug diese Zahl 1675). Darunter waren 232 Ziviltrauungen. Es wurden im Berichtsmånate 2198 lebende Kinder geboren (im Juli 2227 und im vorigen August 2179). Schliesslich enthält der Bericht noch Daten über den Fremdenverkehr. Im August sind in Wien in Hotels 51.357 Fremde abgestiegen (gegen 46.378 im Vormonate) und in Privatwohnungen, Pensionen und Sanatorien 5.615 (im Vormonate 5.307) zusammen sind also in Wien 56.664 Personen angekommen. Die meisten Fremden kamen wieder aus dem österreichischen Bundesländern, der Tschechoslovakei, Ungarn und dem Deutschen Reich.

Herkunftsbezeichnung bei gebrannten geistigen Getränken. Der Magistrat macht auf die am 1. Dezember 1924 in Kraft getretene Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr vom 16. Oktober 1924, B.G.Bl. Nr. 385, aufmerksam, der zufolge gebrannte geistige Getränke, versüsst oder unversüsst, in Flaschen oder in anderen flaschen ähnlichen Gefässen, nur unter Erleichterung der örtlichen Herkunft gewerbmässig verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gesetzt werden dürfen.

Städtische Kochkurse. An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, beginnen ab 1. Jänner 1925 ein dreimonatiger Vormittagskochkurs für feinere Küche, täglich und ein gleichfalls 3 dreimonatiger Abendkochkurs, zweimal wöchentlich. Einschreibungen an Wochentagen von 10 bis 3 Uhr, Samstag von 10 bis 1 Uhr bei der Schulleitung.

Wiederbelegung der Schachtgräber auf dem Baumgartner Friedhof.

Nach dem 1. Jänner 1925 werden die Schachtgräber in den Gruppen A bis K des Baumgartner Friedhofes wiederbelegt. An Stelle dieser Gräber gelangen eigene Gräber zur Anlage. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Schachtgräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig; die bedinglichen Gesuche sind bis längstens 15. Dezember 1924 bei der Magistratsabteilung 12 (I., Rathausstrasse 9) einzubringen. Auf verspätet überreichte Eingaben kann keine Rücksicht genommen werden. Nach dem 1. Jänner 1925 werden die Grabkreuze von diesen Schachtgräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt und an entsprechender Stelle gelagert. Sie werden innerhalb eines Jahres jenen Parteien ausgefolgt, die ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen und die Abräumungskosten ersetzen. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde Wien nach freiem Ermessen.

Goldene Hochzeiter: In der vorigen Woche überreichte Stadtrat Spelzer in Vertretung des Bürgermeisters den Ehepaaren, Karl und Maria Böhm I., Franz und Maria Hartmann III., Leopold und Gertrud Matzka XII., Franz und Leopoldine Lukas XIV., Karl und Anna Virilli XV., Ferdinand und Katharina Kufner XVI., Mathäus und Katharina Labizka XVII., Sebastian und Theresia Klobauch XIX., Johann und Marianne Auer XXI., Mathias und Theresia Wachs XXII., anlässlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Wien, Mittwoch den 3. Dezember 1924.

Besuch des Bürgermeisters im Fünfhauser Kindergarten. Der Gemeinderat hat vor längerer Zeit beschlossen, dass der städtische Kindergarten in der Beingasse in Fünfhaus, der sich inmitten eines dichtbevölkerten Teiles dieses Bezirkes befindet, vergrössert und das Gebäude vollkommen instandgesetzt werden soll. Diese umfangreichen Arbeiten sind nun durchgeführt und am Dienstag nachmittags wurde die Ausgestaltung dieses Kindergartens im Beisein des Bürgermeisters, des amtsführenden Stadtrates für das Wohlfahrtswesen Professors Tandler, des Bezirksvorstehers Grassinger, der Gemeinderätin Königstetter, vieler Bezirksräte, der leitenden Beamten des städtischen Jugendamtes und zahlreicher Eltern gefeiert. Die Gäste wurden von der Leiterin Fräulein Nederost in alle Räume des weitläufigen Hauses geführt und konnten die vielen ausgestellten, oft ausgezeichneten Arbeiten der Kinder bewundern. Bezirksvorsteher Grassinger und die Leiterin des Kindergartens dankten dem Bürgermeister für seinen Besuch und ein kleines Mädchen überreichte ihm mit einigen herzlichen Worten einen Blumenstraus. Bürgermeister Seitz dankte für die Begrüssung und sagte: Ich sehe blumengeschmückte Kinder und Mütter, die sich freuen. Das ist der schönste Eindruck. Wer an die Zukunft unseres Volkes denkt, kann nichts schöneres wünschen, als Kinder, die sich freuen. Man sagt uns immer, das Kind gehöre ausschliesslich ins Haus. Aber wenn ein Kind allein aufwächst, gibt es immer einen Misklang. Die Kinder müssen auch für die Gesellschaft, daher in der Gesellschaft erzogen werden. Schon in den ersten Lebensjahren muss das Kind lernen mit anderen Kindern zusammenzuleben. Die Eltern, die ihre Kinder den Kindergärten anvertrauen, tun gut daran. Leider haben wir nicht die Mittel, solche Anstalten in der notwendigen Zahl bereitzustellen. Die Not des Krieges und seine Folgeerscheinungen macht leider vieles unmöglich, aber für die Kinder muss da letzte geopfert werden. Der Bürgermeister dankte dem amtsführenden Stadtrat Professor Tandler, den Beamten des Jugendamtes, dem Bezirksvorsteher und der Leitung des Kindergartens für die mühevollen Arbeit, für die keine Befähigungsprüfung die Eignung erbringen kann, sondern nur die praktische Arbeit und die Liebe zum Kind. Der Dank der Mütter ist der schönste Lohn für die schwere Arbeit der Erzieher, die in unseren Kindergärten geleistet wird. Niemals wird der Kindergarten die Familie und die Mutter ersetzen können. Eine Mutter ist unersetzbar und unglücklich das Kind, das sie nicht hat. Wir wollen und können die Familienerziehung nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Die Mütter, die uns ihr Heiligstes und Liebstes anvertrauen, wissen, dass wir in unseren Kindergärten alles daransetzen, um die Kinder so zu erziehen, dass sie den grossen Aufgaben, die die Zukunft ihnen stellt, gerecht werden können.

Die Worte des Bürgermeisters wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nun zeigten die Kleinen ihr Können. Sie sangen und entzückten die Anwesenden mit Verführungen von Spielen und Reigen, die bewiesen, wie auch auf dem Gebiet der Erziehung der vorschulpflichtigen Kinder die Gemeinde unablässig bestrebt ist, das Beste zu leisten.

Die Jägerhausstrasse darf nicht befahren werden. Da die zwischen der Hetzendorferstrasse und Schöglgasse in Meidling gelegene Teilstrecke der Jägerhausstrasse sehr eng ist, hat der Magistrat verfügt, dass in diesem Teil die Jägerhausstrasse nicht befahren werden darf.

Neue Wählerlisten für Wien. Obgleich die Neuwahl für den Nationalrat nach dem Gesetz erst im Jahre 1927 stattfinden ^{haben} wird, doch am 1. Jänner des kommenden Jahres die Anlage eines neuen Wählerverzeichnisses für Wien durchgeführt werden. Gemäss dem § 30 der Nationalrats-Wahlordnung sind am ersten Jänner eines jeden Jahres die Wählerverzeichnisse richtig zu stellen und die richtig gestellten Wählerverzeichnisse am ersten Februar zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen. Am ersten Jänner des heurigen Jahres konnten die gesetzlichen Vorschriften leicht erfüllt werden, weil noch die Wählerverzeichnisse der Wahl vom 21. Oktober 1923 vorhanden waren und keiner besonders weitgehenden Richtigstellung bedurften. Im kommenden Jahre ist aber die Anlage einer neuen Wählerliste notwendig, da sonst die Richtigstellungen einen zu grossen Umfang annehmen würden. Es werden daher in den Häusern Wähleranlageblätter verteilt werden, die mit dem 1. Jänner 1925 als Stichtag ausgefüllt werden sollen. Ungefähr 600 Arbeitskräfte werden in den Häusern die Richtigkeit der in den Anlageblättern gemachten Angaben revidieren. Im ganzen erfordert die neue Anlage des Wiener Wählerverzeichnisses eine Ausgabe von 535 Millionen Kronen.

Dreissig neue anhängbare Schneepflüge. Seit zwei Jahren werden von den Strassenbahnen für die Säuberung der Gleiszone von Schnee, einhängbare Schneepflüge ^{benutzt}, Pflugscharen, die im Bahnhof leicht und rasch an Triebwagen anzubringen und wieder abzuhängen sind. Durch diese Schneepflüge ^{kann} jeder Triebwagen in kürzester Zeit und was besonders wichtig ist, blos für die Dauer der Schneesäuberung zu einem Motorpflug umgestaltet werden, während er in der übrigen Zeit seinem eigentlichen Verwendungszweck erhalten bleibt. Die Motorpflüge aber mit dauernd angebrachten Pflugscharen sind nur als Schneepflüge zu verwenden. Dreissig Motorpflüge mit einhängbaren Pflügen waren bereits im vergangenen Winter in Verwendung und es können nun weitere ¹⁵ Triebwagen und zwar Lastantriebwagen für den Zwecke der Lastenbeförderung frei werden, wenn sie an Stelle der dauernd angebrachten Pflugscharen mit einhängbaren Schneepflügen versehen würden. Zu diesem Zwecke sind 30 einhängbare Schneepflüge erforderlich, deren Anschaffung ^{im} den Preis von 132 Millionen Kronen in der nächsten Gemeinderatssitzung beantragt werden wird.

Wien als Agrarland. Es gibt im Wiener Gemeindegebiete angebaute Flächen von nicht unerheblicher Ausdehnung, auf denen verschiedene Kultur- und Fruchtgattungen gezogen werden. Die Beiträge zur Statistik der Stadt Wien geben eine interessante Aufstellung verschiedener Daten, die die Bedeutung Wiens als Agrarland ^{eines} ^{es} erkennen lassen. In fünfzehn von den 21 Wiener Bezirken gibt es Anbauflächen. Blos die Innere Stadt, die Wieden und ^{die} Margareten, Neubau, Josefstadt und Alsergrund sind in der Liste der Anbauflächen nicht angeführt. In allen anderen Bezirken bilden diese insgesamt ein Gebiet von 5.914'21 Hektaren. Nach der Frucht- oder Kulturart gibt es in Wien Ackerland, Wiesen und Weingärten. Das Ackerland umfasst 4.758'67 Hektar, die Wiesen 948 Hektar und die Weingärten 207'60 Hektar. Der reichste Bezirk hinsichtlich der Ausdehnung seiner Anbauflächen ist Floridsdorf, der ärmste Rudolfsheim. Die Kleingärten und ihre Erträge sind in diese Statistik einbezogen, aber nicht besonders ausgewiesen. Im I, II, III, XIV, XVII und XXI Bezirk war sogar ein zweiter Anbau möglich.

Wien, Donnerstag den 4. Dezember 1924.

Geehrte Redaktion !

Der städtische Finanzreferent Stadtrat Breitner ersucht freundlichst zu der am Samstag den 6. Dezember 1924 um halb 2 Uhr nachmittags in seinem Büro, Neues Rathaus, Präsidialbüro, stattfindenden Pressenkonferenz

einen Vertreter zu entsenden.

Zur Besprechung kommt der Voranschlag für das Jahr 1925.

Der Gesundheitszustand Wiens im Oktober. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte wurde auch der übliche Bericht über die Gesundheitsverhältnisse Wiens im Monate Oktober erstattet. Der Krankenstand ist in diesem Monate infolge der Zunahme fast aller Krankheitsformen angestiegen. Die Anzahl der Anzeigen von Infektionskrankheiten, besonders von Scharlach-Diphtherie und Tuberkulose Erkrankungen ist höher geworden. Es ist auch eine stärkere Sterblichkeit zu verzeichnen. Im Oktober des heurigen Jahres wurden um 130 Todesfälle mehr als im September und um 48 Fälle mehr als im Oktober des vorigen Jahres gemeldet. Insgesamt starben im Berichtsmonte 1866 Personen gegen 1736 im Vormonate und gegen 1818 im Oktober des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf Herz- und Gefässkrankheiten.

Elektrische Strassenbeleuchtungen auf dem Neubaugürtel.

Im Oktober ist im technischen Gemeinderatsausschuss die Einführung der elektrischen Strassenbeleuchtung auf dem äusseren Gürtel beschlossen worden. Nunmehr wurde in der gestrigen Sitzung der Entwurf für den Neubaugürtel zwischen der Stadtbahnhaltestelle „Westbahnhof“ bis oberhalb der Einmündung der Felberstrasse in Fünfhaus genehmigt. Das Kostenerforderniss für die Herstellung der elektrischen Strassenbeleuchtung auf dieser Teilstrecke beträgt 80 Millionen.

Die Bäderpreise müssen erhöht werden. Die ständig zunehmende Teuerung hat wie bei allen städtischen Angestellten, auch bei den Angestellten der städtischen Bäder eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Folge gehabt, die zum Teile wenigstens, auf die Bäderpreise einwirken muss. Auch nach der jetzigen Preiserhöhung in den städtischen Bädern wird die Gemeinde im kommenden Jahre einen Zuschuss von mehr als zwei Milliarden zum Bäderbetrieb zu leisten haben, da die Gehalts- und Lohnerhöhungen rund 70 % ausmachen, der Sachaufwand nur infolge der Verbilligung der Kohle unverändert geblieben ist und die Erhöhung der Bäderpreise nur ungefähr 14% der früheren Preise beträgt. Auch jetzt werden noch die städtischen Bäder zu den billigsten Bädern Wiens zählen. Die Bäderpreise für Kinder erfahren keine Erhöhung, ebensowenig wurde bei den Volksbädern II. Klasse ohne Wasche von einer Erhöhung abgesehen, bei diesen bleibt also der Preis von 1700 Kronen nach wie vor bestehen. Der Preis eines Brausebades I. Klasse ohne Wasche wurde von 3000 Kronen auf 3600 Kronen erhöht.

Bei den Dampf- und Wannenbädern tritt eine Erhöhung der Preise um 10 bis 14% ein. Die letzte Preiserhöhung in den städtischen Warmbädern erfolgte am 16. Jänner 1924, nachdem ein Jahr zuvor, am 23. Jänner 1923 eine bis zu 9% gehende Ermässigung eingetreten war. Die gegenwärtige Erhöhung gilt ab Mittwoch, den 10. Dezember.

Geldene Hochzeiter. In der vorigen Woche überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters den Ehepaaren: Georg und Karoline Trum XII., Franz und Karoline Machac XVII., Anton und Marie Moltas IX., und Alois und Rosa Volk III., anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Wien, Mittwoch den 4. Dezember 1924. Abendausgabe.

Das Disziplinarverfahren wegen des Selbstmordes des Oktavians Thomas Schwarz. Das im Anschlusse an den Selbstmord des Oktavians Thomas Schwarz vom Akademischen Gymnasium durchgeführte Disziplinarverfahren ist nunmehr zum Abschlusse gelangt. Einer Berichterstattung an die Öffentlichkeit über den Inhalt der Verhandlungsakten und der Verhandlung stehen die Bestimmungen der §§ 130, letzter Absatz und 133, letzter Absatz des Gesetzes vom 28. Juli 1917, (Lehrerdienstpragmatik) entgegen. Dagegen läßt der Wortlaut des Gesetzes die Auffassung zu, dass die Verlautbarung des Erkenntnisses statthaft ist. Zur Aufklärung der Öffentlichkeit wird das Erkenntnis des Disziplinarsenates nunmehr bekannt gegeben; es besagt im wesentlichen folgendes:

Direktor Dr. Gustav Wilhelm ist schuldig, seine Dienstpflichten dadurch verletzt zu haben, 1. dass er auf Grund eines vom Schüler Schwarz nicht unterfertigten und nachträglich tatsächlich als Korrekturbedürftig anerkannten Vernehmungsprotokolles die Verhandlung angesetzt und durchgeführt hat; 2. dass er die Verhandlung für einen Zeitpunkt angesetzt und innerhalb eines Zeitraumes durchgeführt hat, in dem die vorgeschriebene eingehende Gründlichkeit und Sachlichkeit der Beratung gefährdet war, überdies die Gangesaufsicht leiden musste und die Unterrichtszeit nicht vorschriftsmässig verwertet werden konnte; 3. dass er bei dieser Verhandlung nicht alle Mitglieder der Lehrerkonferenz eingeladen hat; 4. dass das von ihm und dem Schriftführer unterzeichnete Konferenzprotokoll in entscheidenden Punkten ein unvollständiges und teilweise falsches Bild von dem Gang der Verhandlung gibt indem es a) die entscheidende Tatsache verschweigt, dass der Klassenvorstand Professor Gläser zuerst den milderen Antrag stellte, dem Schüler noch einmal offiziell das freiwillige Ausscheiden aus der Anstalt nahezu legen und dass für diese mildere Auffassung nicht weniger als 5 von den 6 Lehrern der Klasse stimmten, und b) den Fehler begeht, die Stimme des abwesenden Professors Ernst für den Ausschliessungsantrag zu zählen; 5. dass er während der Konferenz a) es unterliess, den Lehrkörper aufzufordern, beim Urteil über den Schüler die psychologischen, sozialen und sonstigen Begleitumstände des Falles, wie zum Beispiel besondere Disziplinarwidrigkeiten in den Geschichtsstunden des Professors Hausner in eingehender Weise zu würdigen und zu prüfen, und b) in seiner Stellung als Direktor die mangelnde Einstimmigkeit des Urteiles kritisiert hat.

Er hat dadurch mit Rücksicht auf die Art und Schwere der Verfehlung ein Dienstvergehen nach den §§ 22, 25 und 27 der Lehrerdienstpragmatik begangen und es wird deshalb über ihn die Disziplinarstrafe der Ausschliessung von der Zeitverrückung verhängt. Dagegen wird der in 4 weiteren Punkten von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen freigesprochen.

Die Dienstverletzung, deren Professor Dr. Friedrich Gläser schuldig erkannt wurde, bezieht sich in den beiden ersten Punkten auf die von dem Erkenntnis, betreffend den Direktor Wilhelm, unter Punkt 1 und 4 angeführten Mängel des Vernehmungsprotokolles und des Konferenzprotokolles; ausserdem wurde er schuldig erkannt, seine Dienstpflichten dadurch verletzt zu haben, dass er 3. es als Referent unterlassen hat, den Lehrkörper aufzufordern, beim Urteil über den Schüler die psychologischen, sozialen und sonstigen Begleitumstände des Falles, wie zum Beispiel besondere Disziplinarwidrigkeiten in den Geschichtsstunden des Professors Hausner in eingehender Weise zu prüfen und zu würdigen und

dass er 4. als Referent bei Begründung seiner Anträge Vorgänge herangezogen hat, die sich bei Verhandlungen über die Kompetenzen in der Schülergemeinde abgespielt haben, wobei er die freie Meinungsäusserung des Schülers, die nach seiner eigenen Aussage formal einwandfrei war, zur Begründung des scharfen Vorgehens gegen den Schüler verwendete.

Er hat dadurch ein Dienstvergehen nach den §§ 22, 25 und 27 L.D.P. begangen, doch wird mit Rücksicht auf die überwiegenden Milderungsgründe von der Verhängung einer Disziplinarstrafe abgesehen und lediglich eine Rüge als Ordnungsstrafe ausgesprochen. Dagegen wird er in zwei weiteren Punkten der Anschuldigung freigesprochen. Professor Dr. Ernst Hausner wird schuldig erkannt, seine Dienstpflichten dadurch verletzt zu haben, dass er die Anforderungen der Schuldisziplin ausser Acht gelassen hat. Er hat dadurch ein Dienstvergehen nach § 25 L.D.P. begangen, doch wird mit Rücksicht auf die überwiegenden Milderungsgründe von der Verhängung einer Disziplinarstrafe abgesehen und lediglich eine Rüge als Ordnungsstrafe ausgesprochen.

Die Professoren Dr. Ernst, Dr. Kleemann und Matzner werden von den gegen sie erhobenen Anschuldigungen freigesprochen.

Die Begründung des Erkenntnisses besagt im wesentlichen folgendes: Der Disziplinarsenat liess sich bei seiner Urteilsfällung von dem Gedanken leiten, dass die Handlungen der Angeschuldigten als solche - ohne Beziehung auf die eingetretenen traurigen Folgen - zu beurteilen waren. Die in diesem speziellen Falle eingetretenen Folgen beweisen allerdings, wie notwendig es ist, sich bei der Ausschliessung eines Schülers mit der grössten Gewissenhaftigkeit an die strenge Durchführung der behördlichen Vorschriften zu halten. Die im Laufe der Verhandlung zutage getretenen Umstände bei der Beschlussfassung über den Schüler lassen erkennen, dass Verfehlungen zu konstatieren waren, die sowohl dem Wortlaute als dem Geiste der behördlichen Anordnungen direkt zuwiderlaufen. Die entscheidende Lehrerkonferenz wies schon schwere Mängel in Bezug auf die Zusammensetzung, dann auf den Zeitpunkt der Abhaltung und auf die Durchführung auf. Die Knappheit der zur Verfügung stehenden Zeit und das Bewusstsein, dass unterdessen der ganze Schulbetrieb sich ohne pädagogische Aufsicht befand, müsste einer sachlichen eingehenden Beratung überaus hemmend entgegenwirken. Dazu kommt noch der Verlust an Unterrichtszeit, der, wie aus den Verhandlungen hervorgeht, an dieser Schule keineswegs ein einmaliges Ereignis war und der auf den Geist der Anstalt schon deshalb ungünstig wirken musste, weil er durch Anordnungen des Direktors selbst verursacht war.

Als Entschuldigung für diese cursorische Behandlung des schweren Falles wurde angeführt, dass er schon vorher in einer kurzen Verbesprechung in grösserem Kreise und durch verschiedene Privatgespräche der Lehrer gründlich erörtert worden sei. Dieser Argumentation konnte sich der Senat schon aus dem Grunde nicht anschliessen, weil es sich gezeigt hat, dass selbst die formelle Konferenz noch auf ungenügenden Grundlagen aufgebaut war, weshalb die Vorberatungen eher negativ - im Sinne der Bildung von vorgefassten Meinungen - wirken mussten. Eine wesentliche Grundlage für die geordnete Beratung und Beschlussfassung einer zum Zwecke der Disziplinierung eines Schülers einberufenen Lehrerkonferenz ist die in einem Protokoll festgelegte Aeusserung des Beschuldigten. Es ist dies die dem Beschuldigten allein eingeräumte Möglichkeit der Gegenargumentation, stenografische und gekürzte Notizen, die dem Schüler wohl vorgelesen wurden, aber nicht zur Unterschrift vorgelegt werden könnten, können auf keinen Fall ein ordnungsmässiges Protokoll ersetzen, das die ungekürzten Darlegungen des Schülers aufweist und von ihm durch Unterschrift beglaubigt

wird. Hierbei kann ruhig angenommen werden, dass in diesem als Protokoll bezeichneten Schriftstück der Tatbestand richtig wiedergegeben wurde.

Nicht das gleiche aber ^{gilt} von dem für die Beurteilung des Falles mindestens ebenso wichtigen Beweisgründen. Tatsache ist, dass nach Schöpfung des Urteiles an der im Vernehmungsprotokoll enthaltenen Wiedergabe dieser Beweisgründe eine Aenderungsvorgekommen werden musste, dieser vom Klassenvorstande der Konferenz vorgetragene Auffassung über die Tragweite des Vergehens eine wesentliche Stütze entzieht. Der Klassenvorstand vertrat nämlich die Ansicht, dass die zwei Sätze, die der Schüler teils an die Tafel schrieb, teils aussprach, mehr als einen beziehungslosen Scherz darstellen und ^{im} Zusammenhang mit seiner grundsätzlichen und zielbewussten Einstellung gegenüber der Schule gebracht werden müsse, und er beruft sich darauf, dass der Schüler selbst auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht hat. Gerade die Worte aber, auf die sich der Klassenvorstand hier bezog, mussten hinterher auf Verlangen des Schülers durch eine ganz anders lautende Fassung ersetzt werden, die jenen Witz auf eine momentane Begriffs-Assoziation zurückführt. Demnach ist die Unfertigkeit des Vernehmungsprotokoll nicht nur ein formales Gebrechen, sondern sie hat auch zur erheblichen sachlichen Mängeln der Lehrerberatung geführt.

In der Konferenz hat sich als wesentlichster Mangel geltend gemacht, dass von der Mehrheit des Lehrkörpers die selbstverständliche und durch den Erlass des n.ö. Landesschulrates Zahl 414 ex. 1920 ausdrücklich noch vorgeschriebene Prüfung der psychologischen Begleitumstände des Falles nicht nur unterlassen, sondern, ^{wie} aus dem nicht bestrittenen Zeugenaussage eines Professors hervorgeht, ausdrücklich abgelehnt wurde. Hier wäre es Pflicht des Direktors und des Professors Gläser als Berichterstatter gewesen, die Konferenzteilnehmer nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass sie diesen Standpunkt aufgeben müssten, weil er den geltenden Vorschriften widerspreche.

Auch Professor Gläser selbst ist der Pflicht der psychologischen Würdigung nicht gerecht geworden. Es wäre allerdings dem Argumente der Verteidigung zuzustimmen, dass der Lehrer nur zu einer psychologischen Würdigung überhaupt und nicht zu einer bestimmten psychologischen Würdigung verpflichtet sei, dass also eine nach Ansicht des Senates unrichtige psychologische Würdigung auch keinen Gegenstand eines disziplinarischen Vorwurfes bilden könne. Professor Gläser aber hat die psychologische Würdigung des Falles auch in seiner subjektiven Auffassung nur nach einer Richtung und nur soweit fortgesetzt, als sie für den Schüler belästend wirkte. Er hat zwar eine psychologische Verbindung des Vorfalls mit der allgemeinen Einstellung des Schülers ^{hergestellt}, es aber verabsäumt, diese allgemeine Einstellung des Schülers selbst psychologisch zu würdigen, und er hat auch die psychologische Wirkung der allgemeinen Verhältnisse in der Geschichtsstunde auf den Schüler nicht in Betracht gezogen.

Der Schüler konnte, indem er mit dem Worten „Der Direktor kann alles“ die erste Voraussetzung eines alten logischen Schülerwitzes an die Tafel schrieb und die zweite Voraussetzung („Die Schülerschaft gehört zu allem“) mündlich hinzufügte, wobei die unausgesprochene Schlussfolgerung objektiv sicherlich eine arge Ungehörigkeit darstellte, subjektiv dennoch der Meinung sein, damit einen noch an der Grenze des Erlaubten stehenden Witz zu machen. Die wichtige Frage, inwieweit die allgemeinen Verhältnisse in der Geschichtsstunde dieser subjektiven ^{Auffassung} Vor-schub leisteten, hätten mindestens erörtert werden müssen.

Bezüglich der Verhältnisse in den Geschichtsstunden des Professors

Hausner hat der Senat als erwiesen angenommen, dass die Laxheit der Schulzucht jedes Mass weit überstieg, welches auch bei weit-herziger Beurteilung als noch zulässig bezeichnet werden kann. Man muss wohl unterscheiden zwischen einem wünschenswerten freundschaftlichen Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler und einer der Schwäche des Lehrers entspringenden Kameraderie. Nur diese Verhältnisse in der Geschichtsstunde haben die disziplinäre Verfehlung des Thomas Schwarz ermöglicht. Noch mehr als die allgemeine Dulden-^{dem}g dieser Zustände muss Professor Hausner zum Vorwurf gemacht werden, dass er in der Konferenz nicht energisch dagegen Einspruch erhob, dass bei diesem ausnahmsweise von ihm zur Anzeige gebrachten Fall der schärfste Massstab angelegt werde, sodass durch den Gegensatz zwischen völliger Straflosigkeit in anderen Fällen und strenger Strafe in diesem einen, der Grundsatz gleichmässiger Gerechtigkeit verletzt wurde.

Die Tatsache, dass die Stimme des abwesenden Professors Ernst bei der protokollarischen Festlegung des Stimmenverhältnisses mitgezählt wurde, fällt dem Direktor und dem Schriftführer zur Last, umso mehr als durch das Beweisverfahren nicht erhärtet werden konnte, dass ein formeller Auftrag hierzu von Professor Ernst gegeben und von Professor Kleemann oder einem anderen in der Konferenz geltend gemacht wurde.

Bei der Bemessung der Strafen wirkt erschwerend:

1. dass die von allen Beteiligten hervorgehobenen besonders schwierigen disziplinären Verhältnisse der Anstalt sie zu einer besonders sorgfältigen Behandlung des Disziplinarfalles hätten veranlassen sollen;
2. dass die unverkennbare Eigenart des Schülers Schwarz eine summarische und schematisierende Behandlung seines Falles von vornherein hätten ausschliessen müssen;
3. dass durch das Vergehen der Angeschuldigten das Ansehen der Schule und der Lehrerschaft gefährdet wurde;
4. bei Direktor Wilhelm seine besondere Verantwortlichkeit als Direktor, bei Professor Gläser die Verantwortlichkeit als Klassenvorstand.

Als mildernd kamen in Betracht:

Bei allen Angeschuldigten die bisherige tadellose Dienstleistung und die schwierigen Verhältnisse in der achten Klasse des akademischen Gymnasiums, ferner bei Direktor Wilhelm, seine langjährige verdienstvolle Tätigkeit als Lehrer, seine unermüdete Amtstätigkeit und sein erfolgreiches Bestreben, als Leiter, ein gutes Einvernehmen mit der Elternschaft zu pflegen endlich seine anerkannte wissenschaftliche Betätigung; Bei Professor Gläser seine hervorragende, sowohl fachlich als pädagogisch ausgezeichnete Tätigkeit als Lehrer, seine weit über das bloss pflichtgemässe hinausgehende Anteilnahme an den Angelegenheiten seiner Schule und an allgemeinen Erziehungsfragen; bei Professor Hausner seine fachliche Tüchtigkeit als Lehrer und sein vielseitiges und von menschlicher Güte getragenes Bemühen um die Jugend.

Als Milderungsgrund für alle Angeschuldigten musste endlich auch in Betracht gezogen werden, dass in mehreren ihnen zur Last fallenden Punkten neben ihrer persönlichen Verantwortlichkeit eine gewisse solidarische Mitverantwortlichkeit des gesamten Lehrkörpers nicht übersehen werden kann, insbesondere, was die formal und sachlich unzulängliche Behandlung des Disziplinarfalles betrifft.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 5. Dezember 1924.

Die Zahl der Wohnungsanforderungen geht zurück. Das vom Nationalrat für das Jahr 1923 beschlossene Wohnungsanforderungsgesetz erschwert leider die Arbeit des Wiener Wohnungsamtes nicht unerheblich. Dies kommt sinnfällig in der Zahl der rechtskräftig angeforderten Wohnungen zum Ausdruck. So wurden im Jahre 1922 auf Grund der Wiener Anforderungsverordnung noch 9692 Anforderungen rechtskräftig, während im Jahre 1923, in dem auf Grund des neuen Gesetzes angefordert werden musste, die Zahl der rechtskräftig gewordenen Anforderungen auf 6014 zurückging. In den ersten neun Monaten des Jahres 1924 konnten nur mehr 3733 rechtskräftige Anforderungen erreicht werden. Diese Zahlen zeigen, dass viele Wohnungen durch die lockeren Maschen des neuen Gesetzes dem Wohnungsamt und damit den Wohnungsbedürftigen entgehen. Interessant ist eine Uebersicht über die Ursachen der Anforderung. Am häufigsten werden Wohnungen wegen Beendigung des Mietverhältnisses angefordert. Von den 3733 in den ersten neun Monaten des Jahre 1924 erfolgten Anforderungen entfallen 921 auf diesen Umstand. An zweiter Stelle bildet mit 815 Fällen die vollständige Untervermietung der Wohnung den Anforderungsgrund. In 659 Fällen wurde die Wohnung deshalb angefordert, weil der Hauptmieter gestorben ist. Unzulängliche Benützung oder überzählige Wohnräume waren in 454 Fällen die Ursache der Anforderung. In 280 Fällen handelte es sich um Anforderungen wegen Leerstehung. Fünfzig Anforderungen erfolgten wegen nachgewiesener Doppelwohnungen. Von den 3733 rechtskräftigen Anforderungen entfallen 1935 auf Kleinwohnungen. Kleinere Mittelwohnungen (drei Wohnräume) wurden 465, grössere Mittelwohnungen (vier Wohnräume) wurden 130 und Wohnungen mit mehr als vier Wohnräumen wurden 67 angefordert. Dazu kommen noch 1136 angeforderte Einzelräume. Der Rückgang der Wohnungsanforderungen bewirkt, dass das Schwergewicht der städtischen Wohnungspolitik immer mehr auf die Gemeindeneubauten verlegt werden muss. Es wird immer schwieriger, Wohnungssuchende in angeforderte Wohnungen unterzubringen, wodurch die Notwendigkeit der Wohnbautätigkeit der Gemeinde immer deutlicher sichtbar wird.

Der Strassenbahnfahrpreis am Montag. Am Montag, den 8. Dezember (Feiertag) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Werktagfahrpreis. Demnach gelten an diesem Tage die Hin- und Rückfahrtscheine, Frühfahrtscheine und Wochenkarten. Dagegen haben Fürsorgefahrtscheine keine Giltigkeit.

Der Wiener Fremdenverkehr im Jahre 1923. Im abgelaufenen Jahre sind im Wien 417.394 Fremde angekommen, und zwar sind in Hotels 413.849 und in Pensionen und Sanatorien 4545 Personen abgestiegen. In beiden Kategorien ist im zweiten Halbjahre eine ^{bemerkenswerte} entschiedene Steigerung gegenüber dem ersten Halbjahre zu konstatieren. Während es im ersten Halbjahre 169.862 Hotelfremde gab, beträgt ihre Zahl im zweiten Halbjahre 243.987. In Pensionen hat sich die Zahl der Fremden im zweiten Halbjahr 1923 gegenüber dem ersten fast verdreifacht, in den Sanatorien verdoppelt. An erster Stelle stehen die Ankömmlinge aus den (128.520) österreichischen Bundesländern, dann kommen die Fremden aus der Tschechoslowakei (93.523), Ungarn (52.497) und den Deutschen Reich (30.230).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 5. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um fünf Uhr und teilt mit, dass die Anträge über Gewährung eines Zuschusskredites von 210 Millionen Kronen für Postgebühren, über ein Mehrerfordernis von hundert Millionen Kronen bei baulichen Veränderungen in der Erziehungsanstalt Eggenburg, über die Ruhebezüge der gewählten Gemeindefunktionäre und über ein Grundtauschübereinkommen in Meidling ohne Wortmeldung angenommen sind.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über die Herstellung eines Gleisprovisoriums anlässlich des Umbaus der Brigittabrücke wofür ein Baukredit von 320 Millionen Kronen erforderlich ist.

G.R. Scholz (chr. sez.) beanstandet, dass dieser Kredit erst jetzt dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werde, nachdem die Arbeiten schon fast vollständig erledigt sind, ferner dass die Kredite für alle mit dem Umbau der Brigittabrücke verbundenen Arbeiten nicht auf einmal zur Bewilligung vorgelegt wurden, sodass ein Ueberblick über die Kosten des Umbaus nicht möglich sei. Redner bespricht ferner, das neue Verbot wonach sich die Fahrgäste nicht während der Fahrt auf den Trittbrettern aufhalten dürfen.

G.R. Untermüller (chr. sez.) Wer soll demmas überwachen?

G.R. Scholz schliesst mit technischen Bemerkungen über den Umbau der Brücke.

Vizebürgermeister Emmerling erwidert, dass es nicht möglich war als der Umbau der Brigittabrücke im Gemeinderat verhandelt wurde, auch eine Berechnung aller Baukosten zu bringen. Der Akt bezüglich des Gleisprovisoriums sei Ende Oktober ausgearbeitet worden und gelange erst jetzt zur Verhandlung weil er im technischen Ausschusse nicht gleich vorgenommen werden konnte. Alle am Umbau beteiligten Faktoren haben das Bestreben, die Verschiebung der Brücke so rasch als möglich durchzuführen um den Verkehr auf der alten Brücke aufrecht zu erhalten.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

St.R. Breitner berichtet über die Erwerbung/junger Aktien von 28.182 Stück durch die Gemeinde anlässlich der Kapitalserhöhung der „Steinag“ Aktiengesellschaft für Sandsteinziegel und Kunststeinindustrie zu einem Gesamtbezugspreise von 1.963.640.000 Kronen und hebt den grossen Wert dieser Aktien für den Ziegelbedarf der Gemeinde hervor. Infolge der bekannten Vorgänge auf dem Geldmarktesei eine Erhöhung des Aktienkapitales früher nicht möglich gewesen, die Gemeinde hätte wohl ihren Anteil einzuzahlen vermocht, aber die übrigen 60 Prozent der neuen Aktien wären kaum unterzubringen gewesen. Nunmehr ist eine gewisse Beruhigung auf dem Kapitalmarkt eingetreten und nach der Anschauungen der ernstesten Faktoren besteht die Sicherheit ja die Möglichkeit diese Aktien unterzubringen. Damit wird das Unternehmen von einem grossen Teil seiner Bankschuld befreit und wird nicht mehr die drückenden Bankzinsen in den Ziegelekreis einzurechnen haben.

G.R. Huber (chr. sez.) zitiert eine Zeitungsnotiz in der es heisst dass die „Steinag“ sich merkwürdiger Konkurrenzmittel bediente um die Haggendorfer Werke zu bekämpfen und von der Lieferung auszuschalten. Erster Aktionär der Steinag sei der Gemeinderat Rudolf Müller und über die Haggendorfer wurde nur deshalb der Streik verhängt, damit sie keinen Auftrag erhalten und ausführen können. Redner ersucht den Referenten um Aufklärung.

G.R. Rudolf Müller (soz. Dem.) erklärt, er habe in dieser Sache absolut gar nichts zu tun gehabt. Richtig sei, dass der bekannte Seifen-Treibtsch den Vertrag mit der Baugewerkschaft abgeschlossen aber nicht die vereinbarten Zahlungen geleistet hat. Darauf hin hat die Baugewerkschaft den Treibtsch beim Einigungsamte geklagt ohne einen Erfolg zu erzielen. Die Arbeiter erklären insolange den Streik aufrecht zu erhalten, bis Treibtsch den Kollektivvertrag zahlt.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird die Vorlage angenommen.

St. R. Breitner berichtet über den Ankauf des im Besitze der Wiener Banken befindlichen letzten Viertels der Aktien der „Wag“ und bemerkt, dass schon seit der Kapitalserhöhung von zweihundert auf vierhundert Milliarden Kronen die Banken keinen bestimmenden Einfluss in der Wag mehr hatten. Jetzt sei das Opponitzer Werk nahezu vollendet und da erscheine es wünschenswert, dass die Gemeinde auch äusserlich als alleinige Inhaberin der Werke erscheine. Das war die Ursache zur Erwerbung der restlichen Aktien. Da das von den Banken seinerzeit zur Verfügung gestellte Kapital beim Bau der Wasserkraftwerke verwendet wurde, konnte ihnen jetzt auch bei der Erwerbung der 25 Prozent Aktien eine gewisse Valorisierung zugestanden werden, das heisst, für vierhundert Kronen nominal, fünftausend Kronen tel quel pro Aktie. Der Referent ersucht um Genehmigung des Antrages.

G.R. Kunschak (chr. sez.) erklärt, das Referat bereite der Opposition eine hohe Befriedigung. Den sie habe sich seinerzeit im Jahre 1921 als die ersten Anträge auf Schaffung der „Wag“ erstattet wurden energisch gegen die Form einer Aktiengesellschaft ausgesprochen und dem Gemeinderate zu erwägen gegeben, ob es nicht besser wäre, den Ausbau der Wasserkraftwerke in eigener Regie durchzuführen. Der Redner erörtert dann ausführlich die Komunalisierungspolitik der Christlichsozialen unter dem Bürgermeister Dr. Lueger, er bespricht die Geschichte der Gaswerke und bezeichnet als einen Ruchstiel Luegers, dass er trotz des

Boykotts des Bankkapitales schliesslich doch alle Hindernisse besiegt. Die Sozialdemokraten seien von Sozialisierungsgedanken weit abgerückt, aber leider auch von Komunalisierungsgedanken, denn sie haben damals den Vertrag mit den Banken gemacht, einen Vertrag der sich später als vollkommen zwecklos erwies, weil die Banken in entscheidenden Momenten das erforderliche Baukapital für die Wasserkraftwerke nicht beistellen wollten. Man musste im Wege einer eigenen Steuer, der Wasserkraftabgabe die erforderlichen Summen aufbringen. Zuerst hiess es, die Gemeinde könne die Wasserwerke nicht selber bauen, weil sie das Unternehmen nicht zu finanzieren vermöge, deswegen müsse sie die Banken heranziehen; und als dies gelungen war, ist wieder festgestellt worden, die Banken können die Aktiengesellschaft nicht finanzieren, das muss die Gemeinde besorgen. Durch die Aufbringung der Wasserkraftabgabe wurden die Banken aus der Verpflichtung, das Kapital beizustellen, entlassen und die Gemeindeverwaltung kam in die Lage riesige Summen, die die Abgabe resultierten, zu thesaurieren. Diese Steuergelder, die zum Bau der Kraftwerke verwendet worden sind, fehlen jetzt unserer Volkswirtschaft, das Betriebskapital in unserer Wirtschaft wurde geschwächt, sie musste Bankkredit in Anspruch nehmen und ihn mit unerhörten Zinsen honorieren. In der Terminologie der Sozialdemokraten würde man sagen müssen, dass die Mehrheit auf diese Weise für die Banken Zutreiberdienste geleistet habe. Die Banken haben aber auch durch ihre Beteiligung an der Aktiengesellschaft „Wag“ Milliardengewinne eingeheimst und zwar auf dem indirekten Wege über ihre Industrien, die Lieferungen für die Wag besorgt haben. Wenn heute die Ehe zwischen der Wag und den Bankengelöst werde, gehen letztere mit einem Milliardengewinn aus dem Geschäft, dass für sie weiter kein Interesse mehr hat. Leider bleiben die Wasserkraftwerke als eine Aktiengesell-

schaft bestehen. Viel besser wäre es, diese Werke einfach in den Betrieb der Elektrizitätswerke einzuverleiben. Das ist es, was den Christlich-sozialen missfällt. Aber es erfüllt sie doch mit einer gewissen Befriedigung, die Mehrheit auf dem Boden der reinen Kommunalpolitik zurückgeführt zu haben, auf welchem vor nahezu dreissig Jahren die grossen Erfolge für die Gemeinde Wien geschaffen worden sind.

Str. Breitner: Gemeinderat Kunschak hat die Geschichte seiner Partei erzählt und dabei begreiflicherweise bei jenem Kapitel eingehend verweilt, die das historische Verdienst der christlichsozialen Partei darstellt, bei der Sozialisierung von Gas, Elektrizität und Strassenbahn. Es wäre verfehlt, diese Dinge die geschichtliche Tatsachen sind, verkleinern oder verkennen zu wollen, allerdings muss man auch hinzufügen, dass es auch in der christlichsozialen Partei führende Menschen gegeben hat, die an die grosse Verwaltungskunst Laegers nicht herangereicht haben. Es kann auch festgestellt werden, dass wir die man jetzt als Gegner und als Abtrünnige der Sozialisierung dargestellt hat, es im Jahre 1919 gewesen sind, die eine andere Ehe mit dem Bankkapital verhindert haben, eine Ehe die nicht bestimmt war Neues zu schaffen, sondern einen Teil des Gaswerkes in den Besitz der Banken zu bringen (sehr richtig). Wenn es schwer ist sich Zeiten zurückzufufen, wie es etwa jene Tage des Jahres 1921 waren als über diesen Gegenstand hier verhandelt wurde, so gibt es stenographische Protokolle und darin kann man nachlesen, ob auch damals solche Anschauungen wie die ^{heutige} des Gemeinderats Kunschak in der Minorität geherrscht haben. Redner erinnert an die Aussprüche des damaligen Gemeinderates Dr. Kienböck und des Gemeinderates Hofrat Schmidt, sowie Kunschaks selber in der damaligen Debatte die als einen Vorteil begrüsst haben, was jetzt als Nachteil gerügt wurde. Was die Banken betrifft, so, haben sie die Verpflichtung einer Beistellung von 3'6 Milliarden übernommen und diese Verpflichtung haben sie erfüllt. Sie haben ausdrücklich in den Verhandlungen an denen auch die Minderheit mitgewirkt hat, sich geweigert, sich auf Pferdekräfte einzustellen und sich auf einen bestimmten Kurs für die Uebernahme der Obligationen festzulegen. ^{Kreise} welche die Denkweise der Banken auch kennen, waren von einem Optimismus gegenüber diesen Banken erfüllt. Redner zitiert abermals einen Ausspruch des damaligen Gemeinderates Hofrat Schmidt der die Intervention eines Bankkonsortiums begrüsst hat. Gemeinderat Kunschak hat in einer Rede damals konstatiert, dass der Referent und die Gemeinde Wien unter dem Druck der Verhältnisse so gehandelt haben wie sie es taten. Alle diese Zitate beweisen, dass wir keinen anderen Weg gehen konnten und wenn die Minderheit damals diesen ^{Verlage} zugestimmt hat, so hat sie heute kein Recht Vorwürfe zu machen (Beifall). Wir sind heute am Ziele und im Verlaufe dieses Monats noch wird der Strom aus den Opponitzerwerken nach Wien kommen (Beifall). Es wird kein Schandblatt in der Geschichte dieser Stadtverwaltung sein, dass wir in den Septembertagen 1921 als man die Dinge nicht rosig ansah, aber ohne ausländische Kontrolle, ohne ausländische Kredit-hilfe und ohne ausländischen Berater (sehr richtig) ein Werk beschlossen haben auf das stolz zu sein wir alle Ursachen haben und das heute zu verleugnen oder herabzusetzen die Minderheit keine Veranlassung hat. In sachlicher Hinsicht befindet sich Gemeinderat Kunschak in einem Irrtum wenn er glaubt, dass die „Wag“ weil sie als Aktiengesellschaft bestehen bleibt irgend etwas mit der Betriebsführung zu tun haben wird. Es ist ausdrücklich festgestellt worden, dass die Wag lediglich eine Baugesellschaft ist und dass sie an dem Tage, an dem das Werk vollendet sein wird es an die Elektrizitätswerke zur Führung übergeben wird.

Die Wag ist gar kein Hindernis für eine einheitliche Führung des gesamten Elektrizitätswesens ^{die} wir alle schon damals als notwendig anerkannt haben. Bei einer Liquidierung wären ungeheure Steuern zu zahlen, die sich nur im Strompreis ausdrücken könnten. Gemeinderat Kunschak hat zum Schluss noch gesagt, dass wir die grosse Lüge aufrecht erhalten wollen, dass die Wasserkraftabgabe nun als eine Schuld der Wag verzinst wird. Auch das ist ein Irrtum. Schon seit sechs Wochen finden bei den Elektrizitätswerken Berechnungen statt um festzustellen, mit welchem Zinsfusse wir dieses Anleihen, das wir gegeben haben vertinsen können, damit ein Vorteil für die Bevölkerung herauskomme. Es ist unser Ziel, dass die Gemeinde für ihre eigenen Kassen Opfer bringe, wobei als selbstverständlich angenommen wird, dass die Summen die aus der Wasserkraftabgabe der Wag vorgestreckt wurden eine Verzinsung überhaupt nicht finden. Es ist dies kein über-ragend grosser Betrag, wenn gegenüber den Baukosten von 400 Milliarden Kronen die Erträge der Wasserkraftabgabe nicht verzinst werden, sondern wenn wir diese Zinsenlosigkeit die in Wirklichkeit eine Stück Abschreibung ist dazu heutzutage um den Strompreis möglichst herabzudrücken. Wenn die Banken durch die Lieferungen der Industrie verdient haben, so steht dies damit in Zusammenhang, dass die Banken Herren über einen grossen Teil der Industrie sind. Dass sind Tatsachen die wir nicht geschaffen haben und auch nicht beseitigen oder vermeiden können. Hätten wir die Bestellungen im Auslande gemacht, so hätten statt der in-ländischen die ausländischen Banken profitiert. Es gehört aber mit zu den segensreichen Wirkungen die von diesem Bau ausgegangen sind, dass unsere Industrie dabei beschäftigt wurde und tausende von Arbeitern dabei ihr Brot gefunden haben. ^{Wenn} die Banken uns da bei im Stich gelassen haben, was gewiss ein Versuch war die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung umzubringen, so haben wir uns nicht gebeugt, sondern aus der eigenen Wirtschaft heraus, das was von Ihnen geschaffen wurde vergrössert und fortgeführt und damit die Grösse Wiens und das Ansehen dieser Stadt behauptet (Stürmischer Beifall).

G.R. Kunschak (chr. soz.) berichtet tatsächlich, dass er in seiner damaligen Gemeinderatsrede gesagt habe, man sei aus der bisherigen Kommunalisierungspolitik eigentlich zur Bankisierungspolitik übergegangen (Hört hört bei den Parteigenossen).

Die Anträge des Referenten würden hierauf angenommen. Bürgermeister Seitz teilt mit, dass die Gemeinderäte Zimmerl und Genossen einen Antrag eingebracht haben, in dem verlangt wird, dass dem amtsführenden Stadtrat Breitner das Vertrauen des Gemeinderates zu versagen sei, da bis heute keine Untersuchung wegen der Veröffentlichung von Steuerdaten in der Arbeiterzeitung eingeleitet worden sei.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) begründet diesen Antrag und sagt: Es ist bekannt, dass in der Arbeiterzeitung unter voller Anführung des Namens, der Adresse und des Berufes, die Steuerdaten von 56 Steuerträgern veröffentlicht worden sind. Wir haben im Gemeinderat beantragt, dass untersucht werden soll, wer der Arbeiterzeitung diese Daten geliefert hat. Demals hat Breitner selbst erklärt, er äussere sich über diesen Antrag in keiner Weise, sondern überlasse die Beschlussfassung dem Gemeinderat. Aber der damalige Vorsitzende hat den Gemeinderat unrichtig informiert indem er feststellte, dass Breitner sich gegen den Antrag ausgesprochen hätte. Es wurde unser Antrag abgelehnt. Wir haben dann den Bürgermeister ersucht, dass er eine Untersuchung einleiten möge. Dieses Ersuchen wurde mit einer unrichtigen Begründung abgelehnt, die ich mit dem wienerischen Ausdruck „Reden wir von was ändern“ bezeichnen möchte. Nicht nur die Steuerträger beschwerten sich über diese Veröffentlichung, sondern auch Teile des Beamtenskörpers der Gemeinde, die von dem schweren Vorwurf

Dritter Bogen

des Missbrauchs von Amtsgeheimnissen befreit werden wollen. Die Behandlung unserer Anträge in dieser Sache ist eine Vergewaltigung der Minderheit, die darauf hinausläuft, die Schuldigen nicht ermittelt zu lassen. Es blieb uns daher kein anderer Ausweg übrig, als im Sinne der Verfassung den Antrag zu stellen, dem amtsführenden Stadtrat Breitner, in dessen Amtsbereich diese Sache gehört, das Vertrauen zu versagen.

Nach dieser Begründung wird einstimmig beschlossen, dass über den Antrag die Debatte zu eröffnen ist.

Stadtrat Breitner: Ich habe leider nicht viel Hoffnung, dass dieser Antrag angenommen wird.

Stadtrat Rummelhardt (chr. soz.) ruft: Ich weiss nicht, wie eine geheime Abstimmung ausgehen würde!

Stadtrat Breitner: Wenn in der Verfassung eine solche geheime Abstimmung vorgesehen ist, so bin ich gerne bereit, mich auch einer solchen zu unterziehen. Ich erkläre, dass ich für diese Angelegenheit selbstverständlich voll und ganz die Verantwortung übernehme. Weit über die juristische und formale Bedeutung über die ich mich als Laie zu äussern ablehne und die ja übrigens vom Herrn Bürgermeister in seiner Interpellationsbeantwortung eingehend behandelt wurde

kommt die sachliche Bedeutung dieses Falles in Betracht. Wir müssen doch einmal prüfen, warum den die Minderheit in so grosse Erregung geraten ist. Schon seit Wochen wird ein förmliches Kesseltreiben gegen die Gemeinde geführt und immer gesagt, dass durch unsere Steuerpolitik weite Kreise von Gewerbetreibenden zugrunde gerichtet werden. Nicht die Folgeerscheinungen des Krieges, sondern die Folgen einer rücksichtslosen Steuerpolitik sind es, die breite Massen von Gewerbsleuten ruinieren, so wird immer wieder hinausposaunt. In einer Kundgebung, die sich von anderen Veranstaltungen dadurch unterschieden hat, dass die Teilnehmer schon durch ihr besseres Ausseres aufgefallen sind, wurde behauptet, dass die Gemeindesteuern den Gewerbestand zugrunde richten. Darauf hat die Arbeiterzeitung eine Anzahl von Fällen veröffentlicht, die zeigen, dass die Steuerleistung der grossen Masse der Geschäftsleute in gar keinem Verhältnis steht, zu der Hetze, die gegen die Gemeinde betrieben wird. Ich kann feststellen, dass eine amtliche Ueberprüfung ergeben hat, dass alle Angaben der Arbeiterzeitung vollkommen richtig sind. Es ist nun wichtig

dass nach dieser Veröffentlichung, sich die geplante Serie von Protestkundgebungen gegen die ungeheuren Steuerdruck der Gemeinde in Versammlungen gegen die Veröffentlichung/verwandelt hat. Es hat sich also ein gewaltiger Szenenwechsel vollzogen. Die Herren haben plötzlich kein Wort mehr über die hohen Gemeindeabgaben gesprochen. Dieser Sache kommt auch vor allem eine grosse wirtschaftliche Bedeutung zu. Werden in irgend einem Geschäft übertriebene Preise gefordert, so geschieht dies meist mit dem Hinweis, dass die Gemeinde schuld daran ist. Ich bin überzeugt, dass Menschen, die am 9. November gegen die Gemeindeabgaben demonstriert haben, gar nicht wussten, was sie zahlen. Hätten sie den Rechenstift zu Hand genommen, dann wären sie selbst darauf gekommen, wie geringfügig die Gemeindeabgaben sind. Sicherlich gibt es eine Zahl von Leuten, die alle Ursache haben, mit unserer Steuerpolitik unzufrieden zu sein. Es sind die Besucher der Nachtlokale, der Bars und die Reichen dieser Stadt, die wir mit voller Absicht treffen wollen. Es ist geradezu im öffentlichen Interesse gelegen gewesen, dass die Bevölkerung erfährt, wie hoch die Steuern der Gemeinde wirklich sind. Wie hat denn dieser Rummel eigentlich begonnen? Damit, dass ich das Verlangen des Vorstehers der Gastwirtegenossenschaft rundweg abgelehnt habe, die Steuer der Luxusbetriebe in eine Abgabe für alle Gasthäuser umzuwandeln, von der dann auch die kleinsten Betriebe worden wären.

G.R. Retter (chr. soz.) ruft: Das ist ein Dreh!

Stadtrat Breitner: Ich stehe für diese meine Behauptung ein und bin bereit auf meine Immunität zu verzichten, um den gerichtsordnungsmässigen Nachweis zu führen, dass meine Angaben richtig sind. Viel wichtiger als das juristische und formale, auf das ich mich als Laie nicht einlasse, ist die Tatsache, dass Uebertreibungen über die Höhe der Gemeindeabgaben richtiggestellt wurden. Ich übernehme die volle Verantwortung für alles, was geschehen ist. Wenn die Mehrheit des Gemeinderates, ob in öffentlicher oder geheimer Abstimmung, eine Änderung der Steuerpolitik wünscht, dann bin ich gerne bereit, zurückzutreten. Solange dies nicht geschieht, werden wir wie bisher eine Gemeindepolitik verfolgen, welche die Besitzenden und die Geniessenden zu den Lasten des Gemeindegushalts so stark als möglich heranzieht und die Besitzlosen so wenig als möglich erfasst. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit! Minutenlange Rufe: Hoch Breitner!)

G.R. Nachtnebel: ist hier einzuschalten, kommt aber erst nach dem Referat Kunschak!

Stadtrat Kunschak (chr. soz.): Als Parteimann verzeichne ich dieses Ereignis mit einer gewissen Befriedigung. Als Gemeinderat bedauere ich es aufs tiefste. Der amtsführende Stadtrat Breitner hat hier Grundsätze aufgestellt, die ich für sein Ressort als bindend betrachten muss. Er sagte, die juristische Seite wolle er weiter nicht erörtern. Für ihn komme nur das sachliche Moment in Betracht. In Wirklichkeit ist aus seinen Aeusserung hervorgegangen das politische Moment. Wenn Gemeinderat Nachtnebel heute so gesprochen hat, so ist dies verständlich; er ist nur Gemeinderat. Stadtrat Breitner ist aber ein beamtetes Organ, das vor allem die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten hat. Das politische Moment kommt für ihn überhaupt nicht in Betracht. Er steht nicht hier als Gemeinderat, sondern als ein beamteter Funktionär. Er hat aber selbst erklärt, dass für ihn das politische Moment entscheidend sei.

Auf Grund seiner Argumentation müssen wir heute aussprechen: Wir können zum Stadtrat Breitner auch persönlich absolut kein Vertrauen mehr haben. Die Gesetze müssen beachtet werden. Wenn er die aus diesen Gesetzen für ihn erwachsende Pflicht nicht zu vertragen vermag, so bleibt ihm nur das Mittel aus seiner amtlichen Stellung zu scheiden. Nach den Erklärungen Breitners ist es für mich vollkommen klar, es hat sich kein Beamter gefunden, der sein Amt missbrauchte, der sein Gelöbdis gebrochen hat. (Beifall bei der Opposition). Die Beamten haben pflichtgemäss das Material dem Herrn Stadtrat Breitner übergeben und er hat es der Öffentlichkeit übermittelt. Durch sein Verhalten hat er sich selbst in eine völlig unhaltbare Situation begeben. Denn er hat uns im Finanzausschuss wiederholt Steuerdaten unter der ausdrücklichen Bedingung mitgeteilt, dass sie streng vertraulich behandelt werden. Wir haben das getreulich gehalten und über diese Daten nicht einmal in unserem Klub Mitteilungen gemacht. Uns ist es auch oft politisch unerträglich gewesen, hier Angriffe zu vernahmen und schweigen zu müssen, wenn noterische Unrichtigkeiten vorgetragen worden sind, schweigen zu müssen in Kenntnis der Tatsachen. Ich verkenne nicht, dass dem Herrn Stadtrat Breitner seine Situation in politischer Hinsicht unleidlich geworden ist. Aber das gibt ihm nicht das Recht, die im anvertrauten amtlichen Materialien der Öffentlichkeit zu überantworten. Er hat seine Verschwiegenheitspflicht gebrochen. Wundern sie sich nicht, wenn weit über den Rahmen dieses Saales hinaus, bis in das Ausland das Ansehen der Gemeinde Wien durch solche Tatsachen geschädigt werden. (Beifall bei der Opposition). Stadtrat Breitner meint wir hätten den Mut verloren und flüchten uns jetzt auf das

Gebiet der Steuerveröffentlichungen. Er befindet sich in einem grossen Irrtum wenn er glaubt, dass die Auflehnung gegen seine Steuerpolitik mit der Kundgebung der Gewerbetreibenden vor dem Rathause erschöpft ist. Ich habe hier einen Brief von 250 Angestellten, des Betriebes Ronacher, von denen nicht ein einziger christlichsozial organisiert ist. Sie haben sich an mich gewendet, weil auch sie das Gefühl haben, dass eine vernünftige Anpassung der kommunalen Steuerpolitik an die gegenwärtigen Verhältnisse diesen 250 Angestellten eine Existenzmöglichkeit bieten könnte. Und der Preis dieser Menschen erweitert sich. Die Versammlungen der Gastgewerbeangestellten Hotelangestellten, der Buchdruckergehilfen und Chaffeure zeigen, dass der Kreis des Widerstandes und der Auflehnung gegen die Steuerpolitik der Gemeinde sich erweitert. Das ist eine Tatsache, die sich nicht aus der Welt schaffen lässt. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen).

G.R. Nachtsbel (Soz.): Als wir die Verwaltung dieser Stadt übernommen haben, fanden wir leere Kassen vor. Wir haben dann im Interesse der breiten Massen eine Finanzpolitik gemacht, die freilich den Unwillen der Minderheit erregt hat und noch heute erregt. Sie können über unsere Steuern schimpfen, aber sie können nicht leugnen, dass wir in der schwersten Zeit viel geschaffen haben und immer von der redlichsten Absicht getragen sind, dem arbeitenden Volk zu helfen. Dieses Volk hat bei den letzten Wahlen abermals entschieden, dass Wien sozialdemokratisch verwaltet werden soll und so der Politik, die wir bereits fünf Jahre in diesem Haus üben, zugestimmt. Die Wiener Bevölkerung hat uns das Vertrauen ausgesprochen und daher kann ich namens meiner Fraktion erklären, dass wir gegen den Antrag stimmen und dass wir die Steuerpolitik unseres Freundes restlos decken, weil sie auch unsere Politik ist. Wenn wir dies tun, dann wissen wir uns eins mit dem grössten Teil der Wiener, mit dem ständig in Fühlung sind. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit)

Bürgermeister Seitz: Es ergibt sich aus der Diskussion, dass die Erörterung zwei Fragen behandelt hat: eine formal juristische und eine rein sachlich finanzpolitische. In sachlicher und finanzpolitischer Hinsicht hat sich Stadtrat Breitner geäussert und er hat als Laie ganz richtig die Erörterung der formal juristischen Seite abgelehnt. Gemeinderat Kunschak hat diese Seite der Frage abermals in dem Bereich seiner Erörterungen gezogen und damit zugleich auch die Interpellationsbeantwortung durch den Bürgermeister. Ich kann nur wieder sagen, dass ich dem Gegenstand einer genauen Prüfung von Fachmännern und gewiegten Juristen habe unterziehen lassen und dass die Interpellationsbeantwortung durch den Bürgermeister auf Grund dieser Prüfung erfolgt ist. Diese Prüfung hat ergeben, dass gegen den Vorgang formal juristisch in keiner Weise eine Einwendung erhoben werden kann, dass er vollkommen unanfechtbar ist. Ich habe die Pflicht diese Tatsache festzustellen.

G.R. Schorsch (soz.dem.): Auf einen Zwischenruf des Kollegen Müller, dass hier ein Schauspiel geboten werde hat Kollege Zimmerl gesagt; es ist ein Drama. Ich gebe ihm recht, es ist ein Drama, ein Drama wahrer innerlicher Ueberzeugung, die auf Ihrer Seite längst nicht mehr besteht. Ich behaupte, dass Sie entgegen Ihrer inneren Ueberzeugung, diesen ganzen Steuerrummel inszeniert haben. Wenn Sie die Behauptung aufstellen, dass die Steuerleistung der Gewerbetreibenden an die Gemeinde Wien unerträglich ist, dass dadurch die Geschäfte ruiniert und die Gewerbetreibenden zugrunde gerichtet werden, dann widerspricht diese Behauptung Ihrer innersten Ueberzeugung. Erkundigen Sie sich bei irgend einem Gewerbetreibenden und Sie werden überall hören, dass erst durch die Vergebung kommunaler Arbeiten

die Gewerbetreibenden Beschäftigung erlangt haben. Das sind Tatsachen die Sie nicht bestreiten können. Gegenüber dem Herrn Gemeinderat Kunschak bezüglich der Angestellten Ronachers ist festzustellen, dass die Krise in diesem Betrieb auf andere Gründe zurückzuführen ist, und dass der polnische Jude, der seinerzeit den Ronacher gekauft hat durch übertriebene Pachtforderungen den weiteren Betrieb dieses Etablissements unmöglich gemacht hat. Ich verweise auf die grosse Versammlung der Betriebsräte der Angestelltenschaft des Gast- und Schankgewerbes, die kürzlich getagt hat. Dort haben siebenhundert arbeitende Menschen die wahren Ursachen der Krise in diesem Gewerbe aufgezeigt und die sind keineswegs in den Gemeindeabgaben zu suchen. Wenn Sie die Tatsachen ehrlich prüfen, dann müssten Sie selbst zugeben, dass die Politik der Gemeinde es der Bevölkerung erst überhaupt möglich macht zu leben. Vergleichen Sie wie in anderen Städten die Kleingewerbetreibenden Beschäftigung haben mit den Wiener Verhältnissen und Sie werden finden, dass die Verdienstmöglichkeiten dieser Städte gegenüber Wien garadezu verschwinden. Ich spreche hier nicht namens der sozialdemokratischen Arbeiter allein, sondern für die gesamte Bevölkerung, die mir zustimmen wird, wenn ich sage: Machen Sie was Sie wollen, der Breitner bleibt und wird uns erhalten bleiben. (Stürmischer Beifall).

Bei der Abstimmung wird der Antrag, dem antretenden Stadtrat Breitner das Vertrauen zu versagen, gegen die Stimmen der Christlichsozialen abgelehnt. Die Mehrheit applaudiert stürmisch und viele ihrer Mitglieder eilen auf Stadtrat Breitner zu und beglückwünschen ihn. Die Christlichsozialen ergehen sich in vielen Zwischenrufen und Gemeinderat Rummelhardt ruft: Der Speiser treibt ihm die Gratulanten zu.

G.R. Broczynar (soz.dem.) berichtet über eine Aenderung der Satzungen des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, nach welcher die Höchstgrenze, bis zu welcher den Kreditvereinsmitgliedern Kredite eröffnet werden können, für die Dauer aussergewöhnlicher wirtschaftlicher Verhältnisse, insbesondere mit Rücksicht auf die Senkung des Geldwertes, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf 150 Millionen Kronen erhöht werden kann.

G.R. Janesch (ohr. soz.) regt an, es möge dem Gemeinderat das Recht eingeräumt werden die Zifferngrenze festzusetzen.

Der Referent entgegnet, diese Anregung sei zweifellos erwägenswert, aber es sei fraglich ob die Aufsichtsbehörde einer solchen Kautschukbestimmung zustimmen würde.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Punkt 6 (Zuschusskredit von 369 Millionen für Lainz) wegen Verhinderung des Referenten Dr. Frädjung von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Nach einem Referat des Gemeinderates Hiess wird dem Kaiser- Franz- Josef Ambulatorium und Jubiläums- Spital anlässlich des 50jährigen Bestehens eine ausserordentliche Subvention von 25 Millionen Kronen bewilligt. Ein Antrag des Gemeinderates Paulitschke (ohr. soz.) die Subvention im Hinblick auf die segensreiche Tätigkeit dieser Anstalt mit 50 Millionen zu bemessen wird abgelehnt.

G.R. Jenschik (soz-dem.) referiert über einen Zuschusskredit von 500 Millionen für XI Gebäudeerhaltungsarbeiten im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz.

G.R. Angermayer (chr. soz.) hat gegen den Zuschusskredit selbst nichts einzuwenden, obgleich die Zahl der geforderten Zuschusskredite in der Zeit der Stabilität der Krone allzu gross ist. Redner wünscht Auskunft ob die Gründe wahr sind, dass die grosse Werkstätte im Lainzer Versorgungshaus wieder geteilt werden soll. Es wären dann die bedeutenden Ausgaben für die Investitionen ungerecht fertig geworden.

G.R. Jenschik konstatiert, dass die Werkstätten nicht geteilt sondern nur in ihrem Umfang verringert wird und zwar deshalb weil grössere Arbeiten in der letzten Zeit fertiggestellt wurden, weshalb die Werkstätten nicht mehr in dem gegenwärtigen Umfang erhalten werden müssen. Es wird jetzt wieder versucht werden Arbeiten an Kontrahenten der Gemeinde Wien abzugeben. Die Beschwerde über die Häufigkeit der Zuschusskredite wäre ungerechtfertigt, weil sich oft erst im Laufe der Arbeiten Gebrechen an den Objekten zeigen.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

G.R. Michal beantragt die Genehmigung des Umbaus der vierundzwanzig Kabelfelder der fünftausend Volt-Drehstromschwand des Kraftwerkes Engerthstrasse und für den ersten Abschnitt einen Sachkredit von 3.000 Millionen Kronen dessen Bedeckung auf die laufenden Betriebsmitteln verwiesen wird.

G.R. Angermayer (chr. soz.) hat gegen den Umbau selbst nichts einzuwenden, spricht sich aber über die Art der Bedeckung aus den laufenden Betriebsmitteln aus. Dieser Vorgang sei weder vom kaufmännischen noch von sozialpolitischen Standpunkt zu rechtfertigen. Die Gemeinde nütze ihre Monopolstelle allzusehr aus. Es wäre besser, für derartige Zwecke Investitionsanleihen aufzunehmen. Redner wünscht über diesen Punkt eine getrennte Abstimmung, da seine Partei gegen nichts einzuwenden habe, sondern nur der Art der Bedeckung ihre Zustimmung versage.

G.R. Michael erinnert daran, dass das Elektrizitätswerk in der Engerthstrasse aus dem Jahre 1908 stammt und dass manche seiner Einrichtungen infolgedessen veraltet sind. Der Erneuerungsfond der vor dem Kriege bestanden hat ist jetzt entwertet und kann nicht herangezogen werden. Es handelt sich hier nur um eine Verbesserung des Betriebes die den Konsumenten zugute kommt. Eine Erhöhung des Strompreises auf diesem Titel ist nicht zu erwarten, sondern die Modernisierung wird eben verhüten, dass eine solche Erhöhung eintritt. Man kann nicht sagen, dass die Gemeinde ihre Monopolstellung ausnützt, da der Strompreis gegenwärtig doch weit aus niedriger sei als der Strom der Vorkriegszeit. Damals betrug er über 1000 Kronen in heutiger Währung pro Hektowatt, der heutige Preis von über 500 Kronen stellt gegenüber der Vorkriegszeit eine Verbilligung von über 40 Prozent dar.

Bei der Abstimmung wird der sachliche Teil des Antrages einstimmig und der Antrag der Art der Bedeckung mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Nachtnebel (soz-dem.) beantragt die Anschaffung und Aufstellung eines Drehstroms-Zweiphasen-^a Oeltransformators von 5000 KVA Leistung bei 5000/2000 Volt samt Zubehör und die Bewilligung eines Sachkredites von 1200 Millionen dessen Bedeckung auf die laufenden Betriebsmitteln der Elektrizitätswerke verwiesen wird.

G.R. Angermayer (chr. soz.) beantragt auch diesmal eine getrennte Abstimmung um gegen die Art der Bedeckung zu protestieren.

G.R. Nachtnebel verweist auf die Art wieder Staat seine Monopolstellung in gewissen Betrieben ausnütze und wie er mit den Preisen in die Höhe gehe.

Hierauf wird die Anschaffung einstimmig, die Bedeckung mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Reisinger (soz-dem.) referiert über die Anschaffung von 30 einhängbaren Schneepflügen durch die städtischen Strassenbahnen und verlangt die Genehmigung eines Kredites von 132 Milliarden.

G.R. Angermayer (chr. soz.) findet, dass der Antrag viel zu spät vorgelegt wurde, wenn die Schneepflüge noch für den heurigen Winter dienen sollten. Die Bestellung müsste bereits längst gemacht sein.

G.R. Reisinger (soz-dem.) erwidert, dass die Angelegenheit durch den Finanzausschuss und den Stadtsenat gegangen sei, die Bestellungen seien schon erfolgt.

G.R. Angermayer Dann wird der Gemeinderat zur Farce herabgedrückt und dagegen protestieren wir.

Die Anträge werden angenommen.

G.R. Reisinger (soz-dem.) beantragt die Aufstellung eines Phasenschiebers im Umspannwerk Meidling der städtischen Elektrizitätswerke und Bewilligung eines Kredites von 3.000 Millionen Kronen.

G.R. Panosch schliesst sich dem Proteste Angermayers gegen die Art der Bedeckung aus laufenden Betriebsmitteln an und wünscht getrennte Abstimmung über die Anschaffung selbst und die Art der Bedeckung.

Die Referentenanträge werden angenommen.

Bürgermeister Seitz teilt mit, dass der Zuschusskredit von 122 Millionen für Betriebszwecke des städtischen Wäschereibetriebes debattellos angenommen wird.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) Nachtrag zu seiner Rede auf Bogen 2 und 3:

Durch die Veröffentlichung dieser Steuerdaten kann sich jedermann mit Leichtigkeit ausrechnen, wie die Betriebsverhältnisse der angeführten Geschäftsloute sind. Ich verweise übrigens auf den Paragraphen 7 des Pümpfgebabgesetze, wo es ausdrücklich heisst, dass die Beamten alle Mitteilungen, die ihnen bei ihren Erhebungen in den Betrieben zukommen, als vertraulich zu behandeln haben. Gerade das ist aber nicht gehalten worden und darum sind wir gegen diese Veröffentlichung aufgetreten.

Stadtrat Siegel beantragt die Genehmigung von drei Wohnhausbauten. Es soll im siebenten Bezirk in der Bernardgasse ein Wohnhaus mit einem Kostenaufwand von 4040 Millionen Kronen, in der Brigittenau, Denisgasse, ein Wohnhaus mit einem Aufwand von 17 Milliarden und in Floridsdorf, Brünnerstrasse-Pytkagasse Wohnhäuser in Verbindung mit der Anlage eines Marktes mit einem Kostenbetrag von 54.1 Milliarden Kronen errichtet werden.

G.R. Stubianek (Soz.) sagt, dass im siebenten Bezirk sich Klendswohnungen befinden, die mit vollem Recht mit denen Lichtentals verglichen werden können. Es ist begreiflich, dass sogar Amtorgane diese Wohnungen als ungeeignet für menschlichen Aufenthalt erklären müssen.

In diesem Bezirk gibt es viele Häuser, die gar nicht unterkellert sind, wodurch die Wände der Wohnungen nass sind. Dadurch wird die Gesundheit der Menschen, die in solchen Häusern wohnen müssen, arg gefährdet.

Anf. G.R. Scholz (chr. soz.) bemängelt, dass das Projekt des Wohnhauses in der Denisgasse fünf Geschosse hat und die Zimmer nur 2,8 Meter hoch sind. waren in 434 Fällen die Höhe der Anforderung. In 200 Fällen hat Vizebürgermeister Hoss bezeichnet es als wünschenswert, dass in Floridsdorf ein zweckmässiger Markt errichtet werde. Es sollen aber auch Markthütten, die dauernden Bestand haben, geschaffen werden. Die Geschäftslokale in diesem Neubau besitzen nur den vorderen Eingang und es wäre zweckmässig, dass schon jetzt vorgesorgt werde, dass später, wenn der Inhaber des Lokals dies wünscht, die notwendigen Türen angebracht werden können. Es wäre gut, das Projekt doch noch einmal zu überdenken. Politik immer mehr auf die Gemeindeforderungen verlegt werden.

G.R. Huber (chr. soz.) wünscht, dass die Ledigenheime in jedem Stockwerk in die Wohnungen einbezogen werden sollen und verlangt Auskunft über den Zementdiebstahl und fordert dann den amtsführenden Stadtrat Siegel auf, bei Vergebung von Gemeindelieferung/Arbeiten die Kontrahenten sich genau anzusehen.

Bezirksvorsteher Bretschneider (soz.) begrüsst die Anlage des Marktes, weil dadurch ein dringendes Bedürfnis des Bezirkes Floridsdorf erfüllt werde. Was den Wohnhausbau anlangt, so wäre es wünschenswert, die Kritiker dieses Projekt nach Floridsdorf zu führen und da würden sie erkennen, dass dieser Bau ein grosses Stück Wohnkultur ist. Die Zahl der Geschäftslokale in den Häusern der Gemeinde ist eher zu gering, als zu gross. In Floridsdorf selbst wird oft für ein kleines Greils Greislergeschäft eine Ablöse von hundert Millionen Kronen verlangt. Dagegen spielen die Mieten, die von der Gemeinde verlangt werden, gar keine Rolle.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) befürchtet, dass in dem neuen Haus in der Bernardgasse Bewohner Neubaus nur zum geringsten Teil eine Wohnung erhalten werden und wünscht Auskunft darüber, ob wirklich die Gemeinde von nun an in ihren Häusern den Mieterschutz anerkennen wolle.

Stadtrat Siegel Was den Zementdiebstahl anlangt, so ist es richtig, dass der Kontrahent der Gemeinde mehrere Fuhren Zement sich angeeignet hat. Der bisher festgestellte Schaden ist zwölf Millionen Kronen, doch ist alle Aussicht vorhanden einen grossen Teil gutzumachen, weil der gestohlene Zement an eine Reihe sehr ehrenwerte Gewerbetreibende zu sehr niedrigen Preisen verkauft wurde. Ich habe hier die ganze Liste dieser Käufer und gegen einige ist auch das gerichtliche Verfahren wegen bedenklichen Ankaufs eingeleitet worden.

Den neuen Wohnhausbauten wurde sodann zugestimmt.

Nach einem Referat des Stadtrates Siegel wird für den städtischen Lastkraftwagenbetrieb ein Zuschusskredit von 3.7 Milliarden Kronen bewilligt, wobei Gemeinderat Binder (chr. soz.) verlangt, dass in der Brigittenau eine Garage besetzt werden soll, weil sie dort eine Gefahr bedeute.

Die Sitzung wird um 11 Uhr nachts geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y .

Wien, Samstag den 6. Dezember 1924-

.....
Stadtsenat und Gemeinderat. In der nächsten Woche ist im Rathause nur eine Sitzung des Stadtgenates für Dienstag um 10 Uhr vormittags angesetzt. Eine Sitzung des Gemeinderates findet nicht statt-.

.....
Der amtliche Wohnungstausch- Durch den Stillstand der privaten Bautätigkeit ist es meist unmöglich, dass Arbeiter und Angestellte wenn sie ihre Arbeitsstätte wechseln, auch die Wohnung in die Nähe ihres Arbeitsortes verlegen können. Ein grosser Teil des Zuwachses an Fahrgästen der Strassenbahn, deren Zahl bekanntlich von rund 300 Millionen vor dem Krieg, auf ungefähr 500 Millionen im Jahre 1924 gestiegen ist, kann zweifellos auf die Schwierigkeiten zurückgeführt werden, die gegenwärtig einem Wohnungswechsel begegnen. Das Wohnungsamt der Stadt Wien versucht bereits seit Jahren den amtlichen Wohnungstausch zu fördern. Ueber Verfügung des amtsführenden Stadtrates Weber wurde schon vor zwei Jahren ein amtlicher Wiener Anzeiger für Wohnungstausch und Untermiete vom Wohnungsamt geschaffen, der regelmässig einmal wöchentlich erscheint und durch den bereits einer grossen Zahl von Mietparteien die Durchführung eines Wohnungstausches ermöglicht wurde. Es wurden vom 1. Jänner bis 30. September 1924 beim Wohnungsamte 7612 Tauschgesuche eingebracht-. Davon wurden 6340 Ansuchen bewilligt, während 564 Fälle abgewiesen werden mussten. Ein Teil der Gesuche wurde zurückgezogen und der Rest war am Ende der Berichtszeit noch nicht erledigt. Es muss aber auch festgesetzt werden, dass die Bestimmungen des Anforderungsgesetzes über den Wohnungstausch, sehr mangelhaft sind. Es kann gar nicht bestritten werden, dass heute auf Grund dieser Bestimmungen viele Wohnungen verschachert werden. Will aber die Gemeinde einen Wohnungstausch verweigern, so muss sie nachweisen können, dass ein Schacher vorliegt, was leider nur selten möglich ist. Um solche Durchstechereien bei einem Wohnungstausch unmöglich zu machen, müsste das Anforderungsgesetz geändert werden, was aber keine Gemeinde- sondern Bundesangelegenheit ist. Die Gemeinde oder das Wohnungsamt kann daher für die Mängeln des Wohnungstauschverfahrens, die es unmöglich machen, dass bedenklich scheinende Wohnungstauschansuchen abgewiesen werden, nicht verantwortlich gemacht werden.

.....
Atelier-Ausstellungen. Die akademischen Maler Hans Götzinger und Karl Lorenz veranstalten in ihrem Ateliers VI., Mariahilferstrasse 89 a, bis zum 20. Dezember eine Atelierschau. Auch im Atelier des Malers Hermann Schmid XV., Rosinagasse 8 findet eine Atelierausstellung statt. Ferner veranstaltet der akademische Maler Theo Henning in seinem Atelier IX., Mariannengasse 12 eine Ausstellung eigener Werke, (Oelgemälde Aquarelle, Pastelle, Radierungen, etc.). Die Ausstellung ist in der Zeit vom 6. bis 12. Dezember von 10 bis 4 Uhr frei zugänglich.

.....

DER HAUPTVORANSCHLAG DER GEMEINDE WIEN FÜR DAS JAHR 1925

Heute ist die Versendung des Hauptvoranschlages für das kommende Verwaltungsjahr an die Mitglieder des Gemeinderates erfolgt und bereits für nächsten Mittwoch ist der Finanzausschuss zur Budgetberatung einberufen. In einer Pressekonferenz gab der Finanzreferent Stadtrat Breitner hierzu die folgenden Erläuterungen:

Wie beim Bund ist auch bei der Stadt Wien der Voranschlag für 1925 dadurch charakterisiert, dass gegenüber dem letzten Voranschlag ein weiteres starkes Ansteigen von Einnahmen und Ausgaben sich ergibt. Das ist ein Beweis dafür, dass unsere Volkswirtschaft noch nicht zur wirklichen Stabilisierung gelangt ist, was es natürlich besonders schwierig macht, die Gebarung für ein volles Jahr voraus zu sehen und ziffernmässig festzulegen. Für das Verwaltungsjahr 1924 waren die Ausgaben mit rund 3.004 Milliarden Kronen veranschlagt. Für 1925 sind es 4.271.380 Millionen Kronen. Es ist also die vierte Billion überschritten! Gegenüber den präliminierten Bruttoeinnahmen des heurigen Jahres von rund 2.308 Milliarden wird mit Einnahmen von 3.287.863 Millionen Kronen gerechnet. Die prozentuelle Steigerung von Einnahmen und Ausgaben ist ziemlich gleich mit etwas über 42 Prozent. Für 1924 ist ein Abgang von 695.582 Millionen präliminiert gewesen. Er wurde teilweise durch Steuermassnahmen, die noch im Dezember 1923 beschlossen wurden, mit einem Betrag von 150 Milliarden bedeckt. 300 Milliarden Kronen wurden auf eine Anleihe und der Rest auf die Kassenbestände verwiesen. Zur Aufnahme einer Anleihe ist es bekanntlich heuer nicht gekommen. Es war überflüssig, weil ebenso wie 1923 auch die Gebarung von 1924 sich günstiger gestaltete, als bei Abfassung des Voranschlages angenommen worden ist. Die Ursache liegt allerdings in der Hauptsache darin, dass neben erhöhten Einnahmen an Gemeindeabgaben und andern geteilten Bundessteuern die grossen Investitionen der Gemeinde nicht alle in vollem Ausmass in dem betreffenden Verwaltungsjahr durchgeführt werden konnten. Der sich ergebende Ueberschuss ist also in Wirklichkeit nur scheinbar, weil eben das begonnene Werk dafür im anschliessenden Kalenderjahr mit seinem Erfordernis an die Gemeinde herantritt. So ist dies beispielsweise, um einen der grossen Posten hervorzuheben, bezüglich der Elektrifizierung der Stadtbahn der Fall. Im Voranschlag 1924 sind dafür 185 Milliarden Kronen eingesetzt gewesen. Die Uebergabe der Stadtbahn verzögerte sich und es konnten im heurigen Jahre nur 84 Milliarden verausgabt werden. Die übrigen 101 Milliarden Kronen werden beim Rechnungsabschluss als eine Ersparnis erscheinen. Es handelt sich aber um keine wirkliche Verminderung des Bedarfes. Tatsächlich findet sich dafür im Voranschlag 1925 die Restpost von 101 Milliarden Kronen vor und muss bedeckt werden. Im Jahre 1924 hat, wie erinnerlich der besonders strenge und überlang dauernde Winter die Ausführung der Bauarbeiten, die im Gemeindebudget einen so breiten Raum ausfüllen, sehr verzögert. Die Wirkung sind scheinbare Ersparnisse in Form eines erhöhten Kassenbestandes, der aber, sofern 1925 normale Bauverhältnisse bringt, zur Aufzehrung gelangen wird. Es gibt eben bei der Gemeinde nicht die Einrichtung von Sachkrediten, für die bis zu der Vollendung der betreffenden Arbeit der entsprechende Geldbetrag als gebunden und nicht mehr verfügbar aus der Gebarung förmlich ausgeschieden wird. Vielmehr erlöschen alle Kredite, auch bei begonnenen Arbeiten, mit 31. Dezember eines jeden Jahres und

müssen für das anschliessende Verwaltungsjahr neu bewilligt werden. Der nicht verausgabte Kreditrest gilt als verfallen und Ersparnis. Dies bringt in die Gebarung eine gewisse Unklarheit.

Für 1925 beträgt der Abgang 983.517 Millionen Kronen, davon entfallen, auf die Investitionen der städtischen Unternehmungen 402.480 Millionen Kronen. Im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Oktober 1924 haben die städtischen Unternehmungen diesen Bedarf durch fallweise in Anspruch zunehmende Bankkredite zu bedecken. Der verbleibende Rest von 581.037 Millionen Kronen wird auf die Kassabestände verwiesen.

Deren Vorhandensein bietet die erwünschte Möglichkeit, von jedweder Steuerhöhung abzusehen und die in den letzten Monaten beschlossenen Erleichterungen auf dem Gebiet der Fürsorgeabgabe und Wohnbaustauer aufrecht erhalten zu können und nicht widerrufen zu müssen.

Eine Teilung der Gebarung in ordentliche und ausserordentliche erfolgt bei der Gemeinde in den letzten Jahren nicht mehr und es hat sich auch der Bund jetzt zu dieser Art der Budgetaufstellung entschlossen. Die in einem Ausweis zusammengefassten bedeutenderen baulichen Herstellungen und Inventarvermehrungen stellen aber im wesentlichen die frühere ausserordentliche Gebarung dar. Sie sind die Auslese jener Arbeiten, die auch bei strenger Auffassung im Frieden auf langfristige Anleihen verwiesen worden sind. Der Gesamtbetrag macht 1.539.564 Millionen Kronen aus. Diese gewaltige Summe von mehr als anderthalb Billionen Kronen soll also in Bauten aller Art, in Maschinen, veranlagt werden. Damit ist die Gewähr geboten, dass auch im Jahre 1925 von der Gemeinde jene starken Impulse zur Belebung unserer Wirtschaft, zur Förderung des Gewerbes, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgehen werden, die es im heurigen Jahre bewirkten, dass in einer Reihe von Berufen, vor allem jenen, die einen Zusammenhang mit dem Bauwesen haben, es Arbeitslose überhaupt nicht gegeben hat. In manchen Branchen haben volle hundert Prozent der vorhandenen Arbeiter die ganze Saison über Beschäftigung gefunden. Der Aufwand für die Investitionen von 1539 Milliarden Kronen ist wesentlich höher als der Gebarungsabgang von 983 Milliarden Kronen. Daraus geht hervor, dass die reguläre Gebarung der Gemeinde, wie dies schon seit 1. Juli 1921 ununterbrochen der Fall war, auch diesmal aktiv abschliesst. Das Passivum wird nur durch die allerdings ganz unerlässliche grosse Investitionstätigkeit der Gemeinde hervorgerufen. Wenn dies auch vom Standpunkt der Beurteilung des Budgets Beruhigung bietet, so stellt es doch in finanzieller Beziehung eine ganz ausserordentliche Kraftanspannung dar. Diese ist eigentlich noch grösser, als aus diesen Zahlen ersichtlich, weil die Gemeinde auch für den Geldbedarf der Wasserkraftbauten allein aufzukommen hat. Die hierfür noch erforderliche Summe von rund hundert Milliarden Kronen ist im Budget nicht inbegriffen, da die WAG formell eine selbständige Aktiengesellschaft ist. In Wirklichkeit ist die Herbeischaffung der notwendigen Gelder, so wie bisher, auch künftig lediglich Sorge der Gemeindeverwaltung. Aus der Gegenüberstellung von Investitionen und Defizit ergibt sich aber weiterhin, dass eine Herabminderung der Ausgaben nur in dem Mass in Betracht gezogen werden kann, als man sich entschliesst, die Investitionen zu kürzen. Alle

übrigen Gemeindeausgaben, wie etwa das ganze Fürsorgewesen, der Betrieb der Schulen oder der Feuerwehr, die Strassenpflege, Kehrichtabfuhr, die Instandhaltung der Kanäle und Strassen sowie die sonstigen Zweige der Hoheitsverwaltung sind mit ihrem Aufwande zwingender Natur. Durch unausgesetzte Sparsamkeit kann bei diesen Posten eine gewisse Herabdrückung erfolgen. Dies geschieht seit Jahren in mühseligster Kleinarbeit, doch wird der Erfolg leider immer wieder durch die mit der Fortschreitenden Teuerung verbundenen Mehrauslagen unwirksam gemacht.

Mit den 1.539 Milliarden für Investitionen sind aber die Summe dieser Industrie und dem Gewerbe zufließen werden keineswegs erschöpft. Es sind beispielsweise darin die Ausgaben für die Strassenpflasterung mit über 128 Milliarden nicht inbegriffen, weil es sich nicht um Aufwendungen handelt, denen der Charakter einer wirklichen Investition zugebilligt wurde. Das gleiche gilt, um noch eine weitere namhafte Post dieser Art hervorzuheben, für das diesmal in einen eigenen Ausweis übersichtlich zusammengestellte Kostenerfordernisse für die laufende Gebäudeerhaltung. Es handelt sich dabei um 80 Milliarden Kronen.

In sehr starker Weise wird der Voranschlag 1925 durch die Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern und Gemeinden beeinflusst. Zum ersten Male seit Jahren fehlt im Voranschlag die Post „Beitrag des Bundes zum Personalaufwande der Gemeinde Wien“. Heuer waren

161.551 Millionen und weitere 8.443 Millionen Kronen als Beitrag für die Pensionisten des ehemaligen Landes Niederösterreich eingesetzt. Die tatsächlichen Zahlungen des Bundes im Laufe des Jahres 1924 waren im Zusammenhang mit erfolgten Regulierungen noch höher. Hier ergibt sich also ein kassamässiger Ausfall von rund 200 Milliarden Kronen. Die Aenderung des Abgabenteilungsgesetzes, sowie die Ermässigung der besonderen und allgemeinen Erwerbsteuer haben ferner nicht nur die seit dem Dezember 1923 bei den gemeinsamen Bundesabgaben wirklich erzielten Mehreinnahmen für Wien zum Verschwinden gebracht, sondern es ergibt sich noch ein sehr bedeutender absoluter Entgang. Die Ertragsanteile, die auf Grund der amtlichen Angaben des Finanzministeriums für 1924 mit 769 Milliarden eingesetzt werden konnten, betragen für 1925 bloss

709 Milliarden. Wien hat als Land und Gemeinde auf seine alten Zuschlagsrechte zur allgemeinen und besonderen Erwerbsteuer sowie zu den Getränkesteuern verzichtet. Es hat die Verzehrungssteuer aufgehoben, die, von allen sonstigen Bedenken gegen diese indirekte Steuer abgesehen, neben der allgemeinen Warenumsatzsteuer ganz unerträglich gewesen wäre. Dafür erhält Wien unter vielen Vorwürfen als Anteil an den gemeinsamen Bundesabgaben einen Betrag, der bedeutend hinter einer Valorisierung dieser Zuschläge zurückbleibt.

Diese Zuschläge haben für das letzte Friedensjahr 1913, das infolge der Balkanwirren und der allgemeinen wirtschaftlichen Depression ein besonders ungünstiges gewesen ist, den Ertrag von fast 55 Millionen Goldkronen geliefert. Das entspricht 790 Milliarden Papierkronen! Wien musste aber überdies die noch lange vor Einführung der allgemeinen Warenumsatzsteuer geschaffene Luxuswarenabgabe dem Bunde abtreten und hat damit auf weitere viele Dutzende Milliarden verzichtet. Während 1924 noch fast ein volles Drittel des Gesamterfordernisses durch die Personalzuschüsse und die Abgabenteile seine Bedeckung fand, ist dies im kommenden Jahre mit weniger als einem Sechstel der Fall. Wien wäre zweifellos viel besser daran, wenn es noch die alten Zuschlagsrechte besitzen und vor allem die Luxuswarenabgabe einheben würde. Heute haben an diesen ^{Wiener}Steuereingängen gleichmässig alle übrigen Bundesländer teil, während in Wirklichkeit es doch nur Wien ist, aus dem der grösste Teil dieser Abgabe geholt wird. Die Verwendung für die besonderen Zwecke der Grossstadt, für jene Bedürfnisse, die es in Tirol und Vorarlberg gar nicht gibt, würde es dann ermöglichen, die eigent-

lichen Gemeindeabgaben herabzusetzen. Jedenfalls kann unter diesen Verhältnissen berechtigter Weise von Wien keine neue, die Einnahmen noch weiter kürzende Abgabenänderung verlangt werden. Letztenendes müsste dies doch nur eine Schwämmerung der Investitionen oder neue Belastungen der Wiener Steuerträger zur Folge haben.

Die Gemeindeabgaben einschliesslich der Zuschläge zu den Immobiliargebühren und den Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten sind mit 1.459.670 Millionen Kronen eingesetzt. Für 1924 waren 892.239 Millionen Kronen veranschlagt. Dem neuen Präliminare liegt ohne alle Reserven der Gesamtertrag des heurigen Verwaltungsjahres zugrunde. Jene ungünstige Gestaltung, die insbesondere im zweiten Halbjahr 1924 sich allgemein geltend gemacht hat, wurde durch gar keinen Abschlag berücksichtigt. Die Gemeindeverwaltung hofft, dass gerade mit Hilfe ihrer grosszügigen Investitionen diese Krise überwunden werden und keinen besonderen Ausdrück in den Steuereingängen finden wird. Allerdings ergibt sich daraus auch, dass für neuerliche Steuerbegünstigungen in diesem so angespannten Voranschlag kein Raum mehr gelassen ist. Jede Schwämmerung in dieser Beziehung müsste ganz unmittelbar zu Streichungen bei den Ausgaben führen.

Die einzelnen Gemeindeabgaben sind mit folgenden Ertragsziffern in Millionen Kronen in Aussicht genommen, wobei die in der Klammer beigefügte Summe, die für 1924 veranschlagt gewesenem Betrag darstellt.

Grundsteuer.....	5.600	(4.000)
Wohnbausteuer	326.000	(100.000)
Pfursorgeabgabe	600.000	(450.000)
Lustbarkeitsabgabe	120.000	(70.000)
Nahrungs und Genussmittelabgabe	120.000	(60.000)
Fremdenzimmerabgabe	45.000	(28.000)
Wertzuwachsabgabe	60.000	(20.000)
Plakatabgabe	6.000	(2.500)
Anzeigenabgabe	25.000	(13.500)
Hauspersonalabgabe	28.000	(18.000)
Kraftwagenabgabe	47.000	(57.000)
Pferdesabgabe		()
Hundeabgabe	7.000	(2.700)
Feuerversicherungsabgabe.....	19.000	(10.500)
Feilbietungsabgabe	4.300	(1.500)
Konzessionsabgabe	1.500	(1.000)
Kanzleitaxen	3.600	(9.900)
Wasserkraftabgabe	26.000	(26.000)
Zuschläge zu den Immobiliargebühren	7.100	(6.569)
Zuschläge zu den Rennwetten ...	8.000	(10.500)

Lediglich der erhöhte Ansatz für die Hundeabgabe fusst nicht auf dem Erfolg des Jahres 1924, sondern nützt eine Neuregelung vorweg, deren Entgeltliche Form jedoch noch nicht feststeht. Es sind nicht finanzpolitische Erwägungen, die dabei bestimmend mitwirken. Die Absicht ist, durch eine stärkere Besteuerung der Hunde, auf das eigentlich ganz unerklärlich hohe Anwachsen von 40.000 Hunden im Frieden auf derzeit nahezu 100.000 Hunde aus sanitären Gründen einen hämmenden Einfluss auszuüben.

Ueber die Personalausgaben ^{gibt} ein besonderer Ausweis in allen Einzelheiten Klarheit. Mit Ausschluss aller städtischen Unternehmungen stellt sich der Personalaufwand der Gemeinde Wien für das ^{Verwaltungsjahr 1925 auf} 1291.617 Millionen Kronen. Darunter sind auch 36 Milliarden Kronen enthalten für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse von Niederösterreichischen Landesbeamten und Lehrpersonen für die Wien zur Hälfte aufzukommen hat. Für 1924 war der Personalaufwand mit 910.070 Millionen veranschlagt. Dazu hatte aber der Bund 161.551 Millionen Kronen als Zuschuss zu leisten. Der Mehraufwand an sich beträgt 361 Milliarden Kronen, was einer Steigerung um 42 Prozent gleichkommt. Sieht man den Entgang des Bundesbeitrages ^{in Betracht} so hat die Gemeinde im Jahre 1925 aus eigenen Mitteln eine Mehrleistung von 543 Milliarden Kronen zu vollbringen.

Die Wohnhausbauten sind es, ^{denen} im Jahre 1925 die Hauptanstrengung der Gemeinde gelten wird. Für Wohnhaus- und Siedlungsbauten sollen 911 Milliarden Kronen aufgewendet werden. Aus der Wohnbausteuer fließen davon bloß 300 Milliarden zu. Von dem Bruttoertrage der Wohnbausteuer im Ausmasse von 326 Milliarden Kronen gehen nämlich die Verzinsung und Tilgung für die im Umlauf befindlichen Wohnbauanleihen mit 11.620 Millionen Kronen ab. Die Summe von 14.380 Millionen Kronen muss den Hauseigentümern als Entschädigung für die Einhebung der Wohnbausteuer gezahlt werden. Auf Grund der Wohnbausteuer könnte also nur eine um zwei Drittel kleinere Wohnbautätigkeit entfaltet werden. Die übrigen 611 Milliarden über die Zwecksteuer hinaus, stellt die Gemeinde aus den sonstigen Einkünften bei. So finden die Lustbarkeits-, die Nahrungs und Genussmittel-, die Fremdenzimmer-, die Wertzuwachsabgabe und eine Reihe anderer Gemeindesteuern ihre nützliche Verwendung. Der vom Gemeinderat im Jahre 1923 gefasste Beschluss auf Errichtung von 25.000 Wohnungen sieht deren Fertigstellung im Verlaufe von fünf Jahren vor. Das Streben der Gemeindeverwaltung geht dahin, dies nicht in gleichmässigen Jahresraten von 5.000 Wohnungen zu vollbringen, sondern im Hinblick auf Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit das Tempo ausserordentlich zu beschleunigen. Deshalb wurde für 1924 die in Angriffnahme von 9.000 Wohnungen, für 1925 sogar die von 10.000 Wohnungen veranschlagt. Dieser ganz ausserordentlichen Leistung gegenüber treten naturgemäss alle sonstigen Investitionen etwas in den Hintergrund.

Dessenungeachtet sind in der so wichtigen Gruppe der Wohlfahrts-einrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen neuerliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Bruttoausgaben für diesen Verwaltungszweig betragen unter Zusammenziehung der in anderen Gruppen verrechneten Positionen 686 Milliarden Kronen. Davon entfallen 35 Milliarden Kronen auf Investitionen und 600 Milliarden Kronen auf den eigentlichen Betrieb. Für 1924 war der Gesamtaufwand mit 545 Milliarden Kronen veranschlagt. Darunter 61 Milliarden an Investitionen, so dass für den Betrieb 484 Milliarden Kronen verblieben sind. Es ergibt sich also eine Steigerung bei den Betriebsausgaben um 116 Milliarden Kronen. Als neuer Zweig der Betätigung erscheinen mit einem Aufwand von 114 Millionen Kronen die Lehrlingsheime der Stadt Wien. Das eine in der Kinderübernahmestelle in der das andere in ^{einzigem Hofwaschhaus in der Franzensbrückenstrasse} Siebenbrunnengasse, an dessen Einrichtung für den geänderten Zweck die Arbeiten im vollen Gange begriffen sind. Die Gemeinde hat ferner, wie bisher von einem Privatverein betriebene Frauengewerbeschule in der Margaretenstrasse 152 vor dem Untergang gerettet und ihrem Apparate eingefügt. Ebenso bedeutet es eine längst notwendig gewesene Ergänzung des Spitalbetriebes, dass künftighin die Krankenpflegerinnen in einer

eigenen städtischen Schule herangebildet werden. Die Ausgaben hierfür betragen 686 Millionen Kronen.

Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose, dem die besondere Aufmerksamkeit der Gemeinde gilt, sind neue Fortschritte zu verzeichnen. In der Waldschule Alland hat sich die Gemeinde dreissig Plätze gesichert. Die Erholungsstätte für Leichtlungenkranke auf der Kreuzwiese wird durch den Bau einer neuen Schlafbaracke erweitert, was die Aufnahme von weiteren vierzig Kranken ermöglicht. So wird schon jetzt planmässig für den nicht mehr fernen Zeitpunkt vorgesorgt, in dem die Bräcken der Lungenheilstätte Spinnerin am Kreuz trotz aller Erhaltungsarbeiten den Dienst versagen werden. Es kommt ferner eine zehnte Tuberkulosenfürsorge-stelle zur Errichtung, es werden zwei neue Mutterberatungsstellen geschaffen, was vierhundert Millionen Kronen kostet. Fünf Horte werden in Wohnhausbauten untergebracht, was Kosten von einer Milliarde verursacht. In den Wohnhausbauten wurden mit einem Aufwand von 1500 Millionen Kronen fünf Kindergärten eingebaut. In der Woltergasse in Floridsdorf wird ein neues Versorgungshaus gebaut. Als erste Rate sind zehn Milliarden Kronen sichergestellt. Das von der Gemeinde heuer übernommene Entbindungsheim Brigittaspital, das erste städtische Entbindungsheim überhaupt, wird bedeutend erweitert. Die erste Bau-rate macht zehn Milliarden Kronen aus.

In der Gruppe für technische Angelegenheiten sind 34 Milliarden Kronen für die weitere Ausgestaltung des Colonis- Kehrricht-abfuhrsystems veranschlagt. Damit werden dann 300.000 Wohnungen, also mehr als die Hälfte, diese grosse Verbesserung geniessen, die sich voll bewährt. Das Volksbad im X. Bezirk, das im Frühjahr 1926 der Benützung übergeben werden soll, erfordert als dritte Bau-rate 33 1/2 Milliarden. Der Umbau der Brigittabrücke als zweite Bau-rate 29 Milliarden Kronen. Für die Erweiterung der Wasserleitungsanlagen und die Erzielung einer besseren Wasserversorgung im III., XI.

und XIII. Bezirke sind rund 40 Milliarden Kronen in Aussicht genommen. Ein interessantes Experiment soll durch die Anschaffung von zwei Schneeschmelzmaschinen erfolgen, wie sie in Finnland erfolgreich verwendet werden. Die Aktion der Abfallsammelkörbe wird durch die Anbringung von weiteren 2.000 Stück fortgesetzt. 129 neue Strassen in allen Bezirken Wiens erhalten die elektrische Beleuchtung. Als interessante Einzelheit sei erwähnt, dass 1925 zur erstenmale bei der Strassenbeleuchtung das Petroleum nicht mehr vor kommt. Dieser letzte Rest des Dorfes - der so gar nicht mehr in die Grosstadt ^{passte}, wurde zum Verschwinden gebracht.

Bei den Märkten und Schlachthöfen gelangt eine lang geregte Wunsch zur Erfüllung. Im Schlachthofe St. Marx wird eine Freibank errichtet, die es gestattet wird, noch genussfähiges, aber leicht dem Verderber ausgesetztes Fleisch zu sehr billigen Preisen dem Verkaufer zuzuführen. Im XXI. ^{Pitkagasse} Bezirk wird in Verbindung mit einem grossen Wohnbau eine wirklich moderne Marktanlage geschaffen (3.000.000.000) 1.330 Millionen Kronen kommen zur Verwendung für eine Ferkelmarkt in Gross Jedlersdorf. Es soll den Interessenten erspart werden, die Märkte in St. Pölten und Tulln aufsuchen zu müssen.

Die Feuerwehr erhält an Stelle der Filialwachen im Prater und am Karmelit erplatz eine neue Hauptwache, II, Lassallestrasse. Der Tierrettungsdienst wird automobilisiert. Die drahtlose Telegrafie und Telefonie wird 1925 in den Dienst der Feuerwehr gestellt werden. Dies wird es ermöglichen sich auf denkbar rascheste Weise mit dem Brandplatze und auch den irgendwo

auf der Fahrt befindlichen Feuerautomobile zu verständigen und die zweckdienlichen Verfügungen ohne Zeitverlust zu treffen.

Im neuen Budget ist der gesamte Aufwand für das Schulwesen der Stadt Wien betriebsmässig zusammengefasst. Das Erfordernis beziffert sich auf rund 584 Milliarden Kronen. Darunter sind die Kosten der Schülerausbildungen mit 18 Milliarden Kronen.

Die städtischen Unternehmungen erscheinen im Haushalte der Gemeinde nur insoferne, als das Brauhaus 1500 Millionen Kronen, die Ankündigungsunternehmung 1200 Millionen Kronen als Reingewinne abliefern. Hingegen verbleiben die Ueberschüsse des Gaswerkes (eine Milliarde) (drei Milliarden) des Elektrizitätswerkes beim Betrieb und dienen künftigen Bedürfnissen und Verbilligungen. Das gleiche gilt für die übrigen nur sehr bescheidenen Ueberschüsse vom Lagerhaus und Leichenbestattung. Hingegen weist die Strassenbahn trotz der Tarifierhöhung die sehr spät und eigentlich zu knapp bemässen erfolgte ein Defizit von fast 12 Milliarden auf. Es wird auf neue Rechnung vorgetragen werden. Das Bemühen der Gemeindeverwaltung geht dahin, durch Sparmassnahmen aller Art und durch eine sich hoffentlich ergebende weitere Steigung der Frequenz diesen Fehlbetrag hereinzubringen.

Das ist in grossen Umrissen das Bild der Gemeindebegegarung im nächsten Verwaltungsjahr. Auf eine Reihe von interessanten Einzelheiten soll noch zurückgekommen werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 9. Dezember

.....
Der goldene Sonntag. Der Magistrat hat für Sonntag, den 21. Dezember (den „goldenen Sonntag“) ausnahmsweise die Verkaufsstunden für den Handel mit anderen Waren als Lebensmitteln von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt. Für den Lebensmittelhandel bleiben die Verkaufsstunden von 7 bis 11 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags in Kraft. Die für die Sonntage, den 14. und den 28. Dezember d.J. begehrten Ausnahmen konnten nicht getroffen werden.

.....
Parteienverkehr in der Magistrats- Abteilung 5 (Wohnbausteuer). Infolge der Ueberlastung der Mag. Abt. 5 (Wohnbausteuer) durch Arbeiten, die durch die Wohnbausteuernovelle veranlasst sind, findet der Parteienverkehr bei dieser Abteilung ausnahmslos nur in der Zeit von 8 bis 1 Uhr statt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H e n a y

Wien, am Mittwoch, den 10. Dezember 1924.

Gemeinderätin Amalia Pölzer gestorben. Bürgermeister Seitz hat an den Gatten der am Montag verstorbenen Gemeinderätin Amalia Pölzer folgendes Beileidsschreiben gerichtet: Anlässlich des schweren Verlustes, den Sie durch das jähe Hinscheiden Ihrer geschätzten Gattin erlitten haben, bitte ich, den Ausdruck meiner herzlichen und aufrichtigen Anteilnahme zu empfangen. Die Stadt Wien wird der Verstorbenen, die als Gemeinderätin beispielgebend und verdienstvoll gewirkt hat, ein ehrendes Andenken bewahren.

Am Donnerstag um 2 Uhr nachmittags findet in kleinen Saal des Arbeiterheims Favoriten - von diesem Bezirk wurde die Verblichene in den Gemeinderat entsendet - eine Trauerfeier statt. Für die Mitglieder des Gemeinderates dient die Gemeinderatslegitimation als Ausweis. Nach der Trauerfeier wird die Leiche im Zentralfriedhof beigesetzt.

Das Rathaus versendet eine Parte mit folgendem Text:

Der Bürgermeister und der Gemeinderat der Stadt Wien geben hiemit/^{die}
tiefbetäubende Nachricht von dem Ableben der Frau Amalie Pölzer,
Gemeinderätin der Stadt Wien, die am 8. Dezember 1924 um $\frac{1}{2}$ 12 Uhr
mittags im 53. Lebensjahr verschieden ist.

Das Leichenbegängnis findet am Donnerstag, den 11. Dezember 1924
um 2 Uhr nachmittags vom Arbeiterheim: X, Laxenburgerstrasse Nr. 8,
aus statt, die Beerdigung erfolgt auf dem Zentralfriedhofe.

Keine Durchfahrt durch die Kollergasse! Das Haus in der Kollergasse 11 ist
baufällig und muss instandgesetzt werden. Solange diese Arbeiten nicht been-
det sind, hat der Magistrat verfügt, dass die Durchfahrt durch die
Kollergasse zwischen der Hetz- und Kegelgasse für Schwerfuhrwerk und Lastkraft-
wagen nicht gestattet ist. Andere Fuhrwerke haben diesen Teil der Kollergasse
langsam zu befahren.

Ablenkung des Bahnhofrandverkehrs. Wegen vorbereitender Arbeiten
für die Verschiebung der Brigittabrücke wird in der Nacht von
Donnerstag auf Freitag und vom Freitag auf Samstag der Nachtrund-
verkehr der städtischen Strassenbahnen über die Taborstrasse- Obere
Untere Augartenstrasse- Schottenring- Porzellangasse und Lichten-
werderplatz zum Gürtel abgelenkt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 11. Dezember 1924.

Der Ertrag der städtischen Abgaben.

Vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1924.

In Gemeinderatsausschuss für Finanzen wurde heute mit der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1925 begonnen. Die Verhandlungen wurden von dem städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner eingeleitet, der eine genaue Übersicht über die Steuereinnahmen in den ersten zehn Monaten des Jahres 1924 vorlegte. Die Gemeinde Wien hebt einundzwanzig Gemeindeabgaben ein. Aus der folgenden Darstellung ist zu ersehen, mit welchem Ertrag die Steuern im Jahre 1924 in den Voranschlag eingesetzt worden sind, wieviel in den ersten zehn Monaten des Jahres 1924 eingehoben wurde und wie hoch die Abgabe für das Jahr 1925 veranschlagt ist.

Bezeichnung der Abgabe	Voranschlag 1924	Ertrag vom 1.-Jänner bis 31. Okt. 1924	Voranschlag 1925
	Millionen	Kronen	
1. Grundsteuer	4000	5500	5600
2. Wohnbausteuer	100000	105700	326000
3. Fürsorgeabgabe	450000	532000	600000
4. Lustbarkeitsabgabe	70000	110000	120000
5. Nahrungs- und Genussmittelabg.	60000	101000	120000
6. Fremdenzimmerabgabe	28000	50100	45000
7. Wertzuwachsabgabe	20000	67000	60000
8. Ankündigungsabgabe	2500	5700	6000
9. Anzeigenabgabe	13500	21000	25000
10. Hauspersonalabgabe	18000	28000	28000
11. Kraftwagenabgabe	57000	39000	47000
12. Pferdeabgabe	570	509	570
13. Hundeabgabe	2700	3500	7000
14. Feuerwehrbeiträge	10500	16000	19000
15. Feilbietungsabgabe	1500	4200	4300
16. Konzessionsabgabe	1000	1500	1500
17. Kanzlei- u. Augenscheinsteuern	9900	2400	3600
18. Wasserkraftabgabe	26000	22000	26000
19. Zuschlag zum Gebührenäquiv.	131	94	100
20. Zuschlag zu den Immobiliargab.	6438	5234	7000
21. Zuschlag zu den Totalisator- und Buchmacherwetten	10500	7669	8000

Um die verschiedenen Abgabenartwege und Voranschlagszahlen richtig zu verstehen zu können, muss bei den einzelnen Steuern folgendes bemerkt werden:

Bei der Grundsteuer ist die in den Voranschlag für das Jahr 1925 eingesetzte Summe nur deshalb um wenig höher, als der Ertrag in den ersten zehn Monaten des Jahres 1924, weil diese Abgabe in zwei Halbjahreraten in den Monaten März und September zu zahlen ist und daher in diesem Jahre nur kleine Rückstände zufließen. Die Steuer bleibt unverändert.

Die vom Wiener Landtag am 10. Oktober 1924 beschlossene Erhöhung der Wohnbausteuer wurde erst vom 1. November 1924 an, wirksam, kommt also für den Ertrag in den ersten zehn Monaten dieses Jahres nicht in Betracht.

Bei der Fürsorgeabgabe würde sich nach den Ergebnissen der ersten Monate für das volle Jahre 1924 ein Ertrag von 636 Milliarden Kronen ergeben. Davon entfallen rund fünfhundert Milliarden Kronen auf die viereinviertelprozentige Abgabe. Da aber die Abgabe vom 1. November 1924 an, um drei Sechzehntel Prozent ermässigt wurde und durch den sehr starken Abbau im Bankgewerbe ein bedeutender Ausfall eingetreten ist, wurde die Steuer mit 600 Milliarden Kronen für das Jahr 1925 präliminiert.

Bei der Lustbarkeitsabgabe sind die grossen Schwankungen hervorzuheben. So war der Ertrag im August nur 6.2 Milliarden, im September bereits 8.9 Milliarden und im Oktober 12.8 Milliarden Kronen.

Das etwas niedrigere Präliminare bei der Fremdenzimmerabgabe ist darauf zurückzuführen, dass bei den Fremdenpensionen und Sanatorien vom 1. November 1924 an, die Zusatzabgabe herabgesetzt worden ist.

Die Hauspersonalabgabe ist eine Jahresabgabe, die im Jänner einzuzahlen ist, so dass in den zwei letzten Monaten keine nennenswerten Einnahmen erfolgen.

Der erhöhte Ansatz des Ertrages der Kraftwagenabgabe für das Jahr 1925 ist darauf zurückzuführen, dass viele Autobesitzer die durch das neue Gesetz ermöglichte quartalsmäßige Ab- und Anmeldung benützt haben, um den Wagen für die paar Wochen bis zum Ablauf des ersten Quartals 1924 abzumelden und dann für das zweite Quartal neu anzumelden. Dadurch ersparten sie die erhöhte Steuer für die ersten drei Monate. Es kann also für das Jahr 1925 mit einem höheren Ertrag gerechnet werden.

Wie bereits mitgeteilt, wird die Hundeabgabe für das Jahr 1925 erhöht werden. Die Form der neuen Abgabe wird vom Magistrat in den nächsten Tagen dem Finanzausschuss vorgelegt.

Die Konzessionsabgabe ist abgesehen von den Uebertragungsfällen, zu Beginn des Jahres zu entrichten. Daher ist in den Monaten November und Dezember kein besonderer Ertrag zu erwarten und es wurde diese Steuer mit der gleichen Ertragszahl, die in den ersten zehn Monaten 1924 erzielt wurde, für das Jahr 1925 eingesetzt.

Die Wasserkraftabgabe hat mit der eigentlichen Gebarung der Gemeinde nichts zu tun, da ihr Ertrag der „WAG“ zugeführt wird. Im Voranschlag ist diese Abgabe nur eine durchlaufende Post.

Der Finanzreferent begründete in längerer Rede die einzelnen Abschnitte des Voranschlages, worauf Stadtrat Kumschak antwortete, der sich vor allem mit der Wohnbaupolitik der Gemeinde beschäftigte, die er als verfehlt und ungeeignet zur Lösung der Wohnungsmot bezeichnete. Ihm erwiderte Stadtrat Breitner, worauf die Gemeindebatte geschlossen wurde.

Die Verhandlungen werden am Freitag nachmittag fortgesetzt.

Das Leichenbegängnis der verstorbenen Gemeinderätin Fölzer. Vor der Ueberführung der Leiche der am Montag verstorbenen Gemeinderätin Amalia Fölzer auf den Zentralfriedhof, fand nachmittags um 2 Uhr im kleinen Saal des Arbeiterheimes Favoriten eine Trauerfeier statt. Der Saal war schwarz verkleidet und der Sarg, der die tote Gemeinderätin barg, reich mit Blumen bedeckt. An der Trauerfeier nahmen Bürgermeister Seitz, die Vizebürgermeister Kammerling und Hess, sämtliche amtsführenden Stadträte, die meisten sozialdemokratischen und viele christlichsoziale Gemeinderäte, sowie die leitenden Beamten der Gemeindeverwaltung teil. Nach einem Bläserchoral und einem Abschiedslied des Frauenchors Favoriten, würdigte Bürgermeister Seitz in einer Trauerrede die grossen Verdienste und den lautereren Charakter der Verstorbenen, die vor allem auf dem Gebiet der Humanität hervorragend gewirkt hat. Für die sozialdemokratischen Frauen nahmen Nationalrätin Popp und Bezirksrätin Schorsch in tief zu Herzen gehenden Worten von der Dahingegangenen Abschied. Mit einem Trauerchoral wurde die ergreifende Feier beendet. Auf dem Zentralfriedhof wurde die Verstorbene in der Familiengruft beigesetzt. Auch dort hatten sich viele Trauernde versammelt. Am offenen Grab hielt Bezirksvorsteher Sigl eine schlichte Abschiedsrede, worauf die Arbeiterlieder der Verbliebenen den letzten Gruss entboten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H e n a y

Wien, am Freitag, den 12. Dezember 1924

Die Realschule in der Waltergasse. In der Gemeinderatsdebatte über den Rechnungsabschluss war auf die schweren ^{Bauschäden} Gebrechen an dem Hause der Bundesrealschule in der Waltergasse hingewiesen worden. Der amtsführende Stadtrat Breitner erwiderte, dass bezüglich der Erhaltung und Renovierung dieser Schule noch aus der Zeit vor dem Kriege Verträge zwischen Staat und Gemeinde bestehen, die aber schon auf Grund eines Beschlusses der Nationalversammlung einer Revision bedürfen. Trotz eifrig geführter Korrespondenz mit der früheren Bundesregierung sei es nicht möglich gewesen, zu einem neuen Verträge zu gelangen und die Anteile von Bund und Gemeinde an den notwendig gewordenen Reparaturen des Hauses der Realschule festzusetzen. Um dem unleidlichen Zustand dieser Schule, der für Schüler und Lehrer eine wahre Gefahr bedeutet, rasche Ende zu machen, hat nunmehr Bürgermeister Seitz auf Grund des § 96 der Verfassung verfügt, dass die größten Bauschäden des Gebäudes in der Waltergasse, in dem die Realschule untergebracht ist, durch das Stadthausamt behoben werden. Das Kostenerfordernis hierfür beträgt 60 Millionen Kronen.

820 neue Wohnungen in Wien! In der letzten Sitzung des technischen Gemeinderatsausschusses ist abermals ein neuer Wohnhausbau beschlossene und sind die Bauentwürfe von drei Wohnhausbauten der Gemeinde genehmigt worden. Zusammen werden damit für die Wiener Bevölkerung 820 neue Wohnungen geschaffen, die einen Kostenaufwand von 101,31 Milliarden Kronen erfordern. Der Wohnhausbau, dessen Errichtung neu beschlossen wurde, befindet sich in Fünfhaus, Mattisplatz-Pouthongasse-Hütteldorferstrasse-Costagasse. Die Entwurfsarbeiten wurden an die Architekten Viktor Mittag und Karl Hanschka übertragen. Es werden sich in diesem Hause 202 Wohnungen und mehrere Geschäftslokale befinden. Die Baukosten sind mit 21,6 Milliarden angesetzt. Der erste Wohnhausbau, dessen Pläne nunmehr feststehen, wird vom Architekten Ing. Georg Rupprecht am Neubau, Neustiftgasse 143 errichtet und wird 45 Wohnungen sowie ein Geschäftslokal mit Magazin enthalten. Die Baukosten betragen 5,405 Millionen Kronen. Ferner wurden die von den Architekten Camillo Fritz Discher und Paul Gütl ausgearbeiteten Pläne für einen Wohnhausbau in Favoriten, Hardtmuthgasse-Neilreichgasse-Trostgasse-Herzgasse genehmigt. In diesem Hause werden 453 Wohnungen, 4 Geschäftslokale ein Magazin, ein Kinderhort, eine Lehrwerkstätte und eine Central-Dampfwäscherei Platz haben. Die Baukosten machen 59 Milliarden aus. Schliesslich wurden den Plänen für das Haus in Floridsdorf, Meissnergasse-Andreas Huger-gasse die Zustimmung erteilt. Die Architekten sind Hans Seitzl und Karl Felsenstein, die mit einem Aufwande von 15,3 Milliarden Kronen und drei Geschäftslokale errichten.

Eröffnung des Jugendamtes. Bürgermeister Seitz hat am Sonntag um 11 Uhr vormittags die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse zu der Eröffnung des Bezirksjugendamtes in Floridsdorf geladen. Die Gemeinde hat dieses Jugendamtes modernst ausgestaltet, wobei vor allem zu erwähnen ist, dass für die Tuberkulosenstube und Kinderzahnklinik ein Röntgenzimmer errichtet wurde.

Eröffnung der Wiener Wärmestuben. In Anbetracht der eingetretenen Kälte hat der amtsführende Stadtrat Professor Tandler verfügt, dass Freitag Abends alle fünf Wiener Wärmestuben eröffnet werden. Die Wärmestuben der Gemeinde Wien befinden sich auf der Lanstrasse, Erdbergstrasse, Favoriten, Puchsbaumplatz, Rudolfshaus, Nobilegasse, Ottakring, Seeböckgasse, Brigittenu, Burghardt-gasse.

Neue Postsparkassenkonti im städtischen Steuerdienste. Die Postsparkassenkonti der ehemaligen Steueramtsabteilungen (jetzt Rechnungsabteilungen) der magistratischen Bezirksämter für den I bis XXI. Bezirk und des ehemaligen Centralsteueramtes (jetzt Rechnungsabteilung IIc) im Rathaus mit Konto Nr. 101001-101021 und 9990 werden nunmehr aufgelassen. Die Parteien werden aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse Erlagscheine für die alten Konten nicht mehr zu verwenden, sondern vorhandene Vorräte bei der zuständigen Rechnungsabteilung gegen neue kostenlos auszutauschen. Die Nummern der neuen Konten lauten: Für die Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter für den I. bis XXI. Bezirk: 39395/1 - 39395/21; für die Rechnungsabteilung IIc im Rathaus: 39395/22.

Entfallende Sprechstunde. Am Montag, den 15. Dezember entfällt die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Siegel wegen dienstlicher Verhinderung.

Die Kanlräumungsgebühren im Dezember. Die Kanlräumungsgebühren für den Monat Dezember keine Veränderung gegenüber den Vormonaten und betragen daher das 20 fache des Augustmonatszinses 1914.

Der Zentralviehmarkt St. Marx an der Weihnachts- und Neujahrswche. Nach Anhörung von Vertretern aller Marktparteiengruppen hat der Magistrat verfügt, dass die Märkte auf dem Zentralviehmarkt St. Marx in der Woche vom 22. bis 27. Dezember 1924 und an der Woche vom 29. Dezember 1924 bis 3. Jänner 1925 an folgenden Tagen abgehalten werden: In der Woche vom 22. bis 27. Dezember: Die Rindermärkte am Montag, den 22. und Mittwoch, den 24. Dezember, die Jung- und Stechviehmärkte am Montag, den 22. und Dienstag, den 23. Dezember, die Schweinemärkte am Dienstag, den 23. und Mittwoch, den 24. Dezember. In der Woche vom 29. Dezember 1924 bis 3. Jänner 1925: Die Rindermärkte am Montag, den 29. und Mittwoch, den 31. Dezember, die Jung- und Stechviehmärkte am Montag, den 29. und Dienstag, den 30. Dezember, die Schweinemärkte am Dienstag, den 30. und Mittwoch, den 31. Dezember.

Fachkurs für Grossküchenbetrieb. In der Koch- und Haushaltungsschule der Gemeinde Wien wird ab 1. Jänner 1925 ein Fachkurs für Grossküchenbetriebe abgehalten werden, der auch von Externistinnen nach Massgabe der freien Plätze besucht werden kann. Nähere Auskünfte erteilt die Schulleitung VI, Brückengasse 3, an Wochentagen vormittags.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 12. Dezember 1924. Zweite Ausgabe.

Die Beratung des Haushaltsplanes der Gemeinde. Eine Debatte über den Fremdenverkehr.

Im gemeinderätlichen Finanzausschuss wurden heute nachmittags die gestern begonnenen Beratungen des Voranschlages fortgesetzt. Bei der Verhandlung der Gruppe Finanzwesen knüpfte sich eine ausführliche Erörterung des Problems der Förderung des Wiener Fremdenverkehrs. Stadtrat Kunschak und Gemeinderat Zimmerl verwiesen darauf, dass der Wiener Fremdenverkehr stark nachgelassen habe und darunter nicht nur die Hotels, sondern auch alle Zweige der Fremdenindustrie und des grossen Wiener Vergnügungsapparates schwer leiden. Wenn die Gemeinde nicht, wie dies bereits in deutschen Städten geschehen ist, auf die Fremdenzimmersteuer verzichtet, dann müsste sie doch die Initiative für eine grosszügige Propaganda zur Hebung des Fremdenverkehrs ergreifen. Die einzelnen Körperschaften, die sich mit dem Fremdenverkehr beschäftigen, haben untereinander nicht den entsprechenden Zusammenhang und es wäre Aufgabe der Gemeinde einzugreifen.

Gemeinderat Broczyner (Sozialdemokrat) legte an der Hand einer Reihe von Beispielen dar, wie in der Schweiz von den interessierten Kreisen vorbildlich an der Hebung des Fremdenverkehrs gearbeitet wird. Vor allem haben dort die Bahnverwaltungen längst die grosse Wichtigkeit der Förderung des Fremdenverkehrs erkannt und bieten alles auf, um den ausländischen Gästen entgegenzukommen. In Oesterreich ist aber schon die Erlangung einer Fahrkarte nicht immer leicht. Auch der Zustand unserer Eisenbahnen ist nicht sehr einladend und insbesondere die Klosetts unserer Schnellzüge lassen alles zu wünschen übrig. Gelegentlich einer amtlichen Propaganda, die der Bund in der Form einer Beigabe zu den Pässen unternommen habe, sind nur solche Unternehmungen genannt worden, die ein Inserat bezahlt haben, was dazu führte, dass nur zwei Wiener Theater und nur zwei auch nicht gerade erstklassige Wiener Kaffeehäuser in dieser Beigabe enthalten waren. Dadurch wurde ein vollständig falsches Bild der wirklichen Verhältnisse in Wien gegeben, was besonders erwähnt werden muss, da es sich doch um eine amtliche Fremdenverkehrspropaganda handelte. Schliesslich muss auch auf den Zustand der Bundesstrassen verwiesen werden, die für den Fremden eine Autofahrt zur Qual machen.

Stadtrat Breitner führte aus, dass die Frage der Veranzienung der Fremden schon vor dem Krieg immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Allerdings ist gegenwärtig diese Einnahmepost von weitaus grösserer volkswirtschaftlicher Bedeutung, wie früher und es wären daher die grössten Anstrengungen durchaus gerechtfertigt. Vor dem Zusammenbruch war Wien als Hauptstadt eines grossen Reiches das Ziel jedes Universitätsprofessors, jedes Bezirkshauptmannes und höheren Offiziers, die sich bei ihren vorgesetzten Behörden vorzustellen hatten. Als Sitz aller Ministerien kamen aus dem ganzen Reich viele Bürger um ihre Angelegenheit hier zu ordnen, so dass ein gewisser zwangsmässiger Fremdenverkehr aufzuweisen war. Das ist jetzt weggefallen und Wien ist ausschliesslich auf seine Anziehungskraft angewiesen. Leider muss auch gesagt werden, dass oft die schwersten Schädigungen des Fremdenverkehrs dadurch erfolgen, dass systematisch falsche Gerüchte über Wien im Ausland verbreitet werden und Wien als die teuerste Stadt der Welt bezeichnet wird. Es wurde anlässlich einer Vorsprache von Hoteliers im Rathaus festgestellt, dass ein Zimmer im Waldorf-Astoria Hotel in Newyork täglich 25 Dollar kostet, während in Wien im Hotel Imperial

in Zimmer in einer noch opulenteren Ausstattung zehn Dollars kostet. Durch solche Nachrichten beschmutzt man nur das eigene Nest und vertreibt die Fremden. Der gleiche Effekt wird erzielt, wenn man Wien, wie dies oft geschieht, als die langweiligste Stadt der Welt schildert, während wir eine Ueberfülle an Vergnügungsstätten haben. Die Affäre Hochenegg hat der Stadt merkwürdigen Schaden zugefügt. Wenn ein Professor immer wieder erklärt, dass in Wien die kranken Fremden nicht auf Grund ihrer Krankheit, sondern ihrer Zahlungsfähigkeit behandelt werden, dann wird es sich jeder Fremde überlegen, nach Wien zu kommen und hier ärztliche Behandlung zu suchen. Man erkundige sich bei den Sanatorien, wie sich diese Affäre ausgewirkt hat. Die Propaganda gegen den fremdländischen Studenten an der Wiener Universität ist gleichfalls nicht geeignet den Ruf Wiens zu heben. Die meisten dieser Studenten bleiben geradezu für ihr ganzes Leben mit ihrer Studienstadt verbunden und kommen immer ^{wieder} nach Wien. Die Gemeinde Wien hat durch die Veranstaltung des Musik- und Theaterfestes gezeigt, dass sie gewillt ist, für die Förderung des Fremdenverkehrs auch grosse Summen auszugeben. Wenn vielleicht auch nicht jede einzelne Veranstaltung allen Geschmacksrichtungen entsprechen konnte, so war es doch eine Leistung und man kann leider nicht sagen, dass die Unterstützung allseits die stärkste gewesen wäre. Die Gemeinde hat auch zwei Milliarden Kronen bewilligt, um die Beteiligung des Wiener Kunstgewerbes an der Pariser internationalen Ausstellung im kommenden Jahr zu ermöglichen. Da wird unsere Luxus- und Kunstgewerbeindustrie die erwünschte Gelegenheit haben, vor einem grossen Kreis ihre berühmten Erzeugnisse vorzuführen. Die Gemeinde ist auch durchaus gewillt, sehr bedeutende Beträge für die Hebung des Fremdenverkehrs aufzuwenden, die noch über die 1200 Millionen Kronen, die im Voranschlag eingesetzt sind hinausgehen. Wenn ihr wirklich von ernster und verantwortlicher Seite Vorschläge gemacht werden, die eine nützliche und wirkungsvolle Verwendung der Mittel gewährleisten, so spiele eine Ausgabe von fünf und auch zehn Milliarden Kronen gar keine Rolle, da es sich dabei nur um ausgezeichnete Investitionen handelt. Vielleicht ist die Wiener Messe, die von Anfang an, sich der tatkräftigsten Unterstützung der Stadtverwaltung erfreute, auch eine Institution, die auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs richtungsgebend werden kann. Jetzt noch in den Voranschlag eine Post einzusetzen, ohne die Gewissheit zu haben, dass der Betrag dem gedachten Zweck zugeführt werden kann und vielleicht am Ende des Jahres gerade auf diesem Gebiet Ersparungen festzustellen, ist nicht wünschenswert. An der Mitwirkung der Gemeinde bei allen ernstesten Aktionen zur Förderung des Fremdenverkehrs kann nicht gezweifelt werden. Allerdings denkt niemand an die Schaffung einer eigenen Magistratsabteilung, da die Träger der Propaganda immer die Interessenkreise selbst sein müssen, wie dies in der Schweiz und in Frankreich, wo die Organisation des Fremdenverkehrs vorbildlich durchgeführt ist, immer war.

Es wurden hierauf die Kapitel Finanzwesen, Personalangelegenheiten und Wohlfahrtswesen erledigt. Die Sitzung wird am Samstag nachmittags fortgesetzt.

Wien, Samstag den 13. Dezember 1924.

.....
Die Beratungen des Gemeindehaushalts-Planes. Im städtischen Finanzsausschuss wurde am Samstag abends nach dreitägiger Beratung der Voranschlag für das Jahr 1925 mit den Stimmen der Sozialdemokraten gezeichnet. Am Montag um 10 Uhr vormittags wird sich der Stadtsenat mit der Vorlage beschäftigen. Der Gemeinderat wurde zu den Budgetverhandlungen für Mittwoch, 10 Uhr vormittags einberufen und werden die Beratungen die folgenden Tage fortgesetzt. Die Sitzungen finden von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und ab 4 Uhr nachmittags statt.

.....
Konferenz der Versuchsklassenlehrkräfte Wiens. Montag den 15. Dezember 1924 um 4 Uhr nachmittags findet im Festsaal der Bundeserziehungsanstalt III., Boerhavegasse 15 die diesjährige Versuchsklassenlehrerkonferenz statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung über den in diesem und nächsten Schuljahre durchzuführenden pädagogischen Versuch: „Die Schulklasse - eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft“: a) durch welche erzieherischen und unterrichtlichen Massnahmen wird dies erreicht? b) Welche Beobachtungen und Erfahrungen wurden hierüber - insbesondere bei der Durchführung des geordneten Schülersgesprächs und bei der Arbeitsorganisation als Gruppen- und Gemeinschaftsarbeit gemacht? Durch diesen Versuch sollen alle Möglichkeiten und Grenzen der bewussten Gestaltung der Schulklasse zu einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft gezeigt werden.

.....
Am Mittwoch wird die Brigittabrücke verschoben. Die alte Brigittabrücke soll während der Errichtung der neuen Brücke als Notbrücke dienen, um den kostspieligen Bau einer provisorischen Brücke zu vermeiden. Zu diesem Zwecke muss die 670 Tonnen schwere Brücke etwa zwanzig Meter flussaufwärts verschoben und auf bereits errichtete Joche gestellt werden. Die Verschiebung erfolgt am Mittwoch den 17. Dezember. Hierauf werden die Fahrbahn-, Gehweg- und Geleisanschlüsse hergestellt, die verschobene Brücke wird dann untersucht und erprobt. Alle hierzu erforderlichen Massnahmen sind bis in die Einzelheiten soweit vorbereitet, dass - von unvorhergesehenen Hindernissen und Zufällen abgesehen - die verschobene Brücke dem Gesamtverkehr am Samstag, den 20. Dezember übergeben werden kann. In der Zwischenzeit, also von Dienstag, den 16. Dezember 11 Uhr nachts, bis Samstag, den 20. Dezember halb 6 Uhr früh wird die Brücke für den Strassenbahn- und Fuhrwerksverkehr gesperrt sein. Die gänzliche Unterbrechung des Fussgängerverkehrs wird sich jedoch nur auf die Nachtstunden vom 16. Dezember 11 Uhr bis 17. Dezember 5 Uhr früh beschränken, da am 17. Dezember 5 Uhr früh eine Personenüberführung mittels Motorbooten aufgenommen werden wird. Die unmittelbar unterhalb der Brigittabrücke befindliche Ueberfuhr wird den Verkehr vom rechten zum linken Donaukanalufer und die etwa 100 Meter flussabwärts gelegene Ueberfuhr den Verkehr in der Gegenrichtung bedienen.

Die Strassenbahnzüge 3, 15, 5 werden im Pendelverkehr bis zu den in der Nähe der Brückenköpfe befindlichen Umkehrweichen geführt; Die Strassenbahnschaffner werden in den letzten Umsteigehalten (Franz Josefsbahnhof im IX. Bezirk und Wallen-

steinstrasse im XX. Bezirk) von der Brücke die Fahrgäste auffordern, ihr am anderen Donaukanalufer gelegenes Fahrziel durch Umsteigen zu erreichen; es empfiehlt sich, besonders für Passagiere, die Eile haben, von der Möglichkeit des Umsteigens Gebrauch zu machen, weil der Motorboot-Ueberfuhrbetrieb grossem Andrang nicht gewachsen ist, so dass bei den Booten zeitweise Stauungen eintreten können.

Die Personenüberführung erfolgt unentgeltlich. Die nächst den beiden Brückenköpfen eingerichteten provisorischen Strassenbahn-Endstationen haben den Charakter von Umsteigstellen; es berechtigen also die bereits gelösten Fahrscheine zur Weiterfahrt auf der anderen Seite der Brigittabrücke.

Die städtische Bauleitung ist bemüht, die unvermeidliche Störung des Verkehrs auf das möglichste zu beschränken und erhofft von der Bevölkerung, dass sie die in ähnlichen Fällen wiederholt bekundete Einsicht und Disziplin auch bei diesen, nur kurze Zeit andauernden Verkehrserschwernissen bewahren wird. Es wird vor allem darauf aufmerksam gemacht, dass das Verbot, die für die Dauer der Brückenverschiebung errichteten Schranken und Abfriedungen zu überschreiten, unbedingt eingehalten werden muss; das unbefugte Betreten des Bauplatzes wäre mit Gefahren für den Einzelnen und für die klaglose Durchführung der verantwortungsvollen Arbeiten an der Brücke verbunden.

Rücksichtsloses Drängen zu den Motorbooten wird Verzögerungen zur Folge haben. Wer also rasch befördert werden will, der beachte die den Verkehr zur Ueberfuhrstelle regelnden Vorschriften und befolge die von den Organen der Sicherheitswache gegebenen Weisungen.

.....
Radio im Bad. Die städtische Bäderverwaltung hat eine interessante Neueinrichtung getroffen, um dem wartenden Publikum in den städtischen Bädern Zerstreuung zu bieten. Es wurden vorerst im Theresienbad und im Jörgerbad Radioanlagen mit Lautsprechern in den Warteräumen angebracht. Der grosse Andrang in diesen zwei Bädern zu gewissen Stunden braucht also künftighin das badelustige Publikum nicht abzuschrecken. In den städtischen Bädern bereitet es schon ein Vergnügen auf das Vergnügen eines Bades zu warten.

.....
Das Bezirksjugendamt Floridsdorf. Der Floridsdorfer Neubau, in dem das Bezirksjugendamt, eine Tuberkulosenfürsorgestelle und eine Schulzahnklinik Platz haben, wurde kürzlich fertiggestellt, so dass der Betrieb des Bezirksjugendamtes am 15. Dezember dieses Jahres dortselbst beginnt. Von diesem Tage angefangen werden die bisher vom Bezirksjugendamt Brigittenau besorgten Jugendfürsorge- und Gemeindefürsorgearbeiten des XXI. Bezirkes durch das neu eröffnete Amt fortgeführt. Auch die städtische Mutterberatungsstelle, die sich bisher im Amtshaus XXI. am Spitz befand, eröffnet zu gleicher Zeit den Betrieb im neuen Bezirksjugendamt.

.....
Der Badhaussteg in Hietzing für den Verkehr provisorisch gesperrt. Der im Zuge der Donaukanalstrasse über die Wien führende Badhaussteg im XIII. Bezirk bleibt wegen Neuherstellung des Gehwegbelages vom 15. bis einschliesslich 18. Dezember l. J. für den Verkehr gesperrt.

„Jugend in Not“ . Der Allgemeine Verband für freiwillige Jugendfürsorge in Wien hat ein Jahrbuch herausgegeben, dass in jeder Beziehung den interessantesten Erscheinungen auf diesem Gebiete zugerechnet werden kann. Ueberaus schmuck ausgestattet, mit künstlerischen Illustrationen von Fräulein Elsa Ditmann versehen, bietet das Jahrbuch „Jugend in Not“ eine lückenlose Zusammenstellung all dessen, was die öffentliche und die private Fürsorge in Wien leistet, überdies auch einen wertvollen Führer für Mitarbeiter und solche die derartiger Organisationen bedürfen. Ein Geleitwort von Franz Klein und ein Vorwort des Senatsrates Dr. Rudolf Horneck, des Vorstandes des Jugendamtes der Stadt Wien, ferner

das Protokoll der Tagung des allgemeinen Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge in Wien und schliesslich eine Darstellung des „Wiener vereinigten Fürsorgenachweises“ von Dr. Arthur Glaser leiten das Buch ein. „Jugend in Not“ ist für jeden der soziale Arbeit leisten will unentbehrlich.



Neue Bezirksschulinspektoren. Der Stadtschulrat hat, vorbehaltlich der Genehmigung des Bundesministers für Unterricht eine Anzahl neuer Bezirksschulinspektoren ernannt. Die Bürgerschuldirektorin Dr. Olga Täubler, die bisher die Leitung der Mädchenbürgerschule IX, Währingerstrasse 43 innehatte, wird provisorisch mit der Inspektion der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen für Mädchen im 16. Gemeindebezirke betraut. Dem Bezirksschulinspektor Hans Zwirner wird die Inspektion der öffentlichen und privaten Volks- und Bürgerschulen für Knaben und der Sonderschulen dieses Bezirkes übertragen und es wird ihm die Führung der Amtsgeschäfte des VII. Inspektionsbezirkes belassen. Bezirksschulinspektor Edgar Weyrich wird mit der Führung der Amtsgeschäfte des neugebildeten III. Inspektionsbezirkes (3., 4. und 11. Gemeindebezirke) und mit der Inspektion der öffentlichen und privaten Volks- und Bürgerschulen für Knaben dieses Inspektionsbezirkes betraut. Dem Bezirksschulinspektor Theodor Steyskal wird unter Erhebung von seiner Inspektions-tätigkeit im 16. Gemeindebezirke die Inspektion der öffentlichen und privaten Knabenvolksschulen, mit der unter gemeinsamer Leitung stehenden Knaben- und Mädchenvolksschulen und der Sonderschulen des III. Inspektionsbezirkes übertragen; ihm verbleibt auch die Inspektion der Versuchsklassen an Volksschulen im Wiener Schulbezirke. Mit der Führung der Amtsgeschäfte des geänderten X. Inspektionsbezirkes (10. Gemeindebezirk) und der Inspektion sämtlicher öffentlichen und privaten Volks-, Bürger- und Sonderschulen dieses Bezirkes wird der Bezirksschulinspektor Karl Höttl betraut. Die Führung der Amtsgeschäfte und die Inspektion sämtlicher öffentlichen und privaten Volks-, Bürger- und Sonderschulen des IX. Inspektionsbezirkes (18. und 19. Gemeindebezirk) wird unter Erhebung von seiner Dienstleitung im VIII. Inspektionsbezirk dem Bezirksschulinspektor Karl Wolf übertragen. Regierungsrat Dr. Gustav Baumgartner, Bezirksschulinspektor des Schulbezirkes Tulln, wird an Stelle des Bezirksschulinspektors Karl Wolf mit der Führung der Amtsgeschäfte und mit der Inspektion sämtlicher öffentlichen und privaten Volks-, Bürger- und Sonderschulen des VIII. Inspektionsbezirkes (8. und 17. Gemeindebezirke) betraut.



RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 13. Dezember 1924

II. Ausgabe

Annahme des Hauptvoranschlages im Finanzausschusse. Der Finanzausschuss hat heute spät abends die Beratung des Budgets beendet. Es wurden die Gruppe „Technische Angelegenheiten“, „Wirtschafts- und Ernährungsangelegenheiten“, in welche Gruppe die Ausgaben für das Schulwesen zusammengefasst sind, die Gruppe „Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten“ einschliesslich der Feuerwehr und endlich die Gruppe der städtischen Unternehmungen behandelt. Zu einer Reihe von Posten sprachen Stadtrat Kunschak, sowie die Gemeinderäte Zimmerl, Angermayer, Binder und Uebelhör. Zu einer eingehenden Erörterung kam es bei der Post „Wahlangelegenheiten“, die sich darauf bezieht, dass die Richtigstellung der Wählerlisten mit dem erheblichen Aufwande von 2600 Millionen Kronen alljährlich erfolgt. G.R. Zimmerl sprach den Wunsch aus, dass die Vervollständigung der Wählerlisten in stärkerem Masse als bisher durch die amtliche Tätigkeit als solche durchgeführt werden solle und dass man sich nicht so sehr wie dies in den letzten Jahren der Fall war, auf die Mitwirkung der einzelnen Wähler verlassen solle, deren zufälliger Abwesenheit oder Nichtbeibringung aller Dokumente es manchmal geschah, dass wahlberechtigte Personen in den Wählerlisten fehlen. Bürgermeister Seitz führte aus, dass er durchaus in dieser Auffassung mit G. R. Zimmerl übereinstimme. Seine Partei sei aber mit entsprechenden Anträgen seinerzeit im Nationalrat unterlegen. Diese Angelegenheit wurde von der christlich-sozialen Mehrheit offenbar vom Standpunkt des Dorfes aus behandelt, wo man jedem einzelnen zumuten kann, dass er sich um die Aufnahme in die Wählerlisten persönlich kümmere. Eine grosse Stadt hat aber ganz andere Verhältnisse und hier wäre es besser, die se Pflicht der Gemeindeverwaltung aufzuerlegen. Wenn die Christlich-Sozialen ihre Anschauung in diesem Punkte geändert haben, so wäre es, da die Sozial-Demokraten bei ihrer Auffassung verblieben sind, durchaus möglich, eine zweckentsprechende Aenderung des für Wien und die grossen Städte zweckwidrigen Gesetzes herbeizuführen.

Im Zusammenhang mit der Budgetpost „Veröffentlichungen der Gemeinde“ kam G.R. Zimmerl auch auf die freitägige Debatte über die Förderung des Fremdenverkehrs zurück und verwies darauf, dass neben allen anderen Gründen gewiss auch die ungünstige Einwirkung der Tatsache beachtet werden müsse, dass hier in grösserem Ausmasse als in anderen Ländern Streiks von öffentlichen Angestellten zu verzeichnen sind. So habe der letzte Eisenbahnerstreik nach allen Berichten zu vielfachen Abreisen von Fremden geführt, auch das Eingreifen der Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke während des Streiks der Metallarbeiter sei eine schwere Schädigung des Fremdenverkehrs gewesen. Es sollte hier eingewirkt werden, um diese ungünstigen Einflüsse hintanzuhalten.

Zum Schlusse wurde das gesammte Budget einschliesslich Bilanz und Bedeckung mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Montag Vormittag beginnt die Beratung im Stadtsenat.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, Montag, den 15. Dezember 1924

Die Eröffnung des Bezirksjugendamtes Floridsdorf. Sonntag Vormittag fand die feierliche Eröffnung des neugebauten Bezirksjugendamtes in Floridsdorf durch den Bürgermeister statt. Es hatten sich Vizebürgermeister Hoss, die Stadträte Breitner, Kokrda, Siegel, Tandler und Weber, die Präsidenten Eldersch und Glöckel sowie viele Gemeinderäte, Nationalräte, Funktionäre des Bezirkes und ein zahlreiches Publikum zu dieser Feierlichkeit eingefunden. Das schöne Haus, das eher einer Villa als einem Amtsgebäude gleichsieht, war mit Fahnen und Guirlanden geschmückt. In dem Garten vor dem Bezirksjugendamt begrüßte Stadtrat Professor Tandler den Bürgermeister und die erschienenen Gäste und führte dann aus:
„Nicht die Grösse des Hauses ist die Urdache dieser besonderen Feier, sondern die Tatsache, dass hier zum erstenmal in Wien ein selbstständiges Jugendamt errichtet wurde. Wir wünschen und wollen, dass die Bevölkerung Wiens neben den Steuerämtern, neben den Gebäuden, in denen sich die Polizei und ähnliche Institutionen befinden, nun einmal vor Augen geführt erhalte, dass die Jugendpflege ihr eigenes Heim, ihren eigenen Palast hat und darum ist der Augenblick, in dem wir dieser Haus der Jugend übergeben, historisch. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Menschheitsgeschichte, manchmal, man könnte fast sagen, Witze zu machen und so ist es eine der merkwürdigsten und vielleicht geistreichsten Angelegenheiten der Menschheitsgeschichte, dass hier, an der Stelle, eines Friedhofes, an jener Stelle, an der man das Vergangene versenkte, neues Leben erblüht und wir hier das erste Jugendamt Wiens errichten!“

Bezirksvorsteher Brtschnsider sprach im Namen der Bevölkerung von Floridsdorf dem Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung sowie allen Mitarbeitern an dem schönen Werke den Dank aus und erinnerte an die Zeit, da die Mütter dieses Bezirkes ihr Jugendamt im 20. Bezirke hatten und jeden Weg dahin teuer mit Ziet- und Arbeitsverlust und materiellen Auslagen bezahlen mussten. Die Bevölkerung Floridsdorf sei sich der grossen Woltat bewusst, die ihr durch die Errichtung dieses Jugendamtes erwiesen worden sei.

Bürgermeister Seitz dankte vor allem dem Bezirksvorsteher für die herzliche Begrüssung, aus seinen Worten klinge die erfreuliche Tatsache, dass Floridsdorf allmählich doch Wien einverleibt. Es hat nicht wenig Schwierigkeiten gegeben, bis diese Entwicklung vollzogen war. Es war ganz natürlich, dass Floridsdorf bei seinen Aspekten doch immer auf seine Selbstständigkeit bedacht war, es war aber ebenso selbstverständlich, dass die Gemeinde Wien sich dieses Industrieemporium sichern wollte, nicht wegen seiner Bedeutung als Steuerquelle, sondern, noch viel mehr, weil es einer der wichtigsten Stützpunkte der industriellen Entwicklung Wiens ist. Allmählich verschwinden jetzt die Gegensätze und ein Band der Solidarität verknüpft immer mehr Wien und Floridsdorf. Das Werk das wir heute eröffnen, soll ein neuer Beweis dafür sein, dass die Gemeindeverwaltung bestrebt ist, jedem Bezirke Wiens das Seine zu geben, vor allem

also einem Proletariarbezirk Anstaltend der Humanität und der Fürsorge. Hier zeigt sich wieder, was Professor Tandler auf dem Gebiete der Fürsorge leistet und sein Hinweis auf den Friedhof entspricht ganz seinem Wesen. Wie er als Forscher und Gelehrter aus dem toten Leib neue Kraft für die Lebenden schöpft (lebhafter Beifall) so will er, dass neben die Hoheitsverwaltung, die der Bevölkerung Lasten auferlegt, die Fürsorgeverwaltung aufbauen, die dem Volk in Not Hilfe bringt. Ihm ist in diesem Augenblick zu allererst der Dank der Gemeinde auszusprechen (Stürmischer Beifall). Möge diese Anstalt, die drei Zwecken dient, dem Jugendamt im engsten Sinne des Wortes, der Tuberkulose-Fürsorge und der Schulzahnpflege diese Aufgaben so erfüllen, wie sie von uns gedacht sind. Die grosse Zahl der Mütter, die tagsüber auswärts leben müssen und ihre Kinder nicht betreuen können, sollen in diesem Heim nicht nur Rat, sondern auch praktische Hilfe für ihre Kinder finden.“

Der Bürgermeister dankte zum Schlusse noch allen jenen, die in geistiger und manueller Arbeit an dem neuen Werke ihren Anteil haben und die den Dank aus dem Bewusstsein schöpfen mögen, dass sie ein Werk echter Humanität zu schaffen mitgeholfen haben.
Nachdem der Bürgermeister unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden geschlossen hatte, wurde die Räume des Jugendamtes besichtigt die, lichtdurchflutet und freundlich in ihrer Anordnung und Ausstattung bei den Besuchenden die lebhafteste Anerkennung fanden.

Wien, Montag den 15. Dezember 1924 . Zweite Ausgabe.

Der Haushaltsplan der Gemeinde im Stadtsenat. Heute vormittags wurde im Stadtsenat mit der Beratung des Hauptveranschlagtes der Gemeinde für das Jahr 1925 begonnen. Die christlichsozialen Stadträte Kunschak, Rummelhardt und Frau Dr. Motzko legten den ablehnenden Stadtpunkt der Minderheit zu dem Veranschlag dar. Auf diese Ausführungen erwiderte Bürgermeister Seitz. Die Verhandlung wird morgen um 10 Uhr vormittags fortgesetzt.

Radio in den städtischen Humanitätsanstalten. Im städtischen Voranschlage für das Jahr 1925 ist ein Betrag von 50 Millionen Kronen vorgesehen, um die städtischen Humanitätsanstalten mit Radio-Apparaten auszustatten. Auf diese Weise soll insbesondere jene Kranken und Pflinglingen, die ihre Heime nicht verlassen können oder die in den ausserhalb Wiens gelegenen Anstalten untergebracht sind, zerstreut und erheitert werden.

Regelung der Feuerwachgebühren. Die Gebühren für die Beistellung der Feuerwache wurden neu geregelt und vom 1. Jänner 1925 an folgendermassen bestimmt: a) in Theatern und Konzertsälen 40.000 Kronen pro Mann und Vorstellung. b) in Rauchtheatern, Zirkussen und dergleichen 52.000 Kronen pro Mann und Vorstellung. c) für Tanzunterhaltungen bei einer Dauer bis zu 6 Stunden 210.000 Kronen, bei längerer Dauer 320.000 Kronen pro Mann und Veranstaltung.

Die Gebühren in den städtischen Dienstvermittlungen. Für die städtischen Dienstvermittlungen wurden vom 1. Jänner 1925 an folgende Gebühren festgesetzt, die der Dienstgeber zu tragen hat: bei der Vermittlung von höheren Dienstpersonale eine Einschreibgebühr von 20.000 Kronen und eine Vermittlungsgebühr von 30.000 Kronen, zusammen also 50.000 Kronen. Für sonstiges im Monats- oder Wochenbezüge stehendes Personal eine Einschreibgebühr von 10.000 Kronen und eine Vermittlungsgebühr von 20.000 Kronen, zusammen 30.000 Kronen. Für die Vermittlung von Wäscherinnen, Büglerinnen, Aufräumerinnen, Reiberinnen und sonstiges im Taglohn stehendes, nur gelegentlich verwendetes Personal ist nur eine Einschreibgebühr von 2.000 Kronen und keine Vermittlungsgebühr zu entrichten.

Die Verschiebung der Brigittabrücke und der Strassenbahnverkehr. Am Mittwoch, den 17. d. M. wird, wie bereits gemeldet, die Verschiebung der Brigittabrücke durchgeführt werden. Da die Brücke an diesem Tage für jeden Verkehr, auch für Fussgänger, abgesperrt sein wird, muss der Verkehr der Linien 3, 5 und 15 beiderseits des Donaukanals abgebrochen werden. Den Fahrgästen, die gewöhnlich auf diesen Linien vom IX. zum XX. Bezirk oder umgekehrt fahren, wird dringend empfohlen, an diesem Tage ihre Fahrt auf andere Linien - ohne Berührung der Brigittabrücke - zu verlegen. Der Verkehr über die Porzellangasse wird mit einer Pendellinie 35 „Viriotplatz - Porzellangasse - Börseplatz“ und der Verkehr über den Schottenring sind über die Augarten- und Klosterneuburgerstrasse durch Vermehrung der N und Nk Züge nach Möglichkeit verdichtet werden. Ausserwegen der Verschiebung der Brigittabrücke muss auch der Bahnhof- Rundverkehr in den Nächten vom 16. auf den 17. und vom 17. auf den 18. d. M. über Taborstrasse - Augartenstrasse - Schottenring - Porzellangasse - Liechtenwörderplatz zum Gürtel und ebenso umgekehrt abgelenkt werden.

Wien, Dienstag, den 16. Dezember 1924

Entfallende Sprechstunden.

Wegen der am Donnerstag stattfindenden aller Gemeinderatssitzung entfallen an diesem Tage die Sprechstunden Stadträte.

Oesterreichische Gemeindefeitung. Soeben ist das Dezemberheft dieser offiziellen Zeitschrift des Deutschösterreichischen Städtebundes erschienen. Die sechzig Seiten starke Nummer ist der Stadtgemeinde Steyr gewidmet und mit reichem Bilderschmuck ausgestattet. Die Aufsätze des Bürgermeisters Wokral, des Magistratsdirektors Dr. Häuslmayer, des Baudirektors Minarcik, des Direktors Rimmer, des Stadtschulinspektors Mitterberger, des Wohnungsamtsleiters Baminger, des Landesarchivoberverwalters Weber, des Professors Goldbacher, des Gemeinderates Steinbrecher, des Fürsorgereferenten Leitner und des Museumsleiters Dr. Klunzinger schildern ausführlich die Entstehung, Entwicklung und Zukunft der Stadt Steyr und bieten unseren Kommunalverwaltern viel Neues. Das Heft kann von der Verwaltung im Neuen Wiener Rathause bezogen werden.

Um 5000 Kronen nach Newyork, Sizilien oder zum Nordcap!Eine Reiseloterie des Wiener Jugendhilfswerkes.

In den nächsten Tagen gelangen die Lose einer grosszügigen Reiseloterie zur Ausgabe, die das Wiener Jugendhilfswerk unter dem Vorsitz des Amtsführenden Stadtrates Prof. Dr. Julius Landler veranstaltet. Die Gewinne sind drei grosse kostenlose Reisen und eine Anzahl von 14 tägigen und 8 tägigen kostenlosen Erholungsurlauben an irgend einer Sommerfrische Oesterreichs nach Wahl des Gewinners. Bei allen Treffern ist ^{nicht} nur kostenlose Hin- und Rückreise von jedem Punkt Oesterreichs aus, sondern auch die vollständige Wohnung und Verpflegung, einschliesslich der Abgaben und der Trinkgelder gesichert.

Der 1. Haupttreffer ist die kostenlose Hin- und Rückreise nach Newyork mit 14tägigem Aufenthalt,

der 2. Haupttreffer die kostenlose Reise nach dem Nordcap,

der 3. Haupttreffer die kostenlose Reise nach Sizilien.

Diese drei Treffer sind auch in Gold ablösbar. Die Reisen können an einem beliebigen Tage vom 15. ¹⁹²⁵ Mai/an angetreten werden und müssen am 30. September 1925 beendet sein.

Der Lospreis ist im Verhältnis zu den Gewinnen ausserordentlich gering, er beträgt bloß 5.000 Kronen.

Die Durchführung der Reisen hat das österreichische Verkehrsbüro bereits übernommen.

Die Lose sind in den Trafiken in ganz Oesterreich noch vor Weihnachten zu haben, so dass sie als Weihnachts- und Neujahrsgeschenk Verwendung finden können. Der Besitzer ist durch den Gewinn der Sorge um den nächstjährigen Sommeraufenthalt enthoben. Durch das österreichische Verkehrsbüro wird die Ausführung der Gewinnreisen vollständig nach Wunsch des Gewinners ohne weiteres möglich sein.

Polnische Gäste im Rathause. In der vorigen Woche waren als offizielle Vertreter der Stadtgemeinde Warschau die Herren Stanislas Bilowicki,

Vorstand des städtischen Amtes für Strassenreinigung, und Ing. Taddäus Stromayer in Wien, um die Einrichtungen der Gemeinde auf dem Gebiete der Strassenreinigung, Strassenbespritzung und Hauskehrabfuhr nach dem System Colonia zu besichtigen.

Die beiden Herren haben auch die innere Organisation des städtischen Fuhrwerksbetriebes studiert und vor ihrer Heimkehr der Direktion ihre Anerkennung des muster-gültigen Betriebes der Wiener Strassenreinigung ausgesprochen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, Dienstag , den 16. Dezember 1924

Abendausgabe

.....
Absage der Mittwochsitzungen des Gemeinderates. Die für Mittwoch,
den 17.d.M. 10 Uhr Vormittags und 4 Uhr Nachmittags anberaumten
Sitzungen des Gemeinderates wurden abgesagt.
.....

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y .

Wien, Mittwoch den 17. Dezember 1924.

.....
Die Verschiebung der Brigittabrücke. Heute früh um neun Uhr wurde in Gegenwart des Bürgermeisters Seitz mit der Verschiebung der Brigittabrücke begonnen, die um 12 Uhr bereits durchgeführt war. Um diesem wunderbaren technischen Schauspiel beizuwohnen waren Vertreter des Bundes und der Gemeinde in grosser Zahl erschienen, Bundesminister Dr. Schürff mit führenden technischen Funktionären seines Departements, der Präsident des Nationalrates Miklas, Landeshauptmann die Dr. Buresch und Landeshauptmannstellvertreter Zwetzbacher, Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Stadträte Siegel, Breitner, Kokrda, Tandler und Weber, Magistratsdirektor Dr. Hartl und Feuerwahrkommandant Wng. Wagner, Direktor Spängler von den städt. Strassenbahnen sowie viele Gemeinderäte und Mitglieder von Bezirksvertretungen. Oberbaurat Dr. Masil, Baurat Künstler und Ingenieur Dr. Schumacher erläuterten an der Hand von Plänen die technische Durchführung der Brückenverschiebung.
.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 17. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

66.573 Menschen in der Fürsorge der Gemeinde. Man macht sich in der Öffentlichkeit nur schwer eine Vorstellung über den gewaltigen Umfang des Fürsorgeapparates der Gemeinde Wien und der stetig wachsenden Ansprüche, die infolge der ungünstigen Wirtschaftslage an die Stadtverwaltung gestellt werden. So sind am 1. November 1924 nicht weniger als 66.573 Hilfsbedürftige aller Art in der Obhut der Gemeinde gestanden. Diese schon so erschreckend hohe Zahl stellt leider aller Voraussicht nach noch nicht den Höhepunkt dar, da die Wintermonate erfahrungsgemäss immer ein weiteres Anschwellen mit sich bringen. Schon gegen die 1. Oktober ist ein Zuwachs von 426 Personen zu verzeichnen. Am 1. April 1924 war die Gesamtzahl der Hilfsbedürftigen, die in der Obhut der Gemeinde standen, 62.131. Es sind also in diesen sieben Monaten 4.442 hilfshedürftige Menschen zuge wachsen. Von den 66.573 Hilfsbedürftigen aller Art, die am 1. November 1924 in der Obhut der Gemeinde standen, waren 8.630 in den städtischen Versorgungshäusern und 1928 im Krankenhaus Lainz, im Karolinen- und Leopoldstädter Kinderspital, im Brigittaspital, in den Lungenheilstätten Baumgartnerhöhe, Kreuzwiese, in Bad Hall, Sulzbach, San Pelagio untergebracht. Die Heil- und Pflegeanstalten der Gemeinde Wien für Geisteskranke beherbergten 4.193 Patienten. In den Waisenhäusern, in der Erziehungsanstalt Eggenburg, in den Kinderherbergen Grinzing und am Tivoli, im Zentralkinderheim befanden sich 2.278, im Asyl- und Werkhaus 1.097 und in einer Reihe von Privatanstalten bei Zahlung der vollen Verpflegskosten durch die Gemeinde 2.478 Menschen. Insgesamt waren also am 1. November dieses Jahres in den geschlossenen Anstalten 20.604 Personen, für deren Erhaltung und Wartung ausschliesslich die Gemeinde aufzukommen hatte. Dazu kommen 30.904 Erwachsene - alte, nicht mehr arbeitsfähige Menschen - denen die Gemeinde monatlich einen Erhaltungsbetrag zahlt. Für 15.085 Kinder, die teils bei Pflegeparteien untergebracht sind, teils von den eigenen Eltern nur mit Hilfe der Gemeinde aufgezogen werden können, müssen Pflegegelder entrichtet werden. Von dem Umfang der Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Wien erhält man vielleicht erst dann das richtige Bild, wenn festgestellt wird, dass Wiener-Neustadt und St. Pölten zusammen, also die beiden grössten Städte Niederösterreichs, mit ihren 65.000 Einwohnern an Kopffzahl hinter jenen ^{66.573} Menschen zurückstehen, die sich in der Obsorge der Gemeinde Wien befinden. Die Zahl der in Anstalten aller Art untergebrachten 20.604 Hilfsbedürftigen entspricht ungefähr der Einwohnerschaft von Baden. Die von der Gemeinde Wien durch die Schulauspeisung geübte Fürsorge, durch die rund zwanzigtausend unterernährte Kinder in den städtischen Volks- und Bürgerschulen, sowie in den Kindergärten ihre Mahlzeit erhalten, sei noch ergänzend erwähnt.

Die Ziehung der Wagprämie. Die Verlosung der Prämie von fünfzig Millionen Kronen der fünfprozentigen Teilschuldverschreibungen (Prioritätsobligationen) I. Emission, findet am Freitag, den 2. Jänner 1925 um 9 Uhr vormittags im Sektionszimmer IV des Neuen Wiener Rathauses statt.

Eine Jugendwanderherberge im Winter. Die Jugendwanderherberge in Mitterndorf bei Bad Aussee wird vom Wiener Jugendhilfswerk auch in den Wintermonaten offen gehalten. Platz ist für 24 Jugendliche. Anfragen, ob Plätze frei sind, müssen an Oberlehrer Zehetleitner in Mitterndorf, steirisches Salzkammergut, gerichtet werden. Die Nächtigungsgebühr beträgt dreitausend Kronen. Die Heizung ist gesondert zu bezahlen.

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY.

Wien, Mittwoch den 17. Dezember 1924. Abendausgabe.

Absage der Donnerstagsitzungen/ des Gemeinderates.

Die nächste Gemeinderatssitzung Freitag Vormittag.

Die für Donnerstag , den 18. d. M. 10 Uhr Vormittag und
4 Uhr Nachmittag anberaumten Sitzungen des Gemeinderates entfallen.
Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet Freitag, den 19. d. M.
um 9 Uhr Vormittag statt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o m a y

Wien, am Donnerstag, den 18. Dezember 1924

Hundestatistik und Hundesteuer.

Die Hundesteuer wird verdoppelt.

Dem Wiener Landtag wird der Antrag unterbreitet werden, die Hundesteuer für das Jahr 1925 mit hunderttausend Kronen zu bemessen. Es soll also der gegenwärtige Steuersatz verdoppelt werden. Im Frieden wurden zuletzt acht Goldkronen gezahlt, was 115.000 Papierkronen entspricht. Für die Gestaltung der Gemeindefinanzen ist diese Erhöhung der Abgabe nicht von einschneidender Bedeutung, wenn auch der Betrag von rund dreieinhalb Milliarden Kronen, der als Steigerung gegenüber dem Jahre 1924 erwartet wird, manches nützliche Werk ermöglicht. Die Wiener Bevölkerung ist bei der Einstellung zu den Hunden eigentlich in zwei Lager gespalten. Es stehen den begeistersten Hundefreunden radikalste Hundefeinde gegenüber. Die in zahlreichen Zuschriften sich ausdrückenden Wünsche der letzteren sind darauf gerichtet, durch eine ausserordentlich hohe Hundesteuer eine sehr einschneidende Verminderung der Tierhaltung herbeizuführen. Es ist sehr zweifelhaft, ob auf diesem Weg ein solches Ziel überhaupt erreicht werden kann. Sicherlich aber würde zunächst die Wirkung sein, dass die Unbemittelten sich keinen Hund mehr halten könnten. Es wäre aber damit auch der Antrieb gegeben, Hunde zu verheimlichen, was die in sanitärer Beziehung bereits vorhandenen Uebelstände zu einer wirklichen ernstesten Gefahr machen könnte. Die ganz unerhörte Steigerung der Zahl der Hunde seit 1914 ist jedenfalls eine ganz merkwürdige und mit der allgemeinen Wirtschaftslage in Widerspruch stehende Erscheinung, für die nur zum Teil Erklärungen zu finden sind. Der grosse Aufschwung, den das Siedlungs- und Schrebergartenwesen genommen hat, ist zweifellos ein sehr wesentlicher Grund. Insbesondere bei den Siedlern sind aber auch die an sich günstigsten Verhältnisse für das Halten der Hunde gegeben. Eine andere Ursache mag darin zu suchen sein, dass in den ersten Zeiten nach dem Krieg die Sicherheitsverhältnisse viel zu wünschen übrig liessen und die Zahl der Einbrüche bekanntlich besonders gross war. Das hat erfreulicherweise schon lange aufgehört, die Hunde aber sind als Hausgenossen geblieben. Im Jahre 1924 wurden 86.203 Hunde versteuert, gegen rund 40.000 im letzten Friedensjahr. Es ist mehr als eine Verdoppelung eingetreten! Bei der Neuregelung der Hundeabgabe ging die Erwägung auch dahin, insbesondere das Halten von mehr als einem Hund empfindlich zu besteuern, um vielleicht auf diesem Weg die wünschenswerte Verminderung der Hundezahl zu erreichen. Die statistischen Erhebungen haben aber erwiesen, dass mit dieser Methode keine nennenswerte Wirkung erzielt werden könnte. Es haben nämlich 71.726 Parteien je einen Hund versteuert, 6.057 je zwei Hunde, 635 je drei Hunde, 79 je vier Hunde, 15 je fünf Hunde, 7 je sechs Hunde, 2 je acht und eine Partei sogar neun Hunde. Würde eine gestaffelte Steuer, was indes kaum anzunehmen ist, sogar bewirken, dass sich die Parteien ausnahmslos auf das Halten eines einzigen Hundes beschränken, so ergäbe sich dadurch nur eine Verminderung der Zahl der Hunde um 7.671. Dem Magistrat würde aber durch einen solchen Aufbau der Steuer eine unverhältnismässig kostspielige Mühewaltung mit vielfachen Erhebungen in ganz Wien erwachsen. Es wurde deshalb die einfache Form einer annähernden Valorisierung der Friedenssteuer gewählt.

Die Zahl der Einzelfeste nimmt zu. Der Magistrat verzeichnet die gewiss sehr bemerkenswerte Erscheinung, dass die der Lustbarkeitsabgabe unterworfenen Veranstaltungen noch immer zunehmen. In den ersten elf Monaten des Jahres 1922, also zu einer Zeit, in der die Geldentwertung einen sehr starken Anreiz für rasches Geldausgeben gebildet hat, wurden insgesamt 13.389 Einzelveranstaltungen gezählt. Dagegen wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1923 bereits 16.284 Festlichkeiten verzeichnet. Es ergab sich also eine Zunahme von 2.895 Veranstaltungen. Damit ist aber keineswegs der höchste Stand erreicht worden. Es zeigt sich vielmehr auch im Jahre 1924 eine noch weit darüber hinausgehende Zunahme. Bis 30. November 1924 wurden nämlich 19.366 Einzelveranstaltungen angemeldet, somit um 3.082 mehr als im Jahre 1923 und um 5.977 mehr als im Inflationsjahr 1922. Dieses Anwachsen hat auch in den allerletzten Monaten keine Unterbrechung erfahren. So gab es im Oktober 1924 noch immer 1.934 Festlichkeiten, gegenüber 1.619 im Oktober 1923 und im November dieses Jahres 2.663 gegenüber 2.550 im November 1923. Wie diese Zahlen beweisen hat die vielbekämpfte Lustbarkeitsabgabe eine hemmende Wirkung nicht geübt.

Der Strassenbahnfahrpreis an den Weihnachtsfeiertagen. An den beiden Weihnachtsfeiertagen, Donnerstag, den 25. und Freitag, den 26. d. M. gelten auf den städtischen Strassenbahnen die Sonntagsfahrpreise. Demnach haben an diesen beiden Tagen die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten, sowie die Fürsorgefahrtscheine keine Gültigkeit.

Ausschreibung der Stelle eines Assistenten an der Prosektur des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz. Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz kommt ab 1. Februar 1925 die Stelle eines Assistenten an der Prosektur mit den jeweiligen Bezügen eines Abteilungsassistenten zur Besetzung. Gesuche um diese Stelle, die mit Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen entsprechend belegt sein müssen, sind bis spätestens 31. Dezember 1924 bei der Direktion des Krankenhauses der Stadt Wien einzubringen.

Anbotsverhandlungen für baugewerbliche Arbeiten der Gemeinde Wien Für die laufenden baugewerblichen Arbeiten der Gemeinde Wien für die Zeit vom 1. Februar 1925 bis 31. Jänner 1926 finden Anbotsverhandlungen statt u. zw: Für Baumeister-, Dachdecker-, Glaser- und Anstreicher- Arbeiten am 8. Jänner 1925; für Bauspengler-, Galanteriespengler-, Autischler-, Möbeltischler-, Zimmermaler- und Schlosser - Arbeiten am 9. Jänner 1925; für Zimmermanns-, Tapezierer-, Schwarzdecker (Asphaltierer) und Turnsaalarbeiten am 10. Jänner 1925; jedesmal um 9 Uhr Vormittags in der Volkshalle des Neuen Rathauses. Anbotshilfe sind in der Mag. Abt. 26, I. Rathaus Stiege 4, Mezzanij erhältlich.

Altersheim Festkonzert. Das rührige Aktionskomitee des Vereines Altersheim veranstaltet am 9. Jänner 1925 unter dem Ehrenschutz der Frau Marianne Hainisch im grossen Konzerthausaal ein Festkonzert, für das Josef Danegger, Marie Fein, Selma Kurz-Halban, Maria Olzefska, Aagard Oestvig, Ida Roland und Dr. Schipper ihre Mitwirkung in uneigennützigster Weise zugesagt haben. Karten an der Konzerthauskasse und bei Kehlendorfer.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 18. Dezember 1924

Abendausgabe

Beginn der Budgetberatungen im Gemeinderat Im Wiener Stadtsenat wurde heute um 2 Uhr Nachmittags der Voranschlag für das Jahr 1925 gegen die Stimmen der Christlich- Sozialen genehmigt. Morgen, Freitag um neun Uhr vormittags beginnt der Gemeinderat die Beratung des Budgets.

Bürgerrechtsverleihung. Der akademische Maler Eduard Zetsche feiert am 20. Dezember d. J. seinen 80. Geburtstag. Zetsche ist ein hervorragender Maler und hat sich auch als Schriftsteller grosse Verdienste erworben. Um diesen Künstler zu ehren, hat der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen, dem Maler Zetsche das Bürgerrecht zu verleihen und eines Werke für die Städtischen Sammlungen anzukaufen.

D r i t t e r B o g e n

dieser Milliarden ins Ausland geht. Zugleich aber müssten genau so wie die Steuern des Bundes auch die der Gemeinde gewaltig erhöht werden, weil ja das Geld herbeigeschafft werden muß für die erhöhte Bezahlung der öffentlichen Angestellten. Gleichzeitig aber auch müssten alle Tarife ungeheuerlich hinaufgesetzt werden, weil ja auch die Eisenbahner, die Straßenbahner, die Angestellten der Post, die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke höhere Löhne benötigen, um den Hausbesitzer zu befriedigen. Und das Gleiche würde sich in jedweden Geschäfte vollziehen, weil die Angestellten bei höheren Mieten höhere Gehälter haben müssen, weil jeder Betriebsinhaber die Miete seines Lokales und seiner Wohnung die erhöhten Kosten von Gas, Strom, Straßenbahn, Porte, Telefon, Eisenbahn, den Warenpreisen auslagern muß. Das Ergebnis wäre eine Teuerungswelle von unerhörter Wucht, die uns jede Exportmöglichkeit raubt und unseren Untergang besiegelt.

Der Finanzausschuß und vor allem der Stadtsenat haben sich diesmal, erklärte Stadtrat BREITNER, besond. ers gründlich mit dem Voranschlag beschäftigt und ihm einer in alle Einzelheiten gehenden Kritik unterzogen. Abänderung anträge zu den einzelnen Posten wurden indes nicht gestellt. Ich kündige selbst einen solchen Antrag an, den ich anzunehmen bitte. Es handelt sich um eine Erhöhung des Betrages in der Rubrik „Aushilfen und laufende Unterstützungen für Erwachsene“ um zehn Milliarden Kronen. Im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit und die Wintersnot ist mit einer noch über das bisherige hohe Maß hinaus gesteigerten Inanspruchnahme dieser Wohlfahrtsanrichtung zu rechnen. Die Fürsorgeinstitute haben bereits vom Bürgermeister die Weisung erhalten, vor allem in jenen Fällen, in denen es sich um nützlichende Familienerhalter, um kinderreiche Familien handelt, rasch helfend einzugreifen. Durch die schon jetzt erfolgende Erhöhung der Budgetpost soll die Inanspruchnahme eines Zuschußkredites vermieden, aber auch den Hilfsbedürftigen die Beruhigung geboten werden, daß sie sich nicht vergebens an unsere Fürsorgeinstitute wenden werden.

Stadtrat Breitner schloß die Budgetrede mit folgenden Worten: Es ist keine rosige Stimmung, in der wir darangehen, den Haushaltsplan der Gemeinde für das nächste Verwaltungsjahr festzustellen. Wir haben aber schon weit schwierigere, weit bössere Zeiten überwunden und es war der jauchzende Optimismus unbegründet, als die Börsenkurse in die Höhe kletterten und an jeder Straßenecke eine Bankfiliale errichtet war, was als Kennzeichen der strotzenden Kraft unserer Wirtschaft bezeichnet wurde. Es ist jetzt zu weitgehender Pessimismus unbegründet angesichts der Ernüchterung, die eingetreten ist und der jetzt unverhüllten Verarmung, die eben als die Folge dieses unseligen Krieges uns betroffen hat. Gerade die Tatsache muß beruhigend wirken, daß ein so großer Organismus wie die Wiener Gemeindeverwaltung festgefügt dasteht, daß seit dem 1. Juni 1921, also lange vor der Stabilisierung der Krone, die volle Ordnung in die Gemeindevirtschaft gebracht wurde. Es muß die Zuversicht stärken, daß auch diese schwere Krise siegreich überwunden werden wird. Die großen Wohnhausbauten der Gemeinde dienen nicht nur der Linderung der Wohnungsnot, sind nicht nur produktive Fürsorge für zehntausende von Arbeitslosen in allen Zweigen des Baugewerbes, sie sind aber auch das wirksamste Mittel zur Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, dessen Beseitigung oder selbst nur Lockerung die Krise zur Katastrophe steigern müßte. So zeigt es sich auch an diesem Beispiel, daß die Steuerpolitik der Gemeinde auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft volle Rücksicht nimmt. Dieser Voranschlag mit seinen 1539 Milliarden Investitionen, von denen 400 Milliarden dem weiteren Ausbau der städtischen Unternehmungen gelten, ist ein sehr starkes Element des Vertrauens. Dies soll bestritten werden, ohne Erhöhung der geltenden, ohne Einführung von neuen Steuern. Dabei haben wir die Gewissheit, daß auch der angefangene Wasserkraftbau in Kienberg-Gaming finanziell bewältigt werden kann.

Es ist also neuerlich ein Voranschlag des Wiederaufbaues, der jeder objektiver Kritik standhalten kann. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Nach Erledigung der Rednerliste erhält nunmehr das Schlusswort Stadtrat Breitner und sagt: Die Minderheit hat durch acht Redner zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht in der Lage sei zu diesem Voranschlag zu stimmen. Das ist eigentlich nichts Überraschendes, sondern etwas sehr naturgemäßes und war auch in den Jahren 1923 und 1922 so. Jene wenige Jahre des Gottesfriedens in den ärgsten Zeiten als sich die Minderheit begnügte durch die Verweigerung des Bürgermeistergehaltes ihrer Oppositionelle Haltung zu bekunden sind vorüber ^{es} und ist dies eigentlich als ein Ausdruck der konsolidierten Verhältnisse aufzufassen (Sehr gut). Wir können auch eigentlich gar nichts anderes wünschen, denn wenn wir so verwalten würden, dass die Minderheit vollkommen mit uns zufrieden wäre und für uns stimmen würde, so würden wir wahrscheinlich sehr bald aufgehört ~~zu~~ haben die Mehrheit zu sein (Heiterkeit). Dazu wäre es nicht notwendig gewesen, einen Umsturz zu machen und das Wahlrecht zu ändern damit sich in der Verwaltung dieser Stadt nicht das Geringste ändere (Sehr gut). Gemeinderat Zimmerl hat darauf hingewiesen, dass diesem Voranschlag deswegen nicht zugestimmt werden könne, weil man seinen Ziffern kein Vertrauen zu schenken in der Lage sei. Immerhin hat er zugegeben, dass die Einnahme ^{es} richtig budgetiert ist und dass seine Erziehungsart doch genützt hat. Wir machen kein Hehl darauf, dass wir Anregungen zugänglich sind und dies widerspricht wieder den Ausführungen der anderen Redner, die immer wieder betonten, dass wir ^{von} vornehmerein alles was von der Minderheit komme ablehnen. Es hat Zeiten gegeben als wir in schwerwiegenden Verhandlungen standen, wo es nicht wünschenswert war gewisse Steuereinnahmen zu veröffentlichen, aber wir kommen den Wünschen der Minderheit sonst soweit als möglich entgegen. Gemeinderat Zimmerl hat weiter darauf hingewiesen, dass unsere Steuern eigentlich doch nur lauter indirekte Steuern sind und die Reichen nicht treffen. Eine genaue Aufstellung unserer Steuern nach der Art wie sie sich auf die Bevölkerung verteilen ist in vollkommen klarer Weise nicht möglich. Wir werden diesen Teil der Untersuchung aber sicherlich noch vornehmen wie weit die Wohnbausteuer eine Belastung der Allgemeinheit und wie weit sie eine Besteuerung von Luxus ist. Wenn aber die Fürsorgeabgabe Luxuslokale und Vergnügungsbetriebe trifft, so kann man sie ohne weiters als eine Luxussteuer ansehen. Auch hier kann man wieder sagen, dass ^{den} wären wir bei den alten Steuermethoden geblieben und hätten wir ~~die~~ Verzehrungssteuer valorisiert, würden wir uns begnügt haben die Unternehmungen der Gemeinde und auch ^{den} Betrieb der Wasserversorgung als ein Instrument der Gemeindegeldnahmen zu benutzen, so wäre dies innen lieber, während das System der Steuern das wir ihnen eingeführt haben von ihnen kräftig kritisiert wird, wodurch sie bekunden, dass wir uns doch auf dem richtigen Wege befinden.

G.R. Biber : Sehrbescheiden.

St. R. Breitner : Gemeinderat Biber hat es sich sehr leicht gemacht und alles was uns bedrückt als eine medizinische Angelegenheit aufgefasst. Wenn es wirklich so wäre, dass jene grauenhafte Zeit des Krieges, jene wahnwitzigen Zerstörungen von Menschen und Sachgütern, von der wir heute in Wirklichkeit leiden, durch meine Internierung am Steinhof zu beheben wären, so wäre ich zu diesem Opfer bereit (Heiterkeit). Aber das würde nicht hinreichen, um die Blinden sehend und die Krüppel gesund zu machen, und jenen die ihren Ernährer verloren haben, wiederzugeben. Gemeinderat Biber hat auch gemeint, dass die Wohnungsnot

nur deswegen entstanden ist, weil die Wohnungen zu billig sind. Das ist nicht richtig. Die Wohnungsnot hat zwei Ursachen, zunächst müssen wir die seltsam erscheinende Tatsache aufklären, weshalb wir bei einer verminderten Bevölkerungszahl von 200.000 Menschen eine Wohnungsnot haben. Nach der Volkszählung des Jahres 1910 hatte Wien damals eine Einwohnerzahl von 2.1 Millionen Menschen und 480.764 Haushalte. Jetzt haben wir 1.8 Millionen Menschen und 519.154 Haushalte. Diese 38.678 Haushalte mehr, das stimmt wenn auch nicht in den einzelnen Individuen mit der Zahl derjenigen überein, die in drängender Weise sich um eine Wohnung bewerben. Die Zahl der Eheschliessungen ist in der Nachkriegszeit ausserordentlich über das Durchschnittsmass hinausgegangen und während es 1913 17.791 Eheschliessungen gab, gab es 1920 31.164, 1921 29.474, 1922 26.568. Die Heiratswut klingt ab, aber man hat noch immer mit einer ungeheuerlichen Vermehrung der Haushalte zu rechnen. Die andere Ursache der Wohnungsnot liegt in den überaus schlechten Wohnungsverhältnisse vordem Kriege. Hätten wir damals ~~deutsche~~, amerikanische oder englische Verhältnisse gehabt, so würdees jetzt trotz der Billigkeit der Wohnungen nicht zu dieser ungeheuren Nachfrage von Wohnungen kommen. Die Menschen die einen grossen Teil ihres Einkommens für diese schlechten Vorkriegswohnungen hergeben mussten, sind jetzt darauf gekommen in welchen Elendwohnungen sie gewohnt haben und wollen ihre diesbezügliche Situation verbessern. Von den 554.000 Wohnungen, die bei der letzten Zählung festgestellt worden sind, gibt es nicht weniger als 184.999, die nur aus Zimmer und Küche ohne jeden Vorraum bestehen und ~~EX~~ 36.775, die aus Zimmer Kabinett und Küche bestehen, nahezu die Hälfte der Wiener Wohnungen besteht aus den beiden primitivsten ~~EX~~ Typen. Da ist es erklärlich, die Menschen aus diesen elenden Verhältnissen hinaus und sich eine menschenwürdige Wohnung gönnen wollen. Gemeinderat Biber hat auch über die Autosteuer gesprochen und irrtümlich erwähnt, dass ein achtpferdekräftiger Kleinwagen beinahe 12 Millionen Kronen an Steuer zu zahlen hat, das ist ein Irrtum dieser Kleinwagen hat nur 4½ Millionen Kronen zu zahlen. Aber in einer Wiener Zeitung die uns nicht mit besonderer Liebe entgegensteht ist ~~ist~~ neulich gestanden, dass ein Lastkraftwagen von 10 Tonnen, der in Wien 660.000 Kronen an Steuer zahlt in Niederösterreich eine Abgabe von 25 Millionen Kronen zu entrichten hat. Wir ziehen es vor die Autos von denen manche in vielen Stufen des Tages dem Vergnügen dienen mit einer Steuer von 4½ bis 20 Millionen hinaus zu belegen. Redner polemisiert nun gegen die Gemeinderäte Rummelhardt und Dr. Motzko weiter und führt die Fürsorgeinstitutionen die die Gemeinde ^{an} geschaffen hat. Die Gemeinde verfügt auf dem Gebiete des Tuberkulosenfürsorgewesens über 2000 Betten von den Kinderspitälern sind zwei in städtischen ^{Prozess} Betriebe während die frühere Gemeindeverwaltung ^{geführt} hat um nachzuweisen, dass die Führung von Spitälern keine Angelegenheit der Gemeinde sei. (Hört! hört!). Wenn Gemeinderat Angermayer gesagt hat, dass wir die eigenen Nutzniesser der Stabilisierten sind, so wäre es kindisch sagen zu wollen, dass man mit einer nicht stabilisierten Währung auf die Dauer wirtschaften kann. Wir haben aber schon gezeigt, dass wir auch in der Zeit der nicht stabilisierten Währung den Haushalt emporgebracht haben. Gegen die Tatsache, dass die Krone stabilisiert worden ist hat sich niemals ein vernünftiger Mensch gewendet. Die Frage ist nur ob dies auf dem richtigen Wege und in der richtigen Methode geschehen ist.

19/12

Hand

und das wird von uns bestritten. Es haben auch andere Länder, ich verweise nur auf Deutschland eine Stabilisierung zu stande gebracht aber ohne sich unter eine ausländische Kontrolle zu beugen (Beifall).

G.R. Angermayer Es wäre ganz unmöglich gewesen.

St.R. Breitner : Allerdings hätte man dann aus eigenen Kräften antauchen müssen und diejenigen die gezweifelt haben, dass unsere Wirtschaft es vermocht hätte, haben später gesehen, welche gewaltige Summen aus dieser Wirtschaft abgeströmt sind, nicht

für irgend welche öffentliche Verwaltungszwecke sondern als dauernder Verlust ⁱⁿ das Ausland. (Sehr gut) Im Voranschlag für das Jahr 1925 des Bundes ist eine Post von einer Billion Kronen die nichts anderes ist als die Schuldszinsen für die Völkerbundanleihe und der Präsident der Nationalbank musste nach London reisen um eine Bittgesuch vorzutragen, dass wir den Kreditfuss unserer eigenen Nationalbank festsetzen sollen, wie es uns passt.

Es ist sehr bemerkenswert, dass der Obmann des christlichsozialen Klubs seine ganze Rede nur der Herabsetzung des Wasserkraftwerkes gewidmet hat, wir haben jene Freude vermisst, die ihn als Wiener erfüllen sollte, dass wir aus eigener Kraft dieses ganze Werk zustande gebracht haben, ohne ausländische Hilfe und ohne Kontrolle und ohne Berater, das sollte doch gewürdigt werden. Er meinte auch, es sei kein Kunststück die Baukosten auf die Bevölkerung umzulegen. Es ist zwar ein Kunststück, immer wieder Steuern herbeizuschaffen. Ich habe es nur angeführt, um diese viel angefochtene Steuern zu rechtfertigen. Wir haben auch in anderen Ländern Wasserkraftabgaben, in Niederösterreich, in Oberösterreich, aber diese Steuern haben dort eine ganz andere Bedeutung, sie dienen nicht der Verbilligung des Stromes, sie sind einfach rein fiskalische Abgaben. Wenn ich das aufgezeigt habe, wollte ich damit den Gegensatz zwischen christlichsozialer und sozialdemokratischer Verwaltung aufzeigen. Aus der Debatte über die Einführung der Wasserkraftabgabe im September 1922 ergibt sich, dass damals die Wag tatsächlich vor dem Zusammenbruch stand, dass damals an den Verkauf des Werkes gedacht wurde. Damals haben Sie die Einführung der Abgabe bekämpft und wenn wir fest blieben, so können wir feststellen, dass wir damals auf dem richtigen Wege waren. Wenn Herr Kunschak sich heute bemüht, die Herabsetzung um 12,5 Prozent als einen Pappenstil zu bezeichnen, so erinnere ich ihn daran, dass er damals die 4 Prozent Abgabe als eine sehr schwere Belastung bezeichnet hat. Da könne er doch heutesagen, dass diese Entlastung doch heute empfunden werden musste.

Es ist immer wieder erklärt worden, dass Sie diesem ganzen Budget kein Vertrauen schenken können. Ich kann feststellen, dass dieses Misstrauensvotum uns schon vor zwei Jahren gegeben worden ist. Auch damals bei der Aufzählung einer Reihe von Neueinführungen hat der Hauptredner der Minorität gesagt, dass diese Posten nur dekorative

Feigenblätter sind, die über die Blässe der ganzen Verwaltung hängen. Da brauch ich nur zu fragen, ob diese Liegehallen/ nicht gebaut worden sind, ob die Umwandlung der Vorortefriedhöfe in Gartenanlagen u.dgl. mehr unterblieben sind. Wir haben alle diese Pläne durchgeführt, alle unsere Versprechungen erfüllt und so werden wir dies auch bei dem heurigen Voranschlag tun, weshalb ich Sie bitte, ihm Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der Mehrheit).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung der GRin Dr. Motzko wird Eingehen in die Spezialdebatte angenommen und der Vorsitzende Weigl erklärt/ gleichzeitig die Verwaltungsgruppe II für angenommen.

Die Sitzung wird hierauf um $\frac{1}{2}$ 11 Uhr nachts geschlossen.

G.R. Holaubek (chr. soz.) bespricht die einzelnen städtischen Steuern und ihre Wirkung auf das Wirtschaftsleben, er wendet sich insbesondere gegen die Härten der Lustbarkeitsabgabe und verlangt eine Herabsetzung in Fällen, wo es sich um humanitäre Veranstaltungen handelt. Kürzlich wurde von einer Organisation eine Weihnachtsbescherung für arme Kinder veranstaltet, dem Verein jedoch eine Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe rundweg verweigert, weil Klavier gespielt worden ist. Solcher Fälle könnte Redner noch einige aufzählen. Auch die Handhabung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe geschehe nach rein fiskalischen Grundsätzen ohne Rücksicht darauf zu nehmen, dass die Angestellten des Gastgewerbes und die mittellosen Konsumenten schweren Schaden erleiden. Der Finanzreferent möge seine Steuerpolitik einer Revision unterziehen, sonst werde sie den Ruin der Wiener Bevölkerung zur Folge haben.

G.R. Kunschak (chr. soz.): Nach den Ausführungen des Referenten wird die Wiener Bevölkerung in der Sylvesternacht ein grossartiges Schauspiel erleben, die festliche Beleuchtung des Rathauses, die die Fertigstellung des Opponitzer Wasserkraftwerkes künden wird. Wir brauchen auf das Schauspiel nicht erst zu warten, wir haben es heute schon erlebt und der Schauspieler als der sich Herr Breitner betätigt hat, kann seines Werkes gelobt werden. Nur glaube ich zielt seine Darstellung auf eine Blendung der Massen ab. Der Referent tut so, als ob die Ausnützung von Wasserkraften seine Erfindung wäre. Aber man hat doch schon unter der Herrschaft der Christlichsozialen Wasserkraftwerke projektiert, die Pläne lagen fertig und dass sie nicht ausgeführt wurden liegt einzig und allein daran, dass ^{es}damals eine Streiffrage gewesen ist, ob der Verwertung von Wasserkraften vor den kalorischen Werken der Vorzug gegeben sei. Jetzt ist ganz zwangsläufig die Notwendigkeit gegeben, sich mit dem Problem der Ausnützung der Wasserkraft zu befassen. Wenn das Ybbatalwerk in Betrieb gesetzt sein wird, kommt es vielen anderen ähnlichen Werken in Oesterreich nach. Ich konstatiere diese Tatsache nicht etwa um die Bedeutung dieses Werkes herabzusetzen, sondern um die Schaumschlägerei des Herrn Breitner auf das zulässige Mass zurückzuführen. Die Welt wird am Sylvester kein Wunder anstaunen. Herr Breitner rühmt sich insbesondere des Umstandes, dass keine ausländischen Kredite in Anspruch genommen und dass die Privatinitiative sich nicht eingestellt hat. Wenn er als Geldverleiher sich 16 Prozent Zinsen zahlen lässt, dann wird er kaum den Geldleuten zumuten, dass sie ihr Kapital um 5 Prozent Zinsen hergeben. Kein Wunder, wenn die Wasserkraft Obligationen in den Schränken der Banken liegen geblieben sind. Der Appell an die Privatinitiative war entweder nicht ernst gemeint, oder er ist von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Der Referent rühmt auch den Umstand, dass das Werk schuldenfrei sei und dass keine drückenden Zinsen für ausländische Kredite gezahlt werden müssen. Allein das Baukapital von ^{rund} 80 Milliarden wurde aus Steuergeldern aufgebracht. Wenn man dazu nimmt, dass die Gas- und Elektrizitätswerke 52 Milliarden für Vorauszahlungen in ihren Kassen liegen haben und diese Summe genau so wie die 80 Milliarden als eine Reduktion des Betriebskapitales der Wiener Wirtschaft in Betracht zieht, die durch ^{Bank} Kredite wett-gemacht werden muss, und man rechnet von den 132 Milliarden die 30 Prozent Bankzinsen, dann gelangt man

zu einer sehr respektablen Summe, die von der Wiener Bevölkerung für die Verzinsung des Baukapitales der WAG aufgebracht werden muss. Sie haben eben nur eine andere Form gewählt. Die anderen Wasserkraftwerke verzinsen das investierte Kapital aus den eigenen Erträgen, aber die Wiener Gemeindeverwaltung hat das Baukapital für ihr Werk auf dem Wege von Steuern und Vorauszahlungen sich geholt und die Bevölkerung muss anstatt an die Aktionäre der WAG an die Banken hohe Zinsen zahlen, die den Wirtschaftskredit für unsere Unternehmungen hergeben.

Es ist dies nur eine andere Form, die eine ist diejenige die sich auf etwa zwei Generationen verteilt die offene und aufrichtige Form, die Form die Sie gewählt haben ist die des gerissenen Bankdirektors dessen grösste Kunst in der Verschleierung der Bilanz besteht. (Beifall bei den Parteigenossen). Eine Ueberraschung war, dass der Kraftstrom ab 1. Jänner um ein Achtel des Preises herabgesetzt wird. Aus einer Untersuchung was es ausmacht, diese Untersuchung ist bei der Durchsicht des Rechnungsabchlusses der Elektrizitätswerke nur unter grossen Schwierigkeiten und auch da nicht sicher möglich, ergibt sich ein Resultat von 10 bis 12 Milliarden, eine Ziffer die sie dem Produktionsleben zurückgeben dem sie weitaus mehr durch die Wasserkraftabgabe und die Vorauszahlungen entnommen haben. Wenn man daneben noch den Antrag stellt, 10 Milliarden für die Unterstützung

von Armen die vielleicht durch Ihre Steuerpolitik arm geworden sind, so bleibt aus dem ganzen Neujahrswunder nichts übrig als ein grosser Bluff, ein Schauspiel in des Wortes schlimmster Bedeutung. Sie werden in der Sylvesternacht der Wiener Bevölkerung ein Lichtwunder zeigen und damit der Schaulust der Wiener in grosser Masse Rechnung tragen. Suchen da haben wir nicht einmal ein Prioritätsrecht darauf, denn das Rathaus ist wiederholt wenn auch aus anderen Anrechten beleuchtet worden. ^{Sie} werden aber durch dieses Lichtwunder nur die Augen blenden, die Ueberzeugung der Bevölkerung und ihr gesundes Urteil, dass Ihre Finanzpolitik eine voll wirtschaftliche verderbliche ist, wird in diesem Meer von Licht nicht untergehen, sondern wenn die elektrischen Lampen des Rathauses längst schon erloschen sind, wird diese Ueberzeugung mit wachsender Stärke weiter fort bestehen (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

überhaupt zuerst aus dieser Frage ein Politikum gemacht? Sie haben doch im Jahre 1923 die Frage des Mieterschutzes zur Wahlplattform gemacht. Sie haben erklärt, dass die Christlichsozialen den Mieterschutz abbauen wollen. Aber wo steht es denn geschrieben, dass ein Gesetz nicht geändert werden darf? Ist nicht jedes Gesetz so beschaffen, dass Änderungen getroffen werden müssen? Weichen einer sachlichen Diskussion über den Mieterschutz nicht aus und erst wenn Sie von der sachlichen Seite abweichen, gehen unsere Wege auseinander. Sie wissen, dass es heute in ganz Wien keinen Menschen mehr gibt, der nur den 150fachen Instandhaltungszins zahlt, sondern das vielfach ein 2000facher, 3000facher Zins entrichtet wird. Wozu also diese Unaufrichtigkeit, wozu diese Fiktion aufrecht erhalten? Wir haben nicht vom 6000fachen Zins zu reden, wie Sie immer behaupten, sondern davon, dass das Mietengesetz jene richtige Stellung erhält die notwendig ist. Es ist klar, dass die heutigen Zustände im Wohnungswesen unhaltbar sind, sagt manes aber, so gerät man gleich in den Verdacht, für die Hausherrn einzutreten. Redner bespricht eingehend die Anwendung des Anforderungsgesetzes, sowie die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien und sagt aus den vorliegenden Berichten des Wohnungsamtes geht klar hervor, dass der weitaus grösste Teil der für die Jahre 1923 und 1924 vorgesehenen Wohnungen nicht fertiggestellt worden ist, sondern erst im kommenden Jahre vollendet werden sollen. vom Referententisch möge endlich klipp und klar gesagt werden, welcher Rest vom Jahre 1924 noch aushaftet. Für den Wohnungsbau sind im Budget 908 Milliarden eingestellt und es sollen 10.000 Wohnungen geschaffen werden. Wir halten das für einen Bluff, weil die Versprechungen bezüglich des Ausmasses der neu herzustellenden Wohnungen bisher nicht eingehalten worden sind. Das ganze Wohnbauprogramm ist eine Lockspeise für die Massen, um sie an den Karren der herrschenden Partei zu spannen. Die Mehrheit sollte sich einmal mit der Minderheit zusammensetzen und ohne politische Einstellung leidenschaftslos beraten, ob in der Wohnungsfrage und in der Mieterschutzfrage nicht neue Methoden gesucht werden sollen, dann würden sich gewisse Mittel und Wege finden, zu einer Einigung zu gelangen. Aber die Sozialdemokraten kennen nur das eine Ziel, ihre politische Macht zu vergrössern und zu befestigen und unter solchen Umständen könne die Minderheit zu der Gemeindeverwaltung kein Vertrauen haben, sie müsse deshalb das Budget ablehnen.

G.R. Angermayer (chr.-soz.) bezeichnet das im Voranschlag ausgewiesene Defizit als ein Scheindefizit. Das könne man auf Grund der Erfahrungen behaupten, schon deshalb weil die Ausgabenseite künstlich erhöht worden sei. Die Steuerpolitik des Finanzreferenten sei unsozial und brutal, geeignet den Mittelstand und die erwerbenden Schichten zugrunde zu richten. Wenn an dieser Steuerpolitik festgehalten wird, kann vielleicht die Sanierung der Gemeinde Wien erreicht werden, sie wird schöne Häuser haben, aber die Privatwirtschaft wird zu Grunde gegangen sein. Dann werden auch Steuerermässigungen, wie die 12 5 Prozent beim Kraftstrom, die der Finanzreferent heute ankündigte, nichts mehr nützen weil die ruinierten Unternehmungen keinen Strom mehr brauchen werden. Wer ist daran schuld, dass der bodenständige Hausbesitz zum grossen Teil in die Hände polnischer Juden übergegangen ist? Niemand anderer als die sozialdemokratische Wohnungspolitik, weil dem Hausherrn unmöglich gemacht wurde sein letztes Spargut zu erhalten. Viele Leute mussten ihre Häuser verkaufen, weil sie als Hausbesitzer verhungert wären. Und noch im letzten Momente wurde ihnen der Hieb mit der Wertzuwachssteuer versetzt, eine Steuer die den Leuten die letzten Groschen herauspresst.

Wenn Stadtrat Breitner behauptet, dass die Gemeinde noch eine

freie und unabhängige Gemeinde ist, so vergesse er wenn er es zu danken habe. Wenn Dr. Seipel und seine Regierung nicht den Weg der Völkerbundanleihe gegangen wären, so wäre Breitner nicht im Stande gewesen aus der heimischen Bevölkerung die ungeheuren Steuern herauszupressen.

Es sei eine Undankbarkeit gegen Seipel zu behaupten, dass der Weg den er begangen hat nicht richtig sei.

G.R. Bermann (soz.-dem.) Aber schon sind 130.000 Menschen arbeitslos.

G.R. Angermayer Die Sanierung ist noch nicht vollendet.

G.R. Bermann: Fragen Sie die Arbeitslosen ob sie saniert sind.

G.R. Angermayer: So lange der Finanzreferent von seiner Steuerpolitik nicht abgehe die auch unsozial genannt werden müsse und sich nicht zum Grundsatz bequeme, dass die Steuern nur in dem Masse ausgeschrieben werden dürfen, als sie für die Hoheitsverwaltung notwendig sind und dass alle anderen Ausgaben die auf anderem Wege beschafft werden müssen, so lange werde Partei des Redners das Budget verweigern.

G.R. Dr. Plaschkes (jud. nat.) bespricht die Lage von Handel, Gewerbe und Industrie, die unter den wahnsinnig hohen Betriebskosten leiden. Die Gemeinde müsse billige Betriebskredite verschaffen. Die paar Milliarden der Zentralsparkasse seien da vollkommen ungenügend. Die Gemeinde solle ihre Kassenreserven für Handel, Gewerbe und Industrie zu denselben Bedingungen geben, wie sie sie den Privatbanken geben, und wenn es notwendig sei auch im Wege von Stundungen der Steuern. Es sei auch ein Fehler unserer Finanzpolitik, dass sie einseitig orientiert sei. Eine einseitige Orientierung sei es vom Gesichtspunkte der Konfession aus, oder vom sozialen Gesichtspunkte aus sei wirtschaftlich immer unmöglich. Entgegen dem Finanzreferenten der ihn als rechten Flügel der christlichsozialen Partei bezeichnet habe, behauptete Redner der linke Flügel der sozialdemokratischen Partei zu sein (Heiterkeit). Es sei gegen die marxistische Lehre und gegen das Erfurter Programm ein Budget von 4.3 Billionen zu zwei Drittel aus indirekten Steuern zu besetzen. Redner bespricht nunmehr die Wirkungen der Lustbarkeitsabgabe und der Wohnbausteuer. Es sei Zeit, eine Erhöhung des Mietzinses gesetzlich zuzugestehen wie sie ja in der Praxis bereits eingeführt sei, wenn auch der Schutz des Mieters beibehalten werden müsse. Redner fragt schliesslich den Personalreferenten wieviele Juden noch im städtischen Dienste angestellt sind und wieviele während der Verwaltung der Sozialdemokraten angestellt wurden.

G.R. Untermüller (chr.-soz.): Dafür gibt es mehr Juden unter den Mandataren. Das hat sich nur verschoben.

G.R. Dr. Plaschkes: behauptet, dass die letzten Juden, die sich aus der lueterischen Zeit herübergerettet haben jetzt pensioniert wurden obwohl sie noch dienstfähig waren. Das Gesuch eines jüdischen Tierarztes wurde sehr rasch erledigt, während die anderen eingelaufenen Gesuche eingehend geprüft wurden.

St.R. Speiser: Das alles ist unwahr!

G.R. Dr. Plaschkes bespricht nun die Frage der heimischen Optanten, die endlich gesetzlich geregelt werden soll. wünscht, dass allen ^{„Freien“} die den Arier Paragraphen haben keine Subvention der Gemeinde zukommen möge und schliesst mit der Erklärung, dass er als Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe und als Vertreter der Judenschaft gegen das Budget stimmen werde.

ist der Fall. Uebrigens haben sie vor 15 Jahren das selbe gesagt

G.R. Rummelhardt: Mit den Auswüchsen der Schulreform muss endlich gebrochen werden. Die Sozialdemokraten begnügen sich aber nicht damit auf die Volks- und Bürgerschulen ihren unheilvollen Einfluss auszuüben. Seit dem Salzburger Parteitag laufen sie auch gegen die Mittelschulen Sturm und nach ihrer bewerteten Praktik haben sie zuerst mit der Verfolgung der Mittelschullehrer begonnen. Redner bespricht den Selbstmord des Gymnasialrats Schwarz und erklärt, es sei festgestellt, dass die Professoren an diesem Selbstmord keine Schuld tragen. Der Stand der Mittelschullehrer ist eig. getreuer, wie es der Fall des Professors Gmeiner beweist, der gestern bei der Ver-zweier suchten Errettung Schüler vom Ertrinkungstode ums Leben gekommen ist. Solche Männer verdienen es nicht verfolgt zu werden. Ich hoffe, dass der gesamte Gemeinderat dem Professor Gmeiner das dankbarste Andenken bewahrt und dass wir ihn als einen treuen Helden der Pflichterfüllung hochhalten. Die Majorität möge ihren Einfluss auf die Schulverwaltung geltend machen, um eine Entpolitisierung der Schule herbeizuführen. Wir brauchen aufrechte charaktervolle Männer und eine Schule die ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllt. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sein werden, dann werden wir Ihnen die Anerkennung des Budgets nicht versagen.

G.R. Dr. Motzko (chr.-soz.) sagt es sei nicht Aufgabe der Gemeinde so viel als möglich an Steuern aus der Bevölkerung herauszuholen um dann eine Reihe von Werken zu schaffen, sondern die Nützlichkeiten und Notwendigkeiten zu erwägen mit Rücksicht auf das, was die Bevölkerung kann und was sie braucht. Die Erfüllung aller Verwaltungspolitik muss die Wohlfahrt der Bevölkerung bleiben. Die grossen Gebiete der Fürsorge einer Verwaltung sind Wirtschaftsförderung und Sozialpolitik. Die gegenwärtige Steuerpolitik der Gemeinde bedeutet eine Ueberlastung aller derer, die als Hauptträger des Gemeinwesens in Betracht kommen. Ein grosser Teil gerade derjenigen die von ihrer Arbeit leben, der Arbeiter- und Angestelltenschaft verliert ihre Existenz durch die Lähmung und Beschränkung des Wirtschaftslebens. Dadurch wird der Kreis derjenigen die einer Fürsorge bedürftig sind erweitert. Rednerin erinnert an den Antrag nach dem die Gemeinde eine Herabsetzung der Fürsorgeabgabe durchzuführen habe, wenn der Bund gewisse Bedingungen erfüllt. Diese Zusage sei nicht erfüllt worden und die Gemeinde habe zum Tagesproblem zur Brot- und Mehlerbilligung keinen aktiven und initiativen Schritt unternommen. Zur Hebung des Fremdenverkehrs seien etwas mehr als 2 Milliarden in den Voranschlag eingestellt, damit könne der Fremdenverkehr nicht wesentlich gehoben werden. Es sei aus dem Voranschlag nicht ersichtlich, ob die Gemeinde im kommenden Jahre der Wiener Messe mit hinreichenden Mitteln beispringen werde. Von der Errichtung eines Freihafens sei nicht mehr die Rede. Was die Leistungen der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Sozialpolitik betrifft, so habe sie kein Werk geschaffen, dass in eminentester Weise schöpferische Kraft zeige. Die Gemeinde laste für Fürsorgeaktionen Spesen auf die eigentlich sie selbst zu tragen habe. Vor allem habe aber die Sozialpolitik der Gemeindeverwaltung jenem Aufgabenkreise gegenüber versagt, der die Mitte zwischen Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege hält. So habe die Gemeinde für die Gruppe der Invaliden und Kriegerwitwen keine Mittel aus eigenen Geldern zur Verfügung gestellt. Sie habe keine Initiative ergriffen um der Arbeitslosigkeit praktisch und nützlich zu begegnen. Ihre diesbezüglichen sozialpolitischen Massnahmen bestanden nur darin einer Reihe von Stellen gerade im Fürsorgewesen

frei zu machen. Die Gemeinde hat die geistlichen Schwestern aus dem städtischen Diensten gewiesen. Bezüglich der Kleinrentner hat der Bund nie geleugnet, dass hier eine offene Schuldforderung besteht und ^{er} hat den Inhabern von Papieren die Hoffnung und die Möglichkeit offen gelassen, in besseren Zeitläuften die Schuld abzutragen, sie ganz oder teilweise zu valorisieren. Aber die Hetzpolitik die ein Herr Dr. Zalman in die Reihen der Kleinrentner getragen hat, hat vollständig übersehen, dass die Gemeinde ihre eigenen Schulden nicht befriedigt hat, trotz dem Billionenüberschusses in den Kassen. Den städtischen Kleinrentnern wurden die Papiere in entwerteten Gelde eingelöst, aber hier wurde keine Möglichkeit offen gelassen später einmal wenigstens teilweise eine Valorisierung vorzunehmen. Die Gemeinde hat nicht einmal das getan, was der Bund unternommen hat um die Not der Kleinrentner abzustellen. Bezeichnend sei auch die Stellung der Gemeinde in der offenen Fürsorge. Während es im Jahre 1913 46.000 Pfründner gab, werden heute nur an 31.000 Pfründner Erhaltsbeiträge abgegeben und die Erhaltsbeiträge seien keine nennenswerte Abhilfen. Und selbst von diesen Beiträgen hebe die Gemeinde Wohnbausteuer ein. Die Gemeindeverwaltung arbeite auf eine Komunalisierung der Anstaltsfürsorge hin. Aber die Caritas arbeite viel billiger als die öffentliche Fürsorge und hole mehr an Fürsorgeeffekt heraus. Unter dem Schlagwort von der Interkonfessionalität der freiwilligen Fürsorge sei die Caritas von der Kinderfürsorge ausgeschaltet worden. Während den konfessionellen Anstalten die magistratischen Kosten ^{kinder} entzogen wurden, dürfen die freimaurerische Humanitas, die sozialistische Organisation der Kinderfreunde und die Bereitschaft Kinder erziehen. Diese Massnahme ist nur getragen von einem Hass gegen die katholische Konfession. Rednerin bespricht schliesslich die Subventionspolitik der Gemeinde die den Erfolg habe, dass die Caritative Fürsorge völlig zurückgedrängt und dass die gesamte Organisation in einem Zwangsverbande für freiwillige Jugendfürsorge durchgeführt werde. Dies könne aber nicht Aufgabe einer Gemeinde sein. (Beifall bei den Parteigenossen).

G.R. Doppler (chr.-soz.): Wir haben heute aus den Ausführungen des Herrn Referenten entnommen, dass wir in einer wirklich grossen Sache viel gemeinsam haben. Es sind nämlich im Voranschlag 908 Milliarden Kronen für den Wohnhausbau enthalten. Auch wir meinen, dass öffentliche Körperschaften verpflichtet sind, hier helfend einzugreifen. Wir hätten es aber gerne gesehen, wenn diese Frage, die eine rein wirtschaftliche ist, nicht zu einer politischen gemacht worden wäre. Man hat behauptet, dass wir diese Frage politisch behandeln. Ich muss behaupten, dass gerade das Gegenteil der Fall ist. Wir haben uns immer bemüht, diese Frage losgelöst von aller Politik zu betrachten. Dafür kann ich eine Reihe von Beispielen anführen. Aber Sie haben keine Gelegenheit verüben lassen, ohne die politische Seite dieser Frage in den Vordergrund zu rücken. Bei der Behandlung des Rechnungsausschlusses im Gemeinderat habe ich festgestellt, dass es zu allen Zeiten in Wien Obdachlose gegeben hat, das aber die jetzige Obdachlosigkeit nicht zu verwechseln sei mit der der früheren Zeit. Ich habe gesagt, dass in einer Grossstadt immer Menschen sind, die sich nicht besonders bemühen ein ständiges Quartier zu erlangen. Das ist eine Tatsache, die in jeder Grossstadt anzutreffen ist. Aber was hat die Arbeiterzeitung aus dieser Rede gemacht? Sie hat alles umgedreht, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Arbeiterzeitung hat meines Ausführungen in gewissenloser, gemeiner und verläumderischer Weise gefälscht. Diese Fälschung wird geduldet und niemand sagt der Arbeiterzeitung, dass sie nicht Berichte aus einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderates so unläugend darf. Wer hat denn

Die Kraftwagen verkehren am goldenen Sonntag. „ Am goldenen Sonntag, (21. Dezember 1924) findet wie an Werktagen ein Kraftstellwagen - Tag - Verkehr statt. "

W I E N E R G E M E I N D E R A T
Nachmittagssitzung vom 19. Dezember 1924

Um vier Uhr nachmittags eröffnet Vizebürgermeister Hoss die Sitzung.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) sagt, dass noch selten ein Voranschlag der Gemeinde Wien so allgemeines Interesse erregt habe, wie der für das Jahr 1925. Nach dem Jubel wegen des Ueberschusses von nahezu 635 Milliarden im Rechnungsabschluss folgt aber jetzt die Ankündigung eines Difizits von einer Billion. Das versteht die Bevölkerung nicht, sie empfindet das als Spiegelfechterei oder als eine Art der Budgetierung die hier bereits als unredlich bezeichnet wurde. Die Mehrheit glaubt hier im Namen der Wiener Bevölkerung so Regieren und so Verwalten und ihr Machtbewusstsein geht soweit, dass sie in öffentlicher Gemeinderatsitzung einem Rechtsbruch ihre Zustimmung gegeben hat. Bei der letzten Wahl hat die heutige Mehrheit nur eine kleine Zahl von Stimmen erhalten, wenn man alle Wahlberechtigten in Betracht zieht. Dieser Umstand und dieser geringe Prozentsatz sollte Sie eher anfeuern, die grösste Unparteilichkeit in der Verwaltung dieser Stadt an den Tag zu legen. Obwohl Ihnen das bewusst sein muss, haben Sie hier auf Grund einer ganz eigenen Verfassung eine schrankenlose Partei-wirtschaft eingerichtet, die dazu beiträgt die Bevölkerung mit dem grössten Misstrauen zu erfüllen. Die Verfassung, die ^{Sie} sich zurecht gelegt haben, hat nur den Schein einer Demokratie. In Wirklichkeit ist sie eine Autokratie der acht amtsführenden Stadträte. Wer die Verhältnisse der Verwaltung dieser Stadt kennt, weiss genau, dass die Entscheidung nicht im Gemeinderat liegt, nicht in den Ausschüssen, sondern im Rat der acht amtsführenden Stadträte, im sogenannten Amtsrat. An diesem Amtsrat nimmt auch der Präsident des Stadtschulrates teil, der sich am Bürgerring eine eigene Sapatric errichtet hat. Auch der hat sich seine eigene Wirtschaft geschaffen, die deshalb so wichtig ist, weil sie unser Schulwesen betrifft. An diesem Amtsrat nimmt auch der Bürgermeister teil. Er ist eigentlich mehr zu einer repräsentativen Persönlichkeit geworden, gleichgiltig ob er Reumann oder Seitz heisst. Wer die Verfassung genau kennt, weiss, dass der Bürgermeister wenig machen kann und das scheint auch der Grund dafür zu sein, dass ihn die Bürgermeisterei nicht sehr freut, weil man ihn so selten im Gemeinderat und Stadtsenat sieht.

Wie sich die acht amtsführenden Stadträte räuspern und wie sie spucken, dass haben Ihnen die sozialdemokratischen Bezirksvorsteher glücklich abgeguckt. In vielen Bezirken wurde eine reine Parteiwirtschaft errichtet. Dies ist vor allem in der Brigittenau der Fall, wo der Herr Janecek die Personifikation der Brutalität verkörpert. Es ist kein streng gehütetes Geheimnis dass er auch den Winken der oberen Parteileute nicht nachgibt und ein derart rüde Mensch ist, der glaubt tun und machen zu können, was er will.

Auch die Obmänner Ihrer Fürsorgeinstitute in einzelnen Bezirken betätigen sich nur rein parteimässig. Ich möchte da an den Vortrag des früheren Bundeskanzlers Dr. Seipel erinnern, der gesagt hat, wenn ein Politiker, gleichgiltig welcher Partei er angehört, ein Amt übernimmt, dann muss er dieses Amt unparteiisch und zum Wohle der Be-

völkerung ausüben. Ich verweise da auf den sozialdemokratischen Bürgermeister von München, an dem Sie sich endlich ein Beispiel nehmen sollten. Der Mann hat wiederholt erklärt, dass er täglich gezwungen ist, die Parteigrundsätze zurückzustellen, um die Stadt ordentlich verwalten zu können.

Ihre parteimässige Verwaltung zeigt sich auch bei der Behandlung jener Faktoren, die Sie in der Verwaltung als Beamte zu unterstützen haben. Das Beamtendorf der Stadt Wien war von A bis Z derart beschaffen, dass jeder den Hut ziehen musste, bis Sie an die Herrschaft gekommen sind. Sie haben dem Verband der städtischen Angestellten gegründet, der sich Rechte anmasset, die nur ein Pflichtverband haben könnte. Das war solange moralisch möglich, solange der Verband jene Zusammensetzung hatte, als zur Zeit der Schaffung der Dienstordnung. Später setzte in den Reihen des Verbandes eine parteipolitische Agitation ein, der Verband näherte sich immer mehr den sogenannten sozialistischen Gewerkschaften und schloss sich endlich ganz der roten Gewerkschaft an. Das war für viele Mitglieder der Anlass zum Austritt. Sie wurden deswegen versetzt, geschuhriegt und bei Avancements übergangen, ein christlichgesinnter Schulwart wurde derart verfolgt, dass er aus Verzweiflung Selbstmord verübte. Selbst die höchste Stelle im Personalreferat achtet nicht die politische Meinungsfreiheit der Beamten. Der frühere Branddirektor Schifter wurde auf Urlaub geschickt weil er eine Deputation christlicher Feuerwehrmänner empfangen hat, dieser Urlaub dauerte eineinhalb Jahre und erst vor vierzehn Tagen ist er pensioniert worden. Redner verlangt, dass das Gesetz über die Personalvertretungen abgeändert werde, dahin, dass die Mitglieder nach den Proporz durch allgemeine gleiche und gerechte Wahl in die Personalvertretung entsendet werden. Der Magistrat möge beauftragt werden, diese Abänderung im Einvernehmen mit den Gewerkschaften auszuarbeiten. Desgleichen wäre in der Abänderungsvorlage die Bestimmung über den Disziplinarsenat zu modifizieren, und die direkte Wahl der Mitglieder des Disziplinarsenats zu statuieren. Redner zählt eine Reihe von Fällen auf, wonach städtische Angestellte wegen ihrer Gesinnung drangsaliert und diszipliniert worden seien und erklärt, es sei unrichtig, dass unter der christlichsozialen Herrschaft Lehrer wegen ihrer sozialistischen oder deutschnationalen Gesinnung gemassregelt wurden. Man habe nur solche Lehrer angestellt, die sich offen als Republikaner und Grossdeutsche deklarierten, weil das mit der damaligen monarchistischen Staatsform nicht vereinbarlich war. Jetzt aber werden Lehrer wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt, auch deswegen, weil sie sich auf dem Boden des Reichsvolksschulgesetzes stellen, die Kinder sittlich religiös erziehen und sie auffordern ihre religiösen Pflichten zu erfüllen, weil sie vernünftiger sind in der Behandlung der Kindesseele als es die Schulbehörde ist. Ganz gegen das Gesetz werden von der heutigen Schulverwaltung konfessionslose Schulleiter angestellt, manchen Kindern Zeugnisse ohne Religionsnoten verabfolgt, wodurch diese Kinder in ihrem Fortkommen schwer behindert werden. Die Religionsfeindliche Haltung der Mehrheit drücke sich in der Tatsache aus, dass 21 Bürgerschulkatechetenstellen seit eineinhalb Jahren nicht besetzt werden, ein Willkürakt sondergleichen. Das Bestreben ziele darauf ab, die Kinder religionslos zu erziehen. Darüber seien die Eltern derart erbittert, dass sie immer stürmischer ein eigenes Gesetz fordern, wonach die Erziehung der Kinder durch katholische Lehrer gesichert werde. Die Schulreform hat bei vielen Kindern eine arge Verspieltheit und Geschwätzigkeit gezeitigt und allgemein geht die Frage dahin, dass viele in die Mittelschulen eintretenden Kinder nur mangelhaft die Orthographie beherrschen.

G.R.in. Dr. Furtmüller (soz. dem.) : Genau das Gegenteil

Wien, Freitag den 19. Dezember 1924.

WIENER - GEMEINDERAT .

Der Gemeinderat begann heute um neun Uhr vormittags mit der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1925.

Vor Beginn der Verhandlung hielt Bürgermeister Seitz der kürzlich verstorbenen Gemeinderätin Amalia Pölzer, deren Platz ein Lorbeerkrantz mit roter Schleife schmückte, folgenden Nachruf:

Der Wiener Gemeinderat und die Stadt Wien haben durch das Hinscheiden unserer Kollegin Frau Gemeinderätin Amalia Pölzer einen schweren Verlust erlitten.

Amalia Pölzer ist seit Jahrzehnten im öffentlichen Leben Wiens gestanden. In dem Augenblick als eine der grössten Errungenschaften der Republik unter Demokratie erzielt war, das Frauenwahlrecht, war es ganz selbstverständlich, dass diese Frau zu den ersten zählte die in den Gemeinderat der Stadt berufen wurde. Sie hat sich hier vor allem mit den Fragen der Humanitätsverwaltung beschäftigt und hat auf diesem Gebiet Grosses geleistet. Hatte sie doch schon durch ihre Vorarbeiten im öffentlichen Leben insbesondere in der Zeit des Krieges die hierzu notwendigen Erfahrungen geschöpft. Ihr gutes Herz, ihr Wohlwollen, die Liebe die sie jedem, gleichgültig ob Freund und Gesinnungsgenosse oder Gegner entgegenbrachte, prädestinierten sie ja geradezu für dieses Amt. Amalia Pölzer hat Jahrzehnte hindurch für das Frauenwahlrecht und für die Frauenrechte gekämpft. Als sie aber in den Gemeinderat eintrat, tat sie mehr für diese Frauenrechte. Es sprach nicht mehr das Wort, es sprach die Tat. gehörte zu jenen Frauen, die ihre Arbeit in den öffentlichen Körperschaften erst recht den grossen Gedanken des Frauenstimmrechts in den Gehirnen unserer Verankerung, die bis dahin vielleicht gegen das Frauenwahlrecht waren Sie gehörte zu jenen Frauen, die durch die praktische Tat den Beweis erbracht haben, dass wir ohne die Frauen im öffentlichen Leben nicht wirksam schalten und walten können. Amalia Pölzer war unsere Kollegin und ich spreche wohl im Sinne des ganzen Gemeinderates, wenn ich sage, die war unsere liebe und von allen geschätzte Kollegin, eine Frau, die vor allem durch ihr liebenswürdiges Wesen gewann und durch das Wohlwollen das aus allen ihren Handlungen und aus jedem ihrer Worte erfluss. Der Gemeinderat wird dieser Frau stets ein ehrendes Andenken bewahren, sie wird in uns und in unserem Gedächtnis fortleben, wie wir sie gesehen haben, : Eine liebende, aufopfernde Mutter und Gattin, eine treue Gefährtin bei der Arbeit, eine echte Wienerin von gutem Herzen und lebhaftem Sinn und voll Tatkraft im Wirken für ihre Vaterstadt.

Dieser Nachruf wurde von den Mitgliedern des Gemeinderates stehend angehört.

Bürgermeister Seitz macht nun einige geschäftliche Mitteilungen, worauf der städtische Finanzreferent die Beratungen des Voranschlages einleitet.

Stadtrat Breitner führt aus:

Ich habe im Vorjahre die Budgetdebatte mit einer Rede eingeleitet in der ich darlegte, dass es ein schwerer Fehler wäre nur völlig einsei-

tig, wie dies seitens des Bundes der Fall sei das finanzielle Gleichgewicht des öffentlichen Haushaltes anzustreben und das Problem der sonstigen Wirtschaft gant auferacht zu lassen. Damals schied der Himmel noch

voller Geigen zu hängen. Die Fülle von Banken- und Bankgeschäften, die hohen Börsenkurse galten als der Beweis blühender Gesundheit unseres Wirtschaftslebens. Seiher hat ein in der Finanzgeschichte vereinzelt dastehender Börsen- und Bankenkrach, haben die in Gefolge der zusammengebrochenen Frankenspekulationen ins Ausland gewanderten Milliarden eine schwere Vertrauens- und Creditkrise heraufbeschworen, unter der Industrie, Gewerbe und Handel und damit die Arbeiter und Angestellten schwer zu leiden haben. Jetzt erst tritt so eigentlich die künstlich verschleiert gewesene große Verarmung unseres Landes zutage. Dieses Erkennen wirkt erschütternd. Die Menschen müssen sich erst neu dieser Tatsache anpassen, die ihnen in den November tagen 1918 weit klarer vor Augen stand. Die Gemeindeverwaltung ist sich des unlöslichen Zusammenhanges zwischen dem Wohlergehen öffentlicher und privater Wirtschaft durchaus bewußt und hat ihre eigene Haushaltsführung auch darnach eingerichtet. Das kann natürlich nicht bedeuten, dass die Gemeinde einfach auf alle Steuern verzichtet um sie dem einzelnen Abgabepflichtigen zu überlassen, voll des Vertrauens, dass er schon die volkswirtschaftlichste und nützlichste Verwendung treffen werde. Wir haben gesehen, wie oft dies nicht geschehen ist. Wir haben erlebt wie die meisten Inflationsgewinne im Gegensatz zu dem, was in Deutschland geschehen ist, nicht zu großzügigen die Leistungsfähigkeit erhöhenden Investitionen geführt hat, sondern vielfach in Nichts zerfallen und ins Ausland abgeströmt sind. Von den Steuern der Gemeinde ist der Volkswirtschaft keine Krone verloren gegangen. In Form der dem Großstadtcharakter verbürgenden Einrichtungen aller Art, in Form der seit 1919 unausgesetzt erweiterten und auf die höchste Stufe der Leistungsfähigkeit gebrachten städtischen Unternehmungen sind alle die vereinnahmten Beträge in Goldwerten fest gehalten und zum Nutzen der Bevölkerung vorhanden. Wir können und dürfen uns nicht darauf einlassen, wie man es jetzt der Gemeindeverwaltung von Seite der Minderheit so gerne zumuten möchte uns auf das möglichst enge abgegrenzte Gebiet der rein obrigkeitlichen Agenden einzuschränken, jeder darüber hinausgehenden Betätigung zu entsagen, alles der privaten Initiative überantworten und uns dafür mit dem kärglichsten Minimum an Angaben zu begnügen. Der Bund hat sich durch Genf auf diesen Weg zwingen lassen. Er darf nicht einmal die tatsächlich vorhandenen Gelder selbst für die produktivsten Investitionen verwenden, weil die Höhe der Ausgaben von vorneherein starr mit einer unzulänglichen Summe begrenzt ist. Jedermann sieht und insbesondere im Vergleich mit ^{Wien} dass nach dieser Methode ein fürliches Verdorren eintritt. Nun möchte die Minderheit in diesem Saale die Mehrheit des Nationalrates aus dieser Not eine Tugend machen. Sie will der ihr so unangenehmen Parallele entgehen und propagiert, dass nun auch alle öffentlichen Verwaltungen, vor allem Wien den gleichen Weg gehen sollen. Auf diese Weise wird die Krise gewisse nicht überwunden, sondern nur der Zusammenbruch herbeigeführt werden. Ich bin in der angenehmen Lage dies an einem vollkommen überzeugenden Beispiel zu beweisen. gleichzeitig damit als die beste Einleitung zu diesem Voranschlage kann ich der ganzen Wiener Bevölkerung eine hochehrfreuliche Mitteilung machen.

S
Lambert

Zweiter Bogen

Das Opponitzer Wasserkraftwerk ist nach dreijähriger Bautätigkeit beendet. Die Maschinen sind bereits in Ausprobung für den Anlauf. Schon in den nächsten Tagen wird der Wasserkraftstrom in Wien eintreffen. In der Silvesternacht wird bereits eine ganze Reihe von Wiener Straßen zum erstenmal in elektrischer Beleuchtung erstrahlen. In der Abendstunden des Neujahrstages wird eine festliche Illumination des Rathauses dieses frohe Ereignis sinnfällig verkünden. Das sind die äußeren Zeichen für die Gesamtwirtschaft aber dieses Landes liegt die große Bedeutung darin, daß wir von nun an 7.500 Waagen Kohle, die wir bisher aus der Tschechoslowakei beziehen mußten, aus einem früher nutzlos dahinschwindenden Wasserlauf gewinnen. Wir ersparen es also, alljährlich Dutzende Milliarden ins Ausland zu senden. Diese Beträge bleiben bei uns und wir werden um sie nicht ärmern. Das ist schon sehr viel aber noch nicht alles. Vom 1. Jänner angefangen werden die städtischen Elektrizitätswerke sämtlichen Kraftabnehmern im Wiener Stadtgebiet, unter voller Aufrechterhaltung aller bisherigen Rabatte ganz allgemein und ausnahmslos einen Nachlaß von zwölf einhalb Prozent des offiziellen Kraftstrompreises gewähren. Für die gesamte Wiener Industrie, für das ganze Wiener Gewerbe, für jedweden Betrieb, der Kraftstrom verbraucht, tritt also eine Ermäßigung um ein volles Achtel ein. Das ist einer der vielen Beiträge der Gemeinde Wien zur Bekämpfung der Teuerung, zur Belebung der Wirtschaft, zur Überwindung der Krise. Wir verzichten auf Enquêtes, wir setzen die Tat. (Beifall)

Und wie ist das möglich geworden? Wie ist das Opponitzerkraftwerk zustande gekommen? Etwa durch die vielgerühmte und alles heilende Privatinitiative? Gar keine Spur! Und dabei haben wir dieser Privatinitiative den breitesten Raum gelassen, wir haben sie in der feierlichsten Form der Teilhaberschaft zur Mitarbeit eingeladen.

Als im September 1921 die Wag gegründet wurde, sind durch einstimmigen Beschluss des Wiener Gemeinderates die österreichischen Banken zur Hälfte Aktionäre der Wag geworden. Es sollte auf diese Weise die stärkste Kapitalkraft des Landes für das in trübster Zeit begonnene Aufbauwerk gesichert werden. Hätten wir uns nur auf diese Privatinitiative verlassen müssen, dann käme kein Opponitzerstrom nach Wien, dann gäbe es keine Herabsetzung des Kraftpreises um ein Achtel, dann wären die Arbeiten schon im Frühjahr 1922 ins Stocken geraten, weil Kapital für dieses grosse und so nützliche Werk einfach nicht zu haben war. Vielleicht zu dem Satz von vierzig Prozent jährlich, der dann die Wirkung gehabt hätte, dass der Tag des Eintreffens des Wasserkraftstromes ein Tag neuer und schwerer Belastung für die Wiener Bevölkerung geworden wäre. Wir müßten dann die Mitteilung machen, dass die Strompreise aus diesem Anlass zu mindest um ein Viertel hinaufgesetzt werden. Wir haben uns nicht entmutigen lassen, sondern im Jahre 1922 die Wasserkraft eingeführt und mit ihrem Erlös unter Bevorschussung der künftigen Einnahmen der Wasserkraftabgabe durch die Gemeinde das Werk zu Ende geführt. Bei der Wag gibt es keine Aktionäre, die an einem hohen Strompreis Interesse haben könnten, alle Aktien gehören der Gemeinde. Bei der Wag gibt es keine ausländischen Darlehen und nicht die Nötigung, für einen hohen Zinsendienst aufzukommen und es

dem nicht alljährlich Dutzende Milliarden in Form der eingelösten Coupons in Ausland und steigern die Verarmung unseres Landes. Wir sind vielmehr in der glücklichen Lage, jene fünfzig Milliarden Kronen, die bis Ende 1924 als Wasserkraftabgabe eingegangen sind und die also die Wiener Bevölkerung aus eigener Kraft und in Form von wenig fühlbaren Monatszuschlägen zu den Gas- und Stromrechnungen aufgebracht hat, als eine Art ausserordentliche Abschreibung zu betrachten und vollkommen zinsfrei zu lassen. Die Gemeinde selbst kann sich für jene 350 Milliarden Kronen, die sie der Wag als Darlehen gegeben hat, natürlich mit weit geringeren Zinsen begnügen als sie von in- oder ausländischen Banken gefordert werden. Die Wasserkraftabgabe des Jahres 1925 wird in der gleichen Weise zur teilweisen Deckung der Arbeiten am Wasserkraftwerke Kienberg-Gaming dienen, für das noch rund hundert Milliarden erforderlich sind. So wird auch in den folgenden Jahren immer wieder ein Teil des Anlagekapitales getilgt werden und dann die Möglichkeit einer Verbilligung des Stromes geboten sein. Sie sehen also, dass die Privatinitiative keineswegs genügt. Es ist vielmehr die vorwärtstreibende Initiative der öffentlichen Verwaltung notwendig und plastisch tritt damit auch der durch die vielverlästerten Gemeindeabgaben entstehende Vorteil in Erscheinung.

Stadtrat Breitner erörterte sodann den Aufbau und die Hauptgruppen des Budgets, erklärte, daß die Gemeinde keiner neuen Abgabenteilung mehr zustimmen, vielmehr die Wiedererlangung ihrer alten Zuschlagsrechte sei es auch innerhalb von Rahmengesetzen - anstreben werde und führt aus: Die Wohnhausbauten sind mit der großen Summe von 908 Millionen eingesetzt und geben in einem starken Maße dem voranzuhenden Gepräge. Es entspricht dies der Tatsache, daß die Wohnungsfrage in der ganzen Welt, vor allem anderen aber bei uns eines der allerwichtigsten Probleme darstellt. Für uns mit höherer Bedeutung als sonstwo. Es ist ganz und gar unrichtig, wenn die Frage des Mieterschutzes, wie dies seitens der Minderheit geschieht, als eine politische Angelegenheit, als der Versuch der Sozialisierung der Wiener Häuser, betrachtet wird. Hier handelt es sich um eine Wirtschaftsfrage. Es ist lediglich zu untersuchen, ob unsere Produktion in der Lage ist, jene Erhöhung der Mietzinse zunächst auf das Sechstausendfache zu ertragen, wie sie von den Christlichsozialen im Nationalrat vorgeschlagen wird. Diese Steigerung würde ja nur die erste Stufe auf dem Wege zur freien Wirtschaft im Wohnungswesen bilden. Man halte sich bloß vor Augen, in welchen Sorgen und Nöten der Bund, der größte öffentliche Arbeitgeber in diesem Lande sich gegenüber den Wünschen seiner Angestellten befindet. Man kann nun erassen, was es bedeuten würde, wenn alle diese Angestellten den sechstausendfachen Friedenszins zu zahlen hätten. Das Gleiche gilt für Wien, gilt für alle anderen Länder und Gemeinden, gilt für jeden einzelnen Geschäftsmann, gilt für jedweden Haushalt. Der sechstausendfache Friedenszins würde besagen, daß aus der Wiener Bevölkerung rund 2.800 Milliarden herausgeholt werden sollten. Und das zugunsten der Hausbesitzer, von denen mehr als ein Drittel Ausländer sind, so daß der größte Teil

V i e r t e r B o g e n

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erklärt, dass er im Gegensatz zum Referenten in dessen Ausführungen der Bund einen breiten Platz eingenommen haben, sich mehr mit der Gemeindegewirtschaft und weniger mit dem Bund befassen wolle. Gewiss besteht zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres 1924 und denen des Jahres 1923 ein gewaltiger Unterschied wobei man allerdings für die Spekulationswut der wirklich niederträchtigen Spekulanten, die im Auslande Devisen spekuliert haben niemand verantwortlich machen kann. Nur eines ist richtig, dass das auch mit zu den Errungenschaften jener Revolution gehört hat, die sie Jahrzehnte hindurch gewünscht und mit hellem Jubel begrüsst haben (Zustimmung bei den christlich-sozialen). Der Voranschlag für das Jahr 1925 hat gar keine Ueberraschungen gebracht. Wir sehen wirklich so gewaltige Veränderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen, da müsste man ihnen von Seiten der Gemeinde Rechnung tragen. Nun wollen wir dieses System Breitner- es ist nicht persönlich gemeint- genau untersuchen. Es ist ein System der Unaufrichtigkeit und der Unrichtigkeit der Voranschläge, ein System der Rechtswidrigkeiten und Rechtsbeugungen, ein System der kontrollosen Wirtschaft und der Thesaurierung geheimer Kassenbestände, ein System der Vergewaltigung der Minderheit, ein System der Verletzung allgemein gültiger Finanzwirtschaftlicher Richtlinien, ein System der Uebersteuerung und der Maskierung dieser Tatsachen, mit demagogischen Schlagworten, ein System der Entwertung und damit der langsamen Vernichtung des Mittelstandes. Was in diesen sieben Kapiteln zusammengefasst ist, ist das System Breitner, das System der Unaufrichtigkeit und Unrichtigkeit. In Ihren Voranschlägen setzen Sie die Einnahmen beliebig niedrig an und sind dafür in Ausgaben grosszügig. Im Vorschlage 1924 war die Fürsorgeabgabe mit 350 Milliarden veranschlagt und wurde erst über unsern energischen Einspruch im Laufe der Debatte mit 450 Milliarden festgesetzt. Ergeben hat aber die Fürsorgeabgabe 600 Milliarden. Das gleiche gilt bezüglich der präliminierten und den wirklichen Lustbarkeits-, Nahrungs- und Genussmittel-, der Wertzuwachs- und der Hauspersonalabgabe. Der Voranschlag für 1925 enthält allerdings die wirklichen Ziffern, die wir als die Binzusetzenden ohneweiters anerkennen. Da werden aber die Ausgaben schon überspannt eingestellt. Wenn Herr Breitner schon gezwungen ist, die Einnahmeposten richtig einzusetzen, so setzt er die Ausgaben höher ein und so kommt man zu dem berühmten Defizit. Denn ein Defizit muss da sein. Im Finanzausschuss wurde berichtet, dass der erste Entwurf 5.4 Billionen an Ausgaben vorgesehen hat. Herr Breitner hat gemeint, man müsse da eine 200%ige Erhöhung der Steuern vornehmen, und das sei unmöglich, es würden viele Betriebe zusammenbrechen. Herr Breitner war nun der Wohltäter und hat die geplanten Ausgaben auf 4.2 Billionen herabgedrückt. Das Investitionsprogramm gleicht dem Programme gewisser Wohltätigkeitsakademien auf denen eine Reihe von prominenten Künstlern angekündigt wird, die dann alle absagen. Als die drei grossen Notstandsprogramme der Gemeinde vorgelegt wurden, hat Dr. Seipel in einer seiner Wahlreden von der Teerkiste gesprochen die an einer Stelle aufgestellt und dann auf eine andere Stelle übertragen wird. Das hat das Konzept Ihrer Wahlpropaganda gestört.

Stadtrat Breitner : Er hat sich nur plamiert ?

G.R. Zimmerl : Aus den Teerkisten sind grosse Wohnhausbauten geworden, man hat zehn Wohnhausbauten angekündigt, vier gemacht und die sechs nicht vollendeten/zu den Wohnhausbauten des nächsten Jahres dazu gerechnet. Ebenso ist es mit den Krediten der Elektrifizierung der Stadtbahn gewesen, für die man in jedem Jahre die bereits bedeckten Kredite nach einmal be-

deckt hat. Daraus resultieren Ihre Kassenbestände, daraus ergibt sich die Grösse Ihrer Investitionen. Jetzt das System der Rechtswidrigkeiten und Rechtsbeugungen. Schon die verfassungsmässigen Grundlagen Ihrer Verwaltung sind eine Unmöglichkeit. Dass das Entscheidungsrecht einzelnen Personen in erster und zweiter Instanz zusteht, ist ein unmögliches Verhältnis. Da wurden neue Gemeinden wie Neu Ybbs und Neu Mauerbach geschaffen, man weiss nicht wer sie geschaffen hat und zu wessen Gunsten Sie dürften aus wahltechnischen Gründen geschaffen worden sein und alle Massnahmen, die aus wahltechnischen Gründen getroffen werden, sind Unsinn. Nun steht der Eintritt in jede Gemeinde jedem Staatsbürger offen. Wenn man also in die Gemeinden Neu Mauerbach kommt, darf man hinein, wenn man aber in die Anstalt hineingehen will, wird man hinausgewiesen.

Stadtrat Breitner : Da müssen Sie sich an den Dr. Buresch wenden.

G.R. Zimmerl : Es gibt in Steuerangelegenheiten eine Beschwerdekommision, hier führt der Magistratsdirektor das Referat über eine Entscheidung jenes Amtes, dem er vorsteht. Als wir zum Beispiel das Gesetz über die Fürsorgeabgabe beraten haben, wurde sowohl von der Mehrheit als auch von der Minderheit versucht für einzelne Gesellschaften und Genossenschaften Erleichterungen zu erlangen. Dies wurde auf Wunsch des Finanzreferenten abgelehnt. Auf einmal hat man durch Zufall erfahren, dass die Konsumvereine von der Leistung der Fürsorgeabgabe befreit worden sind, ein grosser Konsumverein hat gegen die Vorschreibung reklamiert, die Beschwerdekommision hatte darüber zu entscheiden und der Magistratsdirektor, der bei allen Verhandlungen anwesend war und die Absichten der Gesetzgeber genau kannte, ist als Referent in der Beschwerdekommision für die Befreiung der Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe eingetreten (Hört!hört!bei den Parteigenossen) in der letzten Zeit wurde viel über die Veröffentlichung der Steuerdaten gesprochen und Herr Breitner hat in seiner Verteidigungsrede mit einem bissigen Hinweis auf uns, die wir von Gesetzen sprechen obgleich wir Leien sind, erklärt, auf das juristische lasse er sich nicht ein. Wir haben im Landtag und im Gemeinderat einen einzigen Juristen.

StR. Breitner : Dr. Danneberg !

G.R. Zimmerl : Wenn einer der obersten Funktionäre dieses Hauses erklärt er sei Leie und kann nicht beurteilen, was recht ist, so kann man darauf erwidern, dass Recht und Gesetz hier unbekante Begriffe sind (Sehr gut bei den Parteigenossen). Nun das dritte Kapitel im System Breitner, die kontrollose Wirtschaft und die Thesaurierung ungeheurer Kassenbestände. Wenn es eine verwaltende Mehrheit und eine kontrollierende Minderheit im Stadtsenat gibt, so muss man für diese die Möglichkeit der Kontrolle festsetzen, die Minderheit muss im Rahmen der Möglichkeit der Verfassungsvorschriften das Recht zu bestimmen haben, wie sie die Kontrollmassnahmen durchführen will. Nun darf die Minderheit unausgesetzt Zuschusskredite bewilligen aber wie hoch die Kassenbestände sind, darüber erhält man nie eine Auskunft. Früher hat man uns Mitteilungen über die Steuereingänge verheimlicht, dann hat man sie vertraulich mitgeteilt und heute sind sie nicht mehr vertraulich und werden der gesamten Öffentlichkeit kund getan. Im Laufe des Jahres hat Herr Breitner wiederholt erklärt, dass die Kassenbestände auf Grund des Voranschlages des Jahres 1924 aufgebraucht worden sind aber man kann sich die Kassenbestände aus dem Voranschlage ausrechnen und ruhig behaupten, dass am 31. Dezember wieder eine Billion an Kassenbeständen dasein wird. Das Defizit das Herr Breitner für das Jahr 1925 mit über 900 Milliarden berechnet deckt er aus den Kassenbeständen.

Es steht im Voranschlag, dass 402 Milliarden durch die Aufnahme von Bankkrediten gedeckt werden sollen. Das ist ein Spass. Herr Breitner hat die 900 Milliarden bereits in seiner Kassa. Das geht noch aus anderen Posten hervor, da aus der Post „Nutzung verfügbarer Kassenbestände“ die im Jahre 1925 ⁹⁰⁰ Milliarden tragen soll. Da die Banken nicht viel mehr als 10% zahlen werden, so ergibt sich daraus ein Kassenbestand von einer Billion Kronen. Wie diese vorhandene Billion verwaltet wird, darüber wird uns jede Auskunft verweigert. Aber so hohe Kassenbestände sind nicht notwendig. Die Kassenbestände sind nie so hoch gehalten worden und wenn sie so hoch waren so waren das andere Verhältnisse. Es ist tatsächlich der Geschicklichkeit Breitners zu verdanken, dass unsere Abgaben so eingestellt sind, dass sie vierzehntägig und monatlich, manche sogar täglich bezahlt werden. Auch die städtischen Unternehmungen die niemandem Kredit gewähren, sind nur Kassengeschäfte und liefern tägliche Einnahmen. Wir stehen noch immer in einer entsetzlichen Wirtschaftskrise. Wenn Breitner in dieser Frage mit sich reden liesse, so würde es volkswirtschaftlich wohlthätig wirken, wenn man zum Beispiel die Fürsorgeabgabe nicht um 3/16 sondern um etwas mehr ermässigt hätte, sodass 100 Milliarden auf eine Reihe von Betrieben verteilt würden. Aber Herr Breitner will, dass er nur allein grössere Investitionen macht. Ueber die Verwendung dieser ungeheuren Kassenbestände die ein Drittel unserer Ausgaben ausmachen, verfügt Herr Breitner nach seinem Belieben und nach Beratung mit Leuten, die ausserhalb des Hauses stehen. Dass diese Billion der Volkswirtschaft in der heutigen Zeit entzogen wird, ist eine Verantwortlichkeit, von der man sagen darf, dass neben der Frankenspekulation und neben den Leuten die unser Ansehen im Ausland so ausserordentlich schädigen auf die Anklagebank auch Breitner hingehört (Beifall bei den Parteilgenossen). Die Mitarbeit ^{der} Minderheit. Wo sind die schönen Zeiten von der Demokratisierung der Verwaltung, wo an jeden einzelnen Funktionär die Einladung zur Mitarbeit erging. Wir haben den Eindruck, dass ^{sie} hier kein Zusammenarbeiten, kein Nebeneinanderarbeiten wünschen, es besteht eine Parteidiktatur, deren obersten Exponenten Herr Breitner ist. Wir kommen langsam zur Ueberzeugung, dass es für uns in diesem Saale keinen Sinn und Zweck hat einen Antrag zu stellen, weil er auf jeden Fall zurückgewiesen wird.

Nächstes Kapitel: Verletzung allgemein gültiger finanzpolitischer Richtlinien. Der oberste Grundsatz ist und bleibt, dass Steuern nur insoweit vorgeschrieben und eingehoben werden dürfen, als sie zur laufenden ^{Gebahrung} notwendig sind. Investitionen, Wohnhausbauten, Aktienerwerbungen sind aus Krediten oder Anleihen zu decken. Im Voranschlag erklärt Breitner, Bankkredite im Betrage von 402 ^{Milliarden} in Anspruch nehmen zu wollen. Nun, das ist unrichtig, das ist eine rein steuertechnische Massnahme, durch die den städtischen Unternehmungen ein paar Milliarden Erwerbsteuern ^{erspart} werden sollen, die übrigens dem Bunde auch sehr zu gute kommen würden. Redner beschäftigt sich eingehend mit den einzelnen Angaben und bemerkt, dass die Bilanzmäzchen, die sich der Referent leistet kein Kaikaufmann sich beschaffen würde. Es wurde ein Kontrollamt eingesetzt, aber eine wirkliche Kontrolle ist der Opposition verweigert. Am besten wäre die Schaffung eines Finanzkontrollausschusses, wie er im Niederösterreichischen Landtag besteht.

St.R. Breitner dazwischenrufend: Dem Zimmermann könnte man das übertragen, er hat schon eine Kontrolle. Das wäre eine Idee.

G.R. Zimmerl: Niemand ruft nach dem Kontrollor Zimmermann. Wenn dessen Kontrolle über das Ausmass des ursprünglichen Planes gegangen ist, so trägt hierfür allein die sozialdemokratische Partei die Verantwortung (Beifall bei der Opposition). Der Referent behauptet bei jeder Gelegenheit, wenn über die Steuermassnahmen gesprochen wird, es handle sich lediglich um die Besteuerung der besitzenden Klassen. Mit diesem Schlagwort muss endlich einmal gründlich aufgeräumt werden. Die Grundsteuer des Landes Wien trifft hauptsächlich die kleinen Besitzer, die Wohnbausteuer vielfach die breiten Massen der Bevölkerung, bei der Lustbarkeitsabgabe macht man keine Unterschiede, wohl gut die Hälfte müssen die Arbeiter- und Beamtenschaft und die Kleingewerbetreibenden tragen; Und will man etwa die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, welche 2000 Betriebe entrichten müssen, die Fremdenzimmerabgabe als reine Luxussteuer bezeichnen? Auch die Wertzuwachsabgabe verdient diesen Titel nicht, denn sie trifft in der Mehrzahl jene armen Menschen, die aus dem Zusammenbruch das Letzte gerettet haben. Wenn man alle diese Steuergattungen betrachtet und ihre Erträge prüft, so gelangt man zu dem Schluss, dass von den 1400 Milliarden Steuererträgen, welche für das Jahr 1925 veranschlagt sind, im ganzen 172 Milliarden von den Besitzenden getragen werden. Also nur 5 Prozent aller Einnahmen holt das Talent Breitners aus den reichen Ständen heraus. Es wird die Allgemeinheit belastet, in der Hauptsache die produzierenden Stände. Das alles zusammen macht das System Breitner aus, es ist sozialistisch, kommunalpolitisch, in gewissem Sinne Bankenfeindlich, aber auch bankenfreundlich, ein Durcheinander von Methoden, das man tröstlich als Schlagobers mit Gurkensalat bezeichnen könnte (Heiterkeit bei der Opposition). Ich habe schon bei der vorjährigen Budgetdebatte die einzelnen Ziffern auf das rechte Mass zurückgeführt und die Tatsachen haben mir recht gegeben. Und heute getraue ich mich wieder im Voraus zu sagen: Die Einnahmen werden höher sein, als sie veranschlagt sind, die Ausgaben weitaus geringer, man wird uns schliesslich zur Begründung sagen, dass der lange Winter, der nasse Sommer die Saumkeit der Lieferanten die Veranlassung sind, wenn manche Pläne unausgeführt blieben und weniger Geld ausgegeben wurde. Daher werden die Kassenbestände jetzt eine Billion ausmachen, sich hübsch in das nächste Jahr hinüberziehen. Ich behaupte, es besteht kein Defizit, es sind keine Kredite zur Bedeckung erforderlich und aus diesem Grunde allein werden wir gegen die Vorlage stimmen. Aber auch deswegen weil wir kein Vertrauen zu Ihrer Verwaltung haben und auch nicht haben können, schliesslich lehnen wir die Vorlage aus dem Grunde ab, weil die Verantwortung für eine derartige Führung der Finanzen absolut nicht übernehmen können. (Lebhafter Beifall).

G.R. Biber (chr. soz.) erinnert an den Misstrauenantrag, den die Opposition in der letzten Gemeinderatssitzung gegen den Finanzreferenten Breitner eingebracht hat und erklärt, man hätte annehmen müssen, dass dieser Antrag einer so bedeutenden Minderheit dem Finanzreferenten nicht gleichgültig sein konnte. Stadtrat Breitner hat es aber für gut befunden, in seiner Verteidigungsrede die Demonstration der Gewerbetreibenden vor dem Rathause mit witzelnden Bemerkungen abzutun. Wenn Breitner in dem Momente, wo er sich gegen eine schwere Anklage ernster Männer zu verteidigen hatte nichts anderes zu sagen fand, als dass die Demonstranten noch immer bessere Ueberrücke besitzen, die sie von den Teilnehmern anderer Kundgebungen unterscheiden - dann weiss man eben welche Gedanken das Gehirn des Finanzreferenten durchziehen. Man findet schwer eine Begründung für die Brutalität und Härte seiner Steuerpolitik.

19/12

Vnumm.

ohne sie aber zu begreifen. Um das zu können, müsste man schon auf dem Gebiete der Psychiatrie vertraut sein. Redner bespricht dann ausführlich die Steuern von Standpunkt des Gewerbes und beschäftigt sich besonders eingehend mit der Wohnbausteuer, sowie mit dem Wohnungsproblem überhaupt. Er verweist auf eine Publikation in der Arbeiterzeitung in der behauptet worden sei, dass für einen Kleingewerbetreibenden die Summe aller kommunalen Abgaben jährlich 1.2 Millionen betrage und bezeichnet diese Behauptung als tendenziöse Lüge. Er führt verschiedene Beispiele an, um das Gegenteil zu beweisen. Ein Gewerbetreibender mit 600 Kronen Friedenszins zahlt heute rund 180.000 Kronen Wohnbausteuer. Wenn er aber in seiner Werkstatt nur mit 5 Gehilfen arbeitet, so muss er allein 6 Millionen Fürsorgeabgabe zahlen, dann andere Abgaben für Gas und Licht, Feuerversicherung, sodass die Summe aller Gemeindeabgaben jährlich $6\frac{1}{2}$ Millionen beträgt, während der sechstausendfach valorisierte Zins bloss 3.6 Millionen ergibt.

St.R. Breitner : Was ist mit der Wohnung dieses Mannes. Er erspart ja auch die Wohnung.

G.R. Biber : Ich spreche von seinem Geschäftslokal. Ich kannungleiches nicht vergleichen. Man hat in der Arbeiterzeitung fälschlich behauptet, dass alle Steuern samt Fürsorgeabgabe zusammen 1.2 Millionen betragen, also eine bewusste Verdrehung der Angaben, die von amtsführenden Stadtrat Breitner in öffentlicher Gemeinderatssitzung bestätigt worden sind.

Als Redner auf die Wertzuwachsabgabe zu sprechen kommt, die er als äusserst ungerecht bezeichnet, ruft ihm Gemeinderat Hiess (soz.) zu, dass das eine Vertretung der Hausherreninteressen bedeutet.

G.R. Kotter (chr. soz.) : Das ist wirklich zu blöd.

G.R. Hiess : Ueberlegen Sie sich Herr Bundesrat was Sie sprechen. Vielleicht sind Sie blöder als ein anderer. (Stürmischer Protest bei der Opposition).

G.R. Biber : Ich muss konstatieren, dass der Ausdruck Hausherr die verehrte Majorität immer so nervös macht, obgleich ich meine, dass der Stand der Hausherren kein beneidenswerter ist. Der Redner bespricht dann noch den Bau des Reumanbades im X., Bezirk für den die wahnwitzige Summe von 100 Milliarden aufgewendet werde, ferner die Hauspersonal- und Automobilabgabe, und tritt für eine bedeutende Milderung der letzteren ein, weil die ^{gegenwärtigen} Lasten für viele Kraftwagenbesitzer zu drückend sind, sodass sie einer nach dem anderen die Verwendung des Kraftwagens aufgeben müssen. Redner wünscht eine Aenderung der Skala bei der Konzessionsabgabe und insbesondere jener Bestimmungen die bei Uebertragungen das vierfache dieser Abgabe festsetzen und rügt die Härte der Strafen bei der Fürsorgeabgabe. Schliesslich sei das Vorgehen einzelner Amtorgane bei der Kontrolle heftig zu kritisieren. Bezüglich der parifizierten Zinse habe der Finanzreferent versprochen seine Amtsstellen anzuweisen, dass über diese Parifizierungen in der nächsten Zeit Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Es sei eine grobe und bewusste Entstellung der Tatsachen, wenn man behaupte, dass das Gewerbe in Wien durch die Gemeindesteuern nicht hart betroffen werde. Das Steuersystem sei ungesund und müsse an der Wurzel geändert werden. Aber dieses System der Steuern sei von der Person und dem Menschen Breitner nicht zu trennen. Solange Breitner an dem Referententisch sitzt und solange Breitner sein Steuersystem weiter betreibt, erhalte der Voranschlag keine Zustimmung (Stürmische Rufe bei der Mehrheit: Hoch Breitner!) und Beifall bei der Minderheit).

Vorsitzender Weigel schliesst die Vormittagsitzung.

Wien Samstag den 20. Dezember 1924.

Ausdehnung der Besuchszeit in den städtischen Bädern. Wegen des zu erwartenden stärkeren Bäderbesuches vor den kommenden Feiertagen werden ausser der gewöhnlichen Betriebszeit sämtliche städtischen Bäder auch am Mittwoch den 24. und 31. Dezember vormittags ab 8 Uhr in Betrieb gehalten. Das städtische Thaliabad wird überdies auch noch am Dienstag den 23. Dezember geöffnet sein.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Die städtische Frauengewerbeschule V., Margarethenstrasse 152 ist seit 8. dieses Monats dem staatlichen Fernsprechnetz unter Nummer 54-4-49 angeschlossen worden.

Fachkurs für Grossküchenbetrieb. In der Koch- und Haushaltungsschule der Gemeinde Wien wird mit 1. Jänner 1925 ein Fachkurs für Grossküchenbetrieb abgehalten, der auch von Externistinnen nach Massgabe der freien Plätze besucht werden kann. Nähere Auskünfte erteilt die Schulleitung VI., Brückengasse 3, an Wochentagen vormittags.

Altersheim-Festkonzert. Das rührige Aktionkomitee des Vereines Altersheim veranstaltet am 9. Jänner 1925 unter dem Ehrenschatze der Frau Marianne Heinisch im grossen Konzerthausaal ein Festkonzert, für das Josef Danegger, Marie Fein, Selma Kurz-Halban, Maria Olzefska, Aagard Oestwig, Ida Roland und Dr. Schipper ihre Mitwirkung in uneigennützigster Weise zugesagt haben. Karten an der Konzerthauskasse und bei Kehlendorfer.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 20. Dezember 1924

(Fortsetzung der Beratung des Hauptvoranschlages)

Bürgermeister Seitz eröffnet um zehn Uhr vormittags die Sitzung und teilt mit, dass die Verschiebung der Brigittabrücke gelungen ist. Der Strassenbahnverkehr und der Wagenverkehr konnten bereits aufgenommen werden. Der Bürgermeister beglückwünscht die Techniker und alle ihre Mitarbeiter zu dem grossen Werk herzlich und dankt ihnen namens der Stadt Wien für die Mühewaltung. Der Gemeinderat nimmt diese Mitteilung mit lebhaftem Beifall entgegen.

An Stelle der verstorbenen Gemeinderätin Amalia Pölzer ist zum erstenmal Gemeinderat Franz Somitsch (Sozialdemokrat) anwesend und leistet die Angelobung.

Es wird hierauf in die Spezialdebatte eingegangen. Zur Verwaltungsgruppe Personalangelegenheiten referiert amtsführender Stadtrat

Speiser, der ausführt: Ich will vorerst einen kurzen Ueberblick über die Bezüge der Angestellten des Magistrats ohne Unternehmungen geben. Der Gesamtaufwand für die Aktiven beträgt 978.8 Milliarden Kronen, für die Pensionsparteien 276.5 Milliarden Kronen, wozu noch 36.3 Milliarden für die Pensionsbezüge der ehemaligen niederösterreichischen Landesangestellten kommen, so dass sich der gesamte Personalaufwand auf 1 Billion 291 Milliarden, 617 Millionen Kronen stellt. Im Jahre 1924 betrug der Personalaufwand ungefähr 910 Milliarden Kronen, wozu 161.5 Milliarden Kronen als Beitrag des Bundes veranschlagt ^{sind,} so dass die Gemeinde aus eigenen Mitteln 748.5 Milliarden Kronen aufwendet. Gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1925 ergibt sich also eine Mehrbelastung von 543.1 Milliarden Kronen.

II. B o g e n

Diese Erhöhung hat ihren Grund vor allem darin, dass der Gemeinderat die Erhöhung der Bezüge der Angestellten vom 1. Februar 1924 an um durchschnittlich 23 Prozent beschlossen hat und dass die vom Gemeinderat für die Monate Oktober November und Dezember den Angestellten gewährten Zuwendungen eine dauernde durchschnittlich 25prozentige Gehaltserhöhung ergibt. Der Personalaufwand macht rund ³⁰ Prozent des Gesamtbudgets aus. Im Frieden war der Personalaufwand 62.6 Millionen, betrug also 26.1 Prozent des Gesamtbudgets von 240 Millionen Goldkronen.

Die Gemeinde Wien hatte am 1. Jänner 1924 17.920 Verwaltungsangestellte und 7.311 Lehrpersonen, sodass die gesamt Zahl der Aktiven Angestellten 25.231 war. Dazu sind noch 8.074 Pensionsparteien zu zählen. Am 1. Dezember 1924 wurden 18.670 Verwaltungsangestellte und 7.067 Lehrpersonen, zusammen daher 25.737 aktive Angestellte gezählt. Die Zahl der Pensionsparteien war 8.564. Bei allen diesen Zahlen sind die städtischen Unternehmungen nicht berücksichtigt. Dazu muss festgestellt werden, dass bei dem Stand vom 1. Dezember 1924 die Saisonarbeiter mitgezählt sind, wodurch eine Vermehrung um 715 Personen entsteht, während am 1. Jänner 1924 solche Saisonarbeiter nicht vorhanden waren. Da diese Saisonarbeiter gleichfalls am 1. Jänner 1925 nicht mehr beschäftigt werden können, so verringert sich die Zahl der Bediensteten um 715.

Die Gemeinde hat im Verwaltungsjahre 1924 eine Reihe neuer Agenten übernommen und bestehende Anstalten und Einrichtungen ausgebaut. So wurden die Frauengewerbeschule, das Leopoldstädter Kinderspital, zwei Tagesheimstätten, das Brigittaspital, die Jugend Erziehungsanstalt in Weinzierl übernommen, das Institut für Krüppelfürsorge, ausgebaut, der Irrenpflagedienst reorganisiert, die Zahl der Jugendfürsorgerinnen um 30, der Kindergärtnerinnen um 40 und der Kinderwärterinnen um 20 vermehrt. Die Reorganisation des Erziehungsdienstes in Eggenburg erforderte 40 neue Angestellte, in Lussingrande wurden 9 Angestellte aufgenommen, der Ausbau der Granitwerke machte die Aufnahme von 90 der Baustoffbetriebe von 18, der Wäscherei von 30 und der städtischen Werkstätten von 117 Bediensteten notwendig. Es sind durch diese Reformen und neuen Institutionen insgesamt 703 Angestellte neu hinzugekommen. Dadurch wird eigentlich das Bild etwas verschoben und es muss festgestellt werden, dass im Allgemeinen ein bedeutender Abbau von Angestellten durchgeführt worden ist.

Es wurden im städtischen Verwaltungsdienst auch einige sehr wichtige Reformen durchgeführt. Neben dem Ausbau der Jugendfürsorge und der Tuberkulosenfürsorge, hat vor allem die verstärkte Bautätigkeit der Gemeinde eine Reihe inneren Umgestaltungen erfordert. Durch weitgehende Verwendung von Rechenmaschinen und Schreibmaschinen wurde eine Modernisierung der Arbeit erzielt. Durchgreifende Reformen des Dienstes in den Bezirksämtern sind nur im Weg der Gesetzgebung möglich, da sich dieser Dienst meist auf den staatlichen Wirkungsbereich erstreckt. Der derzeit möglichen Reform der Verwaltung durch die Gemeinde sind daher sehr enge Grenzen gezogen und

konnte da nur Kleinarbeit geleistet werden. Erwähnt zu werden verdient, dass früher vielfach Erhebungen angeordnet oder Parteien vorgeladen wurden, obwohl eine ^{schriftliche} kurze Anfrage an die Partei genügt hätte. Durch die konsequente Durchführung dieser Art der Erledigung wurde einerseits erreicht, dass die Parteien sich den Weg zum Amt ersparen und daher berechtigte Klagen der Bevölkerung über unnütze Vorladungen kaum mehr vorkommen und andererseits die Erhebungsorgane entlastet werden.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass dieser Vorschlag auf dem Gebiet der Personalangelegenheiten die dringendsten Notwendigkeiten enthält, dass ^{wir} Ersparungen erzielt ^{müssen}, weshalb wir an die ideale Auffassung von der Hingabe des öffentlichen Angestellten, der ja dem Gemeinwesen dient und in dieser Eigenschaft ganz besondere Sicherheiten genießt, appellieren. Wir können mit Befriedigung feststellen, dass eine Intensivierung der Arbeit auf vielen Gebieten erzielt worden ist, was nur durch das enge Einvernehmen der Verwaltung mit den Angestellten möglich war. (Beifall)

O. R. Stöger (oh. soz.) erklärt, dass die gegenwärtige Verwaltung von einer sachlichen wirklich unpolitischen Verwaltung noch sehr weit entfernt sei und belegt diese Behauptung mit mehreren Beispielen. So hätten sich in der Massenauszeichnung der Lehrpersonen vom vorigen Jahr unter 500 ausgezeichneten Lehrpersonen nur 8 Christlich soziale befunden. Redner beanstandet, dass manche zu Schulleitern ernannte Lehrer und Lehrerinnen eine zu geringe Dienstzeit in kommunalen Diensten haben und dass 4 Konfessionslose und 1 Altkatholische Lehrpersonen zu Schulleitern ernannt werden seien. Er verlangt für die Christenkinder dieselben Rechte wie sie den Judenkindern gewährt werden (Sehr richtig) und stellt einen Antrag, die Dienstordnung dahin abzuändern, dass ^{bei der Neuaufnahme} Förderung und Auszeichnung von Angestellten der Gemeinde jede Beschränkung auf sozialdemokratisch organisierte Bewerber zu entfallen habe. (Beifall bei den Parteigenossen)

G.R. Haider (chr. soz.) bespricht die Agitationsreise des Stadtrats Speiser in Oberösterreich zur Zeit der Wahlen und hält ihm vor, dass er damals den Ausspruch getan habe, in Wien gäbe es keine Not. Ausserdem habe Herr Speiser die sozialdemokratische Kandidatenliste auf der auch auch einige Hausbesitzer stehen empfohlen. Die Sozialdemokraten gebärden sich immer als Feinde des Abbaues, aber ihr Führer Tomschik ist selbst für den Abbau eingetreten und Speiser habe auch Gemeindeangestellte abgebaut, obgleich die Stadt Wien aus finanziellen Gründen dazu nicht gezwungen gewesen sei. Redner übt weiter an der Personalpolitik scharfe Kritik und sagt er hoffe, dass im Interesse der Moral des Rechtes und der sozialen Empfindung Stadtrat Speiser, der eine Fülle von Macht in seiner Hand vereinige im kommenden Jahre gerechter und menschlicher handeln werde.

G.R. Wawerka behandelt vorwiegend die Kredit- und Krankenfürsorge für die städtischen Angestellten. Im abgelaufenen Jahre wurden vom Kreditfürsorgeinstitut an Lehrer, Beamte und Schulwarte insgesamt 74 Millionen an unverzinslichen Gehaltsvorschüssen bewilligt. Demgegenüber sind im Jahre 1913 für den gleichen Zweck 3½ Milliarden ausgegeben worden. Zu einer Zeit also, wo die Menschen unter besseren Lebensverhältnissen waren, wurde für die Kreditfürsorge der Angestellten 50mal soviel ausgegeben wie heute. Genau so liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Aushilfen. Die Mehrheit tue sich viel Zugute. Auf die Kreditfürsorgeanstalt für Bedienstete aber dieses Institut helfe den Bedürftigen nur zu unglaublichen Wucherzinsen. Redner führt ein Beispiel an wonach ein städtischer Angestellter für ein Darlehen von 2½ Millionen Kronen an Jahreszinsen 685.000 Kronen zahlen musste, also 55 Prozent sind. In gleicher Weise werde über die städtische Krankenfürsorgeanstalt geklagt, deren Verwaltungskosten viel zu teuer seien, weil sie 9,9 Prozent der Auslagen ausmachen. Redner sei von städtischen Angestellten ersucht worden, gelegentlich der Budgetdebatte entsprechende Verbesserungsvorschläge zu stellen, er unterlasse es aber weil solche Anträge kein Gehör finden. Die Christlichsozialen können nur gegen diese Art der Budgetverhandlung Protest erheben, denn sie sei keine ernste, sondern nur eine Komödie.

G.R. Innerhuber (soz.-dem-) wendet sich gegen die Ausführungen der Gemeinderäte Stöger und Haider, die behauptet haben, dass die ganze Verwaltung nach parteipolitischen Grundsätzen geleitet werde. Wie kommt es dann, dass bei Versammlungen von Bundesangestellten immer wieder der Wunsch durchleuchtet, lieber bei der Gemeinde Wien angestellt zu sein. Die Bundesangestellten spüren eben am eigenen Leibe die Verhältnisse des Bundes, sie erheben immer wieder laute Beschwerden, weil eine Verschlechterungsvorlage die andere jagt, immer unter dem Titel: Es muss saniert werden. Man wollte das Kündigungsrecht wieder einführen, so wie eine vierzigjährige Dienstzeit aber der Personalvertretung ist es gelungen, diese Attentate abzuschlagen. Remunerationen bekommen nur auserlesene Menschen von gewissen Gruppen aufwärts, während die unteren Kategorien leer ausgehen. Wir sehen auch das gute Herz des Bundes bei der Reihung der Sicherheitsbeamten. Es wurde versucht sie in ihren wohlverordneten Rechten zu verkürzen. Für Monturen die früher gratis verabfolgt wurden müssen die Angestellten beim Bund jetzt ein Monturgeld zahlen, dabei sind diese von der jüdischen Firma Back gelieferten Monturen von misserabler Qualität. Herr Haider habe auch den Abbau berührt und Tomschik als den Abbaukommissär hingestellt. Wer den Abbau so energisch betreibt wisse heute jeder Mensch, denn Herr Zimmermann

erkläre in seinen Berichten immer wieder, dass noch zu wenig Bundesangestellte abgebaut worden sind. Sollen die Gewerkschaftsführer etwa zum letzten Mittel greifen um den weiteren Abbau zu verhindern? Wie würde da die christlichsoziale Presse und andere Blätter über den Terror der Sozialdemokraten losziehen! Die Regierung beuge sich dem Takt des Zimmermann. Wenn abgebaut werden muss, so mögen die wirtschaftlich Starken abgebaut werden, die auf volle Pension Anspruch haben und die reichen Bauernsöhne. Was sehen wir aber? Die Bundesverwaltung hört nicht auf die Vorschläge der Personalvertretung, sondern sie hat den Abbau gar damit begonnen, dass sie die sozialdemokratischen Vertrauensmänner auf die Liste stellte. Nur durch die Macht der Personalvertretung konnte dieses schwere politische Unrecht beseitigt werden. Tomschik hat wohl gar gesagt, es seien zu viele Staatsbedienstete aber er hat auch gezeigt, wo ein Ueberschuss besteht, bei den Hofräten und Oberinspektoren. Aber da wurde nicht abgebaut. Es gibt Beamte, die auf dem Lande grosse Bauerngüter haben und Beamten die mit grossen Schweinezüchtereien, die wurden nicht auf die Abbau-liste gesetzt. Kohlenarbeiter und Verschieber wurden abgebaut, sodass heute an diesen Arbeitskräften Mangel herrscht. Der Bund ist auch daran, die Bahngendarmarie abzubauen. Das ist trotz des Eingreifens der Handels- und Gewerbekammern auch geschehen, man hat diese Menschen die mehr als ein Jahrzehnt im Dienste des Volkes und der öffentlichen Sicherheit stehen, rücksichtslos dem Hunger und der Existenzlosigkeit preisgegeben, sie vermehren die Schaar der Arbeitslosen, da sie nur eine sehr geringe Abfertigung bekommen haben. Man wirft der Gemeindeverwaltung vor, dass sie bei der Vergebung von freierwerdenden Wohnungen die sogenannten Waggonbewohner nicht berücksichtige. Wie aber betätigt der Bund die Wohnungsfürsorge für seine Angestellten. Als der Elisabethhof vom Verkehrsministerium geräumt wurde, hat man dort den Hackenkreuzlern und anderen ähnlichen Vereinigungen die Lokale zugewiesen und da wagt es noch jemand zu sagen, dass wir daran Schuld sind, wenn es noch Waggonbewohner gibt. Sind etwa in das freigewordene Arbeitsministerium in der Porzellangasse Waggonbewohner hineingekommen? Man hat dort nur ein ganz klein Gruppe von Oberbeamten untergebracht und verlangt obendrein, dass sie 40 Prozent der Adaptierung bezahlen. Auch in das Bundeshaus am Neubaugürtel sind keine Waggonbewohner einquartiert worden. Man überlässt es einzig und allein der Gemeinde Wien diese Waggonbewohner unterzubringen. Die Bundesverwaltung handelt nach dem Grundsatz: Den Kohlenarbeitern als Behausung der Waggon, den Oberbeamten Vier- bis Fünfzimmern Wohnungen. So zeigt sich das gute Herz dieser Bundesverwaltung. Es ist ein ungeheurer Unterschied zwischen der Personalpolitik des Bundes und der der Gemeinde, die für ihre Angestellten wirklich Fürsorge betreibt. In der Brust der Christlichsozialen wohnen zwei Seelen. Kommen sie in Versammlungen zu Gemeindeangestellten, dann betreiben sie die Lizitationspolitik wie es die Komunisten auch tun, bei den Bundesangestellten hingegen machen sie eine Beschwichtigungshofrats-Politik. Aus allen diesen Gründen sind wir umso mehr in der Lage gerne und freudig für diese Verwaltungsgruppe zu stimmen.

G.R. Doppler (chr. soz.) polemisiert gegen den Vorredner und seinen Vorwurf, dass die Christlichsozialen eine Lizitationspolitik betreiben. Im Verlaufe seiner Ausführungen kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Gemeinderat Doppler einerseits und den Gemeinderäten Reismann, Rudolf Müller und Kohl andererseits. Gemeinderat Doppler verlangt unter lebhafter Unruhe dass man keine Vergleiche zwischen Bund und Gemeinde anstellen möge, besonders bezüglich der Angestellten weil der Bund unge-

IV. B o g e n

neuere Zuschübe auf den Sukzessionsstaaten erhalten habe. Die Verträge der Angestellten beim Bund sei wesentlich anders als bei der Gemeinde. Dort sitzen bei den Verhandlungen Vertreter aller Richtungen. Redner vermisst im Voranschlag das reiche Ziffermaterial das früher immer darin war, bespricht das Kreditwesen an Angestellte und tadelt die Bindung die bei der Anstellung von Angestellten diese in eine Parteiorganisation drängt (Beifall bei den Parteigenossen).

Stadtrat Speiser hält als Referent das Schlusswort und sagt: Er sei gewohnt, dass sich bei der Verhandlung seiner Verwaltungsgruppe immer auch eine politische Debatte entwickle. Dass man sich in diesem Jahre auf einer mittleren Linie bewegt habe sei ein gewisser Fortschritt. Bezüglich der Klagen einiger Vorredner über die Art der Behandlung der christlichen Gewerkschaft durch die Gemeindeverwaltung verweist der Redner darauf, dass er selbstverständlich an den § 71/der Dienstordnung bezüglich der Koalitionsfreiheit der Beamten und bezüglich der Berechtigung der einzelnen Organisationen in der Vertretung festhalten müsse. Ueber die Verhandlung mit Angestelltengruppen bestehen Richtlinien, die der Gemeinderat im Dezember des Jahres 1920 beschlossen habe und nach denen der Personalreferent mit der grössten Organisation zu verhandeln hat. Nach § 6 der Dienstordnung können diesbezügliche Abänderungen nur im Einvernehmen mit der Personalkommission vorgenommen werden. In dieser Hinsicht sind die Verhältnisse bei der Gemeinde besser als beim Bund.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.): Ich habe die Verhältnisse im Bund nicht glänzend genannt.

St.R. Speiser: Von den 15.280 Angestellten der Hoheitsverwaltung (ohne Lehrer) die hier in Betracht kommen, gehören 15.000 dem Verband und 280 der christlichen Gewerkschaft an. Von den 6.960 Lehrpersonen sind 6.420 im Verband organisiert und 540 von der christlichen Gewerkschaft und von den Pensionsparteien gehören 8.330 dem Verbands an und 170 der christlichen Gewerkschaft.

G.R. Rummelhardt: Ist diese Minorität niemand?

St.R. Speiser: Ich bin gewiss der letzte der Angehörigen einer Minorität nicht das Recht zusprechen würde, ihre Belange zu vertreten. Man soll Minderheiten nicht bagatellisieren, aber ich kann nichts tun als die bestehenden Bestimmungen in dieser Beziehung einhalten. Wenn Gemeinderat Stöger sich beklagt hat, dass Angehörige der christlichen Gewerkschaft in zugeringer Zahl bei der Massenauszeichnungen berücksichtigt werden, so genügt ein Vergleich der Zahlen der im Verband und der in den anderen Organisationen organisierten Mitglieder. Natürlich muss es mehr Leute vom Verband geben die ausgezeichnet werden, weil es mehr Verbandsangestellte überhaupt gibt. Ich habe in meinem Leben nicht die Liste der in der christlichen Gewerkschaft organisierten Angestellten durchgesehen, weil ich mich in meinen Handlungen nicht durch parteipolitische Bewegungen weder auf der einen noch auf der anderen Seite beeinflussen lasse. Wir haben das System der aussergewöhnlichen Beförderungen nicht auf, sondern die Rücksicht auf die Sparsamkeit war hier massgebend. Ich werde mit derselben Gerechtigkeit ohne Ansehen der Partei wie bisher vorgehen. Redner kommt nun auf den Fall des Schulwartes Stalzer zu sprechen und gibt da an der Hand eines Protokolles die entsprechenden Aufklärungen und be-

spricht die Ernennung^{en} von Lehrern zur Schulleitung, wobei Rücksicht zu nehmen war, dass die innere Erneuerung des Schulwesens von jüngeren Damen und Herren getragen werden müsse. Den Antrag Stöger empfehle er, soweit er nicht Beleidigungen der Mehrheit erhalte, der geschäftsmässigen Behandlung zuzuweisen. Im Blatte der christlichen Gemeindeangestellten sei im Oktober 1924 bei einer Besprechung der neuen Schulleiter Ernennungen hervorgehoben worden, dass sich unter ihnen vier Schulleiter befinden, die aus dem Schulleiterverband ausgetreten sind. Gegen weitere Ausführungen der Vorredner polimierend erklärt der Redner, dass die Gemeinde nicht Personen abgebaut, sondern die Zahl der Bediensteten durch freiwilligen Abbau um 700 Personen vermindert habe. Gegenüber Gemeinderat Dr. Flaschkes erklärt der Redner, dass jüdische Aerzte und Ingenieure auch kleine Angestellte von der Gemeinde angestellt wurden, es seien allerdings Beamte aus der Luegerzeit pensioniert wurden, aber nur solche die pensionsreif waren. Aus allen Vorwürfen der Vorredner möge man ersehen, wie schwierig es sei, dass Personalreferat zu verwalten. Ein Personalreferent lebt von der allgemeinen Unzufriedenheit (Häckerkeit). Redner schliesst mit den Worten: Ich hoffe die bisherige Politik mit jener Gerechtigkeit die geradezu austariert ist fortzusetzen (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Weigel schliesst die Sitzung und beraumt die Sitzung nächste für 4 Uhr an.

20/12

Vanni

Herausgeber und verant. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 20. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

Keine Sprechstunden im Rathaus. Infolge der Budgetberatungen durch den Gemeinderat entfallen am Montag sowohl beim Bürgermeister, als auch bei den amtsführenden Stadträten die Sprechstunden.

Sammeltag für die Armen Wiens. Die Gemeinde Wien veranstaltet am Sonntag, den 21. Dezember, den fünften offiziellen Sammeltag für die Armen Wiens. Im vergangenen Jahre wurden anderthalb Milliarden Kronen von der hilfsbereiten Bevölkerung für diesen Zweck aufgebracht. Diese Summe ist im Laufe dieses Jahres von den Wiener Fürsorgeinstituten an die Aermsten der Armen unserer Stadt verteilt worden. Die wirtschaftliche Not ruft zu neuer Hilfe. Es ist daher Ehrenpflicht, dass jedermann, der geben kann, zu dieser Sammlung sein Schärfflein beiträgt. Auch die kleinste Gabe ist willkommen. Die Sammlung wird in den Häusern mit Sammelbogen, auf den Strassen und in den Lokalen mit den bekannten Sammelbehältern vorgenommen. Die Sammelnden haben entliche Legitimationen.

Die Kleine Neugasse teilweise gesperrt. Da die Kleine Neugasse in dem Teil gegen die Margarethenstrasse zu sehr enge ist und sich wiederholt Unfälle ereignet haben, hat die Polizeibehörde beim Magistrat veranlasst, dass die Durchfahrt durch die Kleine Neugasse in ihrem letzten Teil gegen die Margarethenstrasse, gesperrt werden muss. Von der Klagbaumgasse in der Kleinen Neugasse herabkommende Fuhrwerke müssen durch die Schäfergasse in die Grosse Neugasse abbiegen.

WIENER - GEMEINDERAT

(Fortsetzung der Budgetberatung)

Bürgermeister Seitz eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung und teilt mit, dass die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten später vorgenommen werden wird. Es wird sofort zur Beratung der

Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtspflege, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen

geschritten. Das einleitende Referat hält der amtsführende Stadtrat dieser Gruppe, Professor Tandler:

Das Budget, dass sich auf die Wohlfahrtspflege erstreckt, umfasst 635 Milliarden Kronen an Ausgaben. Das sind um rund 90 Milliarden Kronen mehr, als der Voranschlag für das Jahr 1924 ausweist. Es ist im städtischen Wohlfahrtswesen eine gewisse Stabilisierung eingetreten. Man kann auch sagen, dass eine Verlangsamung des Tempos festzustellen ist, da wir meinen, dass die vielen neuen Dinge, die wir gemacht haben, sich auswirken müssen. Wir waren in den früheren Jahren durch die allgemeine Not gezwungen, ein rasches Tempo einzuschlagen und sind nun bemüht ein gewisses Gleichgewicht herbeizuführen. Auch dieser Voranschlag zeigt, dass es nicht möglich war, das Wohlfahrtswesen auf eine gesunde, bevölkerungspolitisch gerechte Grundlage aufzubauen. Würde dies möglich sein, dann müsste dieses Budget mehr zugunsten der Jugend ausschlagen. Wenn wir die Zahlen nicht nach einzelnen Zweigen des Budgets, sondern nach bevölkerungspolitischen Ideen in unproduktive, also in Ausgaben für die Altersfürsorge und in produktive, also in Ausgaben für die Aufzucht der Jugend, sondern, so muss festgestellt werden, dass von den gesamten

Ausgaben rund 340 Milliarden sich auf Dinge verteilen, die wir nicht als produktiv bezeichnen können, während rund 251 Milliarden Kronen wirklich produktive Ausgaben vorhanden sind. Gewiss, von bevölkerungspolitischen Standpunkt kein glänzendes Budget. Betrachtet vom Standpunkt des Leistungsprinzips wieder eine gewaltige Sache.

Was zunächst die offene Fürsorge anlangt, so ist festzustellen, dass wir ungefähr 30.000 Menschen in unsere Obhut genommen haben. Bei der geschlossenen Fürsorge sind wir bestrebt, die Menschen der verschiedensten Art zu kategorisieren. So ist der Abbau der gesunden Pflinglinge des Versorgungshauses in Lainz bereits sehr stark fortgeschritten und wird dort nur mehr eine Anstalt für Sieche sein. Das hat zur Folge, dass wir neuen Platz brauchen. Es ist daher im Voranschlag die Errichtung eines neuen Versorgungshauses in Floridsdorf vorgesehen und als erste Baurate ein Betrag von 10 Milliarden eingestellt.

Die gesamte Fürsorge für das mittlere und spätere Lebensalter gibt mir auch Gelegenheit, von der Politisierung meines Ressorts, die mir so oft vorgeworfen wird, zu sprechen. Da muss ich sagen, dass diese Politisierung in den geschlossenen Anstalten mit der Entwicklung und den Eigenheiten des politischen Lebens der Republik zusammenhängt. Diese Leute sind nun Wähler geworden und damit Objekte der Werbung der verschiedenen Parteien. Das ist nicht etwas, das wir hineingetragen haben, sondern ist abgeleitet von den Rechten, welche die Republik diesen Pflinglingen gegeben hat. Da ist es nun begreiflich, dass manchmal der Friede in den Anstalten schwindet. Wir sind ständig bemüht, die politische Agitation aus den Mauern dieser Anstalten zu verbannen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Worte über jene Verhänderungen sagen, die der niederösterreichische Landtag durch die neue Wahlordnung herbeigeführt hat. Es wurden unsere Anstalten als eigene Gemeinden erklärt und wir haben jetzt ein Neu-Ybbs, Neu-Mauerbach, Neu-Liesing und ein Neu-Andrä. Das hat zu sehr komischen Verwicklungen geführt. Die Schaffung der Gemeinde Neu-Ybbs ist ebenso geistreich, wie wenn man den Steinhof zu einer Gemeinde Neu-Wien machen würde (Heiterkeit). Die Sache verliert aber an Komik. In Neu-Ybbs sind nämlich die Geisteskranken selbstverständlich von der Wahl ausgeschlossen und es bleiben nur die Pflegepersonen übrig. Diese Leute haben nun mit der Gemeinde Alt-Ybbs ein Wahlkompromiss geschlossen, dessen Sinn war, dass sie aus Neu-Ybbs heraus reklamiert und in die Wählerliste von Alt-Ybbs aufgenommen werden. So ist schliesslich eine Gemeinde ohne Wähler dagewesen. Im letzten Augenblick haben sich aber die Angehörigen der ehrwürdigen Gemeinde Alt-Ybbs entschlossen, ihr Versprechen nicht zu halten und dadurch sind diese Menschen vom Wahlrecht sowohl in Neu- als auch in Alt-Ybbs ausgeschlossen gewesen. In Neu-Ybbs hätten ungefähr fünf Pfründner wählen dürfen. Ich meine, dass alles vermieden werden sollte, um in unseren Anstalten die Leute aufzuregen.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.): Daher sollen auch in die Wiener Anstalten keine Agitatoren hineingelassen werden!

G.R. Hofbauer (soz. dem.): Da müssten Sie draussen bleiben!

St.R. Tandler: Sie können schon aus den Veranstaltungen in Lainz ersehen, dass wir jedwede Politik ausschalten und in den letzten vier Jahren von dort ^{keine} Beschwerden gekommen sind.

Was wir in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens zu leisten hatten war die Ueberwindung einer furchtbar kritischen Periode. Dieser Neuaufbau war einer der schwersten Probleme, vor denen wir standen. Wir bemühen uns die Menschen so frühzeitig als nur möglich zu erfassen und ich verweise darauf, dass wir auch im kommenden Jahr die Fürsorge für schwangere Frauen, mit der schon einmal in diesem Saale erwähnten Blutuntersuchung ^{erwähnt} vorgesehen

haben

II. B o g e n .

Dies geschieht ohne allen Zwang. Auf allen übrigen Gebieten, wie vor allem im schulärztlichen Dienst, bei den Schulkliniken, der Schülernausspeisung, sind wir bestrebt, weiter auszubauen.

Auch die Bekämpfung der Tuberkulose wird von uns mit allen Mitteln durchgeführt. Leider wird die Bedeutung dieser Fürsorge im Volke viel zu wenig erkannt. Die Menschen glauben noch immer, dass der wirksamste Kampf gegen diese Krankheit in der Heilstättenbehandlung liegt. Nun weiss man heute ganz genau, dass die Heilstätten die überschwinglichen Hoffnungen, die man an sie geknüpft hat, nicht erfüllt haben, nicht erfüllen konnten. Neu ist unsere Bestrebung Pflegerinnenschulen zu errichten. Man kann nur dann einen so schweren Beruf klaglos versehen, wenn man den Menschen die Möglichkeit gibt, sich entsprechend auszubilden. Es sind im ersten Jahrgang dieser Schule bereits 30 Mädchen und ein zweiter Jahrgang wird eröffnet werden.

Die hygienischen Einrichtungen unserer Stadt sind derart, dass man sagen kann, soweit menschliche Voraussicht reicht, die Bevölkerung vollkommen beruhigt sein kann. Der Sanitätsbetrieb stellt gewaltige Anforderungen an die Finanzen der Gemeinde, Anforderungen die wir aber gerne erfüllen.

So kann zusammenfassend gesagt werden, dass dieser Voranschlag von den Bestreben geleitet ist, die Fürsorgearbeit der Gemeinde nach besten Kräften zu vollbringen (Lebhafter Beifall).

G.R. Pangsch (chr. soz.) wünscht, dass ausser der in Floridsdorf zu errichtenden Versorgungsanstalt auch in einem anderen Bezirke ein derartiges Heim geschaffen werde um den Alten Wienern zu ermöglichen in Wien ihren Lebensabend zu beschliessen. Unzulässig sei in den Humanitätsanstalten und vorwiegend in Lainz die freidenkerische und politische Agitation. Man möge den Leuten ihre religiöse Ueberzeugung lassen und sie auch nicht unnötiger Weise politisch aufreizen. Bei der Bestellung der Fürsorgeräte werde parteiisch vorgegangen und die Angehörigen der christlichsozialen Partei nicht nur übergangen sondern oft auch zum Besten gehalten. So wurde kürzlich einem christlichsozialen Fürsorgerat ein bestimmtes Gebiet zugewiesen und als er zum ersten Male seinen Rayon besuchen wollte fand er zu seinem Erstaunen und Verdruß, dass das ihm zugewiesene Gebiet aus lauter unbebauten Flächen bestand (Heiterkeit). Mit solch ernstern Dingen sollte man doch nicht Wohnungspott treiben. Verdienstvolle Fürsorgeräte, früher Armenräte geheissen seien einst von der Gemeinde ausgezeichnet worden und es wäre zu wünschen, wenn diese nützliche Einrichtung zum Ansporn des persönlichen Erfolges wieder eingeführt werden würde. Redner führt Beschwerde darüber, dass die Gemeinde die Bewilligung von Sammeltagen von der parteimässigen Zubehörigkeit der Ansuchenden Organisation oder Institution abhängig mache. Er bezeichnet die Entlohnung der freiwilligen Arbeiter im Lainzer Versorgungshaus mit 2000 Kronen für sechs Stunden Arbeitszeit als ganz unzulänglich. Die alten Leute weigern sich vielfach diese Arbeiten zu übernehmen, worauf ihnen die Versetzung in ein auswärtiges Heim angedroht wird. In den verschiedenen Humanitätsanstalten wurden die Verpflegeträge auf das dreifache erhöht, weil die Personallasten zu hoch sind. Man sollte auch nicht die private Fürsorgetätigkeit vollständig unterbieten und nicht nur die sozialdemokratischen Fürsorgeinstitute unterstützen. Redner richtet an den Referenten die Frage warum für die Armen der Stadt Wien und die Schulkinder

nicht mehr Schuhe angeschafft werden. Das Krematorium habe sich nach den bisherigen Erfahrungen als überflüssig erwiesen, man könnte die hierfür aufzuwendenden Summen nützlicheren Zwecken zuführen.

Der Bürgermeister leitet sodann die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten ein, dass Budget dieser Verwaltungsgruppe wird angenommen. Der Resolutionsantrag Stöger betreffend die Dienstordnung wird der Geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, der Antrag Stöger, es sei der Senat anzuweisen sich bei Neuaufnahmen von Angestellten eines ungehörigen Vorganges zu enthalten wird abgelehnt.

G.R. Nachnebel (soz. dem.) beantragt, dass die Post „Einmalige Geldaushilfe durch die Fürsorgeinstitute um 10 Milliarden auf 11.4 Milliarden erhöht werde.

G. R. May (chr. soz.) übt Kritik über die allzugrosse Strenge mit der bei der Zuerkennung von Erhaltungsbeiträgen vorgegangen wird. In der geschlossenen Fürsorge erhalten die Pflinglinge nicht mehr die selbe fürsorgliche und liebevolle Behandlung wie früher. Redner führt Beschwerde im Bürgerhause sowie über die Qualität und Quantität der dort gereichten Speisen.

G.R. Eisinger (soz. dem.) erhält unter grosser Unruhe der Minderheit das Wort.

G.R. Untermüller (chr. soz.) : Was ist mit der Verleumdung die Sie vor einiger Zeit ausgesprochen haben?

G.R. Haider (chr. soz.) : Haben Sie schon die Verleumdung zurückgenommen?

G.R. Untermüller : Wollen Sie als Verleumder gelten?

Schliesslich verlassen die Christlichsozialen den Saal und Gemeinderat Eisinger kann seine Rede beenden. Redner bespricht die Weltanschauung der gegenwärtigen Mehrheit hinsichtlich der Fürsorge und meint, die Bevölkerung habe jetzt ein grösseres Freiheitsbedürfnis und wolle nicht mehr der privaten Wohltätigkeit unterworfen werden. Es sei ein grosser Unterschied zwischen sozialer Fürsorge und privater Wohltätigkeit. Wir haben nicht mehr die Menschen die sich eine private Wohltat erwählen lassen wollen und auch nicht die Menschen die private Wohltätigkeit üben wollen.

Würde die Gemeinde nicht ihre Pflicht erfüllen, so würde das Gebiet der öffentlichen Wohltätigkeit brach liegen (Sehr richtig). Redner bespricht nun die Kindergärten der Stadt Wien die jetzt 75 Kindergärten hat und im kommenden Jahre noch zwei errichten wird. Die Zahl der Volkskindergärten ist von 8 auf 11 gestiegen. Die Umwandlung von Kindergärten in Volkskindergärten ist für die Gemeinde sehr bezeichnend. In den Kindergärten zahlen nur 45 Prozent der Eltern das ganze Geld für das Mittagmahl, 10 Prozent bloss die Hälfte, 12 Prozent ein Drittel und 33 Prozent der Kinder haben Freiplätze. Was die Schülernausspeisung betrifft, so wird bloss für 3 Prozent der Kinder von den Eltern der volle Preis bezahlt für 2 Prozent drei Viertel des Preises, für 16 Prozent die Hälfte und 52 Prozent zahlen überhaupt gar nichts. 15.000 Kinder werden in ganz Wien an 60 Stellen von der Gemeinde in durchaus zufriedenstellender Weise ausgespeist. Dafür gibt die Gemeinde 17.7 Milliarden aus. Was macht der Bund hinsichtlich der Kindernausspeisung? Bisher hatte der Bund 275 Millionen präliminiert und dies sind auch im Budget für 1925 gestrichen (Hört! hört!). Der Bund will für die Schülernausspeisung überhaupt nichts mehr ausgeben. Er tut

auch nichts für die Kriegsbeschädigten obgleich dies seine gesetzliche Pflicht wäre (So ist es) . Im Budget für 1925 sind für die Kriegsbeschädigten 155 Millionen weniger eingesetzt als im Vorjahre (Hört ! hört !) , und da hält man hier Reden, dass die Gemeinde Verpflichtungen übernehmen soll die sie gar nicht hat. Für die Jugendfürsorge in Wien hat die Gemeinde 88 Milliarden eingesetzt, der Bund für ganz Oesterreich 6.4 Milliarden (Hört! hört!) um 342 Millionen weniger als im Vorjahre. Die Gemeindeverwaltung wird sich durch dieses ganze Gerde nicht von ihrem Weg abbringen lassen (Lebhafter Beifall) .

Unter lebhaften Zwischenrufen der Mehrheit nehmen die Christlich-Sozialen wieder ihre Plätze ein.

G.R. Merbaul (chr. soz.) bespricht die Umwandlung der früheren Karä Tillische Schule in eine Frauengewerbeschule im V. Bezirk und beklagt auch unter anderem, dass die neue Leiter in die Kreuze von den Wänden abnehmen lassen. Redner führt Beschwerde, dass durch ein Zirkulare die Fürsorgeämter angewiesen worden seien im Dezember nicht so viele Aushilfe zu geben, und beschwert sich, dass im Versorgungshause in Lainz die Freidenker-Vorträge veranstalten.

G.R. Dr. Friedjung (soz.-dem.) erklärt aus eigener Anschauung, dass die Heilanstalten der Gemeinde Wien mustergültig geführt und geleitet werden und sich vollkommen auf der Höhe befinden. Redner sagt, dass die Entpolitisierung der Fürsorge die von der Minderheit gewünscht werde vor allem von dieser selbst durchgeführt werden müsse indem sie dieses Verwaltungsgebiet der Gemeinde mit wohlwollendem Geiste beurteile.

G.R. Dr. Motzko (chr. soz.) : Dann tragen Sie nicht den Kulturkapf hinein !

G.R. Dr. Friedjung stellt nunmehr an den amtsführenden Stadtrat die Frage ob man nicht mit den ausländischen Regierungen wegen der Ausländer die unsere Spitäler und Heilanstalten besuchen, Übereinkommen treffen könne, damit diese Regierungen für die Kosten aufkommen (Lebhafter Beifall) .

G.R. Lehninger (chr. soz.) beklagt es, dass die Politik in die Anstalten hineingetragen werde und führt Beschwerde über die Zustände im Versorgungsheime in Lainz. Anstatt hunderte von Millionen an Subventionen für Parteiorganisationen auszugeben täte die Gemeindeverwaltung besser, für die Alten Wiener und Wienerinnen in Lainz zu sorgen. Hierwerde seitens der Pflinglinge ein Terror ausgeübt. Als jüngst eine Frau im Sterben lag, kam der Pfarrer und konstatierte, dass sie konfessionslos geworden sei. Es wurde nun den Geistlichen verboten, Bekehrungsversuche zu machen (Unruhe bei den Christlich-Sozialen) .

G.R. Preyer (chr. soz.) : Es ist ein Skandal, was sie mit unseren alten Wienern treiben.

G.R. Lehninger sagt ferner, dass manche Pflinglinge 14 Stunden im Tage Arbeiten leisten müssen.

G.R. Untermüller : Ausbeuterei.

G.R. Preyer: Und das nennt sich sozialdemokratische Partei.

G.R. Lehninger bespricht die Zustände im Versorgungshause in Neu-Mauerbach, wo eine sozialdemokratische Versammlung stattfand und dann eine christlichsoziale Versammlung verboten wurde, weil sich die Pflinglinge dadurch zu sehr aufregen würden.

St.R. Tandler : Darüber kann ich Ihnen etwas vorlesen.

G.R. Lehninger bespricht die Lohnverhältnisse der Hausaufseher und schliesst mit dem Wunsche, dass die Verwaltung im Lainzer Versorgungshause eine solche werde, dass sich die Wiener und Wienerinnen darinnen so wohl fühlen, wie es früher der Fall war (Beifall bei den Parteigenossen) .

St.R. Tandler kommt in seinem Schlusswort zunächst auf die Ausführungen des Gemeinderates Lehninger zurück. Der Umbau in Lainz wurde vorgenommen und Pflinglinge zu scheiden, die nicht zu einander gehören, denn es sei verfehlt, Epileptiker und Menschen mit Altersblödsin beifügt unter gesunden Leuten zu belassen. Es waren auch Tuberkulotiker schwerster Art mit Gesunden beisammen. Daraus entsprang meine Idee, der Schaffung eines eigenen Siechenhauses und eines Altersheimes. Die Zahl der Siechen in Lainz ist grösser als der Fassungsraum der ganzen Anstalt, sie können nur an einer geeigneten Stelle untergebracht werden. Diese Erwägung brachte mich auf den Gedanken, Lainz in ein Siechenhaus umzuwandeln. Die erste Forderung war, der Umbau der Pavillons. Und daraus erklärt sich auch der sogenannte Ueberbelag. Die Schilderungen des Herrn Gemeinderates Lehninger entsprechen nicht vollkommen der Richtigkeit. Man kann doch nicht 16 Leute in ein Zimmer zusammenlegen, wenn nur für 8 Platz ist. Richtig ist, dass in ein Zimmer wo ursprünglich 14 Betten waren, 16 Betten hineingestellt worden sind. Wie waren aber die Zustände früher ? Da mussten die alten Leute zu hunderten auf den Boden liegen und ich habe sie allmählich in die Betten gebracht. (Gemeinderat Rummelhasrdt: Das war während der Kriegszeit). Ich kann nur sagen was ich übernommen habe, damals waren so und so viele Ueberbeläge. Es hat also auch ärgere Zustände gegeben. Ich halte den Ueberbelag von zwei Betten in einem gesunden Pavillon für keine Affäre, keinesfalls für eine schwerwiegende Beschuldigung. Wenn darüber geklagt wurde, dass die Leute keine Tagräume haben, so verweise ich darauf, dass im Bürgerversorgungshaus Tagräume nicht existierten und ich sie allmählich geschaffen habe, weil ich es nicht verstehen kann, dass ein Mensch wie ein fressendes Tier auf seinem Nachtkastel sein Essen verschlingt. Der Tradition wollte ich nicht ins Gesicht schlagen, dass die Bürger sozusagen ihrer bürgerlichen Herrlichkeit entkleidet nach Lainz gehen sollen. Daher geht es nicht anders, als dass allmählich dieses Bürgerversorgungshaus leer wird und dass dann diese leeren Säle zu Speisesäle umgebaut werden. Bezüglich der Klagen über mangelhafte und zerrissene Wäsche ist darauf zu verweisen, dass wir die Wäsche nach einem Krieg und nach einer Revolution übernommen haben. Wir kauften für viele Millionen neue Wäsche. Dabei mag es ja vorkommen dass jetzt noch hier und da ein Leintuch schadhaft ist, aber sie wollen mir doch nicht aus jedem durchlöchernten Leintuch einen Strick drehen. (Heiterkeit) . Bezüglich der Klagen über die Kost ist zu sagen, dass wir nicht mehr tun können, als den maschinellen Betrieb einzurichten und die beste Ware einzukaufen. Wir bemühen uns die Küchenmanipulationen zu vereinfachen und zu verbessern. Wenn die Kost mit den Mängeln einer Küche für 6000 Menschen behaftet ist, so ist das nicht weiter verwunderlich. Aber sie ist sicher durchaus bekömmlich und anständig zubereitet, wie ich mich hunderte Male bei unangesagten Visitationen überzeugt habe. Auch die Aerzte nehmen immer Kostproben vor, ebenso kontrollieren die Kost regelmässig ein Mitglied des Pflinglingsausschusses, dem auch Christlich-Sozialen angehören, die uns nicht besonders begünstigen. Natur

lich kann hie und da das eine oder das andere Gerächt weniger gut sein, das kommt schliesslich auch in Privathäusern vor. Man hat von einem Terror des Pfléglingrates gesprochen. Nun, von diesen sogenannten Terroristen fehlt schon die bessere Hälfte, die Frau Müller, es bleibt also noch der Herr Böhm.

Zu den Beschwerden über den Vortrag des Hofrates Franzl ist zu bemerken, dass ich nach Kenntnisnahme des Programmes diesen Vortrag nicht zugelassen habe. (Beifall bei der Opposition). Nun hat Hofrat Franzl in einem Pavillon vor freiwilligen Zuhörern seinen Vortrag gehalten. Niemand war gezwungen ihm anzuhören. Und wer sich gekränkt fühlte, hätte ja einfach weggehen können. Eine Affäre ist das jedenfalls nicht. Es wäre dann eine Affäre, wenn sie nachweisen könnten, dass Hofrat Franzl die Erlaubnis hatte, im Rahmen der gewöhnlichen Musikvorträge seine Rede zu halten.

Bezüglich einer weiteren Beschwerde des Gemeinderates Lehninger über angeblichen Gewissenszwang ist zu sagen: Ich habe eine wichtige Anzeige bekommen, dass jemand gezwungener Massen mit den Tröstungen der Religion versehen gestorben ist und gegen den Willen der Verwandten feierlich bestattet wurde. Um daraus keinen hochnotpeinlichen Akt zu machen, schrieb ich dem Verwalter einen Brief, er möge die Sache untersuchen, ohne ein Werturteil über den Vorgang selbst abzugeben. Die Untersuchung ergab, dass diese Frau mit Recht die Tröstungen der Religion bekam, weil sie zu ihrer Kirche wieder zurückgekehrt war und alles hat sich in Wohlgefallen aufgelöst. Nur die Pfléglingerräte haben dagegen remonstriert. Bei den Klagen über die Pfléglingrarbeiter bekommt man förmlich eine Gänsehaut. Ich habe diese Sache nicht eingeführt sondern im Gegenteil nach meinem Amtsantritte die Zahl dieser Arbeiter von 1200 bis heute auf 680 verringert. Sobald im Anstaltsterritorium die Geleiseanlagen solid sein werden, werden wir den Transport der Speisen mit Lokomotiven besorgen können, dadurch werden wieder Pfléglingrarbeiter entbehrlich werden. Auch in der Anstaltsküche sobald neue Maschinen angeschafft sind, beispielsweise Kartoffelschälmaschinen. Die Aufnahme in das Versorgungshaus ist allerdings strenger geworden und das mit Recht, denn eine solche Anstalt ist kein Wirtshaus. Bei meinem Amtsantritt war in Lains die Ruhr endemisch. Durch die strengeren Aufnahmenvorschriften haben wir sie ganz zum Schwinden gebracht.

Nun einige Worte über Mauerbach. Es ist war, dass Landesrat Palme in der neuen Gemeinde Neu-Mauerbach eine Rede gehalten hat, weil er von der Ansicht ausging, das sei sein gutes Recht. (Widerspruch bei den Christlichsozialen). Der Beamte der dies zugegeben hat ist verwarnt worden. Als nun am nächsten Tag ein christlichsozialer Redner kam, hat mich der Beamte telephonisch verständigt, und ich habe es verboten in der Anstalt eine Versammlung abhalten zu lassen. Wie sehr ich damit Recht hatte, beweist der Verlauf der ausserhalb der Anstalt abgehaltenen christlichsozialen Versammlung, bei welcher nach einem mir zugegangenen Bericht es derart turbulent zugeing, dass die Ordner Mühe hatten Tätlichkeiten zu verhindern.

G.R. Kunschak: Und wie ist es bei der Versammlung Palme zugegangen?

St.R. Tandler: Der Bericht hierüber besagt, dass Palme anfangs ruhig angehört wurde und dass erst auf die Gegenrede eines Pfléglingrs sich die berühmten zwei Parteien gebildet haben. Und da die Leute alt sind haben sie sich aufgeregt. Beide Vorgänge beweisen, dass wir Recht haben wenn wir die politischen Versammlungen in

der Anstalt nicht dulden. Wenn Gemeinderat Panosch es vermisst, dass Fürsorgerräte ausgezeichnet werden, so verweise ich darauf, dass während meiner Amtszeit hunderte solcher Diplome von mir unterzeichnet worden sind.

Mit dem Antrag des Gemeinderates Nachtnebel, einen Betrag von zehn Milliarden Kronen für die Unterstützung von bedürftigen Erwachsenen in das Budget hineinzunehmen, bin ich vollkommen einverstanden. Dadurch werden wir vielen bedürftigen Arbeitslosen helfen können. Wenn Sie diesen Betrag bewilligen, so bieten Sie uns die Möglichkeit unser individuelles Unterstützungssystem materiell zu erweitern. Das ist die einzige Art, die eine Vertiefung unserer Fürsorgebestrebungen bedeutet. Nicht jeder Arbeitslose kann einen Beitrag erhalten, sondern aus der grossen Zahl müssen die Bedürftigsten herausgesucht werden. Wenn dabei über einzelne Fürsorgerräte geklagt wird, so muss ich sagen, dass bei fünftausend Menschen immer Beschwerden kommen werden.

Ein ernstes Wort möchte ich noch über die Ausländer sprechen, die wir in unseren Anstalten erhalten müssen. Die Staaten lassen es da nicht nur an der Noblesse, sondern sie drücken sich auch um die Bezahlung. An der Spitze steht Polen, das uns auf den Heimbeförderungsantrag geantwortet hat, dass erst eine Krankengeschichte zu schicken. Da handelt es sich oft um Abschriften, die mehr als hundert Seiten umfassen. Wir haben uns dieser Riesearbeit unterzogen, worauf wieder mitgeteilt wurde, dass ein solcher polnischer Kranker nur dann in seine Heimat gebracht werden kann, wenn die Familienangehörigen damit einverstanden sind. Eine solche Zustimmung ist aber kaum zu erzielen und es ist diese ganze Vorgangsweise eine gewöhnliche Frozelei. Auf dem Steinhof haben uns diese Kranken bis jetzt vier Milliarden Kronen gekostet. Ich habe das absichtlich in aller Öffentlichkeit gesagt, weil ich dieses Benehmen eines Staates für ungehörig halte. (Beifall).

Zum Schluss möchte ich pflichtgemäss allen Mitarbeitern meiner Verwaltungsgruppe den Dank für ihre mühevollen Arbeit sagen. (Beifall). Ich bin der Meinung, dass man dieses schwere Amt doch einzig und allein nur dann ordentlich führen kann, wenn man sicher ist, allseits unterstützt zu werden. Wünschen Sie einen Erfolg meiner Arbeit, dann wünsche ich Ihre Mitarbeit. (Beifall).

Vorsitzende Frau Gemeinderätin Book teilt mit, dass die Abstimmung über diese Gruppe vertagt wird.

Es ergreift nun zum Voranschlag der Gruppe

Sozialpolitik und Wohnungswesen

das Wort amtsführende Stadtrat Weber: Der Voranschlag meiner Verwaltungsgruppe umfasst 937,2 Milliarden Kronen. Davon entfallen auf die Sozialpolitik, so weit sie in diese Gruppe gehört, rund 16 Milliarden Kronen. Das Kleingartenwesen ist mit 840 Millionen Kronen enthalten und den grössten Teil, nämlich 911 Milliarden Kronen nimmt das Wohnungs- und Siedlungswesen ein. Da das Wohnungsanforderungsgesetz bis Ende 1925 befristet ist, wurden die Äquivalentleistungen nur mehr mit 5,2 Milliarden Kronen eingestellt, da wahrscheinlich in den letzten Monaten die Einzahlungen stark zurückgehen werden.

Über die Tätigkeit des Wohnungsamtes, das dieser Gruppe das Gepräge gibt, kann vor allem gesagt werden, dass auf dem Gebiete des Wohnungswesens eine kleine Erleichterung eingetreten ist. Am 1. November 1924 haben wir 22.229 mit I qualifizierte Wohnungssuchende verzeichnet, gegenüber 21.368 am 1. Jänner 1924. Unter den 22.229 Vorgemerkten befinden sich aber 4187, die über eine vollständige Wohnung als Hauptmieter verfügen und nur deshalb als dringlich vorgemerkt sind, weil ihre Wohnung überfüllt ist.

In Berlin wurden anfangs Jänner 223.000 Wohnungssuchende gezählt und bis jetzt konnten nur 32.000 untergebracht werden. Man kann also sagen, dass die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiete gerade nicht die schlechteste ist. (Beifall)

Das Wohnungsamt hat bis 1. November 1924 genau 7424 Wohnungen und Einzelräume zugewiesen. In den ersten ^{zehn} Monaten wurden 1726 Notstandsfälle untergebracht. Durch den Wohnungstausch und die Wohnungsumschreibungen wurden in der gleichen Zeit 7655 Zuweisungen ermöglicht. Insgesamt konnten bis 1. November 15.206 Parteien durch das Wohnungsamt ihren Wohnbedarf befriedigen. Von den 7424 Zuweisungen entfallen 4608 auf angeforderte Wohnungen und Wohnräume, 1289 auf Tauschansuchen, 1138 auf Gemeindeneubauten, 266 auf Äquivalente, 68 auf die Uebersiedlungshilfe, 53 auf den Paragraph 16 des Anforderungsgesetzes. Auch auf dem Gebiet der Hauserhaltung hat das Wohnungsamt positiv gearbeitet. Mit Hilfe des Bauamtes wurden 1388 Wohnungen und 80 Geschäftslokale vor dem Verfall gerettet, wofür ein Betrag von 4.1 Milliarden aufgewendet werden musste, den die Hausbesitzer rückzuerstatten haben. Durch die schlechte Witterung sind leider die Fortschritte der Gemeindneubauten stark beschränkt. Wir haben einen harten und langen Winter und einen nassen Sommer gehabt. Das bewirkte, dass aus dem Bauprogramm dieses Jahres 5745 Wohnungen unvollendet sind. Wir rechnen damit, dass ein Teil noch in diesem Jahr vollendet, der grösste Teil aber im Frühjahr 1925 zu beziehen sein wird. Für das Jahr 1925 werden zehntausend Wohnungen neu zu bauen begonnen, so dass im kommenden Jahr mit einem grossen Vorsprung zu rechnen ist.

Es ist von der Minderheit in der Generaldebatte auch über das Obdachlosenelend geredet worden. Ich habe nun erheben lassen, wie es früher ausgesehen hat. Im Jahre 1912 hatten wir in Wien durchschnittlich täglich 1526 Obdachlose, im Jahre 1913 schon 1592 und im Jahre 1914 gar 1625, während wir im Jahre 1924 nur 741 verzeichnen.

G.R. Doppler (chr. soz.): Die Rechnung ist falsch!

Sie ist richtig und die Verminderung hat ihren Grund darin, dass wir alles versuchen, um gerichtliche Kündigungen hintanzukalten und wenn eine Delogierung nicht mehr zu vermeiden ist, trachten wir, die Partei rasch unterzubringen.

Von der Minderheit wird auch immer erklärt, dass der gesetzliche Instandhaltungszins viel zu niedrig sei. Wir haben in Wien 42.000 Häuser von denen bis jetzt für 6681 bei den Schlichtungsstellen um eine Erhöhung des Instandhaltungszinses angesucht worden ist. Sicherlich gibt es viele Mieter, die gar nicht zur Schlichtungsstelle gehen, aber da können nicht mehr als gleichfalls 6000 sein, so dass also nur ein kleiner Bruchteil mehr als den gesetzlichen Instandhaltungszins zahlt. Wir sind der Ansicht, dass der Instandhaltungszins so bemessen sein muss, dass er hinreicht, um die Häuser vor dem Verfall zu schützen.

Schliesslich möchte ich noch darauf verweisen, dass die Arbeit der Funktionäre und Beamten des Wohnungsamtes ungemein schwierig ist und dass alle in diesem Jahre das möglichste geleistet haben. Sie haben der Bevölkerung das gebracht, was sie berechtigterweise erwarten konnte, und ich fühle mich verpflichtet, allen Mitarbeitern für die grosse, schwierige und undankbare Arbeit öffentlich zu danken. (Lebhafte Beifall.)

G. R. Preyer (chr. soz.) klagt, dass die Mandatäre der Minderheit in die Tätigkeit des Wohnungsamtes nicht den richtigen Einblick erhalten. Er beklagt, dass die zur Verfügung stehenden Wohnungen zumeist eingewanderten Juden zugewiesen werden und bespricht hierauf die Zuweisung der 71 Wohnungen im neuen Wohnhausbau der Gemeinde in der Albertgasse. Ein Beschluss der Bezirksvertretung Josefstadt, dass die Wohnungen wohnungsbedürftigen Josefstädtern zugewiesen werden, habe nicht Beachtung gefunden.

G.R. Hiess (Soz. dem.) Was würde denn mit den Wohnungslosen geschehen, wenn sich jeder Bezirk absperren würde?

G.R. Preyer sagt weiter, einem Mandatar des Bezirkes sei erklärt worden, es sei schon eine Liste fertig, auf der die stehen, die Wohnungen bekommen werden.

G.R. Iser (soz. dem.) Aber das war ja in Graz und nicht in der Josefstadt!

G.R. Preyer schliesst mit der Erklärung, dass die Mehrheit im Wohnungswesen Parteipolitik betreibt. (Beifall bei den Parteigenossen.)

G.R. Hofbauer (soz. dem.) bespricht das Kleingartenwesen. Dieses ist in der letzten Zeit in seiner Entwicklung stillgestanden. Eine Ursache davon sei, dass es nicht mehr so schwer sei, Lebensmittel zu erlangen. Viele Kleingärtner mussten die Plätze, die sie lieb gewonnen haben, räumen, weil der Boden für etwas wichtigeres, für die Wohnneubauten der Gemeinde benötigt wurden. Diese schweren Opfer wurden im vollsten Einvernehmen mit den Betroffenen vereinbart. Durch das nächste jährige Bauprogramm der Gemeinde werden wieder Kleingärtner ihren Boden verlassen müssen. In das heurige Budget sind 300 Millionen eingesetzt, die dazu dienen sollen, die Kleingärtnerbewegung zu stabilisieren. Während in Deutschland das Gebiet zuerst parzelliert wird und dann darauf gebaut wird, geschieht in Wien zumeist das Umgekehrte. Die Kleingärtner errichten auch zumeist auf ihrem Boden Lauben nicht aus Holz, sondern auch feste Bauten aus Ziegel und Beton. Es gibt 4500 solcher Gartenhütten in Wien, die manchmal auch ganzjährig bewohnt werden. Die 300 Millionen werden aufgewendet, um eine Parzellierung durchzuführen. Im vorigen Jahre wurde auch ein Bauregulativ beschlossen, es soll das Kleingartenwesen in eine gesetzliche Form gebracht werden. Man will in das Durcheinander von Kleingarten- und Siedlungsbewegung Ordnung bringen. Dazu würden zwar auch die bestehenden Gesetze genügen, aber die Gemeinde will das ohne Zwang, durch gütliche Vereinbarung durchführen. Es werden auch heuer Prämien für die schönsten Kleingärten und die schönsten Kleingartenkolonien verteilt werden, heuer gibt es auch eine neue Post für die schönsten Lauben, für diesen Zweck sind 15 Millionen eingesetzt. Eine Post von 60 Millionen wird durch Prämien das Kleingartenwesen fördern. Hoffentlich wird dadurch das Kleingartenwesen so emporgebracht werden, wie es sich in Deutschland entwickelt hat. (Lebhafte Beifall.)

G.R. Hörmayer (chr. soz.) sagt, dass bei den Wohnungszuweisungen parteiisch zugegangen werde. Man möge bei der Aufteilung der Wohnungen rigoros vorgehen.

G.R. Wielsch (chr. soz.) schildert die Schicksale obdachloser Familien und tritt dafür ein, dass ein Tagesheim für Obdachlose geschaffen werden soll. Es sei auch erwägenswert, ob es nicht möglich wäre, vorläufig wenigstens einen Tagraum im Obdachlosenasyll einzurichten. Das Wohnungsamt soll auch eine Revision der zugewiesenen Wohnungen vornehmen, weil in vielen Fällen solche Wohnungen ohne Verständigung des Wohnungsamtes weitervergeben worden sind.

G.R. Ullreich (chr. soz.) vermisst in dem Voranschlag eine Post über die Subventionierung der Schulgärten und fragt, ob man diese Sache künftighin überhaupt nicht mehr unterstützen wolle. Aus dem Budget sei auch nicht zu ersehen, dass im kommenden Jahre an die Veranstaltung einer Kleingartenausstellung gedacht werde. Es scheine vielmehr, dass Fallengelassen solche Ausstellungen beschlossene Sache zu sein, denn das ganze Inventar der letzten sehr erfolgreichen Kleingartenausstellung ist an den Verband verkauft worden. Die Veranstaltung ist aber sehr nützlich und es wäre schade, wenn die Gemeinde davon absehen würde. Die von Gemeinderat Hofbauer erwähnte Aussprache mit den Kleingärtnern wegen Übergabe ihrer Grundstücke zum Wohnhausbau sei nach Mitteilungen der Siedler durchaus nicht so friedlich verlaufen und auch nicht im besten Einvernehmen erfolgt. Man hat die Kleingärtner vielfach gezwungen ihre Gärten zu räumen.

20/12

Wynon

VI. B o g e n .

Redner erklärt weiter, dass die christlichsoziale Gemeindeverwaltung die Schrebergartenbewegung in vielfacher Hinsicht gefördert und für sie Verständnis bewiesen habe und beanständet, dass, in den veranschlagten Summen zwischen Wohn- und Siedlungsbauten keine Grenze gezogen sei. Die Gemeindevohnungen entsprechen vor allem in der Grösse nicht. Es sei bedauerlich, dass die Gemeinde nur Genossenschaften Kredite gibt, die auf Gemeindeboden bauen (Beifall)

Stadtrat Weber antwortet in seinem Schlusswort, dass für Siedlungsbauten deswegen nicht eigene Post eingesetzt sei, weil für das Siedlungsprogramm des kommenden Jahres dem Gemeinderat eine gesonderte Vorlage wird. Wenn keine besondere Post für Schulgärten enthalten ist, so muss auf die Post Kleingartenwesen „Für besondere Zwecke“ verwiesen werden. Für die Kleingartenausstellung sei kein Betrag eingesetzt, weil diese Ausstellung so kostspielig ist, als dass die jedes Jahr gemacht werden könnte. Wegen des Wohntyps in den Neubauten habe Redner wiederholt darauf hingewiesen, dass es sich zunächst darum handelt, der Masse der Kleinwohnungen suchenden Parteien gerecht zu werden. Alle anderen Bedürfnisse müssen vorläufig zurückgestellt werden. Erst wenn dieses Bedürfnis befriedigt sein wird, kann die Gemeinde grössere Wohnungen errichten. Uebrigens enthalten bereits einzelne Häuser der Gemeinde grössere Wohnungen und zwar in einem nach Ansicht des Redners zu reichlichem Ausmass.

Stadtrat Siegel: Sehr richtig!

Stadtrat Weber: Die Obdachlosenfrage beschäftigt gewiss die Gemeindeverwaltung aber diesem Problem kann man nur dadurch begegnen, indem man mit dem Aufgebot aller zur Verfügung stehenden Mittel an den Bau von Wohnungen schreitet. Im kommenden Jahre wird die Wohnungsproduktion bereits erreicht sein und nur das ist der Weg, der uns aus dem Obdachloseneiland herausführt. Die Gemeindeverwaltung wird auch daran gehen, die Bewohner der Notstandswohnungen in den Baracken von Simmering, Baumgarten und Grinzing herauszunehmen und diese frei gewordenen Baracken als Durchzugsheime verwenden. Was die Revision der zugewiesenen Parteien anlangt, so erfordert sie Massnahmen, die Ihrer Politik widersprechen. Wegen der Mitwirkung der Mandatäre der Minderheit in den Wohnungskommissionen muss auf das Entschiedenste erklärt werden, dass ihnen nur das Recht der Kontrolle, aber nicht das der Zuweisung zusteht.

Stadtrat Siegel: das hat Dr. Kienböck einmal sehr warm begrüsst.

Stadtrat Weber schliesst mit dem Hinweis darauf, dass die grosse Masse der Wiener Bevölkerung keineswegs der Meinung sei, dass die schwierige Arbeit parteipolitisch erfolge und dass sie zur Verwaltung der Sozialdemokraten volles Vertrauen habe. (Beifall)

Vorsitzende Gemeindevorsteherin Böck teilt nun mit, dass die Abstinenz zurückgestellt wird und die nächste Sitzung am Montag um 10 Uhr vormittags stattfindet.

Schluss der Sitzung um 11 Uhr nachmittags.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 22. Dezember 1924.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Dezember 1924

(Fortsetzung der Budgetdebatte)

Bürgermeister Seitz eröffnet um 10 Uhr vormittags die Sitzung und hält dem gestern verstorbenen Gemeinderat Anton D a v i d folgenden Nachruf:

Abermals mussten wir die Trauerfahne auf den Türmen des Rathauses hissen. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag ist der Gemeinderat Anton David im 76ten Jahre seines Lebens voller harter Arbeit und unermüdlichen Schaffens aus dem Leben geschieden. David wurde im Jahre 1849 in Prag-Smichow geboren, im Jahre 1869 war er bereits in Wien und trat schon in das öffentliche Leben ein. Seit dieser Zeit wirkte David nach seinen Grundsätzen und im Sinne seines Programms und er war wohl einer der besten Vorkämpfer seiner Klasse. Im Jahre 1907 wurde er in den damaligen Reichsrat des alten Oesterreichs gewählt dem er bis über den Umsturz angehört hat. Im Jahre 1919 war er der Alterspräsident der Nationalversammlung, aber auch mit Gemeindepolitik befasste sich David eingehend und er war der erste der aus dem dritten Wahlkörper als Sozialdemokrat im Bezirk Ottakring gewählt wurde und es war ganz selbstverständlich, dass als der neue Stadtrat gebildet wurde, er als Vertreter seiner Partei auch in diese Körperschaft kam, der er bis zu ihrer Umgestaltung angehört hat. Sein rastloses Wirken auf dem Gebiete der Approvisionierung und insbesondere auf dem der Fleischversorgung Wiens ist in frischer Erinnerung. Der Verstorbene betätigte sich auch eifrig als Mitglied des Ausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. In dieser langen Reihe von Jahren öffentlicher Tätigkeit sehen wir immer diesen wissensdurstigen und beweglichen Geist, diesen energischen/^{konorrigen} Menschen von unermüdlicher Kraft und Zähigkeit in der Vertretung seiner Ansichten. Trotzdem verband er damit ein mildes und konziliantes Wesen, (obdessen er bei seinen Gegnern wie bei seinen Freunden allgemein beliebt war. Der Wiener Gemeinderat hat den Verstorbenen in Würdigung der grossen Verdienste die er sich um die Stadt erworben hat im Mai dieses Jahres einstimmig zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Seinen Freunden baute er in Ottokring ein Heim, ein Arbeiterheim, dass er vor allem der Bildung gewidmet wissen wollte, ein Heim in dem sich die Arbeiter zusammenfinden sollen in ihren freien Stunden und wo sie es schöner haben sollten als in ihrer Armut zuhause. In diesem Heim hat er als der leitende, aber auch immer als der gute Geist gewirkt, dort lernte man den Menschen David, den lieben, treuen unermüdlichen Mann so recht kennen. Ich glaube in ihrem Sinne zu sprechen wenn ich sage: Wir, die Stadt Wien überhaupt wird Anton David ein ehrendes Andenken bewahren. Sie haben sich zum Zeichen Ihrer Trauer von den Sitzen erhoben und ich werde diese Kundgebung dem amtlichen Protokoll einverleiben.

Der sozialdemokratische Gemeinderatsklub hatte den Platz des verstorbenen Gemeinderat mit einem Lorbeerkranz mit roter Schleife geschmückt.

Hierauf wird die Spezialdebatte über den Voranschlag 1925 fortgesetzt. St.R. Siegel referiert über die Verwaltungsgruppe Technische Angelegenheiten, er verweist darauf, dass von dem gesamten Erfordernisse von 4 Billionen eine Summe von 1.788 Billionen in dieser Gruppe zur Verwendung gelangt, dass sind 42 Prozent des Gesamterfordernisses. Aus dieser Summe geht wohl die wichtige Tätigkeit auf diesem Gebiete hervor. Der Referent erklärt, dass auch im heurigen Jahre die Instandsetzung der öffentlichen Denkmäler und Brunnen fortgesetzt werden wird, es ist hierfür ein Betrag von 832 Millionen vorgesehen. Eine Reihe von Rubriken stellen zusammengefasst die verschiedenen Betriebe dar, das Granitwerk Mauthausen, das Kalk- und Schotterwerk ^{der} in/Hinterbrühl, das Ziegelwerk in Oberlaa und der Betrieb für Baustoffbeschaffung selbst. Von der letzteren Stelle sind insgesamt 873.000 Tonnen Baugut zu beschaffen, darunter 350.000 Tonnen Schotter, 400.000 Tonnen Ziegel, 350.000 Tonnen Eisen 100.000 Tonnen Zement, 7000 Tonnen Gips und Schlackenstein, 500 Tonnen Glas, 800 Tonnen Installationsmaterial. Das Kalkwerk in der Hinterbrühl, das bald seinem Ende entgegengeht, weil die Ausbeute erschöpft sein wird, wird 6000 Tonnen Weisskalk und 2000 Kubikmeter Schotter erzeugen. Das Ziegelwerk Oberlaa wurde modern ausgestaltet und wird im kommenden Jahre neun Millionen Stück Mauerziegel liefern. Das Granitwerk Mauthausen, das auch neue masschinelle Anlagen erhält, wird rund eine Million Stück Steine vom Würfelgewicht ergeben. Der Referent verweist auf die fortschreitende Automobilisierung des städtischen Fuhrwerkbetriebes, insbesondere auf dem Gebiete der Strassenreinigung und der Kehrichtabfuhr und bemerkt, dass das Colonia-System ungefähr Mitte 1926 in allen Wiener Bezirken eingeführt sein wird. Beim Betrieb „Bäder“ ist besonders auf den Monumentalbau im X. Bezirke hinzuweisen, von dessen Grösse man sich eine Vorstellung machen kann wenn man feststellt, dass der Wasserverbrauch 40 Sekundenliter darstellt und die Länge der Rohre 30 Kilometer betragen wird. Die übrigen Bäder werdenentsprechend ausgestaltet, in einigen sind auch schon Radio- Empfangstationen eingebaut worden. Für Strassenerhaltung und Strassenbauten sind 139 Milliarden vorgesehen, wir wollen trachten die Schäden des Krieges vollens gut zu machen und hoffen, dass im kommenden Jahre endlich alle Wiener Strassen hergestellt sein werden. Zum Kapitel Öffentliche Beleuchtung ist zu sagen, dass der Nachtstrom aus dem Opponitzer Wasserkraftwerk zur Beleuchtung in vielen Strassenzügen Verwendung finden wird. Dadurch werden viele Armaturen der jetzigen Gasbeleuchtung überflüssig und es wird möglich sein, in vielen Nebengassen die Gasbeleuchtung entsprechend zu verbessern. Schliesslich verweist der Referent auf eine Post von 940 Millionen zum Bau einer Radio- Sendestation und bittet um Zustimmung zu dem Erfordernisse

G.R. Ellend (chr.soz.) vermisst im Budget nähere Angaben über die Verwendung der grossen Masse von Baustoffen und erklärt, es sei nicht richtig, dass das Bauprogramm nur aus den Erträgen der Wohnbausteuer durchgeführt werde, es würden dazu auch Steuergelder verwendet. Was das Mieteschutzgesetz betrifft, so sei seine Partei keineswegs für dessen Aufhebung, da dies, so lange nicht Angebot und Nachfrage sich die Wage halten geradezu undenkbar sei. Redner gibt die Anregung, dass die Gemeindeverwaltung zur Durchführung ihrer grossen Investitionen an die Aufnahme von Darlehen schreitet, durch Geldzufluss aus dem Auslande würde der hohe Bankzinsfuss herabgesetzt und die Arbeitslosigkeit gelindert werden. Redner beanständet schliesslich, dass bei den Instandhaltungsarbeiten der Strassen bei der Umlegung von Geleiseanlagen und ähnlichen Arbeiten nicht der Tramwayverkehr auf kleinen Teilstrecken unterbrochen werde, um so die Arbeiten in kürzerer Zeit fertigzustellen. Dies würde den Geschäftsleuten in solchen Strassen sehr zugute kommen.

G.R. Paulitschke (chr.soz.) glaubt konstatieren zu können, dass absichtlich höhere Ausgaben in das Budget eingesetzt werden um so zu einem Defizit zu gelangen. So sei die Makadamisierung von Strassen sowohl im Voranschlag 1924 wie in dem des Jahres 1925 eingesetzt. Die Regulierung des inneren Mariahilfergürtels sei eine unaufrichtbare Notwendigkeit. Redner beanständet, dass die Voranschläge der Bezirksvertretungen im Rathause keine Beachtung finden, zum Beispiel bezüglich der Pflasterung von Strassen im VI. Bezirk mit Holzstückerpflaster.

Redner bezeichnet die Gebühren welche für den Wassermehrverbrauch eingehoben werden als zu hoch und bezeichnet es insbesondere als eine Ungerechtigkeit, dass die verschiedenen Humanitätsanstalten, Horte, Schulen, Spitäler, Ambulatorien zur Entrichtung solcher Gebühren verhalten werden, obgleich es notorisch sei, dass in solchen Instituten viel Wasser verbraucht werden müsse. Das Gesetz hierüber leide an einem Mangel, es möge eine Zwischenstufe eingesetzt werden.

Während dieser Ausführungen ruft ein Besucher der Galerie der in der ersten Reihe sitzt, unter lebhaften Gebärden unverständliche Bemerkungen in den Saal. Die Opposition protestiert lebhaft gegen diese Einmischung und der Vorsitzende Gemeinderat Weigel sagt: Ich mache den Herrn aufmerksam, dass die Galerie in die Verhandlungen nicht eingreifen darf, wenn das noch einmal geschieht, müsste ich Sie aus dem Saal entfernen lassen.

G.R. Paulitschke bringt dann noch verschiedene Bezirkswünsche vor und beklagt es, dass die Vorschläge der Bezirksvertretungen bei den entscheidenden Stadträten keine Beachtung finden.

G.R. Merbaul (chr.soz.) bezeichnet die Summe von 20 Millionen die für die Erhaltung der unter der Patronat der Gemeinde stehenden Kirchen im Budget eingesetzt ist, als eine geradezu lächerliche Summe mit der sich nichts anfangen lasse. Die Gemeinde sei gesetzlich verpflichtet, für die Instandhaltung der Kirchen aufzukommen. Redner führt dann Beschwerde über die schlechte Strassenbeleuchtung in Matzleinsdorf.

G.R. Hiess (soz.dem.) sagt er fühle sich verpflichtet dem Stadtrat Siegel für seine Fürsorge, die er dem X. Bezirk angedeihen lasse, namens der werktätigen Bevölkerung öffentlich den Dank auszusprechen. Unter der früheren Verwaltung wurde Favoriten sehr stigmütterlich behandelt. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung

trage nicht nur für die Herstellung der Strassen Sorge, sondern sie schaffe in diesem Bezirk der Elendsquartiere auch neue Wohnbauten und die Errichtung des grossen Bades, um das seit dreissig Jahren vergebens petitioniert wurde, trage endlich einem dringenden Bedürfnisse Rechnung. Auch die Strassenbeleuchtung wurde wesentlich verbessert. Er bittet den Stadtrat Siegel auch künftighin wie bisher den Bezirk Favoriten zu bedenken.

G.R. Hörmayr (chr.soz.) bemängelt den schlechten Zustand der Strassen im II. Bezirk und bittet eine Vergrösserung des räumlich ganz unzulänglichen Volksbades, des einzigen kommunalen Bades in der Leopoldstadt, nicht länger aufzuschieben. Auch eine Verbesserung der Strassenbeleuchtung wäre dringend von Nöten.

G.R. Ullreich (chr.soz.) spricht seine Verwunderung aus, dass sich in dem Budget eine Post „Errichtung einer RadioSendestation“ befinde und wünscht darüber Aufklärung. Zur Frage der Strassenreinigung übergehend verlangt Redner eine öftere Befahrung durch die Strassenkehrzüge und klagt über die Vernachlässigung von Ottakring hinsichtlich der Strassenpflasterung und Strassenmakadamisierung ebenso über die Vernachlässigung der Strassen und die zu geringe Beleuchtung im Liebhartstal. Der Redner schliesst mit Vorschlägen bezüglich der Strassensäuberung.

G.R. Untermüller (chr.soz.) findet, dass die Schneearbeit in Wien ungenügend ist und kritisiert die zu geringe Entlohnung der Schneearbeiter.

Bei dieser Bemerkung des Gemeinderates Untermüller ruft ein Galeriebesucher: „Und die Regierung lässt die Arbeitslosen verhungern!“ Die Christlichsozialen beschwerten sich beim Vorsitzenden über diese Unterbrechung, inzwischen hat der Galeriebesucher die Galerie bereits verlassen.

G.R. Untermüller meint weiter, dass in vielen Strassen für die Zuschusskredite zur Installierung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung ausgewiesen sind, die Vorbereitungen dazu noch nicht einmal getroffen sind und bespricht dann den Zustand der öffentlichen Uhren.

Vorsitzender Schorsch unterbricht um 1 Uhr die Sitzung und beraumt die Wiederaufnahme der Sitzung für 4 Uhr an.

22/12

V

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 22. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

Wiener Landtag. Am Dienstag, um vier Uhr nachmittags findet eine Sitzung des Wiener Gemeinderats als Landtag statt. Zur Beratung kommen die Gesetze über die Hundesteuer, Grundsteuer und das Gesetz über die Lehrerpensionisten. Nach Beendigung der Sitzung wird der Gemeinderat die Verhandlungen über das Budget fortsetzen.

Zunahme der Hausgehilfinnen in Wien. Durch die von der Gemeinde eingehobene Hauspersonalabgabe ist es möglich, sich über die Zahl der männlichen und weiblichen Hausgehilfen ein Bild zu machen. Freilich ist dieses Bild etwas unvollständig, da von der Steuerpflicht befreit jene Haushalte, die nur eine Hilfsperson haben, befreit sind. Erst jene Haushalte, die mehr als eine Hilfsperson beschäftigen, bilden den Gegenstand der Besteuerung und damit auch der Beobachtung. Am 13. Februar 1924 ist das Gesetz veräussert worden, das die Hauspersonalabgabe verzehnfacht. Es war indes noch Zeit, sich bis zum 29. Februar durch eine Verringerung des Hauspersonalstandes der erhöhten Steuer zu entziehen. Gewiss wurden auch diese vierzehn Tage dazu benützt, vor allem haben aber die Börsenkrise und der Zusammenbruch der Frankenspekulation, insbesondere Haushaltsführungen grossen und grösseren Stils so arg in Mitleidenschaft gezogen, dass einschneidende Veränderungen erfolgten. Trotz alledem zeigt aber ein Vergleich zwischen dem 31. Dezember 1923 und dem 30. November 1924, ein durchaus erfreuliches Bild. Es ist nämlich entgegen der vielfach verbreiteten Meinung in der Gesamtzahl nicht nur keine Verminderung eingetreten, sondern ein ganz namhafter Zuwachs zu verzeichnen. Was sich ergeben hat, ist einerseits ein weiteres Zurücktreten des männlichen Hauspersonals gegenüber dem weiblichen, andererseits Sparmassnahmen in den grossen Haushalten, dafür aber ein sehr starkes Anwachsen jener Haushalte, in denen zwei weibliche Hilfspersonen gehalten werden. Am 31. Dezember 1923 wurden von 7.312 Haushalten die Hauspersonalabgabe für 17.503 Personen entrichtet. Es gehörten 802 Hausgehilfen dem männlichen und 16.701 dem weiblichen Geschlecht an. Der Stand am 30. November 1924 umfasst 7778 Haushalte mit 18.076 Hilfspersonen; davon 650 männliche und 17.426 weibliche. Die Zahl der männlichen Hilfskräfte ist also um 152 zurückgegangen. Diesem Rückgang des männlichen Hauspersonals steht aber ein weit grösseres Zunehmen der Hausgehilfinnen gegenüber. Seit Jahresbeginn ist eine Steigerung um 725 Personen zu verzeichnen. Am 31. Dezember 1923 gab es 5.419 Haushalte mit zwei Hausgehilfinnen, am 30. November 1924 hingegen 6.076. In dieser Gruppe gab es daher zu Beginn des Jahres 1924 genau 10.838 und elf Monate später trotz der erhöhten Steuer 12.152 Hausgehilfinnen. Die Höchstzahl des Personalstandes in einem einzelnen Haushalt am 31. Dezember 1923 war 47, davon waren 14 weibliche und 33 männliche Hausgehilfen. Der Höchststand am 30. November 1924 ist mit 30 Personen - 7 weiblichen und 23 männlichen - zu verzeichnen. Bemerkenswert ist, dass es nur elf Haushalte in Wien gibt, in denen lediglich männliches Personal gehalten wird und das weibliche Element vollkommen ausgeschaltet ist. Es sind dies acht Haushalte mit je zwei, zwei Haushalte mit je drei und ein Haushalt mit sogar sechs männlichen Hilfspersonen. Diese wenigen Ausnahmen bestätigen indes nur, dass in diesem Beruf die Frau den Wettbewerb des Mannes nicht zu fürchten hat.

Die Leichenfeier für Gemeinderat Anton David. Die Aufbahrung der Leiche des am Sonntag verstorbenen Gemeinderates Anton David erfolgt im grossen Saal des Arbeiterheimes in Ottakring. Besichtigung am Samstag von 8 Uhr früh bis 1 Uhr mittags. Die Leichenfeier findet um 2 Uhr nachmittags statt. Die Einäscherung erfolgt im Krematorium der Stadt Wien.

Weihnachtsspenden. Bürgermeister Seitz teilte im Gemeinderat mit, dass anlässlich des Weihnachtsfestes die Zentral-Europäische Länderbank und die niederösterreichische Bskomptegesellschaft je fünfzig Millionen Kronen gespendet haben. Ferner hat der unter dem Decknamen „Wilhelm“ wirkende Wohltäter für die armen Kinder der Schulen Allerheiligenplatz und Vortgartenstrasse 50 fünf und fünfzig Paar Schuhe und siebenzig Schals gespendet. Der Gemeinderat sprach den Spenden den Dank aus.

Jubilare der Ehe. Am Samstag überbrachte in Vertretung des Bürgermeisters der amtsführende Stadtrat Speiser den Ehepaaren Albert und Cassie Freud, Schiffamtsgasse 8 und Thomas und Anna Soukup, Wurmsergasse 41 wohnhaft, die Ehrengabe der Stadt Wien anlässlich der goldenen Hochzeit.

Mehr als zwei Milliarden für die Kinderrettungswoche. In der heutigen Gemeinderatssitzung teilte Bürgermeister Seitz das Ergebnis der Sammlungen der Kinderrettungswoche mit. Der Sammelbetrag erreichte 2.142.359.320 Kronen. Davon kommen auf die Sammlungen in den Bezirken 1.900.129.080 Kronen, auf die Spenden der Zentraleuropäischen Länderbank und des Bankhauses S. M. Rothschild je fünfzig Millionen Kronen, auf eine Spende des Bankhauses Gebrüder Guttmann zehn Millionen Kronen und auf sonstige Spenden Kronen 132.230.240. An der Spitze der Bezirke steht die Landstrasse mit Kronen 155.987.500, an zweiter Stelle die Leopoldstadt mit 142.278.430 Kronen. Hervorgehoben muss werden, dass die Bezirke mit vorwiegend proletarischer Bevölkerung sich sehr rege an dieser Sammlung beteiligt haben. So verzeichnet Ottakring ein Ergebnis von 106.814.520 Kronen und in Hernald wurden 86.159.360 Kronen erzielt. Dieses schöne Ergebnis ist vor allem den Bemühungen der Bezirksvorsteher, der Vorstände der Fürsorgeinstitute, den Fürsorgeräte ohne Unterschied der Parteirichtung, ferner der Elternvereinigungen und Schulleitungen zu danken. Der Gemeinderat sprach der Bevölkerung, die sich trotz der schweren Zeit in so aufopferungsvoller Weise um das Gelingen dieses Liebeswerkes für die Kinder bemüht hat und allen Helfern den herzlichsten Dank aus.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 22. Dezember 1924. Dritte Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Dezember 1924

(Fortsetzung der Budgetdebatte)

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 4 Uhr nachmittags. Es wird sofort die Beratung der Gruppe für technische Angelegenheiten fortgesetzt.

G.R. Karasek (chr. soz.) bemerkt, mit dem Kapitel Strassenpflege und Strassenreinigung könnte man sich Stundenlang befassen, er wolle aber nur einiges besprechen. Er verweist dann auf den kommunalen Wohnhausbau in der Felix Mottlgasse, von dem behauptet wurde, dass er wundervoll sich gestalten werde, aber man sehe jetzt dass es ein riesen Hasenstall geworden ist. Um für einen kommunalen Wohnhausbau den Grund zu erlangen habe man in Döbling 11 Gärtner von ihrem Grund und Boden vertrieben. Was nütze es diesen Menschen, wenn man ihnen Ackerland in Kagran anweise. Unter allgemeiner Heiterkeit erklärt Redner: Wasein alter Döblingler ist, der geht aus dem Bezirk nicht heraus, selbst wenn er stirbt geht er nicht weg. Man soll den Leuten eine entsprechende Geldabfertigung geben und ihnen zu ermöglichen, dass sie in Döbling selbst eine andere Beschäftigung anfangen.

G.R. Ferencz (soz. dem.) betont, dass die Wiener Gemeindeverwaltung durch ihre Aufbautätigkeit auf allen Gebieten Arbeit und Verdienst den Leuten gebracht habe. Dadurch wurde nicht allein die Arbeitslosigkeit eingedämmt, sondern es wurden auch den Gewerbetreibenden Vorteile zugewendet. Unter Aufzählung der einzelnen Budgetposten zieht der Redner Vergleiche zwischen der sozialdemokratischen und christlichsozialen Verwaltung.

Die Opposition begleitet die kritischen Bemerkungen des Redners mit zahlreichen spöttischen Zwischenrufen und lautem Lachen. Gemeinderat Josef Müller ruft, auf die Galerieweisend: Sogar die Leute auf der Galerie lachen schon!

Bürgermeister Seitz (Das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe. Vor allem möchte ich bitten, die Galerie nicht vom Saale aus zu apostrophieren, denn wir dürften uns dann auch nicht beklagen, wenn die Galerie, die sich nicht in die Verhandlung einmengen soll, darauf erregt. (Zustimmung bei der Opposition)

G.R. Stöger (chr. soz.) beklagt die Vernachlässigung der Wiener Denkmäler und die Reklame die auf dem hölzernen Schutzhäusern die im Winter über die Denkmäler aufgestellt werden gemacht wird. Es wäre würdiger, wenn diese Holzkästen einfach aus dunkel gebeizten Brettern hergestellt würden und wenn man jede Reklame daran verbieten wollte. Redner findet es ferner für unrichtig, dass bei der Umgestaltung des Matzleinsdorfer Friedhofes in einen Park das Grab Haydns, in dem sich allerdings der berühmte Tote nicht mehr befindet, dem Erdboden gleichgemacht wurde und gibt der Vermutung Ausdruck, dass dies nur deshalb geschehen sei, weil Haydn der Autor der Volkshymne ist.

G.R. Altmayer (chr. soz.) vermisst im Budget die Angabe wieviel Gaslaternen in Wien gegenwärtig brennen. Nach seiner Ansicht seien es weniger als 14.000, also weniger als im Frieden. Redner beschwert sich auch, dass viele Laternen für Reklamazwecke vermietet werden und wünscht, dass die vielen Kioske die jetzt errichtet werden nach einen einheitlichen Typus gebaut werden um das Stadtbild nicht zu verschandeln. Zum Schluss bringt der Redner eine Anzahl von Wünschen der Landstrasser Bezirksvertretung vor.

G.R. Dirisamer (chr. soz.) findet das Personal für die Strassensäuberung nicht genügend. Besonders die Säuberung der Nebenstrassen lässt viel zu wünschen übrig. Redner bespricht dann die Frage der Gehsteigreinerung, die vielfach von Frauen werde durchgeführt werden müssen, da die Hausbesorger zumeist ihren Beruf nur im Nebenamt führen können. Es sei im Personal der Strassensäuberung wegen der Einführung der Kehrmaschinen ein Abbau vorgenommen worden. Die Gemeindeverwaltung hätte Unrecht, die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren.

Redner bezeichnet die Anzahl der Bedürfnisanstalten Wiens als zu gering, insbesondere im III. Bezirk bestehe daran ein Mangel. Die Gemeinde müsste auch hier entsprechende Forssorge treffen und sie sollte die Entlohnung der armen Reinigungsfrauen, die kaum mehr als 12.000 Kronen täglich verdienen aufbessern.

G.R. Erban (chr. soz.) wünscht Aufklärung wie so trotz der Verringerung des Pferdestandes eine Erhöhung der Kosten für Erhaltung um nahezu fünfzig Prozent veranschlagt sei. Mit dem Pflasterungsprogramm könnte man zufrieden sein, doch müsste es wirklich durchgeführt werden und nicht wie in den Jahren 1923 und 1924 übermäßig lange Verzögerungen erleiden. Bei der Besprechung des Kanalisationswesens teilt Redner mit, dass heute im Ausschuss eine Erhöhung der Kanalräumergebühren beschlossen worden sei. Eine artige Weihnachtsüberraschung für die Bevölkerung, der der Finanzreferent Breitner erst kürzlich versprochen hat, dass im kommenden Jahre die Steuern und Abgaben keine Erhöhung erfahren werden. Die Christlichsozialen können für dieses Budget nicht stimmen, weil sie der Bevölkerung zwar das Versprochene Meer von Licht in der Sylvesternacht gönnen, aber verlangen, dass mehr Licht in der ganzen Gemeindeverwaltung erstrahlen soll.

Std. R. Siegel antwortet in läggerer Rede auf die Ausführungen der Vorredner. Gegenüber der Behauptung des Gemeinderates Paulitschke, dass die Gemeinde deshalb ein Pflasterungsprogramm vorgelegt habe um ein Defizit künstlich zu erzeugen sei angeführt, dass die im Budget vorgesehene Summe für Pflasterung im laufenden Jahre 100 Milliarden ausmache und dass im Laufe der Zeit noch Zuschusskredite von 38 Milliarden vorgelegt worden sind. Die Regulierung des inneren Mariahilfergürtels ist durch den Unstand verzögert worden und wird durch ihn deshalb auch weiterhin noch lange verzögert werden, weil es sich dabei um eine ganze Reihe von Grundeinlösungsfragen dreht. Bezüglich der Gehsteige kann gesagt werden, dass im Laufe der letzten zwei Jahre eine grosse Anzahl von Gehsteigehargerichtet wurde. Die Hausbesitzer die den Gehsteig noch nicht übergeben haben wurden aufgefordert, ihn schleunigst in Stand zu setzen ein grosser Teil hat der Aufforderung

entsprochen und bei denen die dies nicht getan haben wird mit aller Energie darauf gedrängt werden. Der Vorwurf, dass die Gemeinde in der Wasserversorgung allzu fiscalistisch vorgehe wird durch folgende Ziffern entkräftet. Die Gemeinde Wien hat für das Jahr 1925 aus dem Kapitel der Wasserversorgung einen Ueberschuss von 277 Millionen eingesetzt, das sind 3 Promille der Ausgaben. Im Jahre 1913 hat die Gemeinde nach den heutigen Geldverhältnissen 184 Milliarden (Hört! hört!) im Jahre 1912 hat sie 171 Milliarden und im Jahre 1911 hat sie 153 Milliarden Reingewinn aus der Wasserversorgung Wiens gezogen (Hört! hört!) Wo ist da der Fiscalismus? Bei den 277 Millionen oder bei den fast ebenso vielen Milliarden vor dem Kriege? Auch dem Vorwurfe, dass die Auslagen gerade auf dem Gebiete der Wasserversorgung so enorm gestiegen sind können Ziffern entgegengehalten werden. Nach dem Budget der Jahre 1910 bis 1914/15 hat die Gemeinde nach den heutigen Geldverhältnissen 86 800 Millionen ausgegeben. Wir haben heute 90.000 Millionen Ausgaben.

Die frühere Gemeindeverwaltung hat in der Vorkriegszeit 25 Liter pro Kopf und Tag zu einem Preise von 16 bis 17 Heller pro M^3 abgegeben. Für den Wassermehrverbrauch galten 20 Heller, was valorisiert 2.900 Kronen ausmacht. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung gibt zunächst 35 Liter pro Kopf und Tag an die Bevölkerung unentgeltlich ab und erst das was darüber hinaus geht bezeichnen wir als Wassermehrverbrauch und verlaggen dafür 1.500 Kronen. Dabei haben wir noch den sogenannten Wasserbezug, das heist die Wasserversorgung verschiedener Gewerbe und Betriebe, die mit einem besonderen Wassermesser an das Hauptrohr der Gemeinde angeschlossen sind und die je nach der Höhe des Quantums 200 bis 500 Kronen zu bezahlen haben. Da ein M^3 Wasser nach den heutigen Verhältnissen die Gemeinde genau 1000 Kronen kostet, so erhalten diese Gewerbe die im Genusse des sogenannten Wasserbezuges sind, eigentlich eine nicht sichtbare Subvention aus Gemeindemitteln (Sehr richtig). Was nun den Wassermehrverbrauch betrifft, so habe ich ihn schon öfters als Wasserverschwendung bezeichnet und wir haben mit Apparaten die diesbezüglichen Verhältnisse, zunächst in zwei Bezirken, im I. und im XII. untersucht. Untersuchungen in den anderen Bezirken werden folgen. Im I. Bezirk sind 1.639 Häuser untersucht worden und wir konnten feststellen; dass bei 13.5 Prozent bezüglich der Wasserinstallationen die Verhältnisse in Ordnung befunden wurden während in 86.5 Prozent der Häuser diese Verhältnisse in Unordnung waren. Im XII. Bezirk sind 223 Häuser stichprobenweise untersucht worden und die Hälfte wurde in Ordnung die andere Hälfte in Unordnung befunden. Im proletarischen Bezirk ist also der Wassermehrverbrauch unbedeutend in der inneren Stadt ist er ein ausserordentlich hoher. Durch die folgenden Untersuchungen werden wir beweisen, was wir bisher nur gefühlspässig gewusst haben, dass von den Bezirken mit proletarischer Bevölkerung der Wasserverbrauch über die unentgeltlichen 35 Liter nicht hinaus geht weil alle Einrichtungen fehlen. Wenn es nun manche Häuser gibt, was tatsächlich der Fall ist, die nicht einmal dazu kommen die zugestandenen 35 Liter zu konsumieren, so sehe ich nicht ein warum die anderen Häuser die dieses Wasser verbrauchen nicht wenigstens zahlen sollen. Die Gemeinde muss mit ihrem Wasser Haushalten. Im Jahre 1900 gab es pro Kopf und Tag in Wien einen Wasserverbrauch von 80 Litern und im Jahre 1924 pro Kopf und Tag einen Verbrauch von einem Maximum von 139 Litern also

das Doppelte. Wir haben bezüglich der Strassen von der früheren Verwaltung eine sehr schlechte Erbschaft übernommen. Wir haben in Wien rund 1100 Kilometer Strassen und von diesen sind rund 600 Kilometer Makadamstrassen. Diese halten leider den Schmutz fest und sind staubig. Die Gemeindeverwaltung bemüht sich, diesen Uebel-

ständen nach Möglichkeit abzuwehren, zum Beispiel durch die Oelung und es wurden im laufenden Jahre Oelungen in einem Ausmasse von einer Million Quadratmeter vorgenommen, im kommenden Jahre werden es anderthalb Millionen Quadratmeter sein. Dabei bemühen wir uns auch an die Stelle der staubigen Makadamstrassen eine andere Pflasterungsgattung zu setzen. Was die Beleuchtung anlangt, so gab es im Frieden 40.000 Gaslaternen in Wien. Im Jahre 1919 haben wir nur 19.000 übernommen. Gegenwärtig haben wir wieder 28.000 Laternen in Funktion gesetzt und werden im Laufe des Jahres wenn wir die elektrische Beleuchtung eingeschaltet haben weitere 3000 Laternen installieren. Ueberdies haben wir an Stelle der früheren Sparbrenner die wir auch als Kriegserbe übernehmen mussten, die alten normalen Auerstrümpfe hingesetzt, so dass der Licht effekt bedeutend besser ist. Bezüglich des Heldendenkmales kann gesagt werden, dass schon in der nächsten Zeit die kompetenten Ausschüsse sich damit befassen werden auf dem Zentralfriedhof ein würdiges künstlerisches Denkmal für die Gefallenen des Weltkrieges zu errichten. Was die Beanständung der Post „Errichtung einer Sendestation“ betrifft, so hat die Gemeinde keineswegs die Absicht der Rawag Konkurrenz zu machen. Aber die Sendestation ist für dienstliche Zwecke, für das Gebiet der Feuerwehr für die lange Strecke der Wasserleitung sehr notwendig. Die Löhne für die Schneearbeiter von denen in der Debatte gesprochen wurde, werden bedeutend erhöht werden. Auch da können wir wieder Vergleiche zwischen Einst und Jetzt vornehmen. Der Schneearbeiterlohn betrug im Jahre 1913 bei einer zehnstündigen Arbeitszeit 2 Kronen 40 Heller im Tage. Wenn wir dies umrechnen und in Betracht ziehen, dass es nur mehr eine achtstündige Arbeitszeit gibt, so ist der heutige Lohn von 4.800 Kronen bei dem es übrigens nicht bleiben wird das zwanzigtausendfache des Friedenszinses und gewaltig übervalorisiert. Die Vorwürfe des Gemeinderates Stöger, dass das Grab Haydns auf dem Matzleinsdorfer Friedhof dem Erdboden gleichgemacht wurde, sind absolut unstichhaltig. Man musste auf das ursprüngliche Niveau des Haydngrabes zwei Meter Anschüttungen geben aber es ist selbstverständlich, dass das Haydngrab samt seinem Baumschmuck mit der notwendigen Pietät behandelt werden wird und in der neuen Parkanlage wird das Haydngrab samt den Stein ebenso wie die Gräber Schuberts und Beethovens in denen sie geruht haben würdig aufgerichtet werden. Wünsche nach Wannenbädern haben alle Bezirke, denn früher gab es mit Ausnahme von drei Bezirken in keinem ein städtisches Wannenbad. Wir haben ein solches bereits im XVI. und XII. errichtet und werden damit auch weiter fortfahren. Aber für die Badegelegenheit ist dadurch gesorgt, dass wir in allen unseren Zinshäusern solche Wannenbäder hineinbauen, die den Bewohnern der Häuser zur Verfügung stehen. Die Kanalräumegebühren waren seit dem Jahre 1923 vollkommen unverändert. Dies war nur Dank dem Umstande möglich, dass durch die Uebernahme in den städtischen Betrieb eine Reihe von Neuerungen eingeführt und das verwendete Material besser rationiert werden konnte. Nun ist es nicht mehr möglich die alten Gebühren aufrecht zu erhalten und sie werden vom zwanzigfachen auf das fünfundzwanzigfache des Friedenszinses erhöht. Es wurde verlangt, dass den Schulen Kinderfreikarten für die Bäder gegeben werden. Vor dem Kriege sind 300.000 Freikarten für Schüler ausgegeben worden, die gegenwärtige Gemeindeverwaltung gibt diese 300.000 Schülerfreikarten dazu aber noch 430.000 Freikarten mit denen die Kinder besonders im Sommer Gelegenheit zum Baden erhalten. Der Redner schloss mit der Versicherung, dass die Mittel die der Gemeindeverwaltung durch die Steuern zur Verfügung gestellt werden in nutzbringender Weise angelegt werden. (Lebhafter Beifall).

Es werden nun die Voranschläge der Verwaltungsgruppen für Wohlfahrtspflege und für technische Angelegenheiten mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.
Zur Verhandlung gelangt der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Den einleitenden Bericht erstattet amtsführender Stadtrat
Kokrdá: Seit dem Jahre 1921

musste die Gemeindeverwaltung ziemlich namhafte Beträge aufwenden um die Schäden der Kriegs- und Nachkriegszeit allmählich zu beheben. Mit Freudeseizu konstatieren, dass sowohl der Zentralviehmarkt als auch das Schlachthaus St. Marx durch die inzwischen erfolgten Investitionen soweit hergestellt sind, dass nicht nur die Schäden als behoben bezeichnet werden können, sondern dass besonders das Rinderschlachthaus zu einem modernen Betrieb ausgestaltet werden konnte. Auf dem Gebiete des Marktwesens liegen die Verhältnisse weniger günstig. Der Naschmarkt ist schon durch seine abnorme Lage, seine ungeheure Länge, hauptsächlich aber durch das Fehlen eines Standplatzes für die Fuhrwerke völlig unweckmässig und er wird unmöglich dauernd als Gemüse- und Obstmarkt Verwendung finden können. Man wird bei Zeiten mit der Tatsache rechnen müssen, den Naschmarkt auf einen anderen entsprechenden Platz zu verlegen. (Gemeinderat Körber: Wohin?) Das kann ich heute noch nicht sagen. Daran wird noch in den zuständigen magistratischen Stellen gearbeitet, der Platz ist noch nicht in Aussicht genommen. Ebenso unzulänglich hat sich die Grossmarkthalle für den Fleischhandel erwiesen. Auch diese Anlage ist infolge der Entwicklung der Verhältnisse nach und nach zu klein geworden, sie dient heute auch weniger dem Grossverschleiss als dem Kleinhandel, was zur Folge hat, dass sich die Konsumenten in dichter Menge zusammendrängen, wodurch der Verkehr geradezu bedrohlich geworden ist. Auch hier muss Wandel geschaffen werden, wie kann man heute noch nicht sagen. Die Verhältnisse auf dem Naschmarkt und in der Grossmarkthalle drängen nach einer Regelung. Durch die starke Beschickung des Schweinemarktes ist auch unser Schweineschlachthaus räumlich zu klein geworden, eine Erweiterung unerlässlich. Der entsprechende Platz hierfür ist bereits reserviert. Schliesslich wäre noch zu bemerken, dass die im Jahre 1922 fertiggestellte Kontumazanlage einer eigenen Kühlanlage entbehrt, was sich besonders unangenehm bemerkbar macht. Wir sind heuer infolge des Zusammenbruches der Depositenbank mit der Vieh- und Fleischmarktkassa in eine sehr unangenehme Situation geraten. Die Depositenbank hat im Vorjahre vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Vieh- und Fleischmarktkassa als Geschäftsführerin dieses Zweiges auf acht Jahre zugewiesen erhalten und der Gemeinderat hat ihr die Räume auf etliche Jahre zur Verfügung gestellt. Nach dem Zusammenbruch der Bank hat das Ministerium im Einvernehmen mit der Gemeindeverwaltung Massnahmen getroffen, damit in den Geschäften keine Unterbrechung eintrete und an die Stelle der Depositenbank ist das Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen eingetreten, wobei die Bauernbank und die Zentralbank der deutschen Sparkassen mitwirken. Demnächst soll eine definitive Regelung dieser Frage erfolgen.

Was die Belieferung der Märkte anlangt ist zu konstatieren dass sie eine aufsteigende Entwicklung zeigt, mit Ausnahme der Rindfleischlieferungen die gegen die beiden Vorjahre einen leichten Ausfall aufweisen. Hingegen ist der Auftrieb auf dem Schweinemarkt in erfreulichem Masse gewachsen. Er betrug in den ersten elf Monaten dieses Jahres über 400.000 Stück gegen 234.000 im Jahre 1923. Ebenso ist die Belieferung der Grossmarkthalle mit Fleisch wesentlich besser hauptsächlich beim Kalbfleisch zeigt sich eine starke Aufwärtsbewegung

Auch der Konsum an Gefrierfleisch hat stark zugenommen, er ist so namhaft wie noch niemals in dieser Stadt und betrug bisher über 4 Millionen Kilogramm, während der Konsum an frischem Fleisch 37.1 Millionen ausmachte. Also ungefähr ein neuntel des gesamten Fleischkonsums wird mit Gefrierfleisch gedeckt. Der Referent bittet den Positionen die Zustimmung zu geben.

G.R. Angermeyer (chr. soz.) bemerkt, die Nettoausgaben von 614.6 Millionen liessen erwarten, dass wirklich grosszügige Ernährungs- und Preispolitik getrieben werde. Bei der genauen Durchsicht der Rubriken, gelange man aber zu einer gegenteiligen Anschauung. Unter den 20 Rubriken haben 19 mit der eigentlichen Approvisionierung nichts zu tun. Eine Reihe von Ausgabeziffern sei offensichtlich zu hoch eingesetzt, auch finden sich Posten für Anschaffungen vor, die auf Jahrzehnte der Gemeinde dienlich sein werden und diese Investitionen sollen in einer Zeit der Wirtschaftskrise aus laufenden Einnahmen eines Jahres gedeckt werden, aus den Markt- und Schlachtgebühren. Diese Gebühren erscheinen gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Sozialdemokraten scheuen sich nicht als die patentierten Teuerungs-Bekämpfer die doppelte valorisierte Gebühr einzustellen, das ist ein Vorgehen, welches mit ihren Versprechungen im direkten Gegensatz steht. Die Schlachtgebühren werden auch nicht nach dem Gewicht, sondern nach dem Preise berechnet. Wenn ein Viehwucherer die Preise hinauftreibt, dann hat die Gemeinde einen Mitgenuss davon, denn sie hebt auch eine entsprechend höhere Schlachtgebühr ein. Während Sie beim Getreide gleitende Zölle verlangten, sind Sie beim Fleisch die Nutzniesser der Vertenerung. Sie verlangen auch für Miets-, Pacht- und Platzzins das Sechsfache gegenüber den früheren Gebühren. Wo bleibt dader Mieterschutz, Ihre Berühmte Konsumentenpolitik? Auf diese Art sichern Sie sich natürlich höhere Einnahmen. Diese Gruppe bietet so recht einen anschaulichen Vergleich Ihrer Partei, als Opposition vor den Wahlen und jetzt als Majorität nach den Wahlen. Weil wir nicht mitgehen mit einer solchen Gewaltpolitik, werden wir auch für dieses Kapitel nicht stimmen.

G.R. Huber (chr. soz.) bemängelt es, dass die Gemeinde Wien an der von der Bundesregierung unternommenen Aktion gegen die Teuerung nicht teilnehme. Die Gemeinde müsste in ihrer eigenen Brotbäckerei versuchen zu ermitteln, wie hoch sich die Herstellung des Brotes stellt. Sie habe auch Gelegenheit zum Studium der Fleischversorgung Wiens und sollte einmal durch Probeschlachtungen unter Zuziehung von Fachleuten die Bestimmung der Fleischpreise versuchen, um herauszubekommen, ob die gegenwärtigen hohen Fleischpreise gerechtfertigt seien. Aber sie erhöhen selbst die Gebühren und verteuern dadurch das Fleisch.

Die Kanalräumungsgebühren im Jahre 1925. Im Jahre 1923 sind die Kanalräumungsgebühren unverändert geblieben und haben nach einem Beschlusse des Wiener Stadtsenates das zwanzigfache des Friedenszinses ausgemacht. Daran konnte trotz aller mittlerweile eingetretene Preissteigerungen und Lohnerhöhungen nur aus dem Grunde festgehalten werden, weil die Erträgnisse auf den Kanalräumungsgebühren zufolge der Parifikation der Mietzänse eine Steigerung erfahren haben und die Kosten seit Uebernahme der Kanalräumung in den städtischen Betrieb, die am 1. Juli 1923 erfolgte durch verschiedene Vereinfachungen und Mechanisierungen herabgemindert worden sind. Da das Erfordernis für die Kanalräumung nach dem Verwaltungs-jahr fast 16 Milliarden Kronen ausmacht, müsste an eine Erhöhung der Kanalräumungsgebühren geschritten werden. Deshalb hat der Stadtsenat beschlossen vom 1. Jänner 1925 ab, die Kanalräumungsgebühren auf das fünfundsanzigfache des Friedensmietzinses zu erhöhen.

G. R. Ryter (chr. soz.): Dann ist die Sanierung schuld, dass alles teurer wird!

G. R. Huber: Sie haben im Nationalrat für Mehl und Getreide die gleitenden Zölle verlangt. Es wäre zu erwägen, ob man nicht die verschiedenen Markt- und Schlachtgebühren, die sich jetzt nach den jeweiligen Preisen richten, ebenfalls gleitend machen sollte. Auch das Mieterschutzgesetz muss da erwähnt werden. Sie sagen immer, dass die Hausbesitzer den sechstausendfachen Friedenszins wollen. Was tun aber Sie? Die Leute, die früher 1200 Goldkronen Pachtzins zahlten, müssen jetzt 3400 Goldkronen zahlen!

G. R. Jenschik (Sozialdemokrat): Die Leute haben früher zu wenig gezahlt!

G. R. Huber: Sie verlangen auch Baukostenbeiträge für die Geschäftskokale in den Gemeindegäusern, die bei den zehntausend Wohnungen, die Sie im Jahre 1925 bauen wollen, allein mehr als zwanzig Milliarden Kronen ausmachen werden. Sie bauen wohl Wohnungen, aber wer eine Wohnung will, der muss für die Jalousien, für das elektrische Licht zahlen.

G. R. Bermann (Sozialdemokrat): Keinen Heller zahlt er dafür!

G. R. Huber: Es ist auch nicht unbescheiden, wenn ein Gemeinderat wissen will, wie eigentlich die Mietzinse in den Gemeindegäusern berechnet werden und ich empfinde es als eine Schande für die Verwaltung, dass man das den gewählten Mitgliedern nicht sagt. Ueber die Höhe der Mietzinse sollten die Sozialdemokraten lieber nichts reden, sonst werden wir einmal ein Flugblatt herausgeben. (Beifall)

G. R. Körber (chr. soz.): Der seinerzeitige Approvisionierungsausschuss hat viel mehr und weit besser gearbeitet, als der gegenwärtige Gemeinderatsausschuss, der nur eine Maschine zur Festsetzung der Gebühren ist. So ist bei den Platzzinsen bereits eine Valorisierung von 224 Prozent eingetreten. In der Grossmarkthalle erfährt man immer wieder, dass die dortigen Fleischhauer durch die Gebühren aufgerieben werden. Aber diese Gebühren scheinen Ihnen noch zu niedrig zu sein, da bereits davon gesprochen wird, dass die Gemeinde von den Fleischhauern eine Nahrungs- und Genussmittelabgabe einheben will. Wenn dies zuträfe, dann werden diese Gewerbetreibenden hart getroffen, da noch nie so viele Konkurse angemeldet worden sind, als jetzt. Sie sollten alles tun, dass das Fleisch billiger wird und dasselbe gilt auch für das Brot. Im Jahre 1907 heben Sie immer die Errichtung von städtischen Brotfabriken verlangt. Wie schaut es heute damit aus? Die Gemeinde hat im Krieg die Vonwillermühle zum grossen Teil erworben und später ist auch ein Teil der Kronenbrotwerke dazugekommen. Insgesamt war die Gemeinde mit 51 Prozent an diesen Unternehmungen beteiligt. Heute ist die Beteiligung der Gemeinde auf sieben Prozent gesunken. Sie haben auch eine eigene Bäckerei, die 15 Leute beschäftigt. Im Voranschlag sind da Zahlen angeführt, die einfach unverständlich sind. So ist für die Heizung eines Ofens ein Betrag von 1.2 Millionen angeführt, während jeder Fachmann weiss, dass man mindestens 22 Millionen Kronen braucht. Dagegen sind wieder die Transportspesen mit dem ungeheuren Betrag von 564 Millionen Kronen eingesetzt. Wir haben schliesslich auch ein Recht zu wissen, was dort erzeugt wird, wieviel Mehl verbraucht wird, wie hoch die Erzeugungskosten sind und ob es sich wirklich um eine Spezialbäckerei handelt. Die Gemeinde ist auch an der Ankerbrotfabrik beteiligt. Wir haben aber noch nie gehört, dass die Gemeinde etwas dagegen unternommen hätte, dass dieser Betrieb einen Kampf gegen die Verbilligung des Brotes führt und dafür Milliarden für Inserat im Neuen Wiener Tagblatt ausgibt. Die kleinen Bäcker sind heute billiger als die grossen Brotfabriken. Die Ankerbrotwerke wollen auch wieder die Nachtarbeit einführen und es muss in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter schon

sehr düster aussehen, dass sie sich das bieten lassen. Schliesslich möchte ich noch an den Referenten die Frage richten, ob wirklich die Kommission, die die Weine für den Rathauskeller kauft, nur niederösterreichische Marken anschafft, wie dies vorgeschrieben ist, da der Rathauskeller unter Ihrer Herrschaft stark gelitten hat.

G. R. Anna Strobl (chr. soz.): In dieser Gruppe sind auch die Sacherfordernisse für den Schulbetrieb enthalten. Wie schaut es mit den Lern- und Lehrmitteln in unseren Schulen aus? Sie haben gar nichts getan, um die Bildwerke zu verbessern, wir haben noch immer die Schulbänke mit den schiefen Pulten, so dass die Lernmittel herunterrutschen. Sie überlassen auch vieles, was Aufgabe der Gemeinde wäre, den Elternräten. Da das Werkpauschale nur tausend Kronen vierteljährlich beträgt, werden Sie wohl nicht glauben, dass man damit etwas leisten kann. Wie schaut es mit den Büchern aus? Ein grosser Teil der Klassenlektüre wurde erst im Laufe des Schuljahres geliefert und viele Sachen sind so schlecht, dass sie gar nicht zu gebrauchen sind.

G. R. Witzmann (Sozialdemokrat): Es ist unverständlich, wenn die Minderheit immer wieder verlangt, dass die Gemeinde die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durchführen soll. Auf der einen Seite wettern Sie dagegen, dass die Gemeinde kommunalisiert und schreien, dass dadurch das bodenständige Gewerbe zugrunde gerichtet wird, und auf der anderen Seite verlangen Sie, dass die Gemeinde die Approvisionierung übernehmen soll. Sie sind auch die Verfechter der freien Wirtschaft und wenn Sie es damit ernst meinen, dann ist ihr Geschrei nach der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die Gemeinde doppelt unverständlich. Von den Pachtverträgen sollten Sie lieber nicht reden. Wir könnten Ihnen viele Akten vorlegen, aus denen zu ersehen ist, dass unter Ihrer glorreichen Verwaltung man sehr reichen Leuten einfach durch billige Pachtzinse ein bedeutendes Geschenk gemacht hat. Diese schlechte Verwaltung des Gemeindegutes haben wir beseitigt und mit Ihren vielen Bevorzugungen aufgeräumt. Wenn sie uns daraus einen Vorwurf machen, dann nehmen wir ihn in dem Bewusstsein treu erfüllter Pflicht entgegen. Ich will auch nicht näher die Art, wie unter Ihrer Verwaltung die städtischen Lieferungen vergeben worden sind, beleuchten. Haben Sie sich jemals darum gekümmert, dass die städtischen Kontrahenten die gewerkschaftlichen Verträge einhalten, den Arbeitern den kollektivvertragsmässig festgesetzten Lohn zahlen? Wir haben das alles nachgeprüft und gefunden, dass Sie sich um diese wichtigen sozialen Fragen gar nicht bekümmert haben. Sie mögen darüber nörgeln, dass in einer Schule ein Bleistift nicht in Ordnung ist, aber sie kommen darüber nicht hinweg, dass wir mit der Zurücksetzung der armen Kinder bei der Ausgabe der Armenlernmittel, wie Sie das bezeichnet haben, aufgeräumt haben und allen Kindern, ohne Unterschied ob ihre Eltern vermögend sind oder mittellos, die Lernmittel umsonst geben. Bei den Reichen bringen wir diese Ausgaben schon durch unser Steuersystem herein. Sie brauchen nur die wirklichen Stimmen der Bevölkerung über unsere Schulverwaltung hier widergeben und man wird daraus ersehen, dass wir auf dem rechten Weg sind. (Beifall)

G. R. Josef Müller (chr. soz.) ist im Gegensatz zum Vorredner der Ansicht, dass die Gemeinde die Pflicht habe, für die Approvisionierung der Bevölkerung Wiens zu sorgen. Redner bedauert, dass die Lernmittel unterschiedlos den Kindern armer und reicher Eltern gegeben werden und dass die Gemeinde beim Ankauf von Grund und Liegenschaften oft die Not der Verkäufer ausnütze. Er führt Beschwerde über die zu strengen Strafen auf einzelnen Märkten, die gegen Gewerbetreibende verhängt werden und befürwortet schliesslich die Verlegung des Rudolfshamer Marktes auf einen anderen Platz.

Vizebürgermeister Hoss wünscht eine unparteiliche Erörterung der Teuerungsforderung und bespricht die Verhältnisse auf dem Nachmarkt ^{und besonders in} der Grossmarkthalle, die noch einmal zu einer Katastrophenführung können. Er spricht die Hoffnung aus, dass sich die Mehrheit noch zu wirtschaftlichem Denken durchringen werde. Besonders wichtig erscheint dem Redner die Frage der Zinsen in den aus den Erträgen der Wohnbausteuer gebauten Wohnhausbauten der Gemeinde. Hier müsse die Feststellung der Zinsen nicht von einer Magistratsabteilung oder dem Amtsrat, sondern von dem Ausschuss erfolgen. Dies sei um so notwendiger, als die zuerst gebauten Häuser bald reparaturbedürftig sein werden und es nicht angehe, dass die Parteien die Reparaturkosten bezahlen. Zum Schluss bespricht Redner die Lernmittel der Gemeinde, die von schlechter Qualität und ungenügend seien. Er verlangt, dass dem Ausschuss Proben der verwendeten Lernmittel gezeigt werden.

StR. Kokrda sagt in seinem Schlusswort: Je nach Auswahl der Lernmittel wird durch die zuständigen Arbeitsgemeinschaften der Lehrer verfügt und der Stadtschulrat macht davon dem Wirtschaftsamt Mitteilung, welches die Aufträge einfach auszuführen hat. Wenn behauptet wird, dass in den Schulen viel Lernmittel fehlen, will ich dazu einige Ziffern bekanntgeben. Im Jahre 1913 gab es in den Volks- und Bürgerschulen 240-309 Kinder, im Jahre 1924 waren es 138.004. Nun hat die Gemeinde 1913 für Erhaltung, Beheizung, Personal und Lernmittel den Betrag von 515,3 Millionen aufgewendet, für das kommende Jahr sind 557,3 Millionen veranschlagt. Wenn ich die Zahl der Kinder berücksichtigt, die gegen 1913 um 43 Prozent geringer ist, so ergibt sich, dass damals auf jedes Kind jährlich ein Betrag von 2,4 Papierkronen entfiel, während wir jetzt für jedes Kind 4,16 Millionen ausgeben wie die Beschwerden der Frau Gemeinderätin Strobl den Ziffern gegenüber aussehen, überlasse ich ruhig Ihrer Beurteilung.

GR. Kunschak: Ihr Schulrath lebt ja nur von der Kindersterblichkeit!

StR. Kokrda: Die Schilderungen des Herrn VB. Hoss über die Zustände in der Grossmarkthalle sind zutreffend, aber nicht nur er sondern auch der frühere Herr Bürgermeister Reumann und andere Gemeinderäte haben wiederholt auf die Unhaltbarkeit der Zustände hingewiesen. Die Krankheit der Grossmarkthalle besteht darin, dass sie so heisst, aber eine Kleinmarkthalle ist. Diesen Uebel kann man nur beikommen, wenn man entweder den Kleinhandel ganz eliminiert oder ihn dort belässt und eine neue Grossmarkthalle errichtet. Wenn Herr VB. Hoss sagte, dass der Ausschuss sich mit der Teuerung und ihrer Bekämpfung nicht befasse, möchte ich ihn ernstlich fragen, welche Massnahmen es sein könnten, die der Ausschuss beschliessen könnte, um der Teuerung zu steuern. Dasselbe ist dem Herrn GR. Müller zu sagen, die Genossenschaft der Fleischhauer müsste die Kompetenz unseres Ausschusses sich zu eigen machen. Wir werden dem ohneweiters bereit sein, die Preise herunterzuschliessen. Aber erst müssen die kompetenten Stellen sich unserer Kompetenz unterwerfen. Bezüglich der Mietzinsen in den städtischen Häusern ist nach der Verfassung der Gemeinde Wien der Magistrat zuständig, aber ich verspreche ohneweiters, über die Zinsbestimmung in einer der nächsten Ausschusssitzungen Bericht erstatten zu lassen, um die Opposition darüber zu informieren. Der Einladung des Herrn GR. Körber, bei den Ankerbrotwerken zu intervenieren

hier kann ich leider keine Folge leisten, weil die Gemeinde auf diesen Betrieb gar keinen Einfluss hat, dasselbe ist bei der Vorwiltlermühle der Fall.

Redner ^{weist} auf die Verbilligung des Fleisches durch die Fleischbänke A.G. und kommt dann auf die Vermietung der Geschäftslokale und Werkstätten in den Gemeindegewerben zu sprechen. Es ist richtig, dass für diese ein Baukostenbeitrag eingehoben wird, aber er ist nicht sofort zu zahlen, sondern wird auf zehn Jahre aufgeteilt und bezweckt, die Baukosten, die für den Bau von Wohnungen bestimmt, nicht in übermässige Errichtung von Werkstätten zu schmelzen. Für Wohnungen wird kein wie immer gearteter Zuschlag eingehoben. Der Betrag von 4545 Millionen, der für die Erhaltung von Häusern präliminirt ist, ist keine Ausgabe der Gemeinde, sondern wird auf die Parteien überwält, die ihn im Laufe einiger Jahre zurückzahlen. Es wurde auch von den Marktgebühren gesprochen. Im Jahre 1914 betragen die verschiedenen Gebühren auf den Märkten einschliesslich des dreissigprozentigen Zuschlages auf die Verzehrsteuer zusammen bei einem Rind in geschlachtetem Zustand von 250 Kilogramm für ein Kilo 3,6 Goldkronen, also heute 483,84 Papierkronen. Gegenwärtig betragen alle Gebühren zusammen 81.830 Kronen für ein Stück Rindvieh von 250 Kilo - daher für ein Kilo 326,12 Kronen. (Hört!) Die Schweinegebühren betragen im Jahre 1914 zusammen 5,1 Goldkronen für ein Schwein mit mehr als hundert Kilo, also 73,440 Papierkronen. Heute machen diese Gebühren zusammen 43.000 Kronen aus. (Beifall)

Es fällt der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung nicht ein, aus dem Marktkapitel irgend einen Ueberschuss herauszuholen, wir haben vielmehr seit dem Jahre 1921 ungeheure Beträge aus den öffentlichen Mitteln aufgewendet, um die Anlagen halbwegs gebrauchsfähig auszugestalten. Aber vor dem Kriege war es anders. Im Jahre 1910 hat das Marktwesen und alle Approvisionierungsanstalten zusammen

Nettoeinnahmen von 659.526K 99 ergeben also in heutigem Gelde 9 1/2 Milliarden (Hört! hört!), im Jahre 1911 einen Ueberschuss von 153.587 K 38 h, in heutigem Gelde 2,2 Milliarden, im Jahre 1912 einen Ueberschuss von 529.272K 68 h, valorisirt 7,6 Milliarden, im Jahre 1913 einen Ueberschuss von 322.503 K 1 h, also 4,6 Papier Milliarden.

GR. Kunschak: Wir werden Ihnen zeigen, wie diese Ziffern zustande gekommen sind!

St. R. Kokrda schliesst, dass die Gemeindeverwaltung alles auf dem Gebiete der Approvisionierung getan, was möglich war zu erfüllen und damit hat sie für die Approvisionierung der Stadt viel geleistet.

Vorsitzender Weigl schliesst nunmehr um 1/2 11 Uhr die Sitzung und beraumt die nächste Sitzung auf morgen 10 Uhr.

22 / 12

✓

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 23. Dezember 1924

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 23. Dezember 1924
(Fortsetzung der Budgetdebatte)

Bürgermeister Seitz eröffnet um 10 Uhr vormittags die Sitzung.

St. R. Richter

St. R. Richter referiert über das Budget der Gruppe VII

(Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) und sagt, dass die Änderungen in den Ansätzen der einzelnen Positionen teils durch die Preissteigerungen teils durch die Beobachtungen der Ergebnisse des Budgetjahres 1924 begründet sind. Die Einnahmen im Feuerwehrlöschwesen sind mit 3.8 Milliarden eingesetzt und stammen aus den Feuerwachgebühren in den Theatern, Konzertsälen, bei Bällen und so weiter. Diese Gebühren wurden vor kurzer Zeit etwas erhöht um sie mit den Gehältern der Feuerwehrmannschaft in Einklang zu bringen. Die Ansätze im Budget 1925 sind daher auch höher als die im vorjährigen Budget. Die Betriebsausgaben der Feuerwehr betragen 49 Milliarden, sodass die Nettoausgaben 46.2 Milliarden erfordern. Auch im kommenden Jahre wird der Ausbau des Wiener Feuerwehrlöschwesens weiter geführt werden. Es werden nunmehr auch die Tierrettungswagen die bisher von Pferden gezogen wurden automobilisiert und ebenso die Wagen mit den Pflanzholzgeräten die bei Einsturz in Verwendung kommen. Da unser Feuerwehrlöschwesen immer auf das Modernste ausgestattet sein soll, so ist im Budget auch ein grösserer Betrag für drahtlose Telegraphie eingesetzt, so dass die Zentrale und die Hauptwache Mariahilf durch die Einrichtungen ihrer telefonischen und telegraphischen Stationen mit den Wagen selbst die auf der Fahrt sind, immer in ständiger Verbindung werden stehen und sie dirigieren oder zurückberufen werden können. Dadurch dürften bedeutende Ersparnisse erzielt werden. Vielleicht wird sich in späterer Zeit auch die Notwendigkeit ergeben andere Feuerwachen mit solchen drahtlosen Empfang- und Sendestationen auszustatten. Eine Reform in die natürlich auch die Feuerlöschzüge einbezogen werden müssten. Aber da bei allen grösseren Unglücksfällen die beiden Zentren am Hof und Mariahilf auszurücken berufen sind genügt ihre Ausstattung vorläufig. Eine weitere Verbesserung des Feuerlöschdienstes wird darin bestehen, dass einige alte und unzulässige Wachen aufgelassen werden und im Rahmen des Wohnbauprogrammes der Gemeinde für die Unterkunft neuer Wachen Sorge getragen wird. Hand in Hand damit geht auch eine Reform der freiwilligen Feuerwehr. Im kommenden Jahre werden einige freiwillige Feuerwehren zusammengelegt, dadurch wird ihre Zahl verringert werden, da es unrationell ist 45 freiwillige Feuerwehren in Wien bestehen zu lassen, von denen einige nur zweimal bis dreimal im Jahre, andere höchstens zehn bis zwölfmal ausrücken, wodurch natürlich auch ihre Schlagfertigkeit und Allarmbereitschaft leidet. Die freiwilligen Feuerwehren sollen auch wie dies in Floridsdorf bereits der Fall war, zu gemischten Wachen umgestaltet werden indem man ihnen Berufsfeuerwehren beigibt. Bezüglich der Budgetpost Volksbildung und Körperperspekt ist zu sagen dass die Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein modernisiert und dass hier das Entlehnsystem

nach den in Deutschland allgemein eingeführten System Hoffmann auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Es soll eine wirkliche Lesberatung eingeführt und die Möglichkeit geboten werden, dass die Leute

nicht bloss hilflos mit Büchern ausgestattet, sondern ihnen Bücher in die Hand gibt die sie wirklich verstehen. Gleichzeitig wird auch ein neuer Katalog angelegt werden, da der alte bereits vergriffen ist. Die Kunstpreise erscheinen diesmal im Budget mit 90 Millionen Kronen angeführt, während im vorjährigen Budget als ihre Verleihung zum erstenmale erfolgte 180 Millionen für diesen Zweck eingesetzt wurden. Im Vorjahre galt es eine Reihe von Ehrung verdienten

Schriftstellern, Musikern und Künstlern, die eine Ehrung schon seit langem verdienten bekannt zu machen. Für die Richtigstellung der Wählerlisten sind 2.1 Milliarden eingesetzt. Die Wahlordnung für den Nationalrat bestimmt, dass der Bürgermeister verpflichtet ist alljährlich nach dem Stande der Bevölkerung am 1. Jänner eine neue Wählerliste anzulegen, die am 1. Februar zur Reklamation gelangt. Im Vorigen Jahre konnte man die alten Wählerlisten vom Jahre 1923 noch ergänzen, jetzt ist dies nicht mehr möglich weil zu diesen Wählerlisten schon

vier Nachträge bestehen und wenn es zur Wahl kommen sollte, eine Wählerliste mit sechs Nachträgen unbrauchbar ist. Es wird also am 2. Jänner eine Begehung der Häuser stattfinden und an der Hand der Wähleranlageblätter die Wählerliste vollständig neu angelegt werden. Die neuen Wählerlisten werden ordnungsgemäss am 1. Februar zur Reklamation aufliegen. Für die städtischen Sammlungen ist ein höherer Betrag eingesetzt als im Jahre 1924, da wir damit rechnen müssen, dass mehr gekauft werden kann als im Vorjahre gekauft wurde. Für das Uhrenmuseum sind 35 Millionen präliminiert über deren Verausgabung heute noch nichts gesagt werden kann, da es ja nicht allzu viele Objekte gibt, die gekauft werden können, aber wenn sie da sind gekauft werden müssen. Der Redner schloss mit der Bitte, das Budgetkapitel in der vorgelegten Form anzunehmen.

G.R. Binder (chr. soz.) beschäftigt sich zunächst mit den Wählerlisten und meint, die für das Jahr 1925 eingesetzte Summe hätte erspart werden können, wenn die früheren Wählerlisten richtig angelegt worden wären. Er bemängelt dass die Ankündigung der Häuserbegehung für die Anlegung der Wählerlisten bis jetzt noch nicht publiziert wurde.

Zweiter Bogen

Auf der Landstrasse wurden vierzehn Tage vor der Wahl von den Wahlsprenkeln nicht weniger als 32 aufgelassen. Das hat dazu geführt, dass am Wahltag hunderte von Wählern nicht wählen konnten. Darunter sind auch viele Leute Ihrer Parteirichtung gewesen. Es ist auch zu kritisieren, dass man eine so grosse Zahl von Wahlsprenkel in einem Lokal vereinigt und die Leute dort zusammengepfarrt werden. Nach dem neuen Gesetz ist es Pflicht der Gemeinde die Wählerliste anzulegen und wenn Sie das nicht treffen, dann gibt es ja eine Stelle, die das sehr gut machen könnte, nämlich die Polizei.

G.R. Beisser (Sozialdemokrat): Würden Sie der Polizei diese Arbeit auch dann übertragen, wenn sie eine Polizei der Gemeinde wäre?

G.R. Binder: Ich weiss nicht, warum Sie sich vor der Polizei fürchten. Wir verlangen auch, dass wieder die Namen der Leute, die in den Heimatsverband aufgenommen werden, im Amtsblatt veröffentlicht werden. Sie haben im Voranschlag eine Milliarde für die Förderung von Kunst und Sport eingesetzt. Ein lächerlich geringer Betrag, wenn man bedenkt, dass Sie aus der Lustbarkeitssteuer 120 Milliarden schöpfen. Seinerzeit wurde beschlossen, dass ein bestimmter Prozentsatz aus dem Erträgnis der Lustbarkeitssteuer für Zwecke der Kunst- und Sportförderung verwendet werden soll. Von diesem Beschluss hört man jetzt nichts mehr. Die geringe Unterstützung der Kunst durch die Gemeinde hat zur Folge, dass sich die Angestellten und Arbeiter keine ordentliche Theatervorstellung leisten können und ins Kino gehen. Wir stellen keine Anträge, weil dies zwecklos ist, erklären aber, dass wir für diesen Voranschlag nicht stimmen, da wir zu Ihrer Verwaltung kein Vertrauen haben. (Beifall)

G.R. Stöger (chr. soz.) kritisiert die Anlage der Wählerlisten, verweist auf deren Mängel und stellt den Antrag, es seien alljährlich die Wahlziffern zu veröffentlichen, insbesondere ist die Zahl der Reklamationen und deren Erledigung nach Bezirken getrennt bekanntzugeben.

G.R. Beisser (soz. dem.) entgegnet den Vorrednern auf deren Bemerkungen über die Subvention für Kunstzwecke, dass die Gemeinde damit vorwiegend den Zweck verfolge, in den Theatern wirklich wertvolle Darbietungen zu erzielen. Deswegen werden nicht an die Theaterdirektoren die Unterstützungen gegeben, sondern an die Organisationen der Theaterbesucher, die in den verschiedenen Kunststellen sich zusammengeschlossen haben. Das sei das Wichtigste bei Subventionierung der Kunst und nicht die Höhe der Summe. Die Verteilung wird durch die Vertreter der einzelnen Organisationen ohne jede parteipolitische Nebenabsicht vorgenommen. Wir wollen auf diese Weise die Theaterbesucher erziehen. Die Theater selbst werden wir nicht subventionieren ohne einen entsprechenden Einfluss auf ihre Leitung zu besitzen. Redner bespricht nun den Mangel einer Förderung des Körpersportes durch die frühere Gemeindeverwaltung und erinnert daran, dass er vor drei Jahren den Musikunterricht in den Schulen beantragt habe. Die Gemeindeverwaltung habe diesen Antrag durchgeführt und es gibt nun in Wien 22 Schulen für Violinunterricht mit 60 Abteilungen in denen 991 Schüler unterrichtet werden. Bei der s. einerzeitigen Besprechung seines Antrages sei die Befürchtung laut geworden, dass damit den privaten Musiklehrern eine Schädigung zugefügt werde. An der Hand von Ziffern kann festgestellt werden, dass diese Befürchtung unrichtig war. Gerade in den bürgerlichen Bezirken wie im VII, IX und XVIII. wurde bis jetzt an den Schulen ein solcher Musikunterricht nicht verlangt, ein Beweis, dass das Bürgertum noch immer die Möglichkeit hat seine Kinder in Musik unterrichten zu lassen, während die Arbeiterkinder nicht zu Privatlehrern geschickt werden können und ohne die Unterstützung der Gemeinde ohne Musikunterricht blieben. (Beifall)

G.R. Doppler (chr. soz.) konstatiert in einer Polemik mit dem Vorredner, dass die christlichen Organisationen zu allen Zeiten Einrichtungen hatten um den Körpersport zu pflegen. Der Vorredner habe auch die Veranstaltung der Musik- und Theaterwoche als eine Förderung der Kunstpflege bezeichnet. Darüber möge lieber nicht gesprochen werden, das sei ein schwarzer Punkt in der Verwaltung der Gemeinde. Die Gemeinde unterstütze gewisse Theater mit denen die bodenständige Bevölkerung gar nichts zu tun hat, man erinnere sich nur was bei der Aufführung des „Reigen“ getrieben wurde.

G.R. Beisser: Haben wir den aufgeführt oder die Aufführungen gefördert?

G.R. Doppler: Sie haben dafür gesorgt, dass die Aufführungen möglich geworden sind. Redner beklagt, dass die Gemeinde Vereine die Subventionen verlangen zwingt, sich in Vereine und Verbände hineinzuorganisieren die der Gesinnung der Gemeindeverwaltung, aber nicht ihrer eigenen Gesinnung entsprechen.

G.R. Beisser: Das ist eine bewusste Unwahrheit.

G.R. Doppler: Wenn Sie das sagen, so sind Sie in meinen Augen als anständiger Mensch gerichtet! Das ist eine Frechheit, eine Gemeinheit (Lebhafte Unruhe). Redner führt nun über die Amtsblätter Beschwerde, die nach der Abschaffung des stenographischen Protokolls für die Gemeinderäte sehr wichtig sind, aber über die Sitzungen nur spät und sehr mangelhaft berichten. Redner wünscht ferner, dass auch die Verordnungsblätter wie früher den Gemeinderäten zugesendet werde und kommt nunmehr auf die Verhältnisse in der Feuerwehr zu sprechen. So gäbe es in der Feuerwehrzentrale einen Fernzug für den immer 14 Fahrer bereit gehalten werden und der vielleicht einmal im Jahre ausfährt. Während der übrigen Zeit hat er nichts zu tun. Freilich befindet sich unter diesen 14 Fahrern, der Obmann des Betriebsrates. Redner befürchtet, dass die Durchsetzung der freiwilligen Feuerwehren mit Berufsfeuerwehren politischen Zwecken dienen soll und warnt davor, den politischen Zwist in die Feuerwehr einzutragen (Beifall bei den Parteigenossen).

St.R. Richter erklärt in seinem Schlussworte er sei mit der Opposition vollkommen eines Sinnes, wenn sie die Aufgabe von 2½ Milliarden für die Anlagen der Wählerlisten als hinausgeworfenes Geld bezeichnet, aber der Gemeinderat hat die Wahlordnung zum Nationalrat nicht gemacht und ist leider vom Gesichtspunkte eines Dorfbürgermeisters verfasst, dem es keine Schwierigkeiten bereitet seine paar hundert Wähler am 1. Jänner zusammenzustellen und die Reklamation für 14 Tage festzusetzen. Die Wahlordnung hat ganz vergessen, dass grossen Gemeinden wie Wien durch ihre Bestimmungen eine Arbeitslast aufgebürdet wird, die nur unter ungeheuren Geldaufwand zu bewältigen ist. Dass wir mehr Sprengel in ein Kokal geben geschähe nur aus Oekonomie, die auch den Christlichsozialen angenehm ist, weil sie nicht so viel Kräfte aufbieten müssen. Die Evidenz der Verstorbenen und Abgestraften halten wir selber, täten wir es nicht, dann wäre das Ergebnis der Reklamationen noch ungünstiger. Wir hatten insgesamt 5.059 Reklamationen und man muss zugeben, dass das bei der grossen Masse der Wähler eine verschwindend kleine Zahl ist. Bei der letzten Reichsratswahl im Jahre 1911 gab es 42-800 Reklamationen, während wir im Jahre 1920 bei einer mehr als doppelt so grossen Wählerzahl nur 29.000 Reklamationen hatten. Diese beiden Ziffern sprechen wohl für sich selbst. Die Reklamationsziffern habe ich dem Gemeinderate immer bekanntgegeben, dass ist wohl auch „Oeffentlichkeit“ die Verlautbarung im Amtsblatt ist aus Ersparungsgründen unterblieben und meines Erachtens auch von wenig praktischer Bedeutung, denn erfahrungsgemäss lesen

nicht einmal die Mitglieder des Gemeinderates das Amtsblatt, weil sie ja keine Zeit dazu haben. Alle Namen zu veröffentlichen, hätte gar keinen Zweck, das Amtsblatt würde dann wie der Lehmann aussehen und sich wahrscheinlich kein Mensch darin zurechtfinden. Eine Gemeindeverwaltung die 900 Milliarden Defizit aufweist hat alle Ursache zu sparen und überflüssige Ausgaben, wie sie solche Verlautbarungen mit sich bringen, zu vermeiden. Bezüglich der früheren Herstellung der Ausschussprotokolle werde ich eine entsprechende Aufforderung an die einzelnen Schriftführer richten und wegen der Beschleunigung der Veröffentlichungen mit dem Schriftleiter des Amtsblattes Rücksprache pflegen. Dasselbe gilt für die Verordnungsblätter.

Zu den Klagen über unsere Berufsfeuerwehr bemerke ich, dass wir viel mehr Fahrer als Geräte haben. Auf den Dienst warten nur die Leute in der ersten Bereitschaft, aber auch sie sind nicht während dieser Zeit untätig, denn es werden Kurse abgehalten. Die zweite Bereitschaft macht alle möglichen Arbeiten die mit dem Dienst zusammenhängen, sie ist voll beschäftigt. Es ist nicht richtig, dass auch nur ein Fahrer auf dem Fernzug sitzt und wartet. Früher haben die Fahrer bei Bränden nicht mitgearbeitet, das ist nun abgeschafft, heute müssen sie sich auch betätigen. Einzelnen Fahrern mag das vielleicht nicht passen. Wir bemühen uns, die Arbeit zu intensivieren und deshalb in diesem Zusammenhange ein ziemlich starker Abbau bei der Feuerwehr erfolgt. Gegen den Kommandanten Holler hat gewiss noch nie jemand etwas einzuwenden gehabt, er ist unser bester Offizier. Bezüglich der freiwilligen Feuerwehr ist zu sagen, dass sich darunter welche befinden, die nur dreimal im Jahre ausrücken und keine freiwillige Feuerwehr kommt über 60 Ausrückungen im Jahre hinaus. Da ist es doch nur ökonomisch gehandelt, wenn wir das Bestreben haben zu konzentrieren. Die freiwilligen Feuerwehren sehen das vielfach selbst ein und bei der Delegiertenkonferenz haben die Vertreter der freiwilligen Feuerwehr Floridsdorf freimütig erklärt, dass sie sehr gerne mit der Berufsfeuerwehr zusammenarbeiten. Für die friedliche Durchdringung bin ich nicht, wohl aber für das friedliche Einvernehmen, es wird mit den freiwilligen Feuerwehren verhandelt und hierbei sicher eine Form gefunden werden, die eine günstige Lösung darstellt. Die Angriffe gegen den Herrn Klemisch sind ungerechtfertigt, man hat diesen Mann viel zu verdanken, sein Dienst ist aber nicht um ein Grad leichter als der jedes Oberfahrers und daneben hat er noch den Vorteil, von eigenen Kollegen angegriffen zu werden.

Es ist nun die Spezialdebatte über die Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erledigt und der Voranschlag wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Ueber den Voranschlag der Gruppe für die

Städtischen Unternehmungen

und zugleich über die Rechnungsabschlüsse aller städtischen Unternehmungen für das Jahr 1923, spricht Vizebürgermeister Emmerling als amtsführender Stadtrat dieser Verwaltungsgruppe.

Vizebürgermeister Emmerling: Die Unternehmungen der Gemeinde Wien haben das Jahr 1923 günstig abgeschlossen. Insgesamt betragen die Überschüsse 26 Milliarden Kronen. Es wurde darüber in der Oeffentlichkeit viel gesprochen, wenn man aber diesen Betrag auf die einzelne Strassenbahnfahrkarte, auf die Hektowattstunde Lichtstrom und auf den Kubikmeter Gas aufteilt, dann ergibt sich, dass die städtischen Tarife nicht die geringste Erhöhung trotz dieses Überschusses erfahren haben. Im Jahre 1923 haben wir alle Unternehmungen ausgebaut. Die Zahl der Gasmesser wurde um rund 17.000 vermehrt. Die Zahl der öffentlichen Gasflammen ist von 18.900 auf 24.000 gestiegen. Sehr gut bewährt haben sich die automatischen Zündhähne, von denen gegenwärtig 14.312 verwendet werden.

Die städtischen Elektrizitätswerke haben im Jahre 1923 rund 80.000 Zähler neu montiert. Die Zahl der pauschalierten Anlagen, die viel Grund zu Klagen gaben, wurden von 24.000 auf 7000 vermindert sind gegenwärtig ganz verschwunden. Im Jahre 1923 wurden zehntausend Mietinstallationen ausgeführt. Trotz der gewaltigen Zunahme der Konsumenten gegenüber dem Jahre 1922 ist eine wesentliche Steigerung des Verbrauchs nicht erfolgt, da die Wirtschaftskrise unsere Industrie stark einschränkte. Das Bestreben immer mehr von der ausländischen Kohle unabhängig zu werden, führte zu einem bedeutenden Ausbau des Zillingsdorfer Bergbaues. Im Jahre 1923 wurden fast dreihunderttausend Meterzentner Kohle mehr gewonnen, als im Jahre 1922. Bereits mehr als ein Drittel der erzeugten Energie stammt aus den Zillingsdorfer Braunkohlenwerken, also aus heimischer Kohle.

Eine wesentliche Verbesserung des Betriebes wurde auch bei den Strassenbahnen durchgeführt. Die Länge der Gleise wurde ^{durch} die Errichtung von drei neuen Linien (Freudenau, Stammersdorf und Inzersdorf) um rund 18 Kilometer vermehrt. Es wurden im Berichtsjahr 52 neue Wägen gebaut und eine Reihe alter Wägen umgebaut. Dadurch ist die Zahl der Plätze um 2400 vermehrt worden. Die Zahl der Fahrgäste ist von 440 auf 458 Millionen gestiegen.

Das Lagerhaus litt stark unter der Wirtschaftskrise. Immerhin konnte der Umsatz um rund 100.000 Meterzentner gesteigert werden und es hat sich der Warenwert von 971 Millionen auf 1129 Millionen Kronen erhöht, wobei allerdings die Entwertung des Geldes zu berücksichtigen ist.

Die städtischen Leichenbestattung hat im Jahre 1923 nicht ungünstig abgeschnitten. Es wurden 13.342 Bestattungen gegenüber 12.650 im Jahre 1922 durchgeführt. Wir haben im Berichtsjahre keine einzige Spitalsleiche bestattet, eine Folge des gesetzwidrigen Vertrags, den das Ministerium für soziale Verwaltung mit einer Privatfirma abgeschlossen hat. Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt, da die Firma keine Konzession hat. Es muss die gerichtliche Entscheidung abgewartet werden.

Unser Brauhaus ist bereits an die zweite Stelle gerückt und wies für das Jahr 1923 einen Überschuss von 5.2 Milliarden Kronen aus.

Der kleinste Gemeindebetrieb, die städtische Ankündigungsanstalt, verzeichnet bei einem Umsatz von 10.7 Milliarden Kronen, einen Überschuss von 205 Millionen Kronen.

Mit Ausnahme der beiden letztgenannten Unternehmungen, verbleiben alle Überschüsse bei den Betrieben und dienen dazu technische Verbesserungen durchzuführen, wodurch wieder die Tarife billiger gehalten werden können.

In der Öffentlichkeit ist auch viel über die Vorauszahlungen für Gas und Strom geschimpft worden. Auch die Höhe dieser Vorauszahlungen ist wiederholt unrichtig mitgeteilt worden. Tatsächlich sind beim Gaswerk 24 und beim Elektrizitätswerk 28 Milliarden Kronen vorausgezahlt worden. Wir können diese Summen nicht zurückzahlen und wenn die Konsumenten ernst darüber nachdenken, so werden sie uns recht geben.

Gas- und Elektrizitätswerk führen eine Vorratswirtschaft, was unbedingt notwendig ist, wenn nicht die Lieferung von Gas und Strom allen Zufälligkeiten ausgesetzt sein soll. So hat sich niemand darüber Gedanken gemacht, wenn die Eisenbahnen streiken oder in den Kohlenrevieren Differenzen ausbrechen, ob diese beiden grossen städtischen Werke genügend Vorrat haben, um keine Unterbrechung in der Lieferung von Gas und Strom eintreten lassen zu müssen. Wir haben solche Streiks in der letzten Zeit gehabt, aber unser Vorräte haben bewirkt, dass keinerlei Folgen für die Volkswirtschaft und das Leben der Millionenstadt eingetreten sind, obwohl die Kohlenzuschüsse gänzlich ausblieben. Zu dieser Vorratswirtschaft gehören Mittel, die sicherlich auch zu beschaffen wären, aber zu einem hohen Zinsfuss, der schliesslich wieder

nur auf die Konsumenten fallen würde. Daher ist auch eine Verzinsung der Vorauszahlungen für die Abnehmer nur von Nachteil und würde noch dazu die Berechnung, da es sich um mehr als sechshunderttausend Konten handelt, derart viel Kosten verursachen, dass die Gas- und Strompreise nur nachteilig beeinflusst werden würden. Sowohl Zinsen, als auch Verwaltungsspesen müssten sich in der Form höherer Tarife auswirken. Die beiden Werke haben übrigens von der Vorauszahlung nur bei der Zahlung der Rechnung den gesamten vorausgezählten Betrag, jeder neue Tag, an dem konsumiert wird, verringert die Vorauszahlung, weil ja nur monatlich und ~~ein~~ sechswöchentlich im Nachhinein Rechnung gelegt wird.

Schliesslich möchte ich sagen, dass die Lage der städtischen Unternehmungen im Jahre 1924 keineswegs günstig ist. Wir haben eine Steigerung aller Ausgaben, während bekanntlich die Tarife unverändert blieben. Bei der Strassenbahn ist bereits ein namhafter Abgang zu verzeichnen, der auch durch die letzte Erhöhung des Tarifs nicht ganz wettgemacht werden wird.

Indem ich Sie ersuche den Abschlüssen zuzustimmen, will ich einleitend zu dem Voranschlag für das Jahr 1925 sagen, dass die errechneten Überschüsse von einer Milliarde beim Gaswerk und von 3.3 Milliarden Kronen beim Elektrizitätswerk natürlich nicht feststehen, weil die beiden Unternehmungen stark von der wirtschaftlichen Lage abhängig sind. Auch der Abgang bei der Strassenbahn, der mit 11.7 Milliarden Kronen eingesetzt ist, wurde auf ^{November} Grund der Zahlen 1924 ermittelt. Eine Aenderung der Verhältnisse kann auch da Veränderung bringen.

Die Herabsetzung des Preises für den Kraftstrom ist von der Neuen Freien Presse als unbedeutend bezeichnet worden. Die Industrie denkt aber sicherlich anders und wird daraufkommen, dass dieser Nachlass von 12.5 Prozent sehr viel zu bedeuten hat. Freilich für einen Betrieb, der nur ein paar Stunden elektrischen Kraftstrom braucht, wird sich die Ermässigung nicht besonders auswirken, aber für unsere grossen Industriebetriebe haben wir berechnet, dass die Ersparung 280 Millionen und bei einigen Unternehmungen bis zu einer Milliarde im Jahr ausmacht. Es ist also ein bedeutendes Entgegenkommen, dass die Gemeinde da der Wiener Industrie ^{bezeugt} und es sind 30 Milliarden Kronen gerechnet nach dem gegenwärtigen Kraftstromverbrauch, auf die die Unternehmung verzichten. Wenn man bedenkt, dass die

Elektrizitätswerke zusammen für das Jahr 1925 nur einen Überschuss von 3.3 Milliarden Kronen präliminieren, so kann man wohl ersehen, wie gross das Entgegenkommen ist, dass wir der Industrie bringen.

Im Jahre 1925 ist auch die Investitionstätigkeit der Gemeinde sehr umfangreich. Sowohl die Strassenbahn, als auch die Gas- und Elektrizitätswerke verbessern ihren Betrieb und soll vor allem der Bau von achtzig neuen Triebwagen erwähnt werden. Für Gleisarbeiten sind allein 54 Milliarden eingesetzt und die gesamten Erneuerungsausgaben der Strassenbahn stellen sich auf 227 Milliarden Kronen.

Die Stadtbahn wird termingemäss elektrifiziert sein. Wenn man auf der Strecke so wenig von den Arbeiten sieht, so hat dies darin seinen Grund, dass wir diese Arbeiten, die kaum vier bis fünf Wochen in Anspruch nehmen werden, bis zuletzt aufheben und jetzt die wichtigen Bauten durchführen. Es ist die ein Gebot gesunder Wirtschaft und von diesem Gesichtspunkt ist ja auch der Voranschlag aufgestellt worden. (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Weigl schliesst nun um 1 Uhr mittags die Sitzung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 23. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T als L A N D T A G
Sitzung vom 23. Dezember 1924.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung und hält den seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitgliedern Amalia Pölzer und Anton David folgenden Nachruf, der von den Anwesenden stehend angehört wird:

Der Gemeinderat der Stadt Wien als Landtag hat in der letzten ^{Zeit} zwei schwere Verluste zu beklagen. Frau Amalia Pölzer und Gemeinderat Anton David sind in den letzten Tagen gestorben. Beide gehörten dem Wiener Landtag seit seinem Bestehen an. Es ist bereits im Gemeinderate der ausserordentlichen Wirksamkeit und der hohen Verdienste gedacht worden. Ich habe daher an dieser Stelle nur der Versicherung Ausdruck zu geben, dass wir den Verblichenen die zu den hervorragendsten Mitgliedern unserer Körperschaft gehörten, stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Der Gemeinderat als Landtag geht nunmehr zur Tagesordnung über. Die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung einer Grundsteuer ^{beinhaltet nichts} er des Landes Wien ^{anderes} als dass jenes Ausmass von Grundsteuern die im Jahre 1924 eingehoben wurden auch im Jahre 1925 und in den folgenden Jahren eingehoben werden sollen solange nicht durch einengesonderten Gesetzesbeschluss eine diesbezügliche Aenderung eintritt. Diese Vorlage wird auf Antrag des Referenten Breitner debattelos in erster und zweiter Lesung angenommen. Eben so wird die Gesetzesvorlage betreffend das Lehrer- Altpensionistengesetz auf Antrag des Abgeordneten Täubler, gleichfalls debattelos in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung einer Hundesteuer begründet der Berichterstatter Breitner, indem er erklärt, Es wurde auch die Anrängung gegeben eine Verminderung der Hundezahl insbesondere durch eine Staffelung der Steuer zu erzielen und es wurden Erhebungen nach dieser Richtung hin gezogen. Es hat sich aber dabei gezeigt, dass mit der Staffelung nichts bemerkenswertes erreicht werden könnte. Tatsächlich ist die Zahl der Hunde in Wien von 40.000 auf 86.000 gestiegen. Dies birgt auch sicherlich vom sanitären Standpunkte aus eine Menge Gefahren in sich. Die jetzt vorgeschlagene Steuer soll keine prohibitive Wirkung haben. Sie beträgt 100.000 Kronen also 7 Goldkronen gegenüber 8 Goldkronen im Frieden. Natürlich sind auch im neuen Gesetze die Möglichkeiten aufgenommen worden, dass Blinden oder besonders bedürftigen Personen die von Tierschutzverein eine entsprechende Anweisung erhalten die Abgabe ermässigt oder gar nachgelassen wird.

Abg. Angeli (chr-soz-) wünscht, dass den Hundebesitzern die in den Vororten und an der Peripherie unserer Stadt kleine Häuschen besitzen und die Hunde für den Schutz benötigen, bei der Hundesteuer besonders berücksichtigt werden.

Abg. Breitner spricht sich gegen den Antrag aus, da er die Manipulation bei der Hundesteuer ausserordentlich erschweren würde. Wenn man den Begriff des Wachhundes einführt, so bedürfte dies eine Fülle von Erhebungen und ausserdem gibt es auch in den Hochhäusern Personen wie alleinstehende Frauen und Kranke, die den Hund für ihren Schutz benötigen.

Hierauf wird auch diese Vorlage in erster und zweiter Lesung ^{um halb 5} angenommen. Der Vorsitzende schliesst die Sitzung.

HAUPTHAUSEKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 23. Dezember 1924. Dritte Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1924
(Fortsetzung der Budgetdebatte)

Vizebürgermeister Hoss eröffnet unmittelbar nach Schluss der Sitzung des Landtages die Gemeinderatssitzung. Es wird sofort die Debatte über die Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen begonnen.

G.R. Rotter (chr. soz.) erklärt, den Ziffern im Voranschlag der städtischen Unternehmungen mit Misstrauen gegenüber zu stehen. Vielleicht seien darin auch Steuerschiebungen verschleiert, was umso merkwürdiger berühre, wenn man daran denke mit welcher drakonischen Strenge Breitner gegen die Gewerbetreibenden vorgehe, die aus Zeitmangel oder sonstwie unabsichtlich sich auf dem Gebiete der Steuerdeklarationen etwas zu schulden kommen lassen. Redner wundert sich, dass die Personallasten um 50 Prozent höher angesetzt sind als im vorigen Jahre, spricht dann über die Vorauszahlungen die 62 Milliarden ausmachen und ungerechtfertigt zurückgehalten werden. Die Anleihen die seinerzeit für die Unternehmungen aufgenommen wurden werden gleichfalls in Papierkronen zurückgezahlt, wobei doch Parteigenossen der Majorität an den Kleinrentnerversammlungen teilnehmen. Was die Posten für Bauten und Investitionen betrifft, so sei es ein Irrtum zu sagen, dass diese Gelder der Volkswirtschaft zugute kommen. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung bräute sich immer damit, dass sie bei den Unternehmungen nur die Selbstkästen einhebe. Wie die einlaufenden Gelder budgetiert werden sei der Bevölkerung gleichgültig die die Tarifpolitik der Gemeinde für Augenauswischerei halte. Redner bezeichnet es als sehr merkwürdig, dass der Koks aus dem städtischen Gaswerke in das Ausland zu billigerem Preise verkauft werde wie im Inland. Die Qualität des Gases habe sich bedeutend verschlechtert und infolgedessen auch seine Heizstärke und Leuchtkraft. Die elektrische Strassenbeleuchtung sei wohl verbessert worden, aber noch lange nicht auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht. Ueber die Ausgestaltung des Zillingdorfer-Braunkohlenwerkes ist im Budget merkwürdiger Weise nichts vorgesehen. Von der versprochenen Verkehrsverbesserung auf den Strassenbahnen merke man gar nichts, eher eine Verschlechterung insbesondere auf dem Kai trotz Eröffnung der neuen Linien und in der Alserstrasse, in der die Instraßenführung der nach verschiedenen Richtungen gehenden Wagen augenscheinlich fehlerhaft sei, denn es fähen immer drei bis vier Wagenzüge hintereinander und dann treten ungebührlich lange Pausen ein. Zur Entlastung des Verkehrs wäre die Herstellung einer neuen Linie vom Börseplatz über den Salzgraben zur Marienbrücke empfehlenswert. Die Häufung der Betriebsunfälle sei vermutlich auf die Überbelastung des Personales zurückzuführen. Schliesslich beschäftigt sich der Redner mit dem Lagerhäusern der Stadt Wien, die einst europäischen Ruf hatten und jetzt im Niedergang begriffen seien. Die Ursache dieser Krise liege teils in äusseren Umständen teils sei die Krise selbst verschuldet, denn die herrschende Partei habe den tüchtigen Lagerhausdirektor Nubl zwangsweise pensioniert. Die fehlerhafte Tarifpolitik habe es bewirkt, dass die Geschäftswelt das Lagerhaus nicht mehr beanspruche und das Pressburger Lagerhaus mit seinen billigeren Tarifen werde jetzt vielfach bevorzugt. Man werde sich entschliessen müssen, die Tarife zu ermässigen, auch

zu anderen wichtigen organisatorischen Reformen. Nachdem Redner noch über das Stadtbräuhaus und die städtische Leichenbestattung kurz gesprochen und einzelne Ziffern kritisiert hatte, erklärt er, aus dem vorgebrachten Bedenken ausser Stande zu sein für diese Budgetposten zu stimmen.

G.R. Scholz (chr. soz.) beschäftigt sich gleichfalls mit den Gas- und Elektrizitätswerken und stellt schliesslich den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen, den Preis des Lichtstromes für Haus- und Stiegenbeleuchtung um 12.5 Prozent zu ermässigen. Mit der Annahme dieses Antrages würde die Mehrheit beweisen, dass sie der Bevölkerung Wiens wirklich entgegenkommen will.

G.R. Lehninger (chr. soz.) bespricht die Neuaufnahmen von Personal der Strassenbahn, die nach parteipolitischen Grundsätzen erfolgt. Wer sich nicht mit dem Organisationsbuch ausweisen könne, habe keine Aussicht auf Anstellung. Wenn die Mehrheit sich immer wieder auf den Kollektivvertrag ausrede, so müsse sie eben trachten die betreffenden einschränkenden Bestimmungen einer Aenderung zuzuführen. Redner ersucht den Referenten, seinen Einfluss dahingehend zu machen, dass christlichsoziale Strassenbahner bei der Einstellung der freien Tage nicht schlechter behandelt werden als Sozialdemokraten. Es sei auch rücksichtslos christliche Bedienstete die man los werden will, vor Abschluss des zehnten Dienstjahres auf sehr anfechtbare ärztliche Befunde einfach zu entlassen wodurch sie ihrer Pensionsansprüche verlustig werden. Es wäre auch an der Zeit, dass die Dienstordnung aus dem Jahre 1920 abgeändert werde, um die Zusammensetzung der Disziplinarkommission und der Personalvertretung gerecht zu gestalten.

G.R. Binder (chr. soz.) beklagt die Ueberfüllung der Strassenbahnen und wünscht, die Einführung kürzerer Strecken zwischen den Haltestellen. Redner schliesst mit verschiedenen Wünschen der Landstrasser Bevölkerung.

G.R. Stein (soz. dem.) findet, dass die Kritik am Rechnungsabschluss und am Voranschlag der städtischen Unternehmungen nur getragen sei von kleinlichen Klagen persönlicher Art und untergeordneter Bedeutung, währendes in Wirklichkeit um grosse und bedeutungsvolle Fragen geht. Man spricht von Kommerzialisierung der öffentlichen Unternehmungen weil man hofft, damit der Privatwirtschaft die Wege ebnen zu können. In den Unternehmerorganisationen hat neulich ein Redner davon gesprochen, dass die Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Körperschaften eingeeignet werden müssen, das heisst, dass so gewirtschaftet werden müsse, wie es früher einmal der Fall war als die Berechtigten und notwendigen Wünsche der arbeitenden Menschen keine Beachtung fanden. Ein anderer Ausspruch war: Wir mögen uns zu anderen wirtschaftlichen Anschauungen bekehren. Die Sozialdemokraten werden für den Rechnungsabschluss und den Voranschlag mit Freuden stimmen weil in beiden das Bekenntnis zu einer Art der Bewirtschaftung gelegen ist, die mit solchen Anschauungen nichts zu tun haben will und weil darin ein grosses Stück Zuversicht für die neue Ordnung der wirtschaftlichen Dinge. Nicht bloss im Leben der Gemeinde sondern im allgemeinen steckt. Die Zeit der Auseinandersetzung zwischen der kapitalistischen und der proletarischen Welt hat ihren Niederschlag bei uns gefunden. Gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise die Unternehmungen auf solcher Höhe zu erhalten ist eine Leistung, die ganz andere als kleinliche untergeordnete Kritik verdient. Die Führung der Gemeindeunternehmungen ist eine Leis-

tung die Vizebürgermeister Emmerling mit seiner unermüdlichen Tatkraft getragen von der sozialistischen Ueberzeugung, die die Mehrheit dieses Hauses teilt unterstützt von einem vorzüglichen Generalstab von Direktoren und von einer ausgezeichneten Angestellten- und Arbeiterschaft zu Stande gebracht hat und die es wohl verdient in der Geschichte dieser Stadt verzeichnet zu werden und auf die arbeitenden Menschen dieser Stadt stolz sein dürfen und stolz sind. Die doppelte Aufgabe die aus der Wirtschaftskrise für jeden Unternehmer entstanden sind war natürlich auch für die Gemeindeunternehmungen nicht geringer, es galt eine wirtschaftliche und eine geistige Krisis zu überwinden. Die wirtschaftliche Krise trachtet man durch die Sanierung zu meistern. Auch in den Unternehmungen wurde saniert, aber mit anderen Methoden. Vizebürgermeister Emmerling hat in seinen einleitenden Worten darauf hingewiesen, dass sich die Funktionen der städtischen Unternehmungen wesentlich verändert haben, es muss unterstrichen werden, dass diese Unternehmungen nicht mehr dazu dienen um 14 Millionen Goldkronen zur Deckung der übrigen Ausgaben herbeizuschaffen. Eine schwere geistige Krise beklagten die Unternehmer als sie allenthalben auf den Mangel an Arbeitsfreude hinwiesen. In unseren städtischen Unternehmungen fügte sich jedes einzelne Glied freudig und mit vollen Bewusstsein dem grossen einheitlichen Willen vom Direktor bis zum letzten Hilfsarbeiter. Es wurde hier über den Terror Klage geführt. Eine geistige Uniformierung ist von niemand verlangt worden. Wir freuen uns bei den städtischen Unternehmungen den Beweis dafür zu sehen, dass eine soziale Verwaltung nicht bloss möglich, sondern eine Notwendigkeit ist und bleibt. Es wurde auch behauptet, dass die Arbeitsfreude in den städtischen Unternehmungen nicht so gross sein kann wenn man mit einem Streik der Elektrizitätswerke zu tun hat. Vor wenigen Tagen haben wir eine Denkschrift die die Unternehmer-Organisationen an die Regierung gerichtet haben und in der sie gegen das Streikrecht der öffentlichen Angestellten Stellung nehmen. Es kommt darin die Unwahrheit vor, dass die Arbeiter der Elektrizitätswerke im September drei Tage lang das Licht ausgeschaltet haben (Hört! hört!). Wir weisen mit Stolz auf diese Betätigung der Solidarität der Arbeiter der Elektrizitätswerke mit der gesamten Metallarbeiterschaft Oesterreichs mit grösstem Stolz hin und auch darauf, dass sie die Möglichkeit haben ihre Anschauung kund zu tun (Stürmischer Beifall). An ihrer Freiheit und an dieser Möglichkeit werden wir unter keinen Umständen rütteln lassen (Sehr richtig). Die Minderheit und ihre Gesinnungsgenossen ausserhalb des Saales mögen daraus lernen, dass in dem Augenblick, da man es versucht auch nur einen Teil der sozialen Rechte anzutasten, die gesamte Arbeiterschaft, auch die des Elektrizitätswerkes, sich mit aller Kraft dagegen wenden wird (Stürmischer Beifall). Es wurde auch behauptet, dass die städtischen Unternehmungen unser Wirtschaftsleben gar nicht oder nur zum geringen Teile befrachten. Das ist eine Kleinbürgerliche Anschauung. Die städtischen Unternehmungen leisten für das Wirtschaftsleben ganz enorm viel. Die vielen Milliarden Gehälter und Löhne bedeuten eine Stärkung der Kaufkraft der arbeitenden Menschen in Wien daher eine Belebung des inneren Wirtschaftsmarktes, also eine Linderung der schweren Krise in der wir uns befinden. Und die 400 Milliarden die für die Institutionen in den Voranschlag eingesetzt sind ^{schaffen} einerganzen Reihe von Unternehmungen die Möglichkeit fortzubestehen. Die Industrie der

Zähler und Gasmesser zum Beispiel arbeitet doch nur im Auftrage der Gemeinde und es ist bezeichnend, dass in dieser Branche keinen arbeitslosen Metallarbeiter gibt, während wir 14.000 arbeitslose Metallarbeiter haben. Im Dienste der städtischen Unternehmungen stehen 21.049 Arbeiter. Wir dürfen also mit Recht darauf hinweisen, dass 21.049 Arbeiter geregelte und gesicherte Lebensbedingungen haben. Die städtischen Unternehmungen sind ein Musterbetrieb auch in organisatorischer Hinsicht. Die Gemeindeverwaltung kann nicht auf den Spass, den man ihr suggerieren will eingehen, dass sie einseitig eine Aenderung des Kollektivvertrages durchführt die eine Zerstörung der geschlossenen einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation im Rahmen der städtischen Unternehmungen wäre. Wir würden uns mit aller Schärfe gegen einen Versuch die geschlossene Organisation im Betrieb irgend wie zu stören auflehnen. (Stürmischer Beifall).

G.R. Holaubek (chr-soz-) Es ^{lebe} der Terror (Lebhafte Unruhe).
 G.R. Stein: Was Sie einen Terror darin erblicken, wenn ein ausgebildeter Schutz der arbeitenden Menschen versucht wird, das ist bezeichnend für Ihre Anschauung (Lebhafter Beifall, Unruhe und Zurufe von der Minderheit). Aus allen diesen Gründen, wegen der so grossen Leistung in der Zeit der schweren Krise, weil die städtischen Unternehmungen eine solche Sicherheit ihres Bestandes erreicht haben, weil sie das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt auf das Günstigste beeinflusst, werden wir mit Freuden für den Voranschlag stimmen (Stürmischer Beifall).

G.R. Kiesa (chr-soz.): Es ist wiederholt in Simmering darüber geklagt worden, dass der 71 Wagen, vor allem in den Nachmittagsstunden stark überfüllt ist. Mit diesem Wagen ist es überhaupt schlecht bestellt. Die erste Kalamität beginnt schon bei der Kaiser Ebersdorferstrasse und die zweite in der Hauffgasse. Die dritte Kalamität entsteht mit dem F-Wagen, da oft drei Züge hintereinander stehen und wenn der 71-Wagen ankommt, müssen die Fahrgäste zwischen diesen Wagen hindurchgehen, um zum F-Wagen zu kommen. Obwohl die Bezirksvertretung wiederholt Abhilfe verlangt hat, ist bis heute nichts geschehen.

G.R. Panosch (chr-soz.) befasst sich mit der Leichenbestattungsunternehmung und wundert sich, dass die Zahl der Angestellten nur um 7 abgenommen hat, während eine Abnahme der Leichen um 25 Prozent zu verzeichnen ist. Redner befasst sich dann mit der Steinmetzwerkstätte und wünscht, dass die Grabsteine so wie früher an die Gewerbetreibenden verkauft werden. Redner schliesst mit der Erklärung, dass seine Partei gegen dieses Budgetkapitel stimmen werde.

G.R. Stöger (chr-soz-) richtet verschiedene sachlichen Anfragen an den amtsführenden Stadtrat.

G.R. Erban (chr-soz.) erklärt, dass die Führung der Leichenbestattungsunternehmung unkaufmännisch sei und beschwert sich über die Errichtung einer Sargtischlerei der Gemeinde, die Gewerbetreibenden Arbeit wegnehme. Redner wünscht, dass die in den Bezirken existierenden Leichenkammern wieder eröffnet werden, was den grossen Betrieb auf dem Zentralfriedhof erleichtern würde und beschwert sich über das Vorgehen der Gemeinde gegenüber den Personen die sich bei der Gemeinde für ein Begräbnis versichert haben.

G.R. Untermüller (chr-soz-) polemisiert zunächst gegen Gemeinderat Stein und bespricht dann die Ueberfüllung auf den Strassenbahnen sowie den Zustand der Wartehallen und der Wagenreinigung der Strassenbahnen.

G.R. Ullreich (chr. soz.) bringt gleichfalls eine Reihe von Strassenbahnwünschen und Beschwerden vor. Die Beleuchtung in den Strassenbahnwagen sei mangelhaft, weil die Lampen zu grossen Zwischenräumen erneuert werden. In den Abendstunden werde das Licht zu spät eingeschaltet. Die Instandhaltung der Beiwagen lasse viel zu wünschen übrig, infolgedessen schleudern die Wagen derart stark, dass man im Innern nicht stehen kann. Redner reklamiert einen am 1. September 1923 eingebrachten Antrag auf Verlängerung der Linie 18 vom Ostbahnhof zur Geiselbergstrasse und verlangt namens der Ottakringer Bevölkerung die Weiterführung der J-Linie durch das Liebhartstal.

G.R. Waldsam (chr.-soz.) protestiert gegen die Behauptung Steins, dass die Opposition nur Nörgeleien vortrage. Bezüglich des Streikrechtes der öffentlichen Angestellten seien auch die Sozialdemokraten unterschiedlicher Ansicht. Der öffentliche Angestellte habe nicht das gleiche Recht, seine Angelegenheiten wie der Arbeiter auszutragen, es stehen ihm ganz andere Mittel als dem Arbeiter zur Verfügung und er müsse nicht letztenendes zum Streik greifen. Bei der Besprechung des Metallarbeiterstreikes habe Gemeinderat Stein unrichtige Behauptungen vorgebracht. Es sei nicht war, dass es sich den Sozialdemokraten nur um die Einheit der Gewerkschaftsorganisation handle, ihnen sei es vielmehr darum zu tun, Anhänger für ihre Partei zu gewinnen, aus Gewerkschaftlern, Sozialdemokraten und Freidenker zu machen. Man könne den Christlichsozialen nicht nachweisen, dass sie bei irgend einem Streik jemals ihren Arbeitsgenossen in den Rücken gefallen wären. In der Gewerkschaftsbewegung gäbe es verschiedene politische Schichtungen und diese Zersplitterung könne unter bestimmten Voraussetzungen in einem Lohnkampf nur nützlich wirken.

G.R. Haider (chr.-soz.) führt aus, dass die Gemeindeverwaltung falsch budgetiere, sie wolle absichtliche zu hohen Auslagen gelangen um der Bevölkerung sagen zu können, dass die Unternehmungen mit einem Defizit abschliessen und infolgedessen ausser Stande seien, die Tarife zu ermässigen. Redner bringt zahlreiche Beschwerden vor, die die Personalfragen betreffen und appelliert an die Mehrheit, dem nichtsozialistischen Personal eine Tol eranterere Behandlung angedeihen zu lassen.

G.R. Stein (soz. dem.) bezeichnet den Gedankengang des Gemeinderates Waldsam über die Entwicklung und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung als irrig insbesondere sei es ein gefährliches Beginnen, die Zersplitterung innerhalb der Gewerkschaften als nützlich hinzustellen (Rufe bei der Opposition: Das hat er gar nicht gesagt). Die feste Geschlossenheit der Arbeiterschaft sei unerlässlich und die Arbeiter werden jeden Schädling, der gegen die Einheit der Organisation vorgeht mit allen Mitteln bekämpfen.

G.R. Kunschak (chr. soz.) betont, es sei unrichtig, dass Gemeinderat Waldsam die These aufgestellt hätte als wäre die Zersplitterung der Arbeiter nicht schädlich sondern nützlich. Gemeinderat Waldsam habe vielmehr behauptet, dass die Zersplitterung unter bestimmten Umständen und Voraussetzungen auch von Nutzen sein könne. Diese Auffassung werde von den Christlichsozialen immer vertreten. Die Uniforme Gemeindamkeit in wirtschaftlichen Angelegenheiten sei begrenzt und die Einheitlichkeit werde dann durchbrochen, sobald politische nationale und religiöse Fragen hineingezogen werden. Die Sozialdemokratie habe die organische Gewerkschaftsbewegung selbst dadurch unmöglich gemacht, dass sie anders Gesinnte mit Gewalt von

sich gestossen habe. Deswegen seien die Christlichsozialen gezwungen gewesen sich selbstständig zu organisieren, nicht weil sie gegen die Arbeiter Stellung nehmen wollen, sondern weil sie sich ihre politische Freiheit, ihre religiöse Ueberzeugung und ihre Freiheit als Bürger dieser Republik unangetastet erhalten wollen.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erinnert dass die städtischen Betriebe von den Christlichsozialen unter schwierigen Verhältnissen geschaffen wurden.

G.R. Stein: Ihr habt doch die Gaswerke verkaufen wollen.

G.R. Zimmerl: Die Christlichsozialen haben die Direktoren der städtischen Unternehmungen die vom Gemeinderat Stein so gerühmt wurden entdeckt und ihnen die Leitung der Werke übertragen. Die städtischen Unternehmungen befinden sich in einem grossen Vorteil gegenüber anderen Unternehmern. Sie sind Monopolbetriebe und haben nicht gegen die Absatzkrise anzukämpfen und die Sorge der Geldbeschaffung nimmt ihnen der Stadtrat Breitner restlos ab.

G.R. Stein: Das ist sehr daneben geredet.

G.R. Zimmerl will nun eine einzige Post aus dem ganzen Komplex der Ziffern hervorheben und erwähnt: Effekten 20 Milliarden Gewinn- und Verlustkonto, Abschreibung von Effekten 26 Milliarden. Redner sieht darin eine falsche Bilanzierung und meint, dass sich wenn man alle anderen Posten durchgehen würde, gleichfalls bedeutende Fehler ergeben würden. Deshalb lehnen die Christlichsozialen das Budget ab.

Vz.B. Emmerling erwidert in seinem Schlussworte den Vorednern. Den Gemeinderat Rotter erinnert er daran, dass seinerzeit der ganze Gemeinderat einstimmig dem Projekt der Kraftwerke Opponitz seine Zustimmung gegeben habe.

G.R. Rotter: Gegen die Aufmachung habe ich mich gewendet nicht gegen das Werk.

Vz.B. Emmerling führt weiter aus, dass unter der christlichsozialen Verwaltung der Arbeiter in der Früh allerdings um 12 Heller gefahren sei, abends aber schon 20 Heller zahlen musste was zusammen 4 Kronen 60 Heller in der Woche und im heutigen Gelde 28.664 Kronen ausmache. Heute kostet die Wochenkarte des Arbeiters 13.500 Kronen, also die Hälfte dessen, was der Arbeiter seinerzeit ausgeben musste.

Man müsse um die Beschäftigung der Lagerhäuser richtig zu beurteilen einen Vergleich zwischen 1913 und 1923 anstellen. Ferner mache die tschechische Regierung ausserordentliche Anstrengungen um den Pressburgerhafen zu heben, während wir von einer Vorzugsbehandlung die der Bund den Lagerhäusern der Stadt Wien angedeihen liesse nichts sehen. Dem Antrage auf Herabsetzung der Preise für die Hausbeleuchtung könne Redner nicht zustimmen, denn diese Herabsetzung käme nicht blos beim elektrischen Licht in Betracht und diese Beträge die einige Milliarden ausmachen, müssten ja die Konsumenten auf der anderen Seite übertragen. Gemeinderat Erban scheine es zu bedauern, dass die Gemeinde wo immer sie könne, Ausgleiche den Prozessen vorziehe und so auch hinsichtlich der für ein Leichenbegängnis Versicherten vorgehe. Dadurch verlieren freilich die von den Christlichsozialen gebildeten Vereine solcher Versicherten die bestimmt waren der Gemeinde Prozesse anzustrengen ihre Existenzberechtigung.

Wegen der veralteten Beiwagen sei zu bemerken, dass leider 700 Beiwagen aus dem vorigen Jahrhundert stammen, manche schon an die 50 Jahre alt sind, man könne sie trotzdem nicht aus dem Verkehr ziehen, weil bei dem ungeheuren Betriebe jeder Wagen fehle. Der verlangte Ausbau der Linie vom Ostbahnhof zum Arsenal in die Geiselsberggasse würde 4.5 Milliarden kosten, sei also sehr zu überlegen. Gegenüber den Bemerkungen des Gemeinderates Haider und Zimmerl wäre daran wieder zu erinnern, dass die Christlichsozialen im Jahre 1919 nahe daran waren die städtischen Unternehmungen an das Privatkapital abzugeben, es war schon ein diesbezüglicher Antrag gestellt. Es sei auch unrichtig, dass die städtischen Betriebe eine Monopolstelle einnehmen, sie unterliegen der Konkurrenz wie beispielsweise die Kokserzeugung beim Gaswerk und die Produkte aus dem Brauhaus, auch das Lagerhaus und die Leichenbestattung haben zu konkurrieren. Wir nützen also durchaus nicht die vermeintliche Monopolstelle aus. Wenn über die Reserven Aufklärung gewünscht wird, so ist zu erwiedern, dass jeder vorsichtige Kaufmann zur Anlage von Reserven verpflichtet ist, wir haben das nicht getan, um den Ueberschuss zu verschleiern, man braucht sich nur die einzelnen Beträge auf die Fahrkarte umzurechnen und wird dazu kommen, dass sie nicht einmal 40 Kronen per Fahrkarte ausmachen. Wir haben seinerzeit den Mut aufgebracht zu sagen, dass man zu Tarifierhöhungen schreiten müsse um Ordnung im Betriebe zu sichern. Hätten wir den Ratschlägen der Christlichsozialen nachgegeben und Anleihen aufgenommen, dann wären wir viele Milliarden an das Ausland schuldig und die Unternehmungen müssten diese Schuldenlast fortschleppen.

Es wird nun abgestimmt. Die Ansätze der Verwaltungsgruppen für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und für die städtischen Unternehmungen werden mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Die Anträge der Gemeinderäte Stöger wegen Veröffentlichung der Wählerzahlen im Amtsblatt und Binder wegen Veröffentlichung der Namen der Personen, die in den Heimatsverband aufgenommen werden, werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Ebenso auch der Antrag des Gemeinderates Scholz wegen Ermässigung des Preises für den elektrischen Strom zur Stiegenbeleuchtung. Angenommen werden ferner die Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1923

Schliesslich werden auch die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1923 angenommen.

Stadtrat Breitner spricht nun zu Bilanz und Bedeckung: Wir sind nach viertägiger durchaus sachlicher Beratung beim Schlusskapitel, der Bilanz und Bedeckung angelangt. Es ist dies sonst gerade jener Teil des Voranschlags, der zu den heftigsten Erörterungen Anlass zu geben pflegt. Diesmal liegt kein Anlass dazu vor. Neue Abgaben oder Abgabenerhöhungen werden nicht beantragt. Der gesamte Gebarungsausgang, der sich einschliesslich der beschlossenen Erhöhung der einmaligen Aushilfen um zehn Milliarden Kronen, auf 993.5 Milliarden Kronen, stellt, soll durch Heranziehung der Kassabestände, beziehungsweise Inanspruchnahme von Bankkrediten durch die städtischen Unternehmungen gedeckt werden. Es wurde von dem Kollegen Zimmerl festgestellt, dass die Verweisung der Unternehmungen auf die Form der Bankkredite aus Steuergründen erfolge und in Wirklichkeit doch das Vorhandensein von Guthaben der Gemeinde zur Voraussetzung habe. Das ist durchaus richtig. Wir haben daraus gar kein Hehl gemacht und sind sogar so weit gegangen, das Finanzministerium von dieser Art der Durchführung zu verständigen. Eine grössere Loyalität kann man von keinem Steuerträger verlangen, von dem man auch, wie dies eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs ausdrücklich besagt, nicht fordern darf, dass er gerade jene Formen der Geschäftsführung wähle, die für ihn die grösste Steuerpflichtung zur Folge hat. All dies wurde im Finanz-

ausschuss ausdrücklich gesagt. Es ist im übrigen durchaus schlüssig, wenn der Herr Kollege Zimmerl daraus ableitet, dass wir mit dem Vorhandensein eines der Gesamthöhe des Gebarungsausganges entsprechenden Kassabestandes für den Jahresschluss rechnen. Dazu kann ich nur erklären, dass wir uns nach vollen Kräften bemühen werden, die im Voranschlag verzeichneten Investitionen durchzuführen, zu deren Bedeckung diese Kassabestände bestimmt sind. Ich kann bei diesem Anlass mitteilen, dass der Herr Bürgermeister bereits verfügt hat, dass alle Aemter und städtischen Unternehmungen sofort nach Genehmigung des Voranschlags alle jene Bestellungen, die nicht zwingend an die mildere Jahreszeit geknüpft sind, hinausgeben. Es werden Milliardenaufträge für Monturen, Küchengeräte, Instrumente, Büromöbel, Maschinen aller Art der Industrie und dem Gewerbe zufließen und zur Ueberwindung dieser Krise beitragen. Erfreulicherweise erlaubt es die Witterung, dass unsere Bauten fortgeführt werden können. Dies wird solange und unter Umständen auch mit Unterbrechung geschehen, als nicht die Temperatur unter minus vier Grad Celsius sinkt. Gegenwärtig sind noch auf fünfzig Baustellen ungefähr 6000 bis 7000 Bauarbeiter beschäftigt. Wir haben uns in den Zeiten der Scheinkonjunktur nicht täuschen lassen, uns keinem rosenroten Optimismus hingeeben, die Phantasiakurse der Börse nicht als Symptome der Gesundheit gewertet, sondern sind ruhig und nüchtern unseren Weg gegangen. Das gibt uns aber auch die Berechtigung, einem übertriebenen Pessimismus entgegenzutreten, uns dagegen zu wehren, dass die an sich gewiss nicht erfreulichen Verhältnisse systematisch noch düsterer gefärbt werden. Damit wird den Interessen Wien nicht gedient. Dieser Voranschlag mit seinen gewaltigen Investitionen und die gerade in diesen Tagen erfolgte Vervollendung des Opponitzer Wasserkraftwerkes beweist, dass die Gemeindeverwaltung sich ihrer Pflichten voll bewusst ist und ihren Teil zur Wiederaufrichtung der durch den Krieg so schwer zerrütteten Wirtschaft beiträgt.

Diesen Schlussätzen will ich nur noch Worte des Dankes an die überaus pflichtgetreue Beamtschaft hinzufügen, die auch heuer, wie in den vorhergegangenen Jahren hingebungsvoll im Interesse der Stadt gearbeitet hat. Ich nenne insbesondere den Herrn Buchhaltungsdirektor Knobloch und seinen Vertreter Direktionsrat Hinterberger und den Herrn Kontrollamtsdirektor Müllner, unter deren ausgezeichneten Führung dieser Voranschlag in tadelloser Weise zusammengestellt wurde. Ich bitte um Genehmigung von Bilanz und Bedeckung. (Starker Beifall)

G.R. Zimmerl (chr.-soz.) schliesst sich dem Danke des amtsführenden Stadtrates seitens seiner Partei an. Redner ist überzeugt, dass die Eingänge sich günstiger gestalten werden als im Voranschlag angegeben sei und, dass so wie in den vergangenen Jahren wieder belangreiche Posten des Budgets in das Jahr 1925 hinübergeschoben werden, sodass Stadtrat Breitner schliesslich wieder über dieselben Kassabestände verfügen werde wie jetzt. Da er die Richtigkeit der Ziffern bestreite, so werde er auch gegen diesen Punkt stimmen. Im übrigen müde er sagen, dass die besten und grössten Folgen der Stabilisierung der Währung die das Werk des Bundeskanzlers Dr. Seipel sei, die Gemeinde Wien ist. Seine Ueberschüsse verdankt Breitner Seipel.

G.R. Rudolf Müller: Warum ist das beim Bund nicht möglich?

G.R. Zimmerl hofft, dass man sich im Rathause zu anderen Erleichterungen verstehen werde als es diejenigen sind, auf die Stadtrat Breitner verwiesen habe und dass Breitner das seinige der Bevölkerung zu verhalfen tun werde, um die Krise erfolgreich zu überwinden. (Beifall)

Bei der Abstimmung wird die Bedeckung mit der angenommenen Erhöhung um 10 Milliarden angenommen.

Bürgermeister Seitz: Mit dieser Abstimmung sind wir am Ende unserer Budgetberatungen angelangt. Wir haben in sehr langen Sitzungen eine ^{grosse} Arbeit geleistet. Die Budgetarbeit ist ja überhaupt eine der schwierigsten. Wenn man auf die ersten Vorarbeiten zurück blickt, in die einzelnen Abteilungen, wo die ersten Ansätze ausgearbeitet werden und dann die Arbeit verfolgt über die Abteilungen des Magistrates hinweg, die Perilustrierung, die Beratungen des Finanzausschusses bis zu denen des Hauses, so kann man wohl sagen, dass das Budget von seiner ersten bis zur letzten Post sowohl von der Opposition wie von der Mehrheit gründlich durchgeprüft wurde. Es obliegt mir, allen jenen die an dieser ungeheuren Arbeit mitgewirkt haben den Dank der Gemeinde und meinen persönlichen Dank auszusprechen, vor allem dem amtsführenden Stadtrat Breitner (Stürmischer Beifall) sowie dem übrigen amtsführenden Stadträten (Lebhafter Beifall), dann aber auch den Mitgliedern des Gemeinderates insbesondere den Herrn, die so freundlich waren mich im Vorsitz zu vertreten aber auch den Mitgliedern des Finanzausschusses und des Stadtsenates. Wenn ich ^{sowohl} bei den gewählten Funktionären wie bei den Beamten annehme das jeder selbstverständlich seine Pflicht erfüllt, so kann ich doch nicht umhin, als Chef des Magistrates festzustellen, dass die Beamten, die mit dieser Arbeit beschäftigt waren, in seltener Hingabe mehr als ihre Pflicht getan haben; dass sie dabei ihre ausserordentliche Sachkenntnis in selbstloser Weise in den Dienst der Gemeinde gestellt haben (Lebhafter Beifall). Ich danke ihnen, dem ^{vor allem} Magistratsdirektor Dr. Hartl (Lebhafter Beifall), dem Obermagistratsrat Dr. Nau ^{mayer}, dem Rechnungsdirektor Knoblach und dem Direktor des Kontrollamtes Müller, ^{es} obliegt mir auch der Rathauskorrespondenz, die in schwerer Arbeit die Berichterstattung durchgeführt hat, der Presse ohne Unterschied der Partei, dem Stenographenbüro, das eine aussergewöhnlich schwere Arbeit zu leisten hatte und den ^{Beamten} des Präsidialbüros meinen Dank auszusprechen. Hoffen wir, dass es uns ^{gelingt} ^{Ansätze, wie wir sie} ^{beschlossen haben, sowohl auf der} ^{Ausgabenseite wie auf der Einnahmenseite so zu} ^{halten wie sie} ^{gedacht sind und dadurch dem Haushalt der Gemeinde} ^{Ordnung zu be-} ^{wahren} (Lebhafter Beifall).

Demit ist die Beratung des Budget beendet und es wird die übrige Tagesordnung erledigt.

E. R. Jenschik referiert über die Verfügung des Bürgermeisters die Bauschäden an der Realschule in der Waltersgasse sofort zu beheben.

G. R. Stöger erklärt unter Protest feststellen zu müssen, dass die Mehrheit/ den Verfall der Schule dazu benützen wolle um in ganz ungebührlicher Weise auf den Bund einen Druck auszuüben. Wenn dieser Zustand weiter bestehen bleibe, werde sich die Mehrheit davon überzeugen können, dass die Wiener Bevölkerung mit der Opposition eines Sinnes sei.

Vorsitzender Bürgermeister Seitz: Der Vorredner hat auch den Bürgermeister in die Debatte gezogen. Es mutet sonderbar an, dass ein Vertreter Wiens noch heute nach der ganzen Entwicklung die Rechtsauffassung hat, es wäre Pflicht der Gemeinde die vom Bund betriebenen Anstalten zu ^{erhalten}. Darauf kann sich die Gemeinde bei Gefahr ^{einer} ganz ungeheuren Belastung unter keinen Umständen einlassen.

Wenn ich Vorkehrungen bei dieser Schule in der Waltersgasse getroffen habe, so tat ich das als Bürgermeister, dem auch die Handhabung der Baupolizei obliegt. Ich habe das nur in dem Sinne getan, wie ich es bei jedem anderen Gebäude vornehme, wenn der betreffende Eigentümer seine Pflicht vernachlässigt und dadurch Bewohner der Gemeinde Wien in ihrer Sicherheit bedroht sind. Nur von diesem rein baupolizeilichen Standpunkt aus habe ich Verfügungen getroffen, die die Gemeinde Wien allardings mit 60 Millionen belasten, ^{weil} der Bund in dieser Hinsicht seine Pflicht nicht erfüllt. Ich sage es ^{den Rechtsstandpunkt der Gemeinde} nicht aufgeben hier mit allem Nachdruck, dass ich ^{nicht aufgeben} wenn der Bund im Gebiet der Gemeinde Wien Anstalten führt, muss er sie auch ordentlich in Stand halten. (Beifall)

Es wird dann die Vorlage angenommen.

G. R. Litsch (soz-dem-) berichtet über den Ankauf eines Hauses im XV. Bezirk Witzelsbergstrasse 25 durch die Gemeinde Wien. Das Haus welches im Jahre 1915 erbaut wurde, ist drei Stock hoch und gehört dem Verein Bereitschaft, der die Absicht hat auf dem Lande ein Erholungsheim für Kinder zu errichten. Um die Mittel hierfür zu gewinnen, musste der Verein sein Haus in Wien verkaufen. Das Bauamt hat den Gemeinderat geraten, dieses Haus anzukaufen, es lassen sich darin aus dem bisherigen Vereinsheim der Bereitschaft drei Wohnräume gewinnen.

G. R. Kunschak (chr. soz.) findet die Behandlung, die dieser Gegenstand hier erfährt geradezu ungeheuerlich. Das Bauamt hat den Schätzungspreis für dieses Objekt mit 165 Millionen angenommen und nun werde der Antrag gestellt, dafür 220 Millionen, also um 55 Millionen mehr zu bezahlen, dagegen wurde schon im Finanzausschuss und Stadtsenat vom Redner Einspruch erhoben, es wurde ihm darauf erwiedert, dass der Aufwand für die Adaptierung der frei werdenden Parterräume sehr gering sei. Dieses Argument sei unverständlich. Im Vertrage sei auch keine Bestimmung vorgesehen, wonach der Verein sich zur Freimachung der Räume wirklich verpflichtet. Man wolle also ein Rechtsgeschäft abschliessen, dem jede Rechtsbasis fehlt. Nachdem es sich hier nicht nur um einen materiell anfechtbaren, sondern auch in den Bestimmungen unzulänglichen Vertrag handelt, beantrage Redner die Rückverweisung an den Stadtsenat. Wenn Sie sich dem widersetzen, dann muss ich zur Überzeugung kommen, dass es sich hier um einen Freundschaftsdienst für einen parteipolitisch bekannten Verein handelt.

Der Referent spricht sich gegen die Rückverweisung aus, die den auch von der Mehrheit abgelehnt wird.

G. R. Kunschak; Also das Parteigeschäft ist gemacht G. R. Litsch bemerkt in seinem Schlusswort, aus den Verkaufsverhandlungen sei ersichtlich, dass die Gemeinde den Verein ziemlich gedrückt habe. Dieser Verein sei bürgerlich und stehe den Sozialdemokraten durchaus nicht nahe. Die Gemeinde gewinne in dem Hause Wohnungen, deren Neuherstellung um 150 Millionen teurer wäre. Allerdings ist im Vertrage die Räumung nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber bei Hausankäufen durch die Gemeinde ist es immer die Übung, dass bei Übergabe des Objektes auch die betreffenden Räume der Gemeinde anheim fallen.

St. R. Richter referiert über die Erhöhung der Feuerwachgebühren für Theater Konzerte und

Ähnliche Veranstaltungen. Zum letzten Male seien die Gebühren im Mai 1923 reguliert worden seit dieser Zeit sind naturgemäss der Gezüge eingetreten.

G.R. Doppler bestreitet die Notwendigkeit dieser Erhöhung und findet, dass dies eine neue Belastung der Vergnügungsindustrie sei. Redner behauptet ferner, dass in die Theater Feuerwehrleute geschickt werden, die noch nicht die vollständige Ausbildung genossen haben und verlangt dringend eine Behebung dieses gefährlichen Uebelstandes.

St. R. Richter erwidert, dass die Bezüge aller Angestellten der Gemeinde um 70 bis 85 Prozent gestiegen seien, während die Erhöhung der Feuerwachgebühren nur 48 bis 55 Prozent betrage. Da die Gebühren für die Theater 40.000 Kronen betragen und 3 Mann in jedes Theater entsendet werden so macht dies 120.000 Kronen aus, den Preis eines Sitzes bei den heutigen Verhältnissen. Das könne unmöglich eine Rolle spielen. Redner versichert sich bei jeder Feuerwache ein Löscheinmeister und Feuerwehrleute I. und II. Klasse befinden, so dass jede Besorgnis unbegründet sei (Beifall). Die Anträge des Referenten werden hierauf angenommen.

G.R. Schütz referiert über die Verlegung des Mathisplatzes da die Gemeinde in der Hütteldorferstrasse einen Wohnhausbau zu errichten plane.

G.R. Huber (chr-soz.) erinnert daran, dass auf diesem Platze der Bau einer Schule projektiert war und spricht sich gegen eine Verschmälerung der Hütteldorferstrasse um 5 Meter durch den Wohnhausbau aus. Die Anträge werden hierauf angenommen.

St. R. Siegel berichtet hierauf über mehrere Bauangelegenheiten, Errichtung eines Wohnhauses im X-Bezirk von der Müllgasse mit 11.5 Milliarden Kosten, dann über Strassenherstellungen beim Gebäude der Nationalbank in der Alserstrasse mit 500 Millionen Kosten und schliesslich über das Projekt betreffend die Verschmälerung des Hietzingerkais in der Strecke von der Hietzingerschlossbrücke bis zur Tommayergasse um 4.5 Meter zum Zwecke der Verbreiterung des Stadtbahneinschnittes aus Anlass der Einführung des elektrischen Betriebes auf der Stadtbahn.

Zu dem letzten Referat spricht Gemeinderat Kunschak, er verwahrt sich dagegen, dass amtsführender Stadtrat Vizebürgermeister Emmerling, in dessen Ressort diese Angelegenheit falle es nicht der Mühe wert finde, darüber selbst zu referieren, er schein dem Gemeinderat als Wurstel zu betrachten, mit dem er nach Belieben umspringen könne.

Auch in meritokratischer Beziehung wendet sich Redner dagegen, dass einer der schönsten Strassenzüge Wiens, der Hietzinger Kai, um viereinhalb Meter verschmälert werde, und schliesst mit nochmaligen heftigen Protest gegen die Art, wie der Gemeinderat behandelt wird. (Beifall)

Vizebürgermeister Emmerling antwortet, dass der Vorredner übersehen haben, dass der Akt über den soeben berichtet wurde, in der Sitzung des Gemeinderates vom 20. Dezember 1923 bereits verhandelt worden ist.

G.R. Kunschak: Ohne Projekt?

V. Bgm. Emmerling: Mit Rücksicht auf die Frostzeit hat das Gaswerk sich um die Umlegung seiner Rohre gekümmert und daher sofort mit den Arbeiten begonnen. Es liegt nur die Abänderung eines Projektes vor, mit der alle Körperschaften zu beschäftigen, doch unmöglich sei (Beifall)

G.R. Kunschak stellt gegenüber den Ausführungen seines Vorredners fest, dass in der erwähnten Sitzung nur der Kredit bewilligt worden ist, während das heutige Referat die Durchführung des Projektes selbst betreffe, weshalb mit Recht von einer Verletzung der verfassungsmässigen Rechte des Gemeinderates gesprochen werden kann.

Bürgermeister Seitz von seinem Platz aus sprechend: Wenn Gemeinderat Kunschak das Wort von der Verfassungsmässigkeit in die Debatte wirft, somit dies eine so ernste Sache, dass man es einer besonderen Prüfung unterziehen muss. Diese Prüfung ergibt um es kurz zu sagen, dass von einer Verletzung der Gemeindeverfassung gar keine Rede sein kann. Es war auch gar nicht notwendig, dem Bürgermeister im Hinblick auf den Paragraph 96 mit der Angelegenheit zu befassen. Ich wurde mit diesem Gegenstand befasst wie ich mit jedem Gegenstand befasst werde, der einigermaßen wichtig ist. Herr Gemeinderat Kunschak meint, es sei in jedem Fall ein Projekt zu entwerfen, dem Gemeinderat vorzulegen, durch jede einzelne Instanz zu führen dann durch den Gemeinderat genehmigen und es schliesslich ausführen zu lassen. Selbst der Gemeinderat Kunschak wird zubilligen, dass eine so strikte Durchführung dieses Grundsatzes einfach zum Unsinn würde.

G.R. Kunschak: Nein!

Bürgermeister Seitz: Wenn man ein Bauprojekt entworfen hat, so kann man natürlich immer nur mit dem Vorbehalt der Genehmigung zu führen, da sich im Laufe des Baues gewisse zweckmässige Aenderungen ergeben. In jedem einzelnen Fall dann wieder diese Vorlage der Behandlung zuzuführen, hiess es einfach die Bestimmung des Gemeindestatuts unwirksam zu machen.

Gemeindestatuts ad absurdum zu führen. Deshalb spreche ich über diesen Gegenstand. Wenn Sie wollen, dass jede dieser einzelnen Bestimmungen formalistisch ausgeführt werden muss und wenn Sie so Ihren Schein präsentieren, dann gefährden Sie das, was wir wirklich demokratische Verwaltung nennt, sehr. Denn dann werden Sie uns veranlassen, diese Bestimmungen dieses Gemeindestatuts einer genauen Prüfung zu unterziehen und sie nach bewährtem Muster umzugestalten (Sehr gut!) Ich möchte bei diesem Anlass auch an das Gesetz erinnern, das Ihnen im Parlament zu beschliessen beliebt hat. Ich lenke die Aufmerksamkeit der geehrten Opposition auf das Gesetz Nummer 843, auf das sogenannte Wiederaufbaugesetz. In diesem Gesetz haben Sie ein Steuergesetz darinnen, das ungefähr zweihundert Druckseiten umfasst und die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme auf das schwerste belastet. Dieses Gesetz haben Sie derat gemacht, dass Sie einen Paragraphen dieses Wiederaufbaugesetzes in nicht ganz einer halben Seite verfasst und alles übrige der Durchführungsverordnung überlassen

23
12

W

Verleger u. verantw. Redakteur
Karl H o n a y

am Mittwoch, den 24. Dezember 1924.

88 neue Wohnungen. In der letzten Sitzung des technischen Gemeinderatsausschusses wurde der Bauentwurf für das Wohnhaus in Favoriten, Van der Nullgasse der von dem Architekten, Ingenieur Ernst Egli stammt, endgültig genehmigt. Die Baukosten betragen 11 ½ Millionen. In dem Hause werden 88 Wohnungen, vier Geschäftsläden und ein Kinderaufenthaltsraum enthalten sein.

Elektrische Strassenbeleuchtung in Margarethen. Nunmehr wird auch in Margarethen im Strassenzuge Reinrechtsdorferstrasse-Wiedner-Hauptstrasse-Matzleinsdorferplatz an Stelle der Gasbeleuchtung die öffentliche elektrische Beleuchtung mit einem Kostenaufwande von 317 Millionen Kronen eingeführt.

Bilder-Spende für die städtischen Sammlungen. Die beiden Malerinnen Marie und Berta Müller haben aus dem Nachlass ihres Bruders, des berühmten Orientalmalers, Leopold-Karl Müller (1834 bis 1892) zwölf Oelgemälde, darunter ein Selbstporträt des Meisters und Porträts von Familienmitgliedern für die städtischen Sammlungen gespendet.

Die Gemeinde Wien verteilt 90 Millionen Kronen an Kleingärtner und Klein tierzüchter. Die Gemeinde Wien hat seinerzeit beschlossen, dass an Kleintierzüchter 60 Millionen Kronen und an Kleingärtner zur Prämierung von Lauben und Gärten 30 Millionen Kronen verwendet werden. Die feierliche Ueberreichung erfolgte verflorenen Sonntag, den 21. Dezember 1924 im Gemeinderatssitzungssaale. Nach einer Ansprache des Stadtrates Weber nahm Gemeinderat Hofbauer die Verteilung der Prämien und Subventionen vor.

Neujahrskarten von Bediensteten der Strassenpflege. Im Hinblick auf vereinzelte im Vorjahre vorgekommene Fälle, in welchen Bedienstete der Strassenpflege und der Kehrichtabfuhr in den Häusern Glückwunschkarten anlässlich des Jahreswechsels verteilten, um hierdurch in der üblichen Form den Wunsch nach einem Trinkgelde auszudrücken, wird die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, dass es auch diesen Bediensteten strengstens untersagt ist, in irgend einer Form ein Trinkgelde zu verlangen oder anzunehmen.

Wien im September. Nach den eben erschienenen Beiträgen zur Statistik der Stadt Wien hatte Wien am 30. September des laufenden Jahres 1,868.149 Einwohner, gegenüber dem Stande vom 1. September einen Zuwachs von 439 Einwohnern. Insgesamt starben im Monate September 1736 Personen und zwar genau ebensoviele männliche wie weibliche (868.) Es wurden 2,175 lebende Kinder geboren (gegenüber 2,198 im Monate August dieses Jahres und gegenüber 1,948 im September des Jahres 1923). Die Zahl der Eheschliessungen beträgt 1516, darunter waren 198 Ziviltrauungen. Im ganzen sind im Monat September 62.708 Fremde abgestiegen und zwar 54.207 in Hotels, 7.946 in Privatwohnungen, 402 in Pensionen, 153 in Sanatorien. Die Zahl der im Monate August abgestiegenen Fremden beträgt 56.972.

Ordnungsvorschriften für den betrieb der öffentlichen Tanzschulen in Wien. Auf Grund des § 16 der Durchführungsverordnung vom 23. Juli 1924 im Bundesgesetzte betreffend die Tanzlehranstalten hat der Bürgermeister als Landeshauptmann eine Verordnung für den Betrieb öffentlicher Tanzschulen in Wien herausgegeben

Darin wird festgesetzt, dass der Unterricht in öffentlichen Tanzschulen bis 11 Uhr abends, für Kinder bis zur Vollendung des schulpflichtigen Alters um 7 Uhr abends, für jugendliche unter 16 Jahren um halb 10 Uhr abends vollendet zu sein hat. Kinder bis zur Vollendung des schulpflichtigen Alters dürfen nicht zugleich mit Personen über 14 Jahren am Tanzunterricht teilnehmen. Blech- und Schlaginstrumente (Jazzband) sind von der Musikbegleitung ausgeschlossen. Die Abgabe alkoholhaltiger Getränke bei der Verabreichung von Erquickungen ist nicht gestattet.

andere eine eigenartige französische Federzuguhr: Herr Alfred eine Scharzwälderuhr mit Automat und eine neue Taschenuhr. Herr Rudolf Hübner eine Holzuhr, mehrere alte Taschenuhrwerke und ein eigentliches Stockuhrwerk. Herr Oberrevident Karl Burghart, eine von ihm erfundene elektrische Pendeluhr. Herr Oberbaurat Ing. Josef Tloka, eine Pendeluhr mit Stundenrépétition. Herr Johann Suchanek, eine Federzuguhr in holzgeschnittenem Gehäuse (Adleruhr). Herr Gustav Frid, eine alte englische goldene Repetieruhr. Frau Direktorin Emma Dietzschold, in Karlstein a. d. Thaya, N. Oest. eine Anzahl alter Fachzeitungen und ein von Direktor Dietzschold konstruiertes Arithoometer. Herr Direktor Lechner, eine Anzahl von Katalogen, Preislisten und illustrierten Abhandlungen über elektrische Uhren. Herr Reg. Rat Direktor Alois Irk, in Karlstein a. d. Thaya, sein Werk über den Chronometergang. Die Direktion der Fortbildungsschule für Uhrmacher in Wien, Fachzeichnungen, welche unter Anleitungen des Herrn Fachlehrers Stanislaus Hüttler von dem Schüler der Anstalt Emil Steinwendner mustergiltig ausgeführt wurden. Ferner spendet die Redaktion der Uhrmacherkunst in Halle a. d. Saale auf Veranlassung des Herrn Chefredakteurs W. König, völlig kostenfrei das genannte Fachblatt. Die Redaktion der „Deutschen Uhrmacherzeitung“ Berlin, sendet auf Veranlassung des Chefredakteurs Ing. Fr. A. Kames kostenlos das genannte Fachblatt und die Weltausgabe. Herr Chefredakteur Fr. Douzel Prag, völlig kostenlos die Uhrmacherzeitung „Casoméer“. Herr Josef Hribal malt uns schon mehrmals Zifferblätter kostenlos für das Uhrenmuseum.

Nacheichung von Massen und Gewichten. Um Beanständungen bei den ab Februar 1925 in den Gewerbebetrieben durchzuführenden mass- und gewichtspolizeilichen Revisionen vorzubeugen, wird von der Markt- amts - Direktion bekannt gegeben: a) Alle Längemasse, Hohlmasse für trockene Gegenstände, metallene Flüssigkeitsmasse und Transportgefäße für Milch, Brennholzmasse, dann Weinfässer, in welchen Weine an den Käufer überliefert werden, welche als erste Eichung oder letzte Nacheichung den Eichstempel vom Jahre 1921 oder eines vorangegangenen Jahres aufweisen; b) alle Gewichte und Wagen; hölzerne Flüssigkeitsmasse, Milchgefäße mit Messstab, Meisch- Biertransportfässer Bettiche und ^{den Eichstempel} welche als Nachweis der ersten Eichung oder letzten Nacheichung/vom Jahre 1922 oder eines vorangegangenen Jahres tragen, sind sofort der Nacheichung zu unterziehen. Messapparate für Petroleum, und für andere einer starken Verflüchtigung unterliegende Flüssigkeiten sind je nach ihrer Instruktionart vor Ablauf von je 3 oder 5 Jahren nacheichepflichtig.

Die Wiener Mission der Internationalen Vereinigung für Kinderhilfe
Diese Mission
in Genf, die durch den IV. Internationalen Kongress im Oktober die allgemeine Aufmerksamkeit auf die von ihr vertretene Genfer-Deklaration der Kinderrechte gelenkt hatte, verlässt mit Neujahr als letzte aller ausländischen Hilfsmissionen nach dreijährigem vielseitigen Wirken Oesterreich. Ein Teil der durch die gestützten Hilfswerke ist soweit sicher gestellt, dass er sich wird selbst erhalten können, den anderen Teil wird die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe weiter finanzieren, während seine technische Durchführung von ihrer heimischen Zweigvereinigung, dem Oesterreichen Komitee für Kinderhilfe unter dem Präsidium von Frau Marianne Hanisch übernommen wird. dessen Geschäfte derzeit der Allgemein-Verband für freiwillige Jugendfürsorge in Wien, VIII. Schliesingerplatz 5, I. / 128 Telefon 20-2'96 führt.

Wie hat man sich bei einem Brande zu verhalten? Das Kommando der Feuerwehr der Stadt Wien gibt zum eigenen Dienstgebrauche Merkblätter heraus, deren eben erschienene letzte Nummer auch eine Anleitung über „Das Verhalten bei einem Brande“ enthält. Die folgenden Ratschläge sind von allgemeiner Wichtigkeit:

Ruhe und Besonnenheit bewahren, nicht schreien, sondern handeln. Jedermann, der einen Brand oder die Gefährdung eines Menschenlebens wahrnimmt, hat auf dem raschesten Wege die Feuerwehr zu verständigen (Telefon, Feuermelder).

Den Gefährdeten Hilfe leisten, vom Feuer nicht direkt Bedrohte beruhigen und durch einfache Löschmittel den Brand solange bekämpfen, bis die Feuerwehr erschienen ist.

Feuerwehr erwarten, sich in der Nähe der Feuerwehrführer zur Auskunfterteilung aufhalten.

Sind die ersten Lösversuche ohne Erfolg, so muss getrachtet werden, durch rasches Schliessen von Türen und Fenstern dem Brande die Luftzufuhr abzusperren.

Löschwasser nicht in Rauch und Flammen, sondern direkt auf die brennenden Gegenstände oder Materialien schleudern.

Für brennende Flüssigkeiten kein Wasser, sondern feinen Sand zum Löschen verwenden. Mineralöle in offenen Reservoirs sind, wenn sie noch nicht brennen und ihr spezifisches Gewicht grösser als Wasser ist, sofort mit Wasser abzudecken.

Leicht brennende Gegenstände aus der Nähe des Brandes entfernen oder, wenn dies nicht möglich, mit Wasser bespritzen.

Bei einer Gasexplosion den Haupthahn des Gasometers schliessen.

In der Nacht für Notbeleuchtung Sorge tragen.

Stiegenhäuser und Fluchtwege für Menschen vor Verqualmung schützen, Öffnungen dahin verschliessen, die ins Freie führenden Fenster dieser öffnen.

Menschen, die zufolge verqualmter Fluchtwege nicht mehr ins Freie gelangen können, sollen sich in die nächstgelegenen Räume hinter sich schliessend - begeben, daselbst die Fenster öffnen und sich der Feuerwehr durch Zurufe bemerkbar machen. Bei Nacht sind diese Räume zu beleuchten.

Für die Tätigkeit der Feuerwehr Platz machen, sich ihren Anordnungen fügen und Ruhe halten.

Bei Flugfeuer sämtliche Öffnungen der Bauobjekte, insbesondere der Dachböden schliessen.

Nachts für genügende Beleuchtung sorgen.

Die beiden Ausstellungen der städtischen Sammlungen. Anlässlich des Musik- und Theaterfestes der Stadt Wien haben die städtischen Sammlungen zwei Ausstellungen veranstaltet, von denen eine das volkstümliche Theater in Wien seit 150 Jahren und die andere, die erste Musik in Wien von Bruckner bis zur Gegenwart, behandelte. Die beiden Ausstellungen wurden am 16. November geschlossen und amtsführender Stadtrat Richter hat kürzlich dem Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten über ihren Verlauf berichtet. Aus dem Bericht geht hervor, dass man sich von Anfang an des verschiedenen Charakters, den beide Ausstellungen annehmen mussten, bewusst war. Bei der Musikausstellung handelte es sich darum, vor allem an der Hand von Musikhandschriften, das erstemal einen Ueberblick über das Schaffen der letzten sechzig Jahre zu geben.

Dabei musste der bildliche Wandschmuck zurücktreten. Andererseits musste bei der Theaterausstellung wegen der grossen Zahl der Dichter, Schauspieler und Musikpersönlichkeiten sowie des Charakters der Schauspielkunst, hauptsächlich die bildliche Darstellung gewählt werden. Insgesamt waren in der Musikausstellung 340 Handschriften und 137 Bilder, dagegen in der Theaterausstellung 2225 Bilder, 201 Manuskripte und 634 Drucke zu sehen. Beide Ausstellungen hatten nicht nur volksbildnerischen Wert, indem sie sich mit der Popularisierung und Entfaltung bereits bekannten Stoffes begnügten, sondern sie hatten auch wissenschaftliche Bedeutung, da sie vielfach vollkommen Neues brachten. So zeigte die Musikausstellung zum erstenmale eine übersichtliche Gruppierung der Wiener ersten Musik von Bruckner bis zur jüngsten Vergangenheit, für die es eine zusammenfassende Darstellung noch nicht gibt. Ebenso ist der Grundgedanke der Theaterausstellung wissenschaftlich vollkommen neu. Die von Glossy geleitete Theaterausstellung der Stadt Wien, die im Jahre 1892 im Rahmen der internationalen Theaterausstellung stattfand, reichte nur bis 1890 und liess die Darstellung der Operette vollkommen unberücksichtigt. Der theatergeschichtliche Verlauf, der das Volksstück von der Wiener Operette immer mehr verdrängt hat, wurde erst durch die in diesem Jahre veranstaltete Ausstellung aufgezeigt. Es haben aber auch namhafte Literaturhistoriker, die sich speziell mit der Raimund-Nestroy-Periode beschäftigten, erklärt, dass in der Ausstellung auch in den älteren Perioden nicht nur das ihnen bekannte Material in grossartiger Fülle zusammengetragen war, sondern auch vielfach neues Material geboten worden sei. Die beiden Ausstellungen fanden auch die verdiente Beachtung. Vom 13. September bis zum 16. November wurden sie von 26.738 Personen besucht. Von den insgesamt 477 ausgestellten Objekten der Musikausstellung waren nur 73 Objekte Eigentum der städtischen Sammlungen, während die übrigen Gegenstände von ungefähr 100 Ausstellern stammen. In der Theaterausstellung waren 831 Objekte aus dem Besitz der städtischen Sammlungen, dagegen 2129 Gegenstände aus dem Besitz von 294 verschiedenen Ausstellern zu sehen. Aus räumlichen Gründen konnte übrigens nur ein Teil des gesichteten Materials ausgestellt werden. Um das Gelingen der Ausstellung haben sich besonders der Direktor der städtischen Sammlungen Dr. Reuterer, Skriptor Dr. Orel und Kustos Dr. Katann verdient gemacht, denen die beiden Kustoden Dr. Biberhofer und Dr. Wagner, die beiden Skriptoren Dr. Schmidt und Dr. Müller und Dr. Mück zur Seite standen. Aber auch das übrige Personal der städtischen Sammlungen hat die umfangreiche Arbeit klaglos bewältigt. Viele musikalische Theaterhistoriker, Fachmänner, und Literaturhistoriker, Musiker und Schauspieler und auch die Presse, sprachen sich anerkennend über die beiden Ausstellungen aus und es ist zu erwarten, dass die Ausstellungen nicht ohne Rückwirkung auf die Entwicklung der Kunst bleiben.

Geschenke für das Uhrenmuseum. Während des laufenden Jahres wurde dem Wiener Uhrenmuseum neben grösseren Geldspenden folgende besonders wertvolle Geschenke gewidmet. Es spendeten: Herr Dr. Alexander Fränkel, Uhrenfabrikant, mehrere Uhrwerke der Marke „Afra Watch“ nebst einem Indicateur davon. Herr Heinrich Immergut, eine alte Nachtuhr und eine Schwarzwälderuhr mit Automaten. Herr Josef Kenner, mehrere Bände seltener Uhrmacherzeitungen, Fachzeitschriften elektrische Kegerwerke, und silberne Spindeluhren. Uhrenfabrikant und Grosshandlung Julius Bellak, einige moderne Uhrwerke. Herr Heinrich Cohen, Uhrenfabrikant in München, ein kleines Standuhrchen. Herr M.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 27. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

Die Leichenfeier für Gemeinderat Anton David. Heute nachmittags fand im grossen Saal des Ottakringer Arbeiterheims die Leichenfeier für den Gemeinderat der Stadt Wien Anton David statt. Der weite Saal war schwarz ausgekleidet und unter einem schwarzen Baldachin stand der Sarg mit der Leiche in einer reichen Fülle von Kränzen. An der Trauerfeier nahmen Vizekanzler Dr. Waber, Bürgermeister Seitz, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, Stadtrat Kummelhardt, sämtliche amtsführende Stadträte, viele christlichsoziale Gemeinderäte und fast alle sozialdemokratischen Gemeinderäte, die Mitglieder der Bezirksvertretung, Magistratsdirektor Dr. Hartl und eine Reihe anderer Gemeindefunktionäre teil. Bürgermeister Seitz nahm namens der Stadt Wien von dem Toten in ehrenden Worten Abschied, während Nationalrat Sever die Verdienste des Dahingegangenen um seinen Wahlbezirk hervorhob. Mit einem Trauerchor wurde die einfache Feier beendet. Der Sarg wurde dann an der Spitze eines grossen Trauerzuges über die Thalstrasse bis zum Gürtel getragen. Dort löste sich der Zug auf und die Leiche Davids wurde in das Krematorium der Stadt Wien zur Einäscherung geführt.

Der Schulaufwand der Gemeinde Wien. Die betriebsmässige Zusammenfassung, die im Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1925 zum ersten Male erfolgt ist, bietet die Möglichkeit, den Geldaufwand für diesen so wichtigen Verwaltungszweig ganz genau zu überblicken. Es sind etwas über 584 Milliarden Kronen, die von der Gemeinde Wien in den nächsten zwölf Monaten für Schulzwecke verausgabt werden sollen. Weitans an der Spitze steht der Personalaufwand mit fast 482 Milliarden Kronen. Von den Sachausgaben ist eine bedeutende Post die Gebäudeerhaltung mit 16.7 Milliarden Kronen für 268 Schulhäuser. Schon in den letzten zwei Jahren sind sehr namhafte Aufwendungen in dieser Beziehung gemacht worden und die seit 1914 als Kriegsfolge eingetretenen Vernachlässigungen können bereits als vollkommen eingeholt gelten. Die allgemeine kostenfrei Verabfolgung der Lehr- und Lernmittel erfordert nahezu 18 Milliarden Kronen. Ebenso hoch ist der Aufwand für die Schulspeisungen. Mit je rund 1.1 Milliarden Kronen sind die Ausgaben für den schulärztlichen Dienst und für die Schulzahnkliniken eingesetzt. Wien ist die Welterhalterin von 557 allgemeinen Volks- und Bürgerschulen, sowie jener neuen Type der Mittelschule, die neben der Bürgerschule versuchsweise eingeführt worden ist. In dieser Zahl sind auch vierzehn tschechische Schulen inbegriffen, zu deren Errichtung die Gemeinde bekanntlich durch den Friedensvertrag von St. Germain verpflichtet wurde. Eine Neuerung sind die elf Hilfsschulen, eine Taubstummenschule und zwei Schwerhörigenschulen, deren Zweck es ist, jene Kinder zusammenzufassen, die dem normalen Unterricht nicht folgen können und früher eine sehr unangenehme Belastung gebildet haben. Die Zahl der Schulkinder geht noch immer zurück und beträgt gegenwärtig 134.008. Die Zahl der Lehrpersonen ist 7061, die der Schulwarte 423. Wenn man den gesetzlichen Beitrag der Gemeinde Wien zum Fortbildungsschulfonds, der für 1925 die Summe von 22.5 Milliarden Kronen ausmacht, ausschleidet, ergibt sich ein Aufwand von 4.2 Millionen Kronen jährlich für jedes einzelne Schulkind. Das ist nahezu doppelt so viel als im Jahre 1913, wo bei der damaligen Schülerzahl von 240.309 auf den Kopf - in heutigen Kronen gerechnet - nur 2.14 Millionen Kronen entfallen sind. Neben den Neueinführungen der unentgeltlichen Beistellung der Lernmittel, der Schüler speisung, der Schulzahnkliniken u. s. w. ist die Ursache der so bedeutenden Mehrausgabe vor allem anderen darin zu finden, dass trotz des Rückganges der Schüler um 106.000 die Zahl der Schulklassen nahezu unverändert ge-

blieben ist. Dadurch wurde erzielt, dass die durchschnittliche Zahl der in einer Klasse untergebrachten Kinder für das Wiener Stadtgebiet sich auf rund 29 belauft. Im Frieden waren es 47. Diese einschneidende Herabminderung der in einer Klasse untergebrachten Kinder hat erst die wirksame Durchführung der Schulreform ermöglicht.

Der Brand auf der Seilerstätte. Die „Rathauskorrespondenz“ schreibt: In den Berichten mehrerer Zeitungen über das Grossfeuer im Hause Seilerstätte 16 wird auch angeführt, dass die Feuerwehr erst nach „geraumer Zeit“ und nach zweimaliger Meldung des Portiers des Ronachergebäudes erschienen sei. Auf Grund des amtlichen Depeschenprotokolls der zentralfeuerwache Am Hof muss diese Angabe auf das Entschiedenste bestritten werden. Nach diesem Depeschenprotokoll lief die erste Meldung über das Feuer um 18 Uhr 02 durch das Staatstelephon im Telegraphenzimmer der Zentralfeuerwache ein. Anzeiger war ein Sicherheitswachebeamter. Eine halbe Minute später verliess die erste Bereitschaft die Zentrale. Es folgten nunmehr drei weitere Anzeigen durch das Staatstelephon. Um 18 Uhr 04 wurde die Polizei und der Türmer von St. Stefan vom Telegraphenzimmer aus verständigt. Um 18 Uhr 05 meldete der Türmer, dass Rauch und eine Minute später, dass Flammen sichtbar seien, worauf eine Kraftspritze auf den Brandplatz abging. Um 18 Uhr 09 Min., also 7 Minuten nach Einlangen der ersten Feuermeldung wurde durch Oberkommissär Seifert, der den ersten Zug befehligte, vom Brandplatze aus bereits telephonisch an die Zentrale die Post „ist Grossfeuer, ersuche um eine Kraftspritze“ gegeben. Der erste Zug ist demnach, wie übrigens die Erhebungen des Feuerwehrkommando bestätigten, höchstens drei Minuten nach dem Einlangen der ersten Feuermeldung auf der Brandstelle angelangt, denn bevor Oberkommissär Seifert seine Meldung an die Zentrale abgab, hatte er noch eine ganze Reihe unerlässlicher Dienstesobliegenheiten nachzukommen. Es ergibt sich also, dass die Behauptung, die Feuerwehr habe 18 Minuten bis zum Erscheinen auf dem Brandplatze gebraucht, vollkommen unrichtig ist. Der Feuermelder Nr. 33 „Ronacher“ wurde erst um 18 Uhr 09 Min., demnach zwei Minuten, nachdem die erste Meldung des diensthabenden Offiziers schon eingetroffen war, vier Minuten, nachdem die Feuerwehr schon ihr Löschwerkzeug begonnen hatte, in Aktion gesetzt.

Ebenso unrichtig wie die Angaben über das verspätete Eintreffen der Feuerwehr ist die weitere Behauptung in den Berichten einiger Zeitungen, dass dem Portier des Ronachergebäudes wegen der Betätigung des Feuermeldeautomaten mit einem polizeilichen Verfahren gedroht wurde. Er wurde nur von einem Obertelegraphenmeister aufmerksam gemacht, dass er besser getan hätte, die Meldung von dem Feuer telephonisch weiterzugeben, da die Betätigung eines Theaternmelders eine verstärkte Ausrückung der Feuerwehr zur Folge hat, was gerade jetzt, da die Feuerwehr wegen des Grossfeuers ohnehin stark in Anspruch genommen war, die bereitstehenden Löschkräfte nur unnütz schwächte.

Die Wiener Feuerwehr ist also auch diesmal mit vorbildlicher Exaktheit ihrer Pflicht nachgekommen und hat die Unterstützung durch Zivilpersonen keineswegs durch Drohungen mit einer Strafverfolgung zurückgewiesen.

Entfallende Sprechstunde beim Bürgermeister. Am Montag, den 29. d. M. entfällt die Sprechstunde beim Bürgermeister.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 29. Dezember 1924

Der Wasserkraftstrom in Wien

Elektrische Strassenbeleuchtung und Festbeleuchtung des Rathauses

Am Samstag um 12 Uhr nachts ist der elektrische Strom aus dem Wasserkraftwerk in Opponitz zum ersten Male in Wien angelangt. Die Gemeinde wird, wie bereits in der Budgetdebatte mitgeteilt worden ist, die Vervollendung des Ybbskraftwerkes in zweifacher Weise sichtbar zum Ausdruck bringen.

Am 31. Dezember werden um 7 Uhr abends in 53 Strassenzügen ungefähr 1700 neue elektrische Lampen in Betrieb gesetzt, wodurch rund 55 Kilometer Strassen, statt der bisherigen unzulänglichen Gasbeleuchtung, das moderne elektrische Licht erhalten.

Ausserdem wird das Rathaus am Neujahrstag von fünf bis sechs und von neun bis zehn Uhr abends festlich beleuchtet werden.

Bei dieser Gelegenheit sei über die Beleuchtung der Wiener Strassen einiges mitgeteilt. Die elektrische Strassenbeleuchtung wurde in Wien im Jahre 1903 eingeführt. Bis zum Jahre 1914 wurden 1540 elektrische Lampen auf eisernen Masten in einer Höhe von zehn bis zwölf Meter angebracht. Im Kriege ist dann die elektrische Strassenbeleuchtung bis auf 563 Lampen eingeschränkt worden und auch die Gasbeleuchtung wurde von 45.485 auf 19.126 Flammen verringert. Statt der normalen Auerbrenner wurden Sparbrenner mit bedeutend geringerer Lichtstärke verwendet. Die Beleuchtung der Strassen war dadurch gänzlich unzureichend geworden und entsprach nicht mehr den Bedürfnissen des Verkehrs und der Sicherheit. Die Gemeindeverwaltung musste daher versuchen, die öffentliche Beleuchtung zu verbessern und amtsführender Stadtrat Siegel erteilte dem Stadtbauamt den Auftrag, mit der grössten Beschleunigung zur Verbesserung dieser Beleuchtung Vorschläge auszuarbeiten.

Um die öffentliche Gasbeleuchtung auf den Friedensstand zu bringen, wären rund zwanzigtausend Gaslampen notwendig gewesen, die ungefähr 13 Milliarden Kronen gekostet hätten. Da aber durch den Bau der Ybbswasserkraftwerke genügend elektrische Energie nach Wien gelangt, wurde beschlossen, dass in den verkehrsrreichen Strassen die elektrische Beleuchtung eingeführt werden soll. Dieser Beschluss wird nun seit längerer Zeit durchgeführt und werden die Beleuchtungskörper auf Spanndrähten angebracht und die Stromzuführung erfolgt als Freileitung. In den Strassen, in denen die Strassenbahn fährt, sind Lampen und Leitungen an den Spanndrähten der Strassenbahn befestigt. Die Lampen sind in Abständen von dreissig Metern angebracht. Ihre Lichtpunkthöhe beträgt 5.60 Meter. Die Beleuchtung selbst erfolgt mit gasgefüllten Glühlampen von 200 Watt, die eine mittlere horizontale Lichtstärke von rund 360 Normalkerzen haben. Sowohl die Beleuchtungskörper, als auch die Leitungsträger und sonstigen Freileitungsmaterial sind aus Aluminium oder Aluminiumbronze nach Angaben und Entwürfen des Oberstadtbaurates Ing. Schlögel vom Wiener Stadtbauamt hergestellt. Die Schaltung der Anlage erfolgt selbsttätig. Durch die Einführung der elektrischen Beleuchtung wird die öffentliche Beleuchtung, abgesehen von der günstigeren Lichtwirkung, infolge Anordnung der Lampen über der Fahrbahn, auf das rund Vierfache verbessert. Da die Gemeinde vom Jahre 1903 bis 1914, also in elf Jahren, insgesamt 1540 elektrische Lampen, im Jahre 1924

aber 2400 elektrische Lampen für die öffentliche Beleuchtung bereitgestellt hat, so ist daraus ersichtlich, wie umfangreich die Arbeiten zur Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung waren. Ausserdem hat die Gemeinde auch die Sparbrenner besetzt und es werden wieder die normalen Auerbrenner verwendet. Die Zahl der Gasflammen wurde um zehntausend vermehrt.

Die anlässlich der Einführung der elektrischen öffentlichen Beleuchtung ausser Betrieb gesetzten Gaslampen werden sofort zur Verbesserung der Beleuchtung in jenen Strassen verwendet, wo die Beleuchtung noch ungenügend ist.

Die Festbeleuchtung des Rathauses am Neujahrstag ist nach den Entwürfen des Stadtbaurates Ing. Kaempf ausgeführt. Sie erfolgt derart, dass der eiserne Rathausmann mit drei Scheiwerfern bestrahlt wird, von denen zwei mit je 30 Ampere Stromstärke auf den äusseren Ecktürmen untergebracht sind, während der dritte mit 90 Ampere Stromstärke sich im Rathauspark befindet. Die Türme, Loggien, Arkaden und Fenster werden durch indirektes Licht aufgehellert, wobei die Glühlampen unsichtbar bleiben. Interessant und von bester Wirkung ist die Beleuchtung der Fenster, die derart erfolgt, dass in den Fensteröffnungen Soffitten mit verdeckten Glühlampen angebracht sind, welche die weissen Vorhänge hinter den Fenstern bestrahlen. Es werden rund viertausend Glühlampen in Stärken von 60 bis 3000 Kerzen und drei Scheinwerfer verwendet.

Die Festbeleuchtung ist so eingerichtet, dass sie wiederholt werden kann.

Der Sylvesterverkehr der städtischen Strassenbahnen. Im Anschluss an den Abendverkehr am 31. d.M. wird ein Sylvester-Nachtverkehr auf den Hauptlinien der städtischen Strassenbahnen bis ungefähr 3 Uhr früh ab Ring durchgeführt werden. Auf den Zügen dieses Nachtverkehrs gilt der Einheits-Nachtfahrpreis von 5200 Kronen unterschiedslos für Erwachsene und Kinder. Die Monats- und Halbjahresnetzkarten sowie die Anweisungen auf den 2600 K Abendtarif sind ^{oder} gültig. Dagegen haben Streckekarten, Anweisungen auf freie ^{oder} ermässigte Fahrt oder im fahrplanmässigen Verkehr des Vortages gelöste Fahrscheine auf den Nachtverkehrswagen keine Gültigkeit. Der Bahnhof-Rundverkehr entfällt in der Sylvesternacht gänzlich. Die Linien des Nachtverkehrs sind aus dem in den Strassenbahnwagen angebrachten Verzeichnissen zu entnehmen.

Abend- und Nachmittagskurse an der städtischen Frauengewerbeschule im V. Bezirke. Mit Beginn des neuen Jahres werden wieder Sonderkurse im Weissnähen, Kleidermachen, Modisterei, Kunstgewerbe, Stenographie und Frisieren mit Haarpflege an der Frauengewerbeschule eröffnet; diese fachlichen Ausbildungskurse dauern 6 Wochen bis drei Monate. Die Lehrbeihilfe der Schulleitung stehen den Kursteilnehmerinnen zur Verfügung. Einschreibungen anfangs Jänner bei der Schulleitung, Margaretenstrasse 152, Fernruf Nr. 5449.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 30. Dezember 1924

Die Lustbarkeitsabgabe vom Radio. Schon seit den ersten Radiovorführungen wurde die Frage, ob diese Veranstaltungen der Lustbarkeitsabgabe unterliegen, vom Wiener Magistrat pflichtgemäss geprüft. Die einmütige Angehörung der zuständigen Stellen geht nun dahin, dass auch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen kann, dass die Radiovorführungen durchaus unter das geltende Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe fallen.

Von einem staatlichen Regal, das Steuerfreiheit genießt, kann gar keine Rede sein. Abgesehen davon, dass die vom Staat unmittelbar betriebenen Staatstheater vollkommen unbestritten der Lustbarkeitsabgabe unterliegen, wurde beim Radio überhaupt nicht die Form eines staatlichen Betriebes gewählt, sondern es handelt sich um eine Aktiengesellschaft, an der sogar Bankinstitute, wie die Steirerbank, beteiligt sind. Die Gemeindeverwaltung hat aber dessenungeachtet und wiewohl die Ravag sich durchaus als ein Erwerbsunternehmen kennzeichnet, mit Rücksicht auf die grosse Bedeutung, die dieser gewaltigen technischen Neuerung zukommt, von vorneherein den Standpunkt eingenommen, die Steuerfrage einer besonders günstigen Behandlung zu unterziehen und die rein fiskalischen Erwägungen weit zurückzustellen. Allerdings nicht etwa zur Vermehrung der Erwerbsmöglichkeiten der Ravag, sondern ausschliesslich zur Hebung des heute noch keineswegs allen berechtigten Ansprüchen genügenden Niveaus der Darbietungen. Diese Auffassung kommt in deutlicher Weise in einem Schreiben zum Ausdruck, dass der städtische Finanzreferent an den Vertreter der Gemeinde Wien in der Ravag, Hofrat Stern, vor einigen Tagen gerichtet hat. In diesem Schreiben wurden unter Zustimmung des Bürgermeisters jene Bedingungen formuliert, unter denen die Gemeinde der Ravag eine ausserst weitgehende Pauschalierung der Lustbarkeitsabgabe zugesteht. Wenn die Ravag diesen Forderungen der Gemeinde, die zweifellos die volle Billigung aller Abonnenten finden werden, zustimmt, dann beschränkt sich die Abgabe bei den Abonnenten zu 20.000 Kronen auf eintausend Kronen und bei den Abonnenten zu 60.000 Kronen auf dreitausend Kronen monatlich, ein Betrag von dem man gewiss nicht sagen kann, dass er zu einer Hinaufsetzung der Abonnementspreise führen könnte, da die Ravag sich in einer sehr günstigen finanziellen Lage befindet. Als Grundlage des Pauschales wurden lediglich die in Wien befindlichen Abonnenten genommen.

Mit der von der Gemeinde vorgeschlagenen Lösung würde auch eine Sonderbesteuerung jener Gast- und Kaffehäuser, die Radioeinrichtungen, vor allem Lautsprechanlagen geschaffen haben, vermieden werden, was für die Entwicklung des Radios deswegen von Bedeutung ist, weil hier neben der Lustbarkeitsabgabe noch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe in Betracht kommt. Aus dem erwähnten Schreiben geht hervor, dass die Gemeinde durchaus bereit ist, auch wegen dieser Gruppe mit der Ravag unmittelbar eine Pauschalierung vorzunehmen, um dann von der Besteuerung dieser Betriebe vollkommen abzusehen.

Eine Stellungnahme der Ravag zu diesem Anbot der Gemeinde ist bisher noch nicht erfolgt. Sollte die Ravag etwa die rechtliche Zuständigkeit der Besteuerung an und für sich bekämpfen, so würde die Gemeinde ihre Auffassung im Instanzenweg vertreten, doch wäre damit naturgemäss das Anbot der begünstigten Pauschalierung hinfällig.

Das bereits erwähnte Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Hofrat! Ich nehme höflichen Bezug auf die Besprechung, die ich mit Ihnen in Angelegenheit der Besteuerung der RAWAG zu pflegen Gelegenheit hatte und beehre mich Ihnen folgendes mitzuteilen: Was zunächst die rein rechtliche Frage anlangt, so

wurde sie eingehendst von allen in Betracht kommenden Instanzen geprüft. Die übereinstimmende Meinung des Magistrates geht dahin, dass die Abgabepflicht der RAWAG nicht dem geringsten Zweifel unterliegen könne. Darüber hinaus werden aber auch alle Veranstaltungen in Gast- und Cafehäusern als steuerpflichtig erachtet, wobei neben der Lustbarkeitsabgabe noch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe in Betracht kommt. In grundsätzlicher Beziehung kann die Gemeinde sich in keine Erörterungen einlassen und müsste ihren Standpunkt gegenüber einer Bestreitung in allen Instanzen aufrechterhalten.

Hingegen besteht unter bestimmten Voraussetzungen durchaus die Neigung, der RAWAG sehr weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen. Nach der Art der Darbietungen ist der Abgabesatz von dreissig Prozent anzuwenden. Im Gesetze ist aber auch die Möglichkeit von Pauschalierungen vorgesehen. In dieser Beziehung mache ich den folgenden Vorschlag: Die Bemessung wäre unter Zugrundelegung der jeweiligen Anzahl lediglich der Wiener Abonnenten vorzunehmen. Dadurch wäre der unerwünschte Zustand vermieden, dass der RAWAG von uns auch unter dem Titel der ausserhalb Wiens wohnenden Hörer mit einer Wiener Abgabe belastet wird. Was die Höhe der Abgabe selbst betrifft, so würde ich dafür eintreten, dass sich die Gemeinde bei den derzeitigen Abonnementgebühren der RAWAG bei den Abonnenten zu 20.000 Kronen mit tausend Kronen pro Monat und bei jenen zu 60.000 Kronen mit 3.000 Kronen begnüge. Bezüglich der Gast- und Cafehäuser müsste man ein Sonderabkommen treffen. Es bedeutet dies also, dass die Gemeinde auf fünf Sechstel der ihr gesetzlich zustehenden Ansprüche und bezüglich der Gast- und Cafehäuser zu einer entgegenkommenden Regelung bereit ist.

Die Gemeinde kann auf so erhebliche Einnahmen, wie bereits erwähnt, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen verzichten. Selbstverständlich nicht zugunsten der Aktionäre, zumal die Gemeinde, die ja selbst Grossaktionär ist, keine besondere Verzinsung anstrebt. Der Steuerverzicht soll aber auch nicht zu dem Zwecke der Herabsetzung der Abonnementgebühren geschehen, deren Höhe zu einer Bemängelung keinen Anlass gibt. Für die Gemeinde ist vielmehr ein anderer Gesichtspunkt entscheidend. Die Wünsche der Stadt Wien gehen dahin, es möge das Niveau der Darbietungen ganz wesentlich gehoben werden. Gerade das Radio mit seinem gewaltigen, gar nicht abschätzbaren Zuhörerkreis schliesst Propagandemöglichkeiten für Wien in sich, an denen wir nicht vorübergehen dürfen und für die sehr namhafte Opfer zu bringen die Gemeinde gewillt ist. Wir werden verlangen, dass bezüglich aller musikalischen Darbietungen ein weit strengerer Massstab angelegt werde als bisher. Von den gegenwärtigen Veranstaltungen entspricht nur der kleinere Teil dem hohen internationalen Range Wiens als Musikstadt. Es müsste als Grundsatz gelten, durchwegs vollwertige künstlerische Leistungen zu bieten. Wenn wirklich und ausnahmslos nur das Beste geboten wird, so würde dies eine so starke Propaganda für Wien bedeuten, dass es wohl verantwortet werden kann, auf erhebliche Einnahmen zu verzichten.

Ueber die vorläufig noch nicht ganz ausgereiften Fragen der wirtschaftlichen und Bildungsnachrichten müssten noch Besprechungen stattfinden. Es wäre insbesondere die rein fachliche und von jeder Tendenz freie Art der Durchführung zu gewährleisten.

Wie dieses Anbot beweist, ist die Gemeinde geneigt, im Interesse der vollen Ansnützung dieser grossen technischen Errungenschaft die finanziellen Erwägungen weit zurückzustellen. Ich gebe es Ihnen als Vertreter der Gemeinde in der RAWAG anheim, die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates von diesem Schreiben zu verständigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 30. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

.....
Die Festbeleuchtung des Rathauses. Auf Ersuchen der Polizeidirektion wurde die am Neujahrstag anlässlich der Vollendung des Opponitzer Wasserkraftwerkes stattfindende Festbeleuchtung des Rathauses auf folgende Stunden endgültig festgesetzt: Nachmittags von fünf bis sechs und abends von acht bis neun Uhr.

.....
Wähleraufnahme. Der Wiener Magistrat hat in alle Häuser für die anfangs Jänner stattfindende Wähleraufnahme die Hauslisten und Wähleranlageblätter zustellen lassen. Sollten wider Erwarten einzelne Häuser mit diesen Drucksorten nicht beteiligt worden sein, so sind die Formulare sofort beim magistratischen Bezirksamt zu verlangen.

Am 2. Jänner 1925 werden die Beauftragten des Magistrats mit der Ueberprüfung der Wähleranlageblätter und Hauslisten beginnen. Die Zeit zu der dieser Beauftragte in das Haus kommen wird, wird mindestens 24 Stunden früher dem Hauseigentümer bekannt gegeben.

Im Interesse der Wahlberechtigten liegt es, dass zur Zeit der Ueberprüfung in jeder Wohnung wenigstens eine zur Auskunftserteilung befähigte Person mit den erforderlichen Dokumenten, wie Tauf-, Geburts-, Heimatschein, Optionsurkunde, Meldezettel des Untermieters, anwesend ist, oder dass diese Dokumente dem Beauftragten auf andere Art zugänglich gemacht werden.

Schliesslich wird noch hervorgehoben, dass es jedem Wahlberechtigten freisteht, sein Wähleranlageblatt unmittelbar dem magistratischen Bezirksamt seines Wohnortes zu übergeben und zugleich die für die Beurteilung seiner Wahlberechtigung erforderlichen Dokumente vorzuweisen. In diesem Fall hat er jedoch den Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter hievon zu verständigen.

.....
Altbürgermeister Reumann im Bundesrat. In der heutigen Sitzung des Bundesrates erschien Altbürgermeister Reumann zum ersten Male nach seiner Erkrankung und leistete die Angelobung. Der Altbürgermeister hat sich von seiner Erkrankung vollkommen erholt und nahm in voller körperlicher Frische an den Beratungen teil. Er war Gegenstand herzlicher Begrüssung seitens der Mitglieder des Bundesrates aller Parteien.

.....
Ausdehnung des Silvester-Nachtverkehrs bis 4 Uhr. Mit Rücksicht auf die von der Polizeibehörde auf 4 Uhr früh festgelegte Sperrstunde der Kaffeehäuser und so weiter wird der Silvester-Nachtverkehr der städtischen Strassenbahnen bis ungefähr 4 Uhr ab Ring verlängert.

.....
Der Strassenbahnfahrpreis am 1. und 6. Jänner 1925. Am Donnerstag, den 1. Jänner (Neujahr) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Sonntagsfahrpreis. Demnach haben an diesem Tage die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten keine Giltigkeit. Am Dienstag, den 6. Jänner (heilige 3 Könige) gilt der Werktagsfahrpreis und haben demnach an diesem Tage die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten Giltigkeit. Fürsorgescheine haben an beiden Tagen keine Giltigkeit.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 31. Dezember 1924

Die Festbeleuchtung des Rathauses. Anlässlich der Vollendung des Opponitzer Wasserkraftwerkes hat die Gemeinde am Silvesterabend in 53 Strassenzügen, in denen die Installationsarbeiten bereits beendet waren, ungefähr 1700 neue elektrische Lampen in Betrieb gesetzt. Am Neujahrstag wird aus dem gleichen Anlass das Rathaus von fünf bis sechs und von acht bis neuh Uhr abends mit rund viertausend Ferrowatt-Halbwattlampen und drei Scheinwerfern elektrisch beleuchtet werden.

Festtage im Lainzer Versorgungsheim. Die Weihnachtsfeiertage wurden im Lainzer Versorgungsheim gleichfalls festlich begangen. Auf Verfügung des Bürgermeisters Seitz erhielten die 5400 alten Leute eine Jause, bestehend aus Milchsokolade und Guglhupf und ein Packet mit Aepfel, Feigen, Keks und Konfekt. Die weiblichen Pfléglinge bekamen noch dazu drei Stück Schockeladegolatschen und die männlichen dreissig Stück Zigaretten oder fünf Stück Zigarren. Die Jause wurde in der Anstaltsküche hergestellt. Es waren hiezu 1800 Liter Milchsokolade, 463 Stück ganze Guglhupfs und 38.000 Stück Keks erforderlich. Zur Bereitung der 5400 Portionen Guglhupf wurden 450 Kilogramm Mehl, 1080 Stück Eier, 225 Liter Milch, 67 Kilogramm Zucker, 30 Kilogramm Rosinen, 70 Kilogramm Fett, 9 Kilogramm Hefe, 9 Kilogramm Salz und 3.5 Kilogramm Mandeln verwendet. Die Milchsokolade wurde aus 110 Kilogramm Kufferle-Trinksokolade, 870 Liter Milch und 12 Kilogramm Zucker hergestellt. Auch die 38.000 Stück Keks wurden in der Küche der Anstalt zubereitet. Nicht weniger als 188 Kilogramm Mehl, 119 Kilogramm Margarine, 132 Kilogramm Zucker, 28 Liter Milch, 8 Kilogramm Zimt und 6 Kilogramm Trockenei waren dazu erforderlich. Die ungeheuren Mengen konnten natürlich nur unter Anspannung aller Küchenkräfte verarbeitet werden. Es wurde in der Küche von 3 Uhr früh bis 9 Uhr abends gearbeitet. Die unmittelbare Aufsicht führte Küchenchef Fiby und Koch Schorschinsky, für die Küchenregie verantwortlich war Rechnungsrat Stark. Besonders die Mehlspeisköchin Minna Sturm und ihre elf Küchengilfinnen haben eine anerkennenswerte Leistung vollbracht zum den Pfléglingen den Weihnachtsabend verschönern zu helfen. Die Arbeit ist umso mehr hervorzuheben, weil sie durch gegenwärtig in Durchführung begriffenen Umbau der Küche noch erschwert worden ist.

